Provokationen

Die Studenten- und Jugendrevolte in ihren Flugblättern 1965–1971

Sammlung Luchterhand

Herausgegeben und eingeleitet von Jürgen Miermeister und Jochen Staadt

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Provokationen : d. Studenten- u. Jugendrevolte in ihren Flugblättern 1965 — 1971 / hrsg. u. eingel. von Jürgen Miermeister u. Jochen Staadt – Erstausg. – Darmstadt, Neuwied : Luchterhand, 1980.
(Sammlung Luchterhand ; 322)
ISBN 3-472-61322-X
NE: Miermeister, Jürgen [Hrsg.]

Erstausgabe. Sammlung Luchterhand, November 1980
Lektorat: Wieland Eschenhagen

© 1980 by Hermann Luchterhand Verlag GmbH & Co KG, Darmstadt und Neuwied
Alle Rechte vorbehalten
Gesamtherstellung bei der
Druck- und Verlags-Gesellschaft mbH, Darmstadt

INHALT

Einleitung 7

»Studenten, Lahmärsche und Karrieremacher, alle mal aufpassen«
Subversive Aktion und revolutionäre Kommunen 11

»Unter den Talaren – der Muff von 1000 Jahren«
Der Aufstand gegen die Ordinarienuniversität – Hochschule und Gesellschaft 41

»Vietnam ist das Spanien unserer Generation«
Der Internationalismus der Studentenbewegung; 2. Juni 1967 69

»Blutige Gewalt hat die Studenten getroffen«
Das Attentat auf Rudi Dutschke 125

»Die Diktatur der Manipulateure muß gebrochen werden«
Die Anti-Springer-Kampagne 135

»Die Demokratie in Deutschland ist am Ende«
Der Kampf gegen die Notstandsgesetze 149

»Schüler aller Klassen vereinigt euch«
Die Schüler- und Lehrlingsbewegung 163

»Wenns der Wahrheitsfindung dient«
APO und Justiz 177

»Wir haben das seichte APO-Geschwätz nun satt«
Brüche: Haschrebellen, Marxisten-Leninisten und Rote Armee Fraktion 197

»Frauen erhebt euch und die Welt erlebt euch«
Impulse und Entwürfe 217

Anmerkungen 246

Synopse zur Geschichte der Rebellionsbewegung 252

Dankende Nachbemerkung 277

»Zu dem Wort Provokation: Die Existenz der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft ist für alle Menschen, welche die historischen Möglichkeiten der Verwirklichung einer neuen Welt begriffen haben, eine einzigartige Provokation. Unsere politische Taktik, durch politische Provokation (happenings, sit-in, go-in usw.) das System an seinen schwächsten Gliedern zu stören, hat sich in der ersten Phase unseres Kampfes bewährt, hat uns innerhalb der Universität nicht isoliert, sondern mitgeholfen, eine relative Massenbasis innerhalb der Studenten antiautoritär zu mobilisieren. (. . .)

Wir geben uns aber nicht der Illusion hin, als Studenten in der jetzigen Periode Revolution machen zu können. Ohne eine subversive Verbreiterung in der Gesellschaft werden wir notwendigerweise scheitern. Die Einheit von Arbeitern, Angestellten, Schülern, Bauern und Studenten wird bei uns die entscheidende Voraussetzung für die Gesamtrevolution darstellen.«

Rudi Dutschke, 1968

EINLEITUNG

Die Studenten- und Jugend-Revolte ist heute Geschichte. Häufig mythologisiert, zur Legende verzerrt oder banalisiert und verteufelt. Angesichts der wachsenden Menge von historischer und biografischer Literatur über diese Jahre, ist es überfällig, die Akteure und das Material der Zeit selbst sprechen zu lassen.

Die Provokationen der »68er«-Generation haben die politische Kultur in der Bundesrepublik wesentlich verändert. Die politischen Forderungen, Utopien und Träume der revoltierenden Studenten, Schüler und jungen Arbeiter störten nachhaltig die Selbstzufriedenheit der Wirtschaftswunder-Republik: ihr konservativer Grundkonsens zerbrach. Bis dahin geltende moralische und politische Werte und Normen wie Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika, Antikommunismus, Ordnung, Fleiß und Sauberkeit, Tabuisierung von Sexualität, Ach-

tung von (staatlicher) Autorität wurden radikal hinterfragt. Politische Proteste, etwa gegen Atomwaffen und KPD-Verbot, hatte es im Nachkriegsdeutschland durchaus schon gegeben. Das Neue, Faszinierende an der antiautoritären Revolte, an der Außerparlamentarischen Opposition der 60er Jahre war, zum einen, die – existenziell empfundene – Verschmelzung verschiedenster Probleme und Impulse: Aktionskunst, Rockmusik, Kongo, Bundeswehrbewaffnung, Provos, Dadaismus, Notstandsgesetze, Kritische Theorie, Vietnam, Haschisch, Marxismus, Kulturrevolution, Psychoanalyse, Kuba, Ordinarienuniversität, flower- und blackpower. Und es waren, zum andern, die spektakulären Formen und die Unbedingtheit der Kritik und des Protests.

Flugblätter jener Jahre geben darüber noch heute authentische Auskunft. Denn außer in großen Diskussionsveranstaltungen und in Zeitschriften fanden die Antiautoritären vor allem in Flugblättern zu ihrem Selbstverständnis. Zugleich waren Flugblätter und Demonstrationen die einzigen Möglichkeiten, dem herrschenden Meinungsmonopol aufklärerisch entgegenzuwirken, »Gegenöffentlichkeit« zu schaffen. »Kritische Theorie« wird in Flugblättern zu massenhafter »kritischer Praxis«. Flugblattschreiben war nicht nur Sache einiger prominenter APO-Funktionäre, sondern war sinnlich-befreiende gemeinsame Betätigung für die Mitglieder unzähliger Schüler-, Lehrlings- und Studentengruppen.

Die politisch-kulturelle Wirkung der Bewegung, ihre partielle Attraktivität für andere soziale Milieus, bekam sie durch solch und anderes konkretes Engagement der in ihr Aktiven. Die Glaubwürdigkeit kam aus dem oft existenziell alles riskierenden Versuch, die als unerträglich empfundenen und erfahrenen Verhältnisse und sich selbst zu ändern.

Zu diesem Gefühl, zu dieser Erfahrung, zu den manchmal konkret-, manchmal abstrakt-utopischen Entwürfen sind sie gezwungen worden: Durch hysterische und gewaltsame Reaktionen von Politikern und anderen Autoritäten auf anfangs recht bescheidene Reformwünsche von Krawatten-Studenten gegenüber der Ordinarien-Universität oder auf erschrocken-moralische Empörung über die täglichen Vietnam-Toten in der »Tagesschau«, die offenbar niemand sonst erschreckten in dieser satten

Republik. Tausende von APO-Anhängern wurden mit dem Polizeiknüppel politisch sozialisiert und radikalisiert. Der Student Benno Ohnesorg ist am 2. Juni 1967 erschossen worden. Das darf, bei aller *Dialektik* der *späteren* Ereignisse nicht verdrängt werden. Die Rebellen wurden *provoziert* zu ihren *Provokationen*. Die Bewegung war oft reaktiv, hat geantwortet. Die Söhne wollten nicht (mehr) leben wie ihre Väter, die Töchter nicht wie ihre Mütter. Dafür wurden sie bestraft, die Undankbaren, individuell und gesellschaftlich.

Diese repressive Mentalität, genährt ohne Zweifel auch von eigenen Ängsten und Nöten, hielt und hält sich zäh. Und noch eine Kontinuität: Neben den produktiven Impulsen haben sich auch die tiefen Enttäuschungen vieler »68er« als Alptraum vererbt.

Das Scheitern nicht nur der revolutionären, sondern auch der meisten reformerischen Hoffnungen aus den APO-Jahren, die spätere Rache an ihren Aktivisten durch Berufsverbote, die radikale Reglementierung der Studiengänge, die Gedanken an selbstbestimmtes Studieren noch weniger zulassen als die Ordinarienuniversität, der fortgesetzte Ausbau eines staatlichen Schnüffel- und Anti???-Terrorapparats lassen heute politisches Engagement wenig aussichtsreich erscheinen. Ein wachsender Teil der kritischen Jugend sieht in der Verweigerung einer an den herrschenden gesellschaftlichen Normen orientierten Existenz die einzige Möglichkeit unabhängigen und freien Lebens. Der bundesdeutsche Staat, das deutsche Bildungswesen sind entgegen den Reformforderungen und entgegen den Reformversprechungen der späten sechziger Jahre perfektioniert, nicht demokratisiert worden. Eine feste Burg ist dieser Staat. Die Zahl derer, die, da sie keine Chance zu seiner Veränderung sehen, nicht mehr darin wohnen wollen, wächst ständig.

Aus tausenden uns zugänglichen Flugblättern und anderen Schriften der APO-Zeit haben wir eine Auswahl getroffen, die einen ersten Überblick und konkrete Einsicht zu geben versucht. Wichtig war uns dabei, historisch bedeutsame, literarische interessante und kuriose Dokumente zu präsentieren. Von der Materiallage her hätte aus jedem der folgenden Abschnitte ein eigenes Buch gemacht werden können. Deshalb wird vielen – besonders damals beteiligten – Lesern vieles fehlen.

Wir haben die Materialien nicht streng chronologisch strukturiert, sondern nach inhaltlichen Schwerpunkten. Besserer Zugang zu den Dokumenten wird, so hoffen wir, durch einführende Hinweise und Kommentare erreicht. Umgekehrt erschließen sich historische Situationen und gesellschaftliche Zusammenhänge immer konkreter über die thematischen Facetten der einzelnen Kapitel. Der mehrdimensionale und bunte Charakter der Protestbewegung wird so noch einmal begreifbar.

»STUDENTEN, LAHMÄRSCHE UND KARRIEREMACHER, ALLE MAL AUFPASSEN!« SUBVERSIVE AKTION UND REVOLUTIONÄRE KOMMUNEN

Ostermarschierer, Ostermärtyrer,
Ihr demonstriert für die Zukunft.
In der Gegenwart paßt ihr euch an.
Ihr protestiert gegen die Bombe.
Selber wollt ihr keine legen.

Die Bombe steckt im Detail!

Was tut ihr, wenn der Schaffner kommt?
BEZAHLEN!
Was macht ihr im Selbstbedienungsladen?
BEZAHLEN!

Wozu eigentlich?

Müssen wir verdienen, wenn wir uns bedienen wollen?
Wer die Brieftasche zuhause lassen will,
KLAUT BARGELDLOS!

Ostermärtyrer, wenigstens heute habt ihr euch ein Essen verdient: ein teures Menü im nächsten Luxusrestaurant wartet heute abend auf uns alle. Wer es bezahlt, ist selbst dran schuld.

Wer den Spießer nicht enteignet,
Bleibt es selbst, auch wenn er's leugnet.

Anfang der 60er Jahre agiert die Münchner Künstlergruppe »SPUR« provokativ gegen Lähmungen, Muff und Kleinbürgerlichkeit der (Adenauer-)Zeit [Dok. 1]. Sie war die deutsche Sektion der »Situationistischen Internationale«. Verkürzt: Wer avantgardistische und experimentelle Situationen lebt und dadurch Gesellschaft verändern will, ist Mitglied der S. I. [Dok. 2]. Die Aktionen richten sich gegen weltliche und kirchliche Autoritäten, Konsumterror, sexuelle Unterdrückung, Manipulation. Die Künstler, u. a. der Schriftsteller Dieter Kunzelmann, geben später die »Unverbindlichen Richtlinien 1 + 2« heraus, lesen die Philosophen und Soziologen der Frankfurter Schule, Adorno, Benjamin, Horkheimer, Krakauer, Herbert Marcuse, dann Marx und die psychoanalytische Literatur, Freud, Reich, Fromm u. a. Ihre Aktionsformen sind stark vom Dadaismus, Surrealismus und Beat geprägt.

Ab 1963 nennen sich einige Individuen, die gemeinsam ihre Ängste, Isolierung und Entfremdung durch Widerstand aufheben wollen, »Subversive Aktion«. Es gibt Sektionen in München, Westberlin und Nürnberg. Zu den Berlinern gehören Rudi Dutschke und Bernd Rabehl, beide aus der DDR »emigriert«, die sich bei Protesten gegen die Berliner Mauer kennengelernt haben. Gegen die – für sie scheinheilige – allgemeine Trauer um den ermordeten US-Präsidenten John F. Kennedy, wider die tägliche Manipulation von Menschen (anläßlich der Jahrestagung von Werbeleitern in Stuttgart) und den weihnachtlichen Warenhunger schreiben sie Flugblätter [Dok. 3].

In der Zeitschrift »Anschlag«, es erscheinen nur drei Nummern, streitet und zerstreitet sich die Gruppe um die richtige revolutionäre Konzeption. »Mikrozellen« in Hamburg, Frankfurt, im Rhein-Ruhr-Gebiet und Stuttgart sollen gebildet werden, über originelle Aktions-Methoden wird nachgedacht. Denn »spezifische Bedeutung gewinnt die Subversive Aktion nur dann, wenn sie sich um neue, ungewöhnliche Kampfmittel bemüht, die der neuen, beispiellosen Repression entsprechen.«[1)]

Doch insbesondere zwischen den Berliner und Münchner Subversiven kommt es zu immer größeren politisch-theoretischen und persönlichen Spannungen. Kunzelmann nähert sich der Berliner Sektion, für die Befreiungskämpfe in der Dritten Welt mindestens so wichtig sind wie die Leiden der eigenen Psyche.

Die »Subversive Aktion« zerbricht. Im Herbst 1964 treten einzelne Mitglieder in regionale Gruppen des SDS ein, um dort »aktionistische Fraktionen« zu bilden, die die Gesamttendenz dieses Studentenverbandes radikal verändern sollen. Im SDS dominieren zu der Zeit, trotz der Emanzipation von der SPD (Ausschluß am 6. November 1961) eher traditionelle Politikformen.

[1]

JANUAR-MANIFEST

1. Wer in Politik, Staat, Kirche, Wirtschaft, Militär, Parteien, soz. Organisationen keine Gaudi sieht, hat mit uns nichts zu tun.
2. Boykottiert alle herrschenden Systeme und Konventionen, indem Ihr sie nur als mißratene Gaudi betrachtet.
3. Jeder echte Künstler ist zur Umänderung seiner Umwelt geboren.
4. Preise, Stipendien, gute Kritiken, alles wirft man uns nach; aber eins ist sicher: brauchen kann man uns nicht.
5. Unbrauchbarkeit ist unser höchstes Ziel: Gaudi ist unpopuläre Volkskunst.
6. Die ganze Welt ist der Bereich, in dem sich der schöpferische Impuls, der allein der Gaudi vorbehalten ist, entfalten kann.
7. Alles was anwendbar ist, ist nicht für den Menschen. Ohne den Künstler gäbe es schon jetzt keinen Menschen mehr.
8. Wir sind gegen den Fasching, weil der Fasching die Gaudi kommerziell engagiert. Der Mißbrauch der Gaudi ist das größte Verbrechen.
9. L'art pour l'art ist beendet, ebenso l'art pour l'argent und l'art pour la femme. Jetzt beginnt l'art pour la Gaudi.
10. Schöpferisch sein heißt: Durch dauernde Neuschöpfung mit allen Dingen seine Gaudi zu treiben.
11. Mensch sein heißt homo ludens und homo gaudens.
12. Seit der Herrschaft des dialektischen Materialismus und des Determinismus ist die Gaudi kein integrierendes Moment

der Kultur mehr: Wir fordern ihre Befreiung aus der Unterdrückung durch die herrschenden Ideologien und den Rationalismus.
13. Dem Satz »Wissen ist Macht«, der das Zeitalter der Wissenschaft eingeleitet hat, wird der Satz folgen »Gaudi ist Macht«, der das Zeitalter der Gaudi einleitet.
14. So wie Marx aus der Wissenschaft eine Revolution abgeleitet hat, leiten wir aus der Gaudi eine Revolution ab.
15. Die sozialistische Revolution mißbrauchte die Künstler. Die Einseitigkeit dieser Umstürze beruhte auf der Trennung von Arbeit und Gaudi. Eine Revolution ohne Gaudi ist keine Revolution.
16. Es gibt keine künstlerische Freiheit ohne die Macht der Gaudi.
17. Alle unzufriedenen Kräfte sammeln sich in einer Organisation der Antiorganisateure, die sich in einer umfassenden Revolution verwirklichen.
18. Wir fordern allen Ernstes die Gaudi. Wir fordern die urbanistische Gaudi, die unitäre, totale, reale, imaginäre, sexuelle, irrationale, integrale, militärische, politische, psychologische, philosophische . . . Gaudi.
19. Durch die Realisierung der Situationistischen Gaudi werden alle Probleme der Welt gelöst: Ost-West-Problem, Algerienfrage, Kongo-Problem, Halbstarkenkrawalle, Gotteslästerungsprozesse und sexuelle Verdrängungen.
20. Wir engagieren die ganze Welt für unsere Gaudi!

Januar 1961

Gruppe Spur
STURM PREM FISCHER KUNZELMANN ZIMMER

[2]

Avantgarde ist unerwünscht!

(Flugblatt der SITUATIONISTISCHEN INTERNATIONALE)

1. Die heutige Avantgarde, die nicht geltende Mystifikationen wiederholt, ist gesellschaftlich unterdrückt. Die Bewegung, die von der Gesellschaft erwünscht ist, kann von ihr aufgekauft werden: das ist die Pseudoavantgarde.
2. Wer neue Werte schafft, dem erscheint das heutige Leben als Illusion und Fragment. Wenn die Avantgarde die Frage nach der Bedeutung des Lebens stellt, aber unzufrieden damit, ihre Folgerungen verwirklichen will, sieht sie sich von allen Möglichkeiten abgeschnitten und von der Gesellschaft abgekapselt.
3. Die ästhetischen Abfälle der Avantgarde wie Bilder, Filme, Gedichte usw. sind bereits erwünscht und wirkungslos; unerwünscht ist das Programm der völligen Neugestaltung der Lebensbedingungen, das die Gesellschaft in ihren Grundlagen verändert.
4. Nachdem man die Produkte der Avantgarde ästhetisch neutralisiert auf den Markt gebracht hat, will man nun ihre Forderungen, die nach wie vor auf eine Verwirklichung im gesamten Bereich des Lebens abzielen, aufteilen, zerreden und auf tote Gleise abschieben. Im Namen der früheren und jetzigen Avantgarde und aller vereinzelten, unzufriedenen Künstler protestieren wir gegen diese kulturelle Leichenfledderei und rufen alle schöpferischen Kräfte zum Boykott solcher Diskussionen auf.
5. Die moderne Kultur ist substanzlos, sie besitzt keinerlei Kraft, die sich den Beschlüssen der Avantgarde wirklich wiedersetzen könnte.
6. Wir, die neue Werte schaffen, werden von den Hütern der Kultur nicht mehr lauthals bekämpft, sondern auf spezialisierte Bereiche festgelegt, und unsere Forderungen werden lächerlich gemacht.
7. Darin sollen die Künstler die Rolle der früheren Hofnar-

ren übernehmen, von der Gesellschaft bezahlt, ihr eine bestimmte kulturelle Freiheit vorzuspiegeln.

8. Der gesellschaftliche Dünkel will der Avantgarde ein Niveau vorschreiben, das sie nicht verlassen darf, wenn sie gesellschaftsfähig bleiben will.
9. Die Existenz des Künstlers ist das Ferment zur Metamorphose unserer absterbenden europäischen Kultur, einem Prozeß, der nicht aufzuhalten, sondern zu beschleunigen ist.
10. Die europäische Kultur ist ein krankes, altes, schwangeres Weib, das sterben wird. Sollen wir den absolut aussichtslosen Versuch unternehmen, die Mutter zu retten – oder soll das Kind leben? – Die Restaurativen wollen noch die Mutter retten – und töten damit auch das Kind. Die Avantgarde hat sich entschieden: die Mutter muß sterben, damit das Kind leben kann!
11. Die Avantgarde von gestern ist comme il faut. Die künstlerische Linksfront ist heute ein Wahrheitsproblem: »Eine Wahrheit wird nur 10 Jahre alt«. (Ibsen)
12. Künstler und Intellektuelle: unterstützt die situationistische Bewegung, denn sie jagt keinen Utopien nach, sondern ist die einzige Bewegung, die den gegenwärtigen kulturellen Zustand aufhebt.
13. Die Aufgabe der Avantgarde besteht einzig und allein darin, ihre Anerkennung zu erzwingen, ehe ihre Disziplin und ihr Programm verwässert worden sind. Das ist es, was die Situationistische Internationale zu tun gedenkt.

Herausgegeben von der GRUPPE SPUR als
DEUTSCHE SEKTION
der SITUATIONISTISCHEN
INTERNATIONALE
Sturm • Prem • Fischer • Kunzelmann • Zimmer
der SKANDINAVISCHEN SEKTION
Steffan Larsson • Asger Jorn • Jörgen Nash • Katja Lindell
und der BELGISCHEN SEKTION
Maurice Wyckaert
München, Januar 1961

[3]

AUCH DU HAST KENNEDY ERSCHOSSEN!

Um nicht kollektiver Lynchjustiz zum Opfer zu fallen,
war es notwendig, dieses Manifest zu verzögern, bis
die manipuliert hochgepeitschten Wogen sich wieder
etwas geglättet hatten.

1.

Die unermessliche Trauer über den Tod Kennedys beweist, dass die Gesellschaft diesen Tod ersehnt hat: Zur Schau gestelltes Glück produziert Neid und die Trauer a l l e r sollte den Todeswunsch a l l e r kompensieren.

2.

Das Erschrecken darüber, dass die Kugel von uns allen kam, wird gemildert durch die Mystifizierung des Verstorbenen und die Schuld, entstanden durch die erfüllte Todessehnsucht, wird abgetragen durch eine noch totalere Identifikation mit dem Apparat: Ich werde noch mehr arbeiten und noch fleissiger konsumieren.

3.

Der Schock, dass Halbgötter durch eine Kugel sterben können, findet seinen Ausdruck im Erstaunen, dass der Tote wirklich tot ist. In Wahrheit wird durch den Rummel nach dem Mord vorgetäuscht, in einer Welt austauschbarer Marionetten sei ein Kennedy nicht austauschbar und ein Einzelner könne noch Geschichte machen, wo doch jeder nur noch wollen kann, was er soll und wo doch die autonomen Mechanismen der repressiven Gesellschaft in jedem Einzelnen zwangsläufig sich reproduzieren. Der Pseudokrise folgt der vorgetäuschte Notstand, und dieser wiederum legitimiert den Zwang zu totaler Anpassung.

4.

Die manipulierte Hysterie und die kostenlos konsumierte Tragik erzeugen Zusammenhalt. Der Genuss des Schmerzes ist das Abzeichen der kollektiven Idiotie, und das schwülstige Gefühl von Gemeinschaft kann in einer Gesellschaft, wo jeder von jedem perfekt abgekapselt in der Isolation verharrt, nur noch durch gesteuerte Massenpsychosen suggeriert werden.

5.

In der Urhorde erschlugen die Söhne den Vater, um die Mutter zu besitzen und die Welt erschoss den Grossen Bruder John, um sich an Jacqueline zu vergreifen. Die Unmöglichkeit der Erfüllung dieses Wunsches wird sublimiert durch die Annäherung Jacquelines an das Bild einer Maria Immaculata. Der erschlagene John F. Kennedy feiert seine Auferstehung und Himmelfahrt in Cap Kennedy und um seine Reinkarnation (Bobby, Edward, John) werden wir wohl nicht vergebens in den Messen der Massenmedien beten.

6.

Die westliche Wohlstandsgesellschaft braucht solche Pannen wie Lengede und Kennedy, um an Hand der Reaktion zu testen, ob noch alle gleichgeschaltet sind:

Durch dieses Manifest geben wir kund, dass der gegängelte Zauber nicht mehr überall ankommt.

Wer all dies nicht versteht, will es nicht verstehen
und untermauert nur die Wahrheit dieser Sätze; gleichzeitig entpuppt er sich als devoter Befehlsempfänger
gesamtgesellschaftlicher Dogmen.

SUBVERSIVE AKTION
München Berlin Nürnberg

Dezember 1963

Im Juni 1966 treffen sich am Kochelsee in Bayern 9 Männer, 5 Frauen und 2 Kinder: die »Viva-Maria-Gruppe«, benannt nach dem Anarcho-Film von Louis Malle. Unter ihnen ehemalige Mitglieder der »Subversiven Aktion« aus Berlin und München (u. a. Rudi Dutschke, Dieter Kunzelmann und Bernd Rabehl). Die Gruppe diskutiert eine Woche lang – »permanent« – über Bedingungen und Möglichkeiten revolutionärer Praxis in Westeuropa. Speziell über Projekte von Wohnkollektiven. Von der Manipulation und Vereinsamung der Menschen in der kapitalistischen Gesellschaft ausgehend (Einfluß Herbert Marcuses[2]), soll über gemeinsame, solidarische Wohn- und Lebensweisen der (eigene) Widerspruch zwischen politisch-revolutionärem Anspruch und bürgerlichen Verhaltens- und Existenzformen bearbeitet und gelöst werden. Konzeptionell zeigten sich schon damals erhebliche Differenzen. Drei Gründerzirkel der Kommune-Bewegung lassen sich nennen:

a) Für den Kreis um Rudi Dutschke und Bernd Rabehl hatten kollektive Lebensgemeinschaften keine Priorität, waren keine Alternative zur politischen und wissenschaftlichen Aktivität im SDS, dem sie seit 1965 angehörten.
b) Der Kreis um Hans-Joachim Hameister, Dieter Kunzelmann, Rainer Langhans und Fritz Teufel, orientiert an der in den Niederlanden entstandenen Provo-Bewegung[3] (spätere Kommune I).
c) Der Kreis um Eike Hemmer, Jan Karl Raspe und Jörg Schlotterer (spätere Kommune 2).

Die Kommune-Gruppe stellt am 22. Oktober 1966 auf einer Landesvollversammlung des SDS ihr »Programm« vor. Die gemeinsame Praxis soll in neuen Arbeitskreisen des SDS, dem Colloquium, beginnen:

»I. Das Colloquium versteht sich als Teil der Praxisdiskussion im SDS. Ein festes Programm können wir nicht vorlegen. Es sollen noch einmal die bisherigen Praxisversuche im SDS (Plakataktion, Informationen Nr. 1 und die Erfahrungen des Formierten Arbeitskreises) diskutiert werden [. . .]

›Provos‹ und ›fuck for peace‹[4] sind unserer eigenen Existenz näher als die revolutionären Bewegungen der Dritten Welt, die für den SDS zum Gegenstand der Betrachtung gemacht worden sind, weil eigene Praxis als unmöglich erscheint.

Wenn ›Provos‹ und ›fuck for peace‹ wirklich Praxis machen, dann sind sie mit dem allgemeinen Emanzipationsprozeß der Beherrschten konkreter vermittelt als durch die Rückwirkungen, welche die marxistische-positivistische Tendenzanalyse der Neo-Imperialismus-Theorie sich erhofft.«[5]

Die erste Aktion der Kommune-Gruppe im Berliner SDS (von der Presse daraufhin »Rotgardisten der FU« genannt): sie sprengten am 26. November 1966 eine Diskussionsveranstaltung des Allgemeinen Studentenausschusses der Freien Universität über die Studienreform, an der etwa 600 Studenten und Rektor Lieber teilnahmen. Die Gruppe, mit Mao-Plaketten geschmückt, verteilte während der Diskussion das »Fachidioten-Flugblatt«, Eike Hemmer (später Mitglied der Kommune 2) greift sich das Mikrophon und verliest den Text [Dok. 4].

Zwischen den Aktionen wird selbstkritisch nachgedacht. Ein Ergebnis: Kunzelmanns »Notizen zur Gründung revolutionärer Kommunen in den Metropolen« [Dok. 5].

Großes öffentliches Aufsehen erregt die Kommune-Gruppe, als sie am 10. Dezember 1966 eine Demonstration der »Kampagne für Abrüstung« gegen den Krieg in Vietnam satirisch umfunktioniert und zusammen mit andern SDSlern von der genehmigten Route abweicht, also bewußt die erlaubten, »scheindemokratischen« Spielregeln durchbricht. Es kommt zu wüsten Knüppeleien.

Die theoretischen Diskussionen über Zusammenhänge von politischer Aktion und individuell-befreiender Lebensweise gehen zugleich weiter, werden konkreter. Am 31. Dezember 1966 erklären sich auf einer Plenar-Diskussion der »Kommune-Gruppierung« zwölf Mitglieder des SDS bereit, ab 1. Januar in einer großen Wohnung zusammenzuleben. Am 1. Januar 1967 machen fünf der 12 ihre Entscheidung rückgängig. Die andern sieben ziehen ein. An der Debatte um politische Konzeptionen zerbricht die Gruppe schon wenige Wochen später. Ein Teil bleibt zurück, der nach den bisherigen Erfahrungen die Lösung der psychischen Probleme der Individuen, der revolutionären Subjekte als vordringliche Aufgabe sieht. Die Gruppe wird Kommune I genannt.

[4]

VON DIESEM GESPRÄCH HABEN WIR NICHTS ZU ERWARTEN

Die Misere der Universität ist die Misere derer, die an ihr studieren müssen. Unerträglich sind die Zustände an der Freien Universität für uns Studenten.

Wir müssen uns herumschlagen mit schlechten Arbeitsbedingungen, mit miserablen Vorlesungen, stumpfsinnigen Seminaren und absurden Prüfungsbestimmungen. Wenn wir uns weigern, uns von professoralen Fachidioten zu Fachidioten ausbilden zu lassen, bezahlen wir mit dem Risiko, das Studium ohne Abschluß beenden zu müssen.

Administration und Senat erklären die Misere der Universität zur Misere des einzelnen Studenten, nicht um sie zu lösen, sondern um sie los zu sein. Der gesellschaftlichen Forderung nach Mehrausstoß von anpassungswilligen Spezialisten entsprechen sie mit der Reglementierung des Studiums, verschärft durch die Drohung der Zwangsexmatrikulation. Wer in dieser Situation die Autonomie der Universität beschwört, tut das um zu verschleiern. Die Disziplinierung der Studentenschaft vernichtet mit den Resten des liberalen Studiums auch die Illusion der Selbstverwirklichung. In der Fabrik »Universität« soll der Student seine Scheine machen und am Feierabend als Privatmann der erlernten Humanität sich hingeben. Wer sich damit nicht abfinden will, für den wird das Herausfallen aus der Universität zur Gewißheit, denn der Formierungsprozeß ist offensiv, die Disziplinierung geht an den traditionellen Reservaten nicht vorbei.

Vor fünf Monaten hatten wir genug von der bornierten Arroganz, mit der Administration und Senat über unsere Schwierigkeiten hinweggehen. Vor fünf Monaten schien es auch klar, daß die Studentenschaft eine Lösung ihrer Probleme nurmehr von sich selbst erwarten kann. Aber wir fielen hinter unsere Forderungen zurück. Die Protestaktion wurde zur Feierstunde, wir erwarteten ernsthaft, daß die konventionelle, bereits integrierte Studentenvertretung unsere Forderungen nachdrücklich vertreten, unsere Probleme praktisch lösen könnte. [. . .]

An unserer Lage wird sich nichts ändern, solange nicht diejenigen sich selbst organisieren

die es wirklich betrifft
die ausscheiden oder ausgeschieden werden
die diese Freie Universität nicht mehr aushalten
die sich mit ihr nicht mehr arrangieren wollen
die sich bewußt verweigern.

Provisorisches Komitee zur Vorbereitung
einer studentischen Selbstorganisation

26. November 66

[5][6]

»Man muß bereit sein, alle Überzeugungen preiszugeben, wenn sie mit den heutigen Erfahrungen nicht mehr übereinstimmen.« (K. Korsch)

»Manche Leute glauben, der Marxismus sei eine Art Zauber, mit dem man jedes Übel heilen kann. Ihnen sollten wir entgegnen, daß ein Dogma weniger Wert hat als Kuhmist. Mit Mist kann man wenigstens düngen.« (Mao Tse-tung)

Sind alle bisher gescheiterten Gruppenexperimente aufgearbeitet, müssen wir konstatieren, daß das Scheitern weniger im Fehlen gemeinsamer Praxis begründet war – jeder kehrte nach der Aktion in das Treibhaus seiner bürgerlichen Individualexistenz zurück – als vielmehr in den mangelhaften Versuchen, die verschiedenen individuellen Geschichten in einer gemeinsam zu beginnenden Geschichte aufzuheben.
[. . .] die Kommune ist nur dann fähig, systemsprengende Praxis nach außen zu initiieren, wenn innerhalb der Kommune effektiv die Individuen sich verändert haben, und diese können sich nur verändern, wenn sie jene machen; Praxis nach außen ohne experimentelle Vorwegnahme dessen, was Menschen in emanzipierter Gesellschaft beinhalten könnte, wird zum Aktivismus als Normerfüllung. Die vielbeschwore-

ne neue Qualität der Kommune ohne gemeinsame Praxis wird sich als solipsistischer Akt, Psychochose und elitärer Zirkel entpuppen.
Diese immensen Schwierigkeiten der gegenseitigen Durchdringung von Kommune und Außenwelt, Außenwelt und Kommune können nicht dadurch simplifiziert und kaschiert werden, daß der Beginn von revolutionärer Kommune zum heroischen Testfall hochgespielt und die gemeinsame Reproduktionsbasis zum sakralen Akt gestempelt wird. Letztere bleibt Taschenspielertrick, wenn sie nicht die tendenzielle Aufhebung bürgerlicher Abhängigkeitsverhältnisse (Ehe, Besitzanspruch auf Mann, Frau und Kind etc.), Destruierung der Privatsphäre und aller uns präformierenden Alltäglichkeiten, Gewohnheiten und verschiedenen Verdinglichungsgrade nach sich zieht. [. . .]
Unsere Praxisvorstellungen können im Moment nur als diffus bezeichnet werden. Sind die divergierenden Konzeptionen durch konzentrierte Praxis aufgehoben, bleibt nicht ausgeschlossen, daß diese eine falsche war. Soll dieser Prozeß nicht in Frustration versanden – und die Kommune ist nicht der konkrete Versuch, ob Praxis möglich ist, sondern wir machen die Kommune, um Praxis jetzt zu machen: Praxis als Methode zur Erkenntnis der Wirklichkeit – ist unser Entwicklungsprozeß bei Beginn des Zusammenlebens von ausschlaggebender Bedeutung, um den Experimentalcharakter gemeinsamer Praxis durchstehen zu können. Wenn wir die Aufhebung unserer bürgerlichen Individualitäten nur erhoffen durch den mit bestimmter Praxis stattfindenden Prozeß des Kampfes, besser dessen Anfangsstadium, zwischen revolutionären Kommunen und repressiver Gesellschaft, könnten wir erneut unser Dasein dem weltgeschichtlichen Prozeß anheimdelegieren, vergessen erneut unsere Ausgangsbasis: die Leidenschaft der an sich selbst Interessierten.

Im Februar 1967 gelingt dem übrigen Teil auf der Berliner Landesvollversammlung des SDS der Beschluß, aus den SDS-Mitgliedern verschiedene Kommunen mit konkreten Arbeitsgebieten zu bilden (Sexualität, Jugend- und Schülerpolitik etc.). In den Landesvorstand werden 5 Männer der Kommunegruppierung gewählt, die später der K 2 angehören.
Inzwischen hatte die Kommune I durch spektakuläre Aktionen, gleichsam als Avantgarde der Avantgarde, von sich reden gemacht: Mit dem geplanten Pudding-Attentat auf den US-Vize-Präsidenten Humphrey im April 1967 (siehe S. 86) und mit fünf Flugblättern zu den Neuwahlen zum studentischen Konvent an der FU (Anfang Mai 1967). Die K I unterschrieb mit: SDS – eine Provokation im eigenen Lager, denn längst lag sie im Konflikt mit den anderen Fraktionen des SDS, deren ihrem Geschmack nach zu friedlich-geduldige Politik – z. B. bei den alljährlichen Ostermärschen gegen Atombewaffnung (1967 zum ersten Mal auch in Berlin) – sie verspottete [Dok. 6, 7].
Am 12. Mai wird daraufhin – auf einer extra einberufenen Landesvollversammlung – die Kommune I aus dem Verband ausgeschlossen. Mit knapper Mehrheit. Wolfgang Lefèvre hatte in einem halbstündigen Referat den Antrag vor allem mit »objektiven Erfordernissen« hinsichtlich der »Gesamtheit der oppositionellen Bewegung in der BRD« begründet, welcher die von der Kommune mit Subjektivität verwechselten Attituden und »voluntaristischen Praktiken« schadeten. Kritisiert wurde weiter die Sprach- und Theorielosigkeit der Kommunarden. »Sowenig der SDS sich eine theoretische Arbeit à la Schulungsprogramm leisten kann, sowenig die selbstzerstörerische Sabotage der nicht erfolglosen Arbeit an der Hochschule.«
Daß fast die Hälfte der Landesvollversammlung gegen den K I-Rausschmiß stimmte, zeige, so der »FU-Spiegel« damals, »so etwas wie Bewunderung der absurden Kommunespäße . . . Der Kommune wird bescheinigt, wie lobenswert ihr Versuch ist, gesellschaftliche Verhältnisse mit neuen oder ungewöhnlichen Methoden zu verändern, besteht doch allgemein Unzufriedenheit mit der Wirksamkeit traditioneller Protestmethoden.«
Die Kommunarden selbst reagieren auf ihre Weise, mit Ironie und Spott: Unter der Überschrift »Die Kommune ist tot – es lebe der SDS!« antworten sie am 12. Mai 1967 ihren Genoss(inn)en:

»Wir wollen uns nicht berufen auf die miese Tour, mit der man uns suspendiert hat, ohne auch nur Rainer zu verständigen. Wir wollen uns nicht auf den Beschluß vom Samstag (29. 4.) berufen, daß jeder seine eigenen Flugblätter im Zeichen einer innerverbandlichen Demokratie machen solle. Nein und nochmals nein. Wir schimpfen euch nicht Stalinisten. Ihr seid keine Opportunisten, wenn ihr uns rausschmeißt, nur damit ihrs dann dem Akademischen Senat erzählen könnt. Der hatte sich auch noch vertagt. So flink sind wir nicht. [. . .]

Und die Hochschulstrategen haben recht behalten: 326 Stimmen mehr für den AStA sind doch mit allgemeiner Abwiegelung sehr billig erkauft. Und jetzt wird er ja offensiv! Durch ein sit-in wären es vielleicht 325 geworden, ohne die Flugblätter 1–5 vielleicht 327 – ach, was ist doch der Parlamentarismus für ein lustiges Spielchen. Da wollen wir nicht weiter stören, wenn ihr euch gestört fühlt. [. . .]«

Ansonsten hält der Ausschluß die K I keineswegs von weiteren satirischen (Flugblatt-)Aktionen ab, die nicht immer intelligent-bunte Momente der Bewegung sind, sondern zuweilen geschmacklos-makabren Charakter haben. Am 22. Mai 1967 brennt in Brüssel ein Kaufhaus. Es gibt hunderte von Toten. Die Kommune verteilt vor der FU-Mensa Flugblätter zu diesem Drama [Dok. 8, 9]. Sie bringen den Kommunarden einen Prozeß wegen Aufrufs zur Brandstiftung ein. Deren Verhalten vor Gericht erregt viel Aufsehen. Sie provozieren die Justiz, entlarven ihre oft absurd-bürokratischen Formen und machen sie lächerlich [Dok. 11–13].

Anfang Juni erwartet »Berlin« gleich zwei Despoten: den Schah von Persien und Ky aus Vietnam. Die K I leistet dazu ihren Beitrag: die Politik von AStA und SDS ist ihr nicht radikal, nicht praktisch genug.

Am 2. Juni 1967 – die »Jubelperser« prügeln, Benno Ohnesorg wird erschossen – wird Fritz Teufel festgenommen (ausführlich dazu siehe S. 178 ff.). Die Konfrontation mit Polizei, Justiz, mit allen Institutionen der Staatsgewalt nimmt ihren Anfang: »Laßt den Teufel frei, sonst ist er los!«

[6]

Studenten, Lahmärsche und Karrieremacher,
ALLE MAL AUFPASSEN !
Ihr sitzt ja doch am kürzeren Hebel !
Kein Mensch hat was dagegen, wenn ihr bei Konventswahlen und Urabstimmungen Demokratenpflicht erfüllt. (Auch Bettermann nicht !)
Politische Aktionen an der FU überlaßt doch Lieber CIA und Verfassungsschutz !
Paukt gefälligst, damit ihr hier nicht rausgeschmissen werdet !
Was habt ihr denn gegen das Disziplinarrecht ? Zuchthäusler, Soldaten und Idioten müssen schließlich auch härter angefaßt werden.
Wenn ihr schon zum sit-in geht, bewahrt gefälligst Haltung !
Hört zu, was man euch erzählt !
Macht keinen Blödsinn !
Macht keine Diskussionsbeiträge !
Macht keine Wandzeitungen !
Aber wenn ihr schon Wandzeitungen macht, denkt an das akademische Niveau ! (10 Fremdwörter/qm)
Macht keine Sprechchöre !
Macht das Tor auf !
Hört, was die Funktionäre sagen !
Vögelt nicht im Audimax !
Denkt immer dran, daß das Fernsehen kommen und eure Großmutter euch beobachten könnte !
Tretet euch die Schuhe ab,
TRFTET LIFBFR LEISE !
Aber tretet !
Denkt dran, daß eure Großmutter euch immer beobachtet, auch wenn das Fernsehen nicht da ist !
Vögelt nicht im Henry-Ford-Bau !
Lebt geräuschlos ! Ruhe ist akademisch !
Bleibttreu, bleibtdeutsch, bleibtdoof !
NUR DIE RATIONALE DISKUSSION
VERHINDERT ALLGEMEINE KOPULATION
Es lebe Lübke !
Es lebe unsere freiheitliche demokratische Ordnung !
Es lebe die Springerpresse !
Nieder mit dem Faschismus (den es nie gegeben hat), nieder mit dem Kommunismus, nieder mit der Kommune, nieder mit dem ASTA, nieder mit den Studenten !

SDS

NIEDFR !

[7][7)]

Wer soll uns noch glauben?

Wir haben einiges gegen den akademischen Senat, gegen den Albertz von Gottes Gnaden und die Polizei dieser unserer Stadt.
Und wir werden gefördert, sind ihrer würdig demnach - sowas ist nur in einer Demokratie möglich oder das ist ein Mißverständnis, wenn wir keine mehr haben.
Wer glaubt uns noch in dem Falle sie futsch ist!
Wir werden demnach nicht verstanden -
wir sind nicht würdig!
Aber das den Leuten klarmachen - mit Hochschulpolitik sind wir jedenfalls reingefallen - nicht mal mit Mikrophonwegnehmen oder gar Kommune, oh Schreck.
Immer kam was dazwischen - ob man dem Lieber mal Pudding.... oder ob man mal sein Rektorat abbrennen müßte?
Oder vielleicht Beleidigungen!
Alle Mitmachen ... probieren wir's mal:
Ihr könntet zum Beispiel, wenn Ihr gemein sein wollt, sagen
Der Lieber ist ein kompletter wissenschaftlicher Versager, deshalb wollte er erfolgreicher Rektor werden - bei der Rektorenkonferenz ist er auch nicht angekommen
oder
der akademische Senat besteht aus alten, autoritären Scheißern, die dem Ständestaat nachtrauern
oder
Albertz und Duensing sind Homos (und Lieber ist eifersüchtig)
oder
.... Hilfe, ist das schwer - wer kann's besser!

Was meint Ihr - ob's diesmal reicht?
Vielleicht sind Flugblätter eben doch das Falsche!

SDS

[8]

2.Auflage

NEU ! UNKONVENTIONELL ! NEU ! UNKONVENTIONELL ! NEU ! UNKONVENTION

warum brennst Du, Konsument ?

NEU ! ATEMBERAUBEND ! NEU ! ATEMBERAUBEND ! NEU ! ATEMBERAUBEND !

Die Leistungsfähigkeit der amerikanischen Industrie wird bekanntlich nur noch vom Einfallsreichtum der amerikanischen Werbung übertroffen: Coca Cola und Hiroshima, das deutsche Wirtschaftswunder und der vietnamesische Krieg, die Freie Universität Berlin und die Universität von Teheran sind die faszinierenden und erregenden Leistungen und weltweit bekannten Gütezeichen amerikanischen Tatendrangs und amerikanischen Erfindergeistes; weben diesseits und jenseits von Mauer, Stacheldraht und Vorhang für freedom und democracy.

Mit einem neuen gag in der vielseitigen Geschichte amerikanischer Werbemethoden wurde jetzt in Brüssel eine amerikanische Woche eröffnet: Ein ungewöhnliches Schauspiel bot sich am Montag den Einwohnern der belgischen Metropole:

Ein brennendes Kaufhaus mit brennenden Menschen vermittelte zum erstenmal in einer europäischen Großstadt jenes knisternde Vietnam-Gefühl (dabei zu sein und mitzubrennen), das wir in Berlin bislang noch missen müssen.

Skeptiker mögen davor warnen, 'König Kunde', den Konsumenten, den in unserer Gesellschaft so eindeutig Bevorzugten und Umworbenen, einfach zu verbrennen.

Schwarzseher mögen schon unsere so überaus komplizierte und kompliziert zu lenkende hochentwickelte Wirtschaft in Gefahr sehen.

So sehr wir den Schmerz der Hinterbliebenen in Brüssel mitempfinden: wir, die wir dem Neuen aufgeschlossen sind, können, solange das rechte Maß nicht überschritten wird, dem Kühnen und dem Unkonventionellen, das, bei aller menschlicher Tragik, im Brüsseler Kaufhausbrand steckt, unsere Bewunderung nicht versagen.

Auch der Umstand, daß man dieses Feuerwerk Anti-Vietnam-Demonstranten andichten will, vermag uns nicht irrezuführen. Wir kennen diese weltfremden jungen Leute, die immer die (Plakate) von ~~Gestern~~ tragen, und wir wissen, daß sie trotz aller abstrakter Bücherweisheit und romantischer Träumereien noch immer an unserer dynamisch-amerikanischen Wirklichkeit vorbeigegangen sind.

KOMMUNE I (24.5.1967)

Verantwortlich: D.Enzensberger

[9]

Wann brennen die Berliner Kaufhäuser?

Bisher krepierten die Amis in Vietnam für Berlin. Uns gefiel es nicht, daß diese armen Schweine ihr Cocacolablut im vietnamesischen Dschungel verspritzen mußten. Deshalb trottelten wir anfangs mit Schildern durch leere Straßen, warfen ab und zu Eier ans Amerikahaus und zuletzt hätten wir gern HHH in Pudding sterben sehen. Den Schah pissen wir vielleicht an, wenn wir das Hilton stürmen, erfährt er auch einmal, wie wohltuend eine Kastration ist, falls überhaupt noch was dranhängt ... es gibt da so böse Gerüchte.
Ob leere Fassaden beworfen, Repräsentanten lächerlich gemacht wurden – die Bevölkerung konnte immer nur Stellung nehmen durch die spannenden Presseberichte. Unsere belgischen Freunde haben endlich den Dreh heraus, die Bevölkerung am lustigen Treiben in Vietnam wirklich zu beteiligen: sie zünden ein Kaufhaus an, dreihundert saturierte Bürger beenden ihr aufregendes Leben und Brüssel wird Hanoi. Keiner von uns braucht mehr Tränen über das arme vietnamesische Volk bei der Frühstückszeitung zu vergießen. Ab heute geht er in die Konfektionsabteilung von KaDeWe, Hertie, Woolworth, Bilka oder Neckermann und zündet sich diskret eine Zigarette in der Ankleidekabine an. Dabei ist nicht unbedingt erforderlich, daß das betreffende Kaufhaus eine Werbekampagne für amerikanische Produkte gestartet hat, denn wer glaubt noch an das ›made in Germany‹?
Wenn es irgendwo brennt in der nächsten Zeit, wenn irgendwo eine Kaserne in die Luft geht, wenn irgendwo in einem Stadion die Tribüne einstürzt, seid bitte nicht überrascht. Genausowenig wie beim Überschreiten der Demarkationslinie durch die Amis, der Bombardierung des Stadtzentrums von Hanoi, dem Einmarsch der Marines nach China.
Brüssel hat uns die einzige Antwort darauf gegeben:

burn, ware-house, burn!

Kommune I (24. 5. 67)

[10]

MAN GEHT NICHT MEHR OHNE TÜTE

Heute werfen wir nicht Pudding, sondern Schah- und Farahtüten auf den Markt. Nicht um eine neue Modetorheit zu kreieren, sondern um eine gute Tat zu tun. Denn diese Tüten werden den Bedürfnissen der verschiedensten Bevölkerungsschichten gerecht:

Wenn sich viele Rentner und Hausfrauen eine Tüte aufsetzen, dann kann jeder einen Schah und eine Farah sehen, auch wenn die Polizei den Schah in einem atomsicheren Bleisarg spazierenfährt, den Dämmling und die Bullen von der Abteilung I persönlich zuhalten.

Wenn man eine Hasenscharte hat oder einen Birnen-Kopf wie der Pastor Albertz,

wenn Rektor Lieber unter seinen Studenten spazierengehen will, ohne Pfiffe und Buhrufe,

wenn man nicht mehr gefördert wird wie der SDS,

wenn man jemanden überraschen will,

wenn man Utensilien für ein Happening am Kudamm mitnehmen will,

wenn Polizei erscheint

oder wenn ein Kind weint,

wenn man Angst hat

oder Spaß macht,

erweist sich die Güte unserer Tüte.

JEDERMANN IST AUFGERUFEN SICH EINZUTÜTEN !
(Die Tüte kostet einen Groschen,
Unsere Haut werden wir teurer verkaufen.)

1. Juni 1967 KOMMUNE I

[11]

Macht Euch einen schönen Prozess - ruft zur Brandstiftung auf!

Wir habens einfach nicht geschafft, die Zeitungsfeuilletons witzeln schon über uns - und noch kein Brand ist gelegt worden. Und was interessiert hier schon, dass wir den Bahnhof Termini auf unserem Romabstecher angezündet haben.
Wir hoffen sehr, dass sich mit dieser Aktion, die auf Massenbasis operiert, der gewünschte Erfolg bald einstellt.
Bitte helft uns - nur die allergrösste Verbreitung dieses Aufrufes sichert uns das erwartete Happening. Berlin muss wieder Weltstadt werden, indem es anschliesst an die aussergwöhnlichen Demonstrationserfolge der belgischen Vietnamgegner. Nur die Massenbasis kann da helfen.
Dazu braucht Ihr in dem Aufruf unten nur das Gewünschte anzukreuzen und Name und Adresse anzugeben. Die so ausgefüllten und abgetrennten Zettel bitte zurück an uns oder den AStA - sie werden dem Gericht zugeleitet.
(Die juristischen Formulierungen sind, um sicherzugehen, unserer Anklageschrift entnommen.)

Hier bitte abtrennen

Hiermit rufe ich die Bevölkerung Berlins auf, die unten angekreuzten Räumlichkeiten, welche zeitweise dem Aufenthalt von Menschen dienen, und zwar zu einer Zeit, während welcher Menschen in denselben sich aufzuhalten pflegen, inbrand zu setzen. Ich empfehle dazu unauffälliges Vorgehen, Streichhölzer und gegebenenfalls benzingetränkte Lappen.

gewünscht:

- Springerhochhaus.....
- Rathaus Schöneberg.....
- Schloss Charlottenburg.....
- Untersuchungsgefängnis Moabit.....
- Kriminalgericht Turmstrasse 91.....
- Kammergericht Witzlebenstrasse.....
- Haus von Günter Grass Niedstr. 13..
- Rektorat der FU.....
- Amerikahaus.....
- US-Mission.....
- Kaufhaus, Name.....
- sonstige.....

Ich unterstreiche die Dringlichkeit dieses Aufrufes, indem ich darauf hinweise, dass ähnliche Aufrufe bisher nicht den gewünschten Erfolg hatten.

Name: Adresse:

Unterschrift:

[12]

LASST NICHT NUR EINE LUFTBLASE PLATZEN SONDERN TAUSEND!

Viele von euch konnten's leider nicht sehen, wie Kuntze, Staatsanwalt und Seifensieder, seine Luft- und Seifenblase mit Bravour über den ersten Verhandlungstag der Moabiter Seifenoper hinwegrettete. Der Raum war nämlich vollgepropft mit Rentnern, Bettlern, Porporierten und einigen Schulklassen. Meint ihr morgen wirds anders sein? Und selbst wenn ihr euch von einem Rentnerschwarm mit einschwemmen lassen könnt . . . was ist euch denn heute schon eingefallen? Ihr solltet die Seifenblasen endlich selber produzieren, statt auf die eine zu gaffen, die dem Kuntze vorm Mund hängt. Genauso schöne Seifenblasen! Dazu ist nur nötig eine Büchse PUSTE-FIX (50 Pfennige)
erhältlich bei Woolworth, Bilka usw., ihr kennt ja die Namen aus unseren Flugblättern. Damit könnt ihr den Ablauf der Moabiter Seifenoper mit einem ganzen Meer von Seifenblasen, innerhalb und außerhalb des Justizgebäudes, begleiten. Merke: Ring 10 cm vor den Mund halten und mäßig stark, anhaltend pusten! Die erzeugten Blasen haben mehrere Vorteile:

1. Sie sind recht stabil und erheblicher haltbar als die Staatsanwaltblase
2. Die kugelförmige Gestalt und der leise Knall, den diese vorzüglichen Seifenblasen beim Platzen erzeugen, erinnern an die kugelförmigen Bomben vorzüglicher Anarchisten
3. Die Menge der durch einen Atemzug erzeugten Blasen übersteigt alle Vorstellungen (schneller als der Staatsanwalt!).

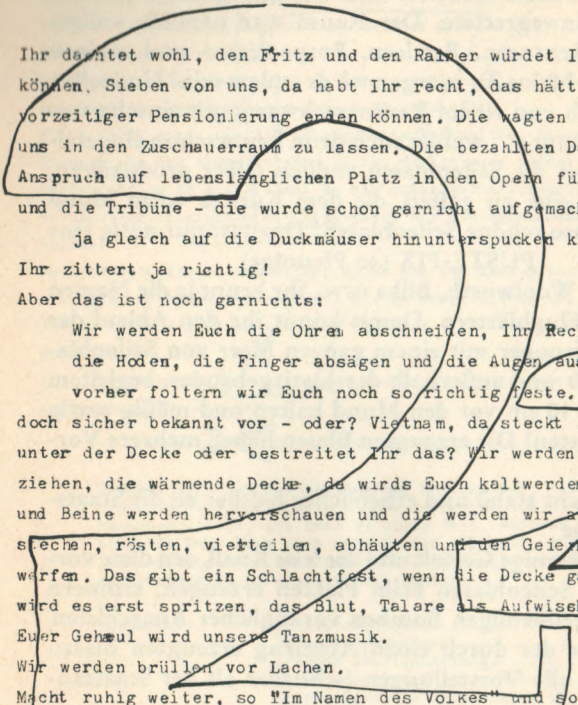
Außerdem hoffen wir, daß Staatsanwalt Kuntze, oder gar ein Richter, tot zusammenbricht, wenn sich eine wabernde Kugel von 50 cm Radius auf ihn zubewegt. Trotzdem bitten wir, dann keine Schußwaffen einzusetzen, liebe BePo, damit wir nicht WIEDER an einem Toten schuldig werden. Wenn aber doch, werden wir unbarmherzig zurückschießen (vgl. Flugblatt 20).

KOMMUNE I, AM I. TAG DER MOABITER SEIFENOPER, BERLIN, DEN 6. JULI 1967

[13]

ZURÜCK! - Ihr Murmelgreise und Schleimscheisser des "Rechts"!

ZURÜCK! - Ihr Branstiftersoldaten und Feuerwehrsoldaten!



Ihr dachtet wohl, den Fritz und den Rainer würdet Ihr fertigmachen können. Sieben von uns, da habt Ihr recht, das hätte ja nur mit vorzeitiger Pensionierung enden können. Die wagten ja nicht mal, uns in den Zuschauerraum zu lassen. Die bezahlten Dauerrentner mit Anspruch auf lebenslänglichen Platz in den Opern füllten die Bänke, und die Tribüne - die wurde schon garnicht aufgemacht, da hätte man ja gleich auf die Duckmäuser hinunterspucken können.

Ihr zittert ja richtig!

Aber das ist noch garnichts:

Wir werden Euch die Ohren abschneiden, Ihr Rechtsdiener, und die Hoden, die Finger absägen und die Augen ausstechen - und vorher foltern wir Euch noch so richtig feste. Das kommt Euch doch sicher bekannt vor - oder? Vietnam, da steckt Ihr doch mit unter der Decke oder bestreitet Ihr das? Wir werden sie Euch wegziehen, die wärmende Decke, da wirds Euch kaltwerden und die Arme und Beine werden hervorschauen und die werden wir abhacken, durchstechen, rösten, vierteilen, abhäuten und den Geiern zum Fraß vorwerfen. Das gibt ein Schlachtfest, wenn die Decke ganz weg ist. Da wird es erst spritzen, das Blut, Talare als Aufwischlappen, und Euer Gehaul wird unsere Tanzmusik.

Wir werden brüllen vor Lachen.

Macht ruhig weiter, so "Im Namen des Volkes" und so. Wir werden in Tegel eben Gegenuniversität machen. Wir haben schon 2oo Rückmeldungen und die Dozentenstellen sind besetzt.

Endlich schreitet die Hochschulreform voran.

BLEIBT NICHT ZURÜCK!

KOMMUNE I, AM 1. TAG DER MOABITER SEIFENOPER, BERLIN, DEN 6. JULI1967

Am 12. August feiert die Kommune, zusammen mit etwa 200 Personen, am Kurfürstendamm die (vorübergehende) Freilassung Fritz Teufels aus der Haft. Große Diskussionsgruppen versammeln sich im Westberliner City-Bereich. Fritz Teufel trägt ein Schild (»Immer in Berlin«) und verliest satirische Texte, die er im Gefängnis verfaßt hat [Dok. 14].
Immer häufiger muß die Kommune I sich gegen die Kritik fast der gesamten übrigen Rebellionsbewegung verteidigen [Dok. 15]. Einige Mitglieder posieren nur noch auf und mit dem »Markt« der Öffentlichkeit, den sie doch so verachten. Stellungnahmen zu politischen Ereignissen werden immer seltener. Fritz Teufel geht im Juli 1968 nach München, um eine neue Kommune zu gründen. Die Mitglieder mögen sich nicht mehr besonders. Ein Jahr später verläßt auch Kunzelmann die K I.
Für den Zerfall der Gruppe ausschlaggebend waren nicht zuletzt persönliche Eitel- und Müdigkeiten. Das Ende der Kommune 2 läßt nun auch nicht mehr lange auf sich warten. Die enttäuschten Mitglieder, die inzwischen »Randgruppen-Arbeit« hinter sich haben (mit Trebegängern und Drogenabhängigen z. B.) landen in Analysen-, Drogen- und sonstigen Szenen. Die Zeit der »umherschweifenden Haschrebellen« [Dok. 20] und anderer »freaks« ist angebrochen. Auch die der frischgebackenen »Marxisten-Leninisten«. Zwischen den Strömungen werden erbitterte ideologische Kämpfe ausgetragen. Jede Gruppe glaubt sich im vollen Besitze der geschichtlichen Wahrheit, der richtigen Strategie zum Sturz des »Systems«. Die Stichworte sind: Joint, Blues, Lust, Mut, aber auch: Ohnmacht, Wut, Dogmatismus, Gewalt, Verzweiflung, Zeit der Brüche, der Ambivalenz [Dok. 16–18]. Irrwege deuten sich an, die Rote Armee Fraktion gründet sich (siehe hierzu weiter das Kapitel: »Brüche«, S. 197).

[14]

Schaut doch nicht so saublöd - Mund zu!!

Oder brüllt ein bisschen rum:a)in den Osten mit Euch

b)ins Arbeitshaus

c)von unseren Steuern

d)Rübe ab, das wäre richtig

e)unter Hitler wäre das nicht...

das beruhigt ungemein.

Oder holt die Polizei, wir haben auch Spielsachen für sie

Was wir eigentlich wollen - s.o.

Wer ist der grösste Politiker unseres Landes:.....(ausfüllen)

Verbrennt einen Passanten!

Wer hat Löbe im Sarg herumgedreht: ...K.m..e.I.....(Fehlendes ergänzen)

Geht aus dem Weg!

Geht doch woanders lang, wenn Ihr nicht druchkommt, ohne mitzufeiern!

Wo ist Dein Personalausweis?

Wieviel Geld hast Du noch in der Tasche?

Wo hast Du Deine Schuhe gekauft?

Siehst Du den Polizisten dort - was macht er für ein Gesicht?

Der Teufel hat den Polizisten Ohnesorg erschossen

Reisst die Mauer ab und baut sie um das Rathaus Schöneberg!

MAN MUSS DEN TEUFEL FEIERN, SOLANGE ER LOS IST!

(KOMMUNE I, 12.8.67)

[15][8)]

KOMMUNE I: WER BEAT MACHT STIEHLT

Macht Happening und schmeißt Genossen raus. Nicht jeder hat einen Buchholzkopf: Der Kampf für die Befreiung der Arbeiter ist Arbeit, harte Arbeit, zäh, unermüdlich. – Warum hört man dann eigentlich in letzter Zeit so wenig über die Apo?
Weil sie nicht mehr marktschreierisch ist! Als wir ins Germanistische Seminar kamen, war alles schon ›vergesellschaftlichtes Produktionsmittel‹ geworden (»Bücherklauen ist konterrevolutionär« stand auf Plakaten, mit Reißzwecken festgemacht, damit nichts beschädigt wurde). Produktionsmittel? Das klingt nach Arbeiter, erst mal alles so lassen und dann zäh, langsam! Und was ist nachher, wenn wir wieder studieren? Dann ist der Spaß aus!
Nicht unser Problem – also machten wir vorläufig Eigenes. Schleppten die verödete Tonanlage vom soz. Straßentheater aus einer Kammer an die Außenfenster. Sender, das wollten doch alle schon mal? Machten zuerst Beat (immer die Internationale geht auch), dann auch Durchsagen, Meldungen (vielleicht haben wir den Tagesschauton nicht ganz getroffen), – und warteten auf die andern. Auf das Ergebnis harter Arbeit und Disziplin, auf die Analysen:
– Spielt wenigstens die Internationale, Kampflieder, sp. Bürgerkrieg (die Revolution ist wie 1919, bloß besser, dazu werden dieselben Lieder gesungen, bloß lauter und öfter!)
– Die Leute draußen müssen ja denken, das ist ein Jahrmarktsrummel (tiefer Ton: heute werden die Notstandsgesetze verabschiedet und ihr macht Beat hier) und 2 Notlügen:
– Unten versteht man sein eigenes Wort nicht mehr, ihr brüllt die Diskussion nieder (ihr macht hier Terror, Terroristen!)
– Wir verlieren die Abstimmung in der Vollversammlung mit eurer Musik (die nicht mitmachen, lassen uns fallen, wenn wir zu laut was machen!)
Die Analyse ergab: Abschalten! Das war nicht sendereif. Nur wir wußten was zu senden, bis am nächsten Tag der Rektor

zur APO überlief: Ihm wars auch zu unpolitisch, hatte auch keine Beiträge zu machen, seine Analyse lautete auch: Abschalten. Also machte er uns den Strom aus. Wir reparierten, machten weiter, schmissen die vielen kleinen Rektoren raus, die das Zimmer füllten und nichts besseres wußten als aufhören.
Dann machte der Rektor dem ganzen Haus den Strom aus. Wir waren für Drohen, ein paar Bücher aus den Fenstern zu schmeißen, wenn nicht (einer unserer Büchervorschläge: nach Tegel verschenken, Gegenvorschlag: Stehenlassen!!). Und dann hatten wir einige Sprüche an die Wand gemalt (›Germanismus führt zum Faschismus‹ u. a. Gegenvorschlag: Zensur).
Wir hatten also die Nase voll und zogen aus, wir wollten das Institut verändern, die andern wollten es beschützen: Wohlrabes[10] Schlägertrupps zogen unsichtbar ums Haus, die Hysterie machte jede Diskussion kaputt, Schlafen und Essen waren wie in einer Jugendherberge geworden, die Besetzung war der zähen revolutionären Arbeit hinderlich. Einen Tag später zogen dann alle aus, weil die raus wollten, die nie dringewesen waren (Vollversammlung).
Zum Glück hat noch einer die Stempel mitgehen lassen – wer Beat macht stiehlt auch!«

ANMERKUNG DER REDAKTION: Kommune-Germanen machen Revolution zur Magical Mystery Tour. Ringo Teufel mit duftem Notstands-Sound: Für die künftigen Schutzhaftlager engagiert er Sergeant Pepper's Lonely Hearts Club Band, weil's sonst nicht mehr so lustig ist. Statt Radio Rosa Luxemburg gibt's SF-beat (hat man da noch Tagesschau-Töne?). Wer Beat macht, stiehlt – und zwar den anderen die Schau. Und die Schau gehört der K I: Endlich mal wieder die Chance, die in letzter Zeit so arg vermißte Publicity zu kriegen. [. . .] Wie wär's denn mal mit dem Slogan: Aktivismus führt zum Faschismus. Leute, seht's doch ein, daß Ihr schon längst Sendepause habt. Wir werden Euch trotzdem auch als Apo-Opas nicht vergessen. Ach ja: Wie war's in Westberlin vordem für Kunzelmännchen so bequem.

[16][11)]

Daß Du Beatmusik magst und
gerne tanzt und am liebsten
vögelst
finde ich gut

Paß auf daß Du auch
später Beatmusik hören
und tanzen und
vögeln kannst denn
es gibt Leute die
etwas dagegen haben daß
Du gerne Beatmusik hörst und tanzt und vögelst

Beim Zivilschutzkorps gibt es nur Drill und Befehle
und der Blockwart
wird Dir das Vögeln schon verleiden

Also paß auf
und tu verdammt noch mal etwas
und wenn Du mit Eiern schmeißt
und den Verkehr blockierst
ist das schon besser
als gar nichts

Wenn der Staat Dir
Tanzen und Vögeln verleiden will
mach den Staat kaputt

[17] Kille, kille Weihnachtsstille!

Man hat im Monat Dezember demonstriert gegen Rehse[12)] und Benda[13)]. Genossen es wird wintern, wärmt Euch am Ka De We[14)] den Hintern. Zerschlagt endlich die Justiz im Kern, die Gerichtshäuser sind nicht fern. Wollt Ihr weiter die Schläge des Staates ertragen? Räumt mit diesen Nazis auf! Stoppt sie! Wenn nicht bald zugeschlagen wird, dann ist es

ganz aus mit uns. Ihr seht, daß mit friedlichen Demonstrationen nichts mehr zu erreichen ist; sie verfliegen alle im Wind. Die Bevölkerung glotzt doof und sagt sich solche Vollidioten, bei dieser Kälte zu demonstrieren. Im gewissen Sinne haben sie recht; jetzt kommt das große »ABER«, man kann es ja umfunktionieren, indem man sich z. B. am oder im Ka De We wärmt. Es wäre doch eine dufte Sache, sich endlich mal wieder satt zu essen; letzten Endes, sind die Kaufhäuser auch für uns da und nicht nur für schweinige Faschisten, die den Kaufhausbonzen soweit in den Arsch kriechen, daß sie superbraun (DANK OMO) aus seinem Gehirn entweichen können. Was haben wir daran verdient? Geht nicht mehr auf das Gefasel verschiedener Interessengruppen ein, die Euch doch nur manipulieren wollen.

Seht Euch Martin Luther King[15] an, nichts! Er ist tot, gestorben für eine Idee, wie sie in einem faschistischen Staat nicht vertretbar ist.

Was haltet Ihr von einer »BLACK POWER« Bewegung in West-Berlin und der (sogenannten) Bundesrepublik Deutschland? der einzig wahren Methode, den faschistischen Staat zu zerschlagen. [. . .]

Werdet endlich der Sache bewußt, zerschlagt die Justiz mit den Marzipankartoffeln aus dem Ka De We.

Nur so könnt Ihr den Glauben an den guten Weihnachtsmann Kleinkindern und verkalkten Rentnern überlassen.

Ha, ha, ha Weihnachtszeit ist da!
O, du fröhliche, Oh, du selige
geldeinbringende Weihnachtszeit
Bullen werden geboren.
zum prügeln aufgezogen,
Freue dich, oh freue dich
du Spießerheit.

Guten Rutsch ins Krematorium und ein schlechtes neues Jahr damit euch klar wird was im vergangenen SCHEISSE war.

Verantwortlich für diesen Mist
KOMMUNE »CHE« Berlin Moabit Stephanstr. 60

[18]

Ist »Hair« der würdige Repräsentant der Subkultur?

Nein! Wir wissen sogar, daß »Hair« nur unter dem Image der Subkultur auftritt, um seine kapitalistischen Bedürfnisse zu befriedigen. Wir, die Berliner Subkultur, u. a. Mitglieder des Zentralrats der umherschweifenden Hasch Rebellen, identifizieren uns nicht mit dem Hair-Trupp.

Nach wie vor schmort die wahre Subkultur untergründig, verboten, in illegal erworbenen Etagenwohnungen.

Nach wie vor: d. h. bevor das Zodiak, das Obdach usw. geschlossen wurden. Mit der Schließung des Zodiak, Obdach etc. beweist der Senat eindeutig seine wahre Haltung gegenüber der Subkultur.

Der Auftritt des »Hair«, dieser Pseudo-Subkulturtruppe, versucht jetzt nach außen hin zu demonstrieren:
West-Berlin, »die freie Stadt« hat Platz für alle!

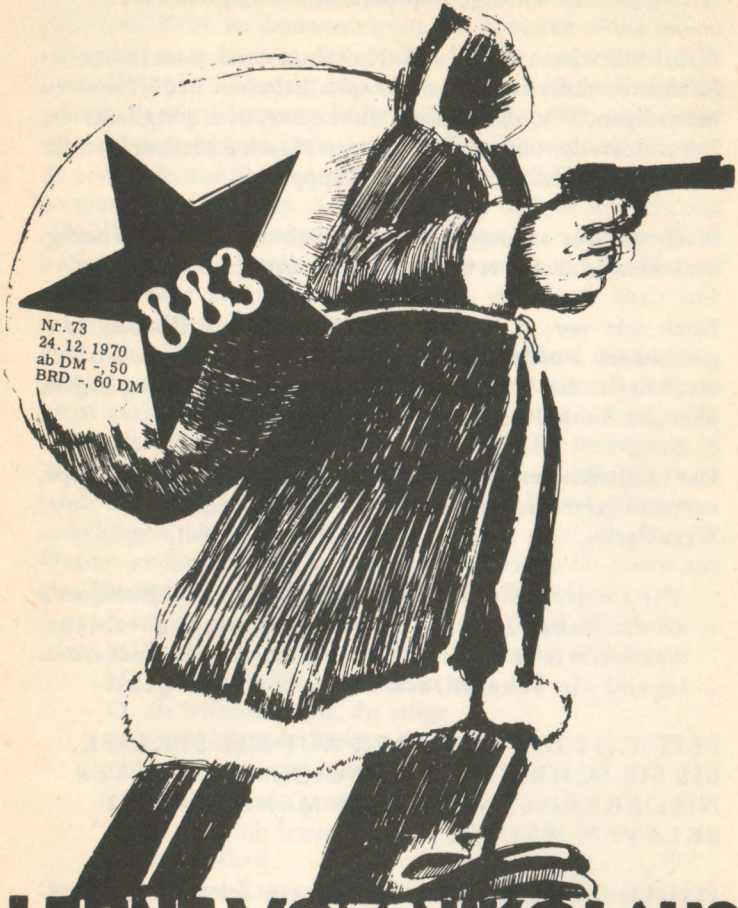
> Wir fordern die Übergabe des Beautyfull Balloon's an die wahre Subkultur. Falls dies nicht geschieht, werden wir es zu verhindern wissen, daß dort noch irgend ein Scheißdreck über die Bühne geht.

PEITSCHT DIE ZUHÖRER AUF DIE STRASSE, BIS SIE SCHREIEN, KREISCHEN UND ALLES NIEDERREISSEN, WAS DIE MENSCHEN ZU SKLAVEN MACHT!

Haschisch, Opium, Heroin für ein schwarzes West-Berlin!

Zentralrat der umherschweifenden Hasch Rebellen.

[19][16)]



LERNT VOM NIKOLAUS RÄUMT das KAUFHAUS AUS

»UNTER DEN TALAREN – DER MUFF VON 1000 JAHREN«
DER AUFSTAND GEGEN DIE ORDINARIENUNIVERSITÄT
HOCHSCHULE UND GESELLSCHAFT

Diese Kommilitonen meldeten sich rechtzeitig zurück.

Am 22. Juni 1966 führen mehr als 3000 Studentinnen und Studenten der Freien Universität in Westberlin in der Vorhalle des Auditorium Maximum ein »sit-in« durch. In einer Resolution fordern sie u. a. die Abschaffung der befristeten Zulassung an der Universität, die drittelparitätische Besetzung der Universitätsgremien mit Professoren, Assistenten und Studenten, die Aufhebung der politischen Veranstaltungen disziplinierenden Raumvergaberichtlinien, die Wiedereinstellung von Dr. Ekkehart Krippendorff, dem am 10. Juni 1965 aus politischen Gründen die übliche vertragliche Verlängerung seines Assistentenverhältnisses verweigert worden war.[1] In der Präambel der Resolution formulieren die auf dem »sit-in« versammelten Studenten den Zusammenhang von Demokratisierung der Gesellschaft und Hochschulen. Die Revolte gegen die Ordinarienuniversität hat begonnen [Dok. 1].

Ein knappes Jahr nach dem ersten »sit-in« an der Freien Universität Berlin veranstalten ca. 2000 Studentinnen und Studenten einen erneuten Sitzstreik in der Vorhalle des Auditorium Maximum. Auf Anforderung des Rektors der FU kommt es zum ersten Polizeieinsatz gegen diskutierende Studenten.

Nach ersten Versuchen, Studentinnen und Studenten aus der Halle zu tragen, brechen die Polizeibeamten ihren Einsatz ab. Voller Entrüstung schildert das FU-Rektorat in einer Presseerklärung die Ereignisse:

> »Am 19. April 1967, gegen 22 Uhr, wenige Stunden nach dem Ableben Altbundeskanzlers Dr. Konrad Adenauer, veranstalteten mehrere hundert Studenten, aufgeputscht von »Kommunemitgliedern« und sympathisierenden Studentenfunktionären unter Anführung des AStA-Vorsitzenden Häußermann, seines Amtsvorgängers Nevermann und des Konventsvorsitzenden Lefèvre in der Halle des Henry-Ford-Baues ein sogenanntes »sit-in«. Lautstark protestierten sie gegen die Beschneidung ihrer »demokratischen Rechte«, gegen die »Bürokratie«, die »Hysterie der Berliner Presse und Bevölkerung« und gegen die staatliche Ordnung schlechthin. Mitglieder der »Kommune« entrollten »chinesische Wandzeitungen«.

Anläßlich des Begräbnisses von Alt-Bundeskanzler Dr. Konrad

Adenauer, am 22. April 1967, verteilen Mitglieder des Bonner SDS einen Nachruf [Dok. 2]. Kurz nach Beginn dieser Aktion beschlagnahmen Polizeibeamte die Flugblätter und entfernen Plakate des SDS. Gegen die fortgesetzten Ordnungsappelle der universitären und politischen Autoritäten beginnt sich die Studentenbewegung zu radikalisieren. [Dok. 3]

Am 7. Juli 1967 spricht Professor Dr. Th. W. Adorno im Auditorium Maximum der FU Berlin. SDS und Kommune 2 greifen den Großmeister der kritischen Theorie in Flugblättern wegen seiner Weigerung an, ein entlastendes Gutachten im »Brandstifter-Prozeß« gegen Fritz Teufel zu erstellen [Dok. 4]. Die Revolte wendet sich nun gegen ihre theoretischen Väter, als diese den Sprung von der kritischen Theorie in die praktische Aktion zur gesellschaftlichen Veränderung nicht nachvollziehen (vgl. auch die Diskussion mit Jürgen Habermas anläßlich des Begräbnisses von Benno Ohnesorg, S. 193 f.).

Am 1. November 1967 beschließen über 2000 Studentinnen und Studenten im Audimax der FU die Gründung der Kritischen Universität (KU). Wolfgang Nitsch (SDS) bezeichnet auf der Gründungsversammlung die »kritische Reflektion und wissenschaftliche Analyse für eine demokratische politische Praxis«, die Studienreform und Hochschulpolitik und die Erarbeitung eine »demokratische Wissenschafts- und Berufspolitik der Intelligenz« als die Hauptaufgaben der KU. Die Kritische Universität Berlin bietet in einem provisorischen Veranstaltungsverzeichnis über 30 Arbeitskreise an [Dok. 5]. In anderen Universitätsstädten werden ebenfalls alternative Kritische Universitäten organisiert. Im Zuge der Hochschulreform finden später die neuen, hier formulierten Problemstellungen Aufnahme in die offiziellen Lehrprogramme der Universitäten.

Am 9. November 1967 stören im Auditorium Maximum der Hamburger Universität Studenten den feierlichen Rektoratswechsel. Als die Professoren in ihren traditionellen Talaren den Raum betreten, entrollen Studenten ein Transparent mit der Aufschrift »Unter den Talaren – der Muff von 1000 Jahren«. Die Hamburger Studentenzeitung »auditorium« berichtet in ihrer fünfzigsten Ausgabe im November 1967 über dieses Ereignis:

> »Mit Bach sollte es beginnen, mit Bach schließen. Doch Polizeiunruhen waren der Auftakt, es endete im Tumult.

Dazwischen, zur Farce erstarrt, als Farce entlarvt, drei Stunden akademischer Festakt. Der heiße Sommer wurde in den Winter hinübergerettet, die Universität erlebte einen historischen Tag.

Daß es ein außergewöhnlicher Tag werden sollte, ahnte der Besucher, als er dem Auditorium Maximum zustrebte, vorbei an zahlreichen Mannschaftswagen der Polizei, über den von Polizisten wimmelnden Platz. Manteltaschen wurden kontrolliert, Studenten, die Flugblätter verteilten, verjagt, vielen wurde der Zutritt verweigert, ein Kommilitone zu guter Letzt im Keller des Audimax eingesperrt. Das Universitätsorchester intoniert Festmusik, die Ordinarien in ihren Talaren schreiten herein, empfangen vom Gelächter der Studenten. Ein Spruchband, plötzlich entrollt, artikuliert, was die Mehrheit empfindet: »Unter den Talaren der Muff von 1000 Jahren!« Die Festgäste schauen sich betreten um; der Grundton zum großen Spektakel ist angeschlagen. Warum haben wir nicht höflich geschwiegen wie in den Jahren zuvor, als es uns auch schon um die Mundwinkel zuckte? Warum übergingen wir den Tinnef nicht mit nachsichtigem Lächeln? Weil uns nach nachsichtigem Lächeln und höflichem Schweigen nicht zumute war, weil wir im Talar eine Herausforderung erblickten. Hätten wir eine zeitgemäße Universitätsstruktur, wir könnten das Gehabe als Marotte unserer Professoren liebevoll beschmunzeln und denken: »Ja, damals . . .« Wir haben keine zeitgemäße Universitätsstruktur. Uns ist der Talar Symbol der Ordinariendiktatur, Relikt der Ständezeit, Ausdruck akademischer Überheblichkeit. Uns ist der Talar ein Ärgernis!«

Ein Ärgernis waren bald nicht mehr allein Talar und Ordinarienuniversität. Die Autoritäten in allen Bereichen der Gesellschaft wurden Angriffspunkte der Revolte. Der amerikanische Pop-Slogan »Trau keinem über dreißig« erhält politische Dimension im Aufruf zum Aufstand »gegen die Nazi-Generation«.[4] [Dok. 6]

[1]

Resolution
verabschiedet von der versammelten Studentenschaft der Freien Universität Berlin auf dem Sit-in am 22./23. Juni 1966

Präambel
Wir kämpfen nicht nur um das Recht, längere Zeit zu studieren und unsere Meinung stärker äußern zu können. Das ist nur die halbe Sache. Es geht uns vielmehr darum, daß Entscheidungen, die die Studenten betreffen, demokratisch nur unter Mitwirkung der Studenten getroffen werden.
Was hier in Berlin vor sich geht, ist ebenso wie in der Gesellschaft ein Konflikt, dessen Zentralgegenstand weder längeres Studium noch mehr Urlaub ist, sondern der Abbau oligarchischer Herrschaft und die Verwirklichung demokratischer Freiheit in allen gesellschaftlichen Bereichen.
Wir wenden uns gegen alle, die den Geist der Verfassung, gleich in welcher Art, mißachten, auch wenn sie vorgeben, auf dem Boden der Verfassung zu stehen.
Es gilt die Freiheit in der Universität als Problem zu sehen, das über den Rahmen der Universität hinausweist. Aus diesem Grunde sieht die Studentenschaft die Notwendigkeit, mit allen demokratischen Organisationen in der Gesellschaft zusammenzuarbeiten, um ihre Forderungen durchzusetzen.
[. . .]

[2] NACHRUF

[. . .]
Wir wollen und können hier nicht nachholen, was Schulen und Massenmedien an politischer Aufklärung versäumt haben.
Nur dies: Konrad Adenauer trägt die entscheidende Verantwortung für
1. Die einseitige Integration in die westliche Militärallianz und ihre unheilvollen Folgen,
2. die konventionelle und atomare Wiederaufrüstung der

BRD, die alljährlich über 20 Milliarden DM kostet,
3. die Anheizung des Kalten Krieges und die Verhärtung der Fronten zwischen Ost und West.
Konrad Adenauer hat durch seine Politik die Möglichkeiten für eine friedliche Wiedervereinigung für immer versperrt.
Konrad Adenauer hat – obwohl selbst kein Faschist –
1. nichts dazu beigetragen, Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zu demokratisieren,
2. im Gegenteil durch aktive Förderung nationalsozialistischer Elemente in den genannten Bereichen und durch autoritäre Regierungspraktiken alle Ansätze einer breiteren Reorganisation der Gesellschaft in wirklich demokratischem Sinn vereitelt,
3. die Grundlage für die heutige reaktionäre Politik der Bundesregierung gelegt.
Konrad Adenauer wird heute nach einem feierlichen Pontifikalrequiem – von Kardinal Frings im Kölner Dom zelebriert – in Rhöndorf beigesetzt.
[. . .]
Man sollte sich die Gesellschaft ansehen, die da zusammengekommen ist, einen Greis mit militärischen Ehren zu Grabe zu tragen. Repräsentanten der freien Welt: während Johnson und Rusk im hohen Dome beten, krepiert in Vietnam unter amerikanischen Bomben das Volk, – während Staatsminister A. Motta-Veiga (Portugal), der Arbeitsminister J. Soliz (Spanien) das Memento mori intonieren, siechen in den Militärgefängnissen der Halbinsel Menschen, die für das eintraten, was von der Kanzel ausgeschrien wird: Freiheit und Menschenwürde. Was tut der Vizepräsident Boliviens, Siles, auf dessen Befehl die »special forces« gegen die Bergdörfer vorrücken, an der Leiche Adenauers? Ist er fehl am Platz? Er braucht sich nicht zu genieren. Welche Grüße überbringt der Vertreter des neuen griechischen Terrorregimes? Die der 10 000 KZ-Häftlinge? Es ist nicht zu befürchten, daß er danach gefragt wird. Ehrenmänner unter sich, die einen der ihren zu Grabe tragen – Weihrauch und Lavendel können ihn nicht verschwinden machen, den eklen Geruch von Unterdrückung, Aberglauben, Blut. Eine internationale Kanaille. SDS Bonn

[3]

Peter Schneider[2)]
Wir haben Fehler gemacht
(Rede auf der Vollversammlung aller Fakultäten der Freien Universität Berlin am 5. Mai 1967)

Wir haben Fehler gemacht, wir legen ein volles Geständnis ab: Wir sind nachgiebig gewesen, wir sind anpassungsfähig gewesen, wir sind nicht radikal gewesen. Wir haben uns um die Immatrikulation beworben, wir haben die Immatrikulationsbestimmungen gelesen, wir haben uns den Immatrikulationsbestimmungen unterworfen. Wir haben Formulare ausgefüllt, die auszufüllen eine Zumutung war. Wir haben über unsere Religionszugehörigkeit Auskunft gegeben, obwohl wir keiner Religion zugehörten. Wir haben für unsere Bewerbung Gründe angeführt, die nicht unsere Gründe waren. Wir haben unsere Zulassung erhalten, wir haben unseren besten Anzug angezogen, wir sind zur Immatrikulationsfeier gegangen. Wir haben uns hingesetzt, wir haben gewartet, wir wären am liebsten gleich wieder gegangen. Wir haben uns zur Feier des Augenblicks von unseren Plätzen erhoben, obwohl uns die Feierlichkeit des Augenblicks nicht bewußt geworden ist. Wir sind, als wir unsere Professoren in langen Talaren und schwarzen Käppis erblickten, nicht in ein nicht enden wollendes Gelächter ausgebrochen. Wir haben uns wieder hingesetzt, als wir uns wieder hinsetzen durften. Wir haben die Ansprache des Rektors gehört, wir haben die Ansprache des Dekans gehört, wir haben die Ansprache des Studentenvertreters gehört. Wir haben die Worte der Redner in uns aufgenommen, wir haben ab und zu die Augen geschlossen, wir haben uns jedesmal entschließen müssen, bevor wir gehustet haben, wir sind nicht weiter aufgefallen, wir sind liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen gewesen. Wir haben uns des Vorzugs, ein akademischer Bürger zu sein, versichern lassen, bevor wir das als einen Vorzug empfanden. Wir haben unsere Universität freie Universität genannt, obwohl wir da gar nicht sicher waren. Wir haben eine Gemeinschaft von Lernenden und Lehrenden gebildet, ob-

wohl diese Gemeinschaft erst noch zu bilden war. Wir haben den Immatrikulationstee getrunken, wir haben unser Studium begonnen, wir haben die Pflichtvorlesungen belegt, wir sind nicht in den SDS eingetreten. Wir haben uns ein Semester lang mit der Frage beschäftigt, warum die Goten das t hauchten und wir haben über einen Franzosen des neunzehnten Jahrhunderts gearbeitet, der seinerseits über einen Römer des zweiten Jahrhunderts gearbeitet hatte. Wir haben mit dieser Arbeit keinen Erfolg gehabt, denn wir haben die neuesten Entwicklungen auf dem Gebiet der Franzosen des neunzehnten Jahrhunderts, die über einen Römer des zweiten Jahrhunderts gearbeitet haben, nicht gebührend berücksichtigt. Wir sind deprimiert gewesen, wir haben uns zu Recht kritisiert gefühlt, wir haben es das nächste Mal besser gemacht. Wir haben Seminararbeiten gemacht, die zu machen reine Zeitverschwendung war. Wir haben Seminarsitzungen protokolliert, die nicht zu protokollieren, sondern nur zu kritisieren waren. Wir haben Tatsachen auswendig gelernt, aus denen nicht das mindeste zu lernen war. Wir haben Prüfungen vorbereitet, die nur der Prüfung unseres Gehorsams dienten. Wir sind nervös geworden, wir sind unlustig geworden, wir sind immer schwieriger geworden, wir litten an mangelnder Konzentration, wir konnten nicht einschlafen, wir konnten nicht beischlafen, wir haben uns einmal ausgesprochen. Wir haben uns sagen lassen, wir müßten erst mal mit uns selber fertig werden. Wir sind mit uns selber fertig geworden. [. . .] Wir sind sachlich gewesen, wir sind gehorsam gewesen, wir sind wirklich unerträglich gewesen. Diejenigen, die mit Magnifizenz anzureden waren, haben wir mit Magnifizenz angeredet. Diejenigen, die mit Herr Professor anzureden waren, haben wir mit Herr Professor angeredet. Diejenigen, die mit Herr Doktor anzureden waren, haben wir mit Herr Doktor angeredet. Diejenigen, die mit Herr Prof. Doktor Doktor anzureden waren, haben wir mit Herr Prof. Doktor Doktor angeredet. Wir wollen es nie wieder tun. Wir haben uns durch schlechte Noten kleinkriegen lassen, wir haben uns durch gute Noten wieder aufmöbeln lassen, wir haben es mit uns machen lassen. Wenn wir bei unserem Professor in der Vorlesung waren, dann haben wir ihm nicht auf die Finger gesehen,

wenn wir uns von ihm prüfen ließen, dann haben wir ihm nicht ins Gesicht gesehen, wenn wir im Clo neben ihm standen, dann haben wir ihm nicht auf den Schwanz gesehen. Wir wollen es das nächste Mal tun. Wir haben unser Studium fortgesetzt, wir haben die erforderliche Semesterzahl belegt, wir haben die in uns gesetzten Erwartungen nicht enttäuscht. Wir haben die Gesetze des Strafrechts auswendig gelernt, obwohl wir doch nicht an den Sinn der Bestrafung glauben. Wir haben die Gesetze der zweiten Lautverschiebung gelernt, während andere die Notstandsgesetze verabschiedeten. Wir haben uns zur Gotischprüfung gratulieren lassen, während unser Bundespräsident der südafrikanischen Regierung zu ihrer Rassenpolitik gratulierte. Wir haben an die Freiheit der Wissenschaft geglaubt, wie andere an die Freiheit Südvietnams glauben [. . .]

Wir haben es dahin kommen lassen, daß sie uns anläßlich eines Sit-Ins, das sich ausdrücklich gegen die unerträgliche Ruhe und Ordnung an dieser Universität richtete, mit einem Hinweis auf Ruhe und Ordnung zu Ruhe und Ordnung zu bringen versuchten. Wir haben es dahin kommen lassen, daß einer unserer seltenen Spezialisten auf dem Gebiet des Marxismus unsere Aktionen mit denen des Faschismus verwechselt hat, was doch wirklich eine wissenschaftliche Fehlleistung ist. Wir haben uns da offenbar nicht klar ausgedrückt, wir wollen uns jetzt klar ausdrücken. Es geht tatsächlich um die Abschaffung von Ruhe und Ordnung, es geht um undemokratisches Verhalten, es geht darum, endlich nicht mehr sachlich zu sein. Wir haben in aller Sachlichkeit über den Krieg in Vietnam informiert, obwohl wir erlebt haben, daß wir die unvorstellbarsten Einzelheiten über die amerikanische Politik in Vietnam zitieren können, ohne daß die Phantasie unserer Nachbarn in Gang gekommen wäre, aber daß wir nur einen Rasen betreten zu brauchen, dessen Betreten verboten ist, um ehrliches, allgemeines und nachhaltiges Grauen zu erregen. Wir haben vollkommen demokratisch gegen die Notstandsgesetze demonstriert, obwohl wir gesehen haben, daß wir sämtliche Ränge des Zivildienstes aufzählen können, ohne irgendeine Erinnerung wachzurufen, aber daß wir nur die polizeilich vorgeschriebe-

ne Marschrichtung zu ändern brauchen, um den Oberbürgermeister und die Bevölkerung aus den Betten zu holen. Wir haben ruhig und ordentlich eine Universitätsreform gefordert, obwohl wir herausgefunden haben, daß wir gegen die Universitätsverfassung reden können, soviel und solange wir wollen, ohne daß sich ein Aktendeckel hebt, aber daß wir nur gegen die baupolizeilichen Bestimmungen zu verstoßen brauchen, um den ganzen Universitätsaufbau ins Wanken zu bringen. Da sind wir auf den Gedanken gekommen, daß wir erst den Rasen zerstören müssen, bevor wir die Lügen über Vietnam zerstören können, daß wir erst die Marschrichtung ändern müssen, bevor wir etwas an den Notstandsgesetzen ändern können, daß wir erst die Hausordnung brechen müssen, bevor wir die Universitätsordnung brechen können. Da haben wir den Einfall gehabt, daß das Betretungsverbot des Rasens, das Änderungsverbot der Marschrichtung, das Veranstaltungsverbot der Baupolizei genau die Verbote sind, mit denen die Herrschenden dafür sorgen, daß die Empörung über die Verbrechen in Vietnam, über die Notstandspsychose, über die vergreiste Universitätsverfassung schön ruhig und wirkungslos bleibt. Da haben wir gemerkt, daß sich in solchen Verboten die kriminelle Gleichgültigkeit einer ganzen Nation austobt. Da haben wir es endlich gefressen, daß wir gegen den Magnifizenzwahn und akademische Sondergerichte, gegen Prüfungen, in denen man nur das Fürchten, gegen Seminare, in denen man nur das Nachschlagen lernt, gegen Ausbildungspläne, die uns systematisch verbilden, gegen Sachlichkeit, die nichts weiter als Müdigkeit bedeutet, gegen die Verketzerung der Emotion, aus der die Herrschenden das Recht ableiten, über die Folterungen in Vietnam mit der gleichen Ruhe wie über das Wetter reden zu dürfen, gegen demokratisches Verhalten, das dazu dient, die Demokratie nicht aufkommen zu lassen, gegen Ruhe und Ordnung, in der die Unterdrücker sich ausruhen, gegen verlogene Rationalität und wohlweisliche Gefühlsarmut, – daß wir gegen den ganzen alten Plunder am sachlichsten argumentieren, wenn wir aufhören zu argumentieren, und uns hier in den Hausflur auf den Fußboden setzen. Das wollen wir jetzt tun.

[4]

DER GROSSE ZAMPANO DER DEUTSCHEN WISSENSCHAFT KOMMT!

Theodor W. Adorno kommt nach Berlin und spricht über ästhetische Probleme. Wo? An der Freien Universität, wo der totale Klassenkampf – also auch zwischen Autoritäten und Studenten stattfindet. Warum kommt er? Er, der große Durchschauer dieser Gesellschaft wird auftreten um sein Durchschauen feilzubieten – wird druckreife Sätze auskotzen, und alle, alle werden ihm lauschen – dem Teddy –, so glaubt er. Er wird über die Iphigenie – von Goethe glaube ich – zu uns sprechen, wird unsere Rationalität für diese in Anspruch nehmen wollen. Doch da ist er ein bißchen zu spät dran. Denn wir lauschen nur noch den Worten des großen Vorsitzenden Mao, den Parolen der Revolution. Und wir machen die Revolution in allen Bereichen der Gesellschaft.
Er, der große Zampano, aber wird sich ausgeben als einer der unsrigen, wird voll abwägende Vernunft fordern für das Ethos der Wissenschaft; für die Wissenschaft, die sich weigert, da impotent, für Fritz Teufel ein Gutachten zu schreiben, die sich weigert zu Vietnam, zum 2. Juni nur ein Wort zu verlieren. Er will uns ein ästhetisches Bonbon ins Maul schieben, damit wir ja nicht der Kommune auf den Leim gehen. Was soll uns der alte Adorno und seine Theorie, die uns anwidert, weil sie nichts sagt, wie wir diese Scheiß-Uni am besten anzünden und einige Amerikahäuser dazu – für jeden Terrorangriff auf Vietnam eines. Weil er keine 1000 Mark für den Vietcong stiftet – das wären ein Hubschrauber + 18 tote GI's + 10 mit ohne Füßen. [. . .]
Das aber will er nicht, vielleicht schreibt er dafür in der BZ bald eine Artikelserie über die deutsch-amerikanische Freundschaft und über die Dankbarkeit gegenüber den USA. Schließlich haben wir ja die Uni den Amis zu verdanken.
So partizipiert ein jeder – so gut er kann – an dieser Gesellschaft und bestätigt sie. Der Theorie wird Narrenfreiheit gewährt, weiß man doch um ihre Harmlosigkeit. Die Gesellschaft und der Adorno verstehen sich ganz gut: horrende

Honorare: der eine verzichtet auf Brandstiftung – der andere braucht die Theorie nicht einmal einzusperren.
Und wir, was machen wir mit dem feisten Teddy? Er soll alleine quatschen vor leerem Saal, soll sich zu Tode adornieren. So meint er's ja wohl. Also: Adorno findet nicht statt; aber die Revolution.
Seine Worte mögen ihm im Maul verfaulen. (Chinesisches Sprichwort über die Sowjet-Revisionisten)
PS: Vielleicht erlebt ihr heute noch ein wirklich ästhetisches Spektakulum. Kommune II

[5] Kritische Universität

Die KU BERLIN trat Anfang Juli mit einem »provisorischen Verzeichnis der Studienveranstaltungen« an die Öffentlichkeit.
Die KU wurde in den Wochen nach dem 2. Juni von Studenten und Assistenten aller West-Berliner Hochschulen als freie Studienorganisation innerhalb der bestehenden Hoch- und Fachschulen gegründet. Sie soll auch interessierten Schülern, Arbeitern, Angestellten, Lehrern offenstehen.
Die KU setzt sich das Ziel, »unter ihren Mitgliedern und im öffentlichen Leben die politische Bildung und Betätigung zu fördern, die der Ausgestaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Verhältnisse durch die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse dienen«, wie es bereits in der Satzung der Studentenschaft der FU niedergelegt wurde.
Die KU gestaltet durch die Verbindung von permanenter Hochschulkritik und praktischer Studienreform das Studium interessanter.
Die KU baut die Schizophrenie zwischen einem intellektuell uninteressanten Fachstudium und der »Freizeit« ab.
Die KU bereitet die Studenten auf die Praxis der Wissenschafts- und Gesellschaftspolitik in ihren künftigen Berufen vor.
Die KU wird auch in HAMBURG nach Berliner Muster vorbereitet.

BERLIN HAMBURG

WIRTSCHAFT GESELLSCHAFT RECHT

»Kritik der reinen Ökonomie« Seminar
»Politische Ökonomie des Alltagslebens«
Funktion und Sinn der Arbeitskraft
»Funktion der Intelligenz und der Wissenschaft im Vietnamkrieg und in der imperialistischen Entwicklungspolitik« Arbeitsgruppen, Vorträge, Presseschauen, Dokumentationen
»Demokratisierung der Schule«
Situationsanalyse und Strategie

»Revolution als progressive Gewalt« Zur transbürgerlichen Theorie gesellschaftlichen Friedens
»Modelle kolonialer Revolutionen«
»Kritische Philosophie«
Gesellschaftsanalysen von Habermas und Marcuse
»Politische Aspekte von Psychologie und Pädagogik«
»Grundgesetz und Gesellschaftskritik«
[. . .]

MEDIZIN

»Arzt und Gesellschaft«
Bild und Selbstbild des Arztes
»Die deutsche Medizin von 1933–45«
»Psychosomatik«

NATURWISSENSCHAFTEN

»Die Ideologie der Naturwissenschaften in der Schule«
»Naturwissenschaften und Politik«
»Das Erbe-Umwelt-Problem«
Für Biologen, Psychologen, Pädagogen, Soziologen

SPRACHE UND LITERATUR

»Machtgeschützte Innerlichkeit und die Sprache des Terrors«
[. . .]
»Verschüttete Aufklärung – der affirmative Charakter der gegenwärtigen Literaturwissenschaft«

»Die Arbeiterklasse in der gegenwärtigen Literatur«
Kolloquium

[6][3]
Organisieren wir den
UNGEHORSAM
gegen die Nazi-Generation.
Ehemalige Nazi-Richter wollen über uns »Recht« sprechen. Ausgerechnet der Moabiter Amtsrichter Gente – einst Mitglied der Nazipartei – will unsere Kommilitonen »verurteilen«, die gegen den faschistischen Rassenhetzerfilm »africa addio« protestiert haben.
Aber wir haben noch schlimmeres als diesen Gente: Wir haben sogar einen ehemaligen Nazipropagandisten als Bundeskanzler!
Unsere Geduld muß jetzt ein Ende haben: Machen wir Schluß damit, daß nazistische Rassenhetzer, daß die Juden-Mörder, die Slawen-Killer, die Sozialisten-Schlächter, daß die ganze Nazi-Scheiße von gestern weiterhin ihren Gestank über unsere Generation bringt.
Holen wir nach, was 1945 versäumt wurde: Treiben wir die Nazi-Pest zur Stadt hinaus. Machen wir endlich eine richtige Ent-Nazifizierung. Heizen wir ihnen so ein, daß ihnen die fetten Gehälter, Dividenden und Pensionen, die sie für ihre Verbrechen von gestern verschlingen, im Halse stecken bleiben!
Leisten wir Widerstand gegen ehemalige
Nazi-Richter, Nazi-Staatsanwälte, Nazi-Gesetzgeber aller Coleur,
Nazi-Polizisten, Nazi-Beamte, Nazi-Verfassungsschützer,
Nazi-Lehrer, Nazi-Professoren, Nazi-Pfaffen,
Nazi-Journalisten, Nazi-Propagandisten, Nazi-Bundeskanzler, und nicht zuletzt gegen
Nazi-Kriegsgewinnler, Nazi-Fabrikanten, Nazi-Finanziers.
Verweigern wir uns total den Nazis. Befolgen wir keine ihrer Anweisungen. Sagen wir Ihnen, daß wir sie bestenfalls ignorieren können. Damit legen wir den gesamten Apparat dieser miesen Gesellschaft lahm, denn er besteht – bezeichnenderweise! – zu einem lebenswichtigen Teil aus den alten Nazis.
Mobilisieren wir die permanente
ANTI – NAZI – KAMPAGNE
Bereiten wir den AUFSTAND
gegen die Nazi-Generation vor.

Die Auseinandersetzungen der Jahre 1968 und 1969 um eine Demokratisierung der Hochschulen nach der Revolte gegen die Ordinarienuniversität sind durch Streiks, Institutsbesetzungen [Dok. 9, 10] und an einigen Universitäten nahezu permanente Anwesenheit der Polizei gekennzeichnet [Dok. 11]. Die Forderung nach Reformierung der Ausbildungsinhalte [Dok. 7, 8] greift von den Universitäten auf Schulen und Fachschulen über. Mit der Radikalisierung der Studentenrebellion werden konkrete Reformexperimente als Reformismus kritisiert und verlieren ihre Bedeutung.

Unter der Losung »Wenden wir die Produktivkraft Wissenschaft massenhaft gegen die Herrschenden« organisieren die Reste des in Auflösung begriffenen SDS im Herbst 1969 eine letzte große Hochschulkampagne. Die zu Zeiten der Kritischen Universitäten begonnenen Berufspraxisdiskussionen werden in diesem Stadium unter dem Stichwort »revolutionäre Berufspraxis« weitergeführt.

Der Verband Deutscher Studentenschaften (VDS), am 3. Juni 1969 von der Mehrheit der auf der Mitgliederversammlung vertretenen Studentenvertreter zum »sozialistischen Kampfverband« umfunktioniert und in seinem Bundesvorstand mit SDS-Mitgliedern besetzt, löst sich wenige Monate später auf. Anlaß: Die Bundesregierung fordert 160 000 DM in früheren Amtsperioden gezahlte Subventionen zurück. In einer gemeinsamen Erklärung der Bundesvorstände des SDS und VDS werden Perspektiven nach der Auflösung des VDS formuliert [Dok. 12]. Am 21. März 1970 beschließt eine vom letzten kommissarischen Bundesvorstand des SDS einberufene Versammlung in Frankfurt die Selbstauflösung des Verbandes per Akklamation. Die verschiedenen Fraktionen innerhalb des SDS hatten die gemeinsame Diskussionsfähigkeit längst verloren, jede für sich die richtigen Strategien in der Tasche. Die Gründung verschiedener Avantgarden mit jeweils eigenem Ausschließlichkeitsanspruch steht unmittelbar bevor (hierzu siehe weiter im Kapitel »Brüche«, S. 197).

Die Motivation für eine aktiv reformerische studentische Hochschulpolitik tritt in der folgenden Zeit stark in den Hintergrund. Wesentliche Gründe hierfür liegen einerseits in der Durchführung der Hochschulreform von oben durch Bundesregierung

und Länderregierungen und andererseits in der revolutionären Orientierung der sich nach dem Zerfall der Außerparlamentarischen Opposition formierenden von Studenten dominierten Kaderparteien. Für diese Organisationen ist die Universität entweder Rekrutierungsfeld für neue revolutionäre Kader (»Studenten in die Betriebe«) oder Aktionsfeld, um unter den als »Bündnisschichten« eingestuften Studenten durch den Nachweis, daß eine Reform auch in Teilbereichen der kapitalistischen Gesellschaft unmöglich ist, reformistisches Bewußtsein in revolutionäres Bewußtsein umzuwandeln.

[7] **Die Universität ist gestorben!**
(so Mitglieder des akademischen Senats)

Es lebe die Universität der Arbeiter, Schüler und Studenten!

Der organisierte Kapitalismus kann sich die Verschwendung von wissenschaftlicher Produktivkraft nicht mehr leisten. Er sucht deshalb die Universitäten in Fabriken zu verwandeln, die statt Menschen vielfähige Funktionsträger produzieren sollen. Das klappt aber nicht. Und es klappt immer weniger selbst dort, wo der Spätkapitalismus seine sichersten Stützen vermutete: bei den Juristen und Ärzten, bei den Naturwissenschaftlern und Technikern.
Nach 8 Semestern Soziologie haben die Studenten verstanden, was in ihren Vorlesungen getrieben wird: unterm Schein wertneutraler Wissenschaft, die vorgibt, nicht sich selbst verpflichtet zu sein, kann der soziologische Betrieb nicht länger mehr verbergen, daß er die Interessen der Bourgeoisie, daß er die bestehenden Produktions- und Verfügungsverhältnisse unverhüllt vertritt. Eine Soziologie, die sich als dienstbare Kraft fürs Kapital erweist, wenn sie »empirisch« erforscht, was sich bewegt, ohne die Bewegung selbst einer kritischen Prüfung zu unterziehen, akzeptiert im vornhinein die bestehende Ordnung im Ganzen. Sie schiebt in ihren Untersuchungen wie in ihren betriebs- und volkswirtschaftlichen Standardwerken das Proletariat genauso hin

und her wie das Kapital selbst: als variable Größe, über die das Kapital und seine Soziologen gemeinsam verfügen. Angesichts des ungeheuren Apparats, der dem Kapital zu Gebote steht, um sozialrevolutionäre Bewegungen hier – wie in der Dritten Welt – mit Gewalt zu zerschlagen, ist allerdings die Frage nach den »Beweisen«, die die kritische Theorie für die Realisierung ihrer Vorstellungen präsentieren solle, von dem gleichen Zynismus, der auch die Diskussionen in den Seminaren, die Referate und die Quellenwerke selbst diktiert. Nach 8 Semestern Soziologie sitzen wir noch immer stumm hinter unseren Bänken, wenn die Ordnungspartei mit liberalem Gestus Redefreiheit gewährt, wenn sie gar einlädt zum freien Gespräch, dann erwartet sie nur eines nicht von uns: daß wir ihre Schachzüge durchschauen, daß wir längst begriffen haben, daß die entscheidenden Schläge mit der linken Hand geführt werden; daß ihre Seminare und Übungen allerdings nicht mehr der Ort sind, wo unser Widerstand beginnen kann.

Die institutionellen Konflikte sind bloß eine Phase unseres Kampfes. Wenn die Seminarleiter uns anbieten, mit ihnen zu reden, dann nur, um uns zu lähmen; um unsere Widerstandskraft in diejenigen Formen des Protests zurückzuverwandeln, die sie als »lebendigen Beitrag« für die Fortexistenz ihres Betriebes benötigen.

Wir brauchen unsere Phantasie an anderer Stelle. Wir können sie unbegrenzt entfalten, wenn wir die Produktivkraft Wissenschaft der Verfügungsgewalt des Kapitals entziehen. Wir entreißen den Apparat den Händen derer, die ihn für fremde Interessen verwalten und überführen ihn in unsere eigenen.

Wenn die Herrschenden zurückschlagen, dann haben wir nichts verloren: wir werden dann exemplarisch gelernt haben, über die eigene Geschichte selbst zu bestimmen. Der Apparat schlägt zurück: aber er setzt etwas frei, was der universitäre Betrieb verschüttete: Produktive Phantasie, Entschlossenheit, Solidarität.

NIEDER MIT DEM NOTSTAND UND DEM ELEND DER WISSENSCHAFT: UNSEREM ELEND!

ES LEBE DIE SOLIDARITÄT

[8]
Physik als Reproduktionsmechanismus

Bei dem Versuch, die gesellschaftlichen Aspekte der Physik aufzuzeigen, begegnet man im Wesentlichen vier Gegenargumenten:
I) Die Forschungsobjekte der Physik seien bestimmte Naturprozesse, die vor allen menschlichen und gesellschaftlichen Eingriffen existierten und an sich wahr seien.
II) Die von der Physik geleistete Arbeit, die physikalische Praxis (Experiment) mit der Theorie verbindet, sei nicht gesellschaftlich bestimmt, da das Theorie-Praxis-Verhältnis in der Physik unhistorisch und zeitlich invariant sei, nämlich immer nur auf eine gegenseitige Bestimmung von Theorie und Praxis hinauslaufe, deren Stand sich gegenseitig bestimme.
III) Auch die Beschreibung physikalischer Vorgänge, sei der Natur objektiv adäquat, da nur solche Beschreibungen anerkannt werden, die die Natur auf den mathematischen Kalkül abbilden, der gesellschaftsunabhängig sei.
IV) Auch nach der geleisteten Arbeit werde Physik nicht gesellschaftlich (wobei es einige »progressive« Physiker gibt, die hier wenigstens einen mittelbaren Bezug eingestehen), da physikalische Ergebnisse erst nach der Bearbeitung durch Ingenieure gesellschaftlich relevant würden.
Dieser scheinbar geschlossene Block von »Argumenten« macht es dem Physikstudenten und mehr noch dem ausgebildeten Physiker aus zwei Gründen ausgesprochen schwierig, seine Tätigkeit auf ihre sozialen Bedingungen hin zu reflektieren:
A) Vom Beginn des Physikunterrichts an den Schulen werden diese Argumente durch die gesamte Ausbildung hindurch in verschleierter Form weitergegeben (etwa: Naturwissenschaftler betreiben eine exakte Wissenschaft, Geisteswissenschaften seien die unexakten Wissenschaften oder durch die Vermittlung eines eremitären und elitären Berufsbildes und durch die Darstellung der Physik als ein geschlossenes System von abgesicherten Aussagen, unter Vernachlässigung ihrer historisch-gesellschaftlichen Entwicklung).

B) Die unter A) genannten Bedingungen bilden ein starkes selektives Moment für die interessenmäßige und berufsmäßige Einstellung und Entscheidung während der Ausbildung, insbesondere auch während der Schulzeit. Das Ergebnis ist, daß sich gerade diejenigen für eine Beschäftigung mit der Physik entscheiden, die von ihrer charakterlichen Entwicklung dafür prädestiniert sind, die herrschende Physikauffassung und -philosophie zu reproduzieren. Die Einstellung wird während der Ausbildung so verfestigt, daß gesellschaftliches Engagement (wenn sich der Student bei der zeitlichen Belastung überhaupt Zeit dafür nimmt) auf eine persönlich-verbale und unverbindliche Ebene tranportiert wird. Die herrschende Physikauffassung führt in kurzer Zeit (i. A. schon während der Schulzeit) im Zusammenhang mit der Persönlichkeitsauslese dazu, daß Argumente, die den gesellschaftlichen Bezug der Physik erhellen, allenfalls rational aufgenommen werden, durch emotionale Abwehr derartiger Physikauffassungen aber nicht verbindlich, sondern schnell wieder verdrängt werden.

Diese Einleitung ist notwendig, um den Verdrängungsprozeß, der sich bei oder nach dem Lesen des Artikels bei vielen einsetzen wird, zu erschweren und bewußtzumachen. Am einfachsten lassen sich die gesellschaftlichen Eigenschaften physikalischer Forschung wohl aus ihrer Notwendigkeit für die Reprodukion der kapitalistischen Gesellschaftsordnung erkennen:

Durch die in der Hochform des Kapitalismus vorhandene Identität von Produzenten und Konsumenten im Konsumgüterbereich wird bei investitionsfreier Wirtschaft die Mehrwertbildung der Unternehmer dadurch unmöglich gemacht, daß die für den Unternehmer zu erzielenden Einnahmen, die Löhne der Produzenten, höchstens ein Teil der Produktionskosten ausgleichen, der für die Bezahlung der Produzenten eingeht. Die Mehrwertbildung, Prämisse für die Existenz des Kapitalismus, wird erst dadurch möglich, daß die im Investitionsgüterbereich ausgezahlten Löhne im Konsumgüterbereich ausgegeben werden können und so in diesem Bereich mehrwertbildend wirksam werden können. [. . .]

Zur Sicherung der Investitionssteigerung ist die kapitalisti-

sche Gesellschaft auf die naturwissenschaftliche Forschung angewiesen. Der Techniker übernimmt hierbei die Rolle des kurzfristigen Garanten des Kapitalismus und steht deshalb unter der direkten Aufsicht des Kapitals: technische Forschung findet heute praktisch ausschließlich in der Industrie statt. Die Tatsache, daß der Techniker die gesellschaftlichen Bezüge seiner Arbeit leichter erkennen kann, macht die scharfe Aufsicht des Systems notwendig (s. die Politisierung der Ingenieurakademien, deren technokratischer Studiengang und die im Vergleich mit anderen Universitäten wesentlich schärferen Reaktionen des Staatsapparats auf Streiks).
Der Naturwissenschaftler übernimmt mit seiner Arbeit die Aufgabe, die Kapitalismusreproduktion langfristig zu sichern. Aus der Tatsache, daß naturwissenschaftliche Arbeit erst längerfristig für den Kapitalismus wirksam wird, geht allerdings nicht hervor, daß das System sie einer »Eigengesetzlichkeit« in ihrer Entwicklung überlassen kann, denn der Wirkungsgrad naturwissenschaftlicher Erkenntnisse für die technische Umsetzung in investitionsträchtige Industrieverwertung wäre viel zu klein. Dazu kommt der große Unsicherheitsfaktor, daß sich die Forschung in einer technisch für den Kapitalismus nicht verwertbaren Richtung entwikkelt. Aus diesem Grunde muß sich der Kapitalismus gegen eine »zweckentfremdete« (z. B. Befreiung des Menschen dienende) und gegen eine zweckfreie Forschung absichern. Die Mittel hierzu sind systemimmanent (auch dies trägt zur Verschleierung des Gesellschaftsbezuges in den Naturwissenschaften bei): die ökonomische Struktur des Kapitalismus liefert die Mittel zur Kontrolle von vornherein mit. Die Forschung wird zum überwiegenden Teil aus der Hochschule in die Industrie verlagert und die noch in den Hochschulen verbleibende Forschung wird finanziell vom Staat so knapp gehalten, daß in zunehmendem Maße Industrieaufträge übernommen werden müssen. [. . .]

Von diesem Ansatz aus lassen sich die unter I-IV genannten Behauptungen beurteilen: Die Argumentation, naturwissenschaftliche Forschungsobjekte seien an sich wahre Naturpro-

zesse, ist unvollständig, weil der subjektseitige Aspekt der Forschung vernachlässigt wird. Naturwissenschaft kann zwar individuell zur Befriedigung dienen (wobei sich psychoanalytisch sehr genau begründen läßt, daß diese Befriedigung bei der Arbeit aus Triebverdrängungen und -sublimierungen resultiert, die gesellschaftlich bedingt werden und von ihr zu ihrer eigenen Reproduktion benötigt werden), resultiert in ihrer Richtung und wahrscheinlich auch in ihrer Methode aus sozialen Bedingungen und wirkt sich gesellschaftlich aus.
Die Adäquanz der Beschreibungen in solchen Gebieten, die den mathematischen Kalkül benutzen, kann ebenfalls nicht anerkannt werden, da das Denken in zweiwertiger Logik (auch da, wo die Physik dreiwertige Logik benutzt) nicht die gesellschaftlichen Bedingungen erfassen kann.
Der Begriff naturwissenschaftlicher Praxis muß erweitert werden, auf die sozialen Bedingungen und Wirkungen der Forschung und darf sich nicht auf das Betrachten experimenteller Apparaturen beschränken.
Die in IV) ausgedrückte Trennung von Naturwissenschaft-Technik-Gesellschaft ist nicht vorhanden, wie oben ausgeführt wurde.

[9][4)]

DIE INSTITUTSBESETZUNG AM HAMBURGER PSYCHOLOGISCHEN INSTITUT IST SOLIDARISCHER TEIL DES KAMPFES UNSERER KOMMILITONEN AN ALLEN DEUTSCHEN HOCHSCHULEN

FRANKFURT: Das soziologische Seminar der Universität Frankfurt ist nach wie vor in den Händen der Studenten. Gestern drohten Prof. Habermas und der Rektor der Universität, die Besetzung mit dem Einsatz von Polizei zu brechen. Die Studenten beantworteten diese Provokation mit der Ankündigung, im Falle eines Polizeieinsatzes die entscheidenden Produktionsmittel des Instituts auszulagern und Rektorat wie Universitätsverwaltung mit politischen Mitteln lahmzulegen.

Die gestrige Anti-Kiesinger-Demonstration wurde unter massivem Polizeieinsatz beim Verlassen des Uni-Geländes vorläufig gestoppt. Die rund 3000 Demonstranten formierten sich darauf zu kleineren Aktionsgruppen, die unter Umgehen der Polizeisperre in die Innenstadt gelangten, und die Fassaden zweier span. Reisebüros, der Spanisch-Deutschen Bank, der Deutschen und der Dresdner Bank, des Amerika-Hauses und des amerikanischen Generalkonsulats, des griechischen und des spanischen Konsulates ihren Protest konkretisierten. Eine Gruppe von 40–50 Demonstranten bewarf den Wagen von Erhard mit Eiern und setzte einen dann auf den Plan gerufenen Wasserwerfer außer Gefecht.
Gestern Nacht reagierte die Polizei mit mehreren Hausdurchsuchungen in linken Frankfurter Lokalen, wobei im Club Voltaire die Beamten ihre Pistolen zogen.
BERLIN:
Zur Zeit sind in Berlin das Germanistische und Anglistische Seminar von Studenten besetzt. Bei den Anglisten drang heute zum ersten Mal Polizei ins Institut ein. Weiterhin bestreikt sind das OSI, das Wirtschafts- und das Soziologische Institut, die Philosophische Fakultät und der mathematische Zweig des Math.-Mat.-Fak. Die juristische Fakultät bleibt bis auf weiteres geschlossen.
Nach einer Streikversammlung am letzten Montag stürmten unsere Kommilitonen in Berlin die Kuratorialverwaltung der Universität und setzten die auffindbaren Disziplinarakten in Brand. Die Aktion war Antwort der Studenten auf den Versuch, Kommilitonen aus politischen Gründen von der Universität zu relegieren. Auf dem Rückweg zur Streikversammlung argumentierten die Demonstranten trotz eines erheblichen Polizeiaufgebots vor dem persischen und griechischen Konsulat, daß die Scheiben klirrten.
Bei der gestrigen Streikvollversammlung war die gesamte Universität von Polizei umstellt, wodurch jede direkte Aktion aussichtslos erschien. Die Streikvollversammlung beschloß deshalb, erst für heute eine Straßenaktion, in der sie protestieren gegen die Ausweisung Nirumands und die spanischen und griechischen Delegationen, die heute zur Eröffnung der »grünen Woche« in Berlin eintreffen.

TÜBINGEN:
Seit gestern bestreiken die Studenten und Professoren in Tübingen gemeinsam die Math.-Mat.-Fak., um einen höheren Haushalt für ihre Fakultät zu erzwingen. Das germanistische Seminar ist daraufhin spontan in einen Solidaritätsstreik getreten.
MARBURG:
Professoren, Assistenten, Studenten und nichtakademische Mitarbeiter des Instituts für Psychologie haben seit Mittwoch ihren regulären Ausbildungsbetrieb ausgesetzt, um drei Tage lang über Fragen der Hochschulpolitik, des Studiums sowie der gesellschaftlichen Bedeutung der Psychologie zu diskutieren. Die Aussetzung erfolgte als Widerstand gegen die Einführung eines numerus clausus, gegen die Androhung des Stipendienentzugs und gegen die zahlreichen Ermittlungsverfahren gegen Studenten an den deutschen Hochschulen.
FREIBURG:
Der Dekan der philosophischen Fakultät, Eggebrecht, hat sein Amt mit der Begründung niedergelegt, daß die Mehrheit der Professoren eingreifende Reformen, die in der Tat bedeuten würden, daß die Erbhöfe der Ordinarien abgeschafft würden, zu verhindern suchen. Da Eggebrechts Forderungen sich allzu häufig mit denen der Studenten deckten, war er auf zunehmende Kritik seitens seiner Kollegen gestoßen.

VENCEREMOS

LETZTE MELDUNG AUS KÖLN:
Ca. 500 Studenten und Arbeiter rannten im Anschluß an eine Demonstrationsveranstaltung gegen Vorbeugehaft und Neofaschismus durch die Kölner Innenstadt und demonstrierten ihren Widerstand indem sie Fensterscheiben im Amerikahaus, griechischen und portugiesischen Konsulat sowie in der Niederlassung der spanischen Eisenbahnen einschlugen. Durch Flexibilität und Schnelligkeit der Demonstranten wurde der Polizei ein Eingreifen unmöglich gemacht.

1. Das theaterwissenschaftliche Institut wird in ein Institut der Schauspieler, Bühnenbildner, Schauspielschüler, Schüler und Theaterwissenschaftler umgewandelt.
2. Das Institut hat die Aufgabe, ein Zentrum revolutionärer Kulturarbeiter vorzubereiten, die Syndikalisierung revolutionärer Kulturarbeiter voranzutreiben und alle in den kulturindustriellen Apparaten arbeitenden revolutionären Gruppen solidarisch zu unterstützen.
3. Im Mittelpunkt der im Institut permanent zu führenden Diskussionen aller Gruppen wird die Frage stehen, welche Funktion das Institut für die schon bestehenden Kampagnen der gesamten revolutionären Bewegung haben kann und welche Kampagnen vom Institut aus neu zu initiieren sind.
4. Der Streik wird solange fortgesetzt, bis die Finanzierung des studentischen Sektors sichergestellt ist, den als »studentischen« Sektor aufzuheben die Anstrengung aller arbeitenden Gruppen sein wird.
5. Der Kampf, der damit am theaterwissenschaftlichen Institut neu eröffnet wird, wird von den Genossen in Köln und München durch die Verstärkung der Aktivität an ihren Instituten aktiv unterstützt. Das theaterwissenschaftliche Institut Berlin wird zur vorläufigen Kommunikationszentrale für die Aktivitäten in der BRD und in Berlin-West.

Diese Resolution wurde auf einer Initiativtagung mit Vertretern der theaterwissenschaftlichen Institute München, Köln und Berlin sowie verschiedenen Gruppen, die mit dem Theater arbeiten, verabschiedet. Die Tagung dauerte vom 23.–27. 1. 1969.

Um den Inhalt der Resolution voranzutreiben, werden vorläufig folgende Gruppen arbeiten:

1. AGITATION DER KÜNFTIGEN ERSTSEMESTER.
2. AGITATION DER SCHAUSPIELER UND SCHAUSPIELSCHÜLER
3. AGITATIONSTHEATER MIT EXPERIMENTEN IN DEN SCHULEN
4. SYNDIKATPROJEKTGRUPPE
5. SOZIALISTISCHES STUDENTENTHEATER

[11] IST FRANKFURT ATHEN?

Die Studenten an unserer Universität haben begonnen, ihr Studium selbst inhaltlich zu bestimmen. Die Ordinarienuniversität hat sich unfähig gezeigt, die Reformvorschläge der Studenten zu verwirklichen. Sie hat die Misere an den Universitäten nicht beseitigt.

Die Studenten haben im aktiven Streik den Widerstand gegen die jetzt eingeleitete technokratische Hochschulreform organisiert.

Durch die Besetzung von Instituten und Seminaren haben sie die Wissenschaft aus der die Reform lähmenden Ordinarienherrschaft befreit.

Die Androhung zur Schließung der Universität, der Ruf nach der Polizei, die unverschämte Kumpanei mit den Strafverfolgungsbehörden zeigt klar, daß die Professoren sich mit den Herrschenden solidarisieren, weil sie begriffen haben, daß der Kampf der Studenten ihre autoritäre Verfügungsgewalt über Wissenschaft und die Studenten in Frage stellt.

Die Kampfansage des Rektorats ist der letzte Versuch, längst verlorene Herrschaftspositionen zu retten.

Die Universitätsbürokratie, die die Universität dem Chaos anheimfallen ließ, und nun die Staatsgewalt für ihre Zwecke mobilisiert, ist die gleiche, die die Machtergreifung des Faschismus beförderte oder sie als Tragik der Geschichte hinnahm. Der Faschismusvorwurf der Professoren soll einmal die eigene Verantwortung für das Versagen der Universitäten vor dem Faschismus verdrängen; er soll zum anderen Aggressionen gegen diejenigen mobilisieren, die heute als einzige Faschisierungstendenzen in Hochschule und Gesellschaft wirksam bekämpfen.

Die Universitätsbürokratie versucht wieder einmal, die Studenten in »Studierwillige« und »Störer« zu spalten. Diese Spaltung und die versuchte Mobilisierung der Studenten gegen diejenigen, die angefangen haben, ihr Studium selbst zu organisieren, ist eine Aufforderung zu Denunziantentum und Selbstjustiz. Sie richtet sich gegen die Interessen der Gesamten Studentenschaft.

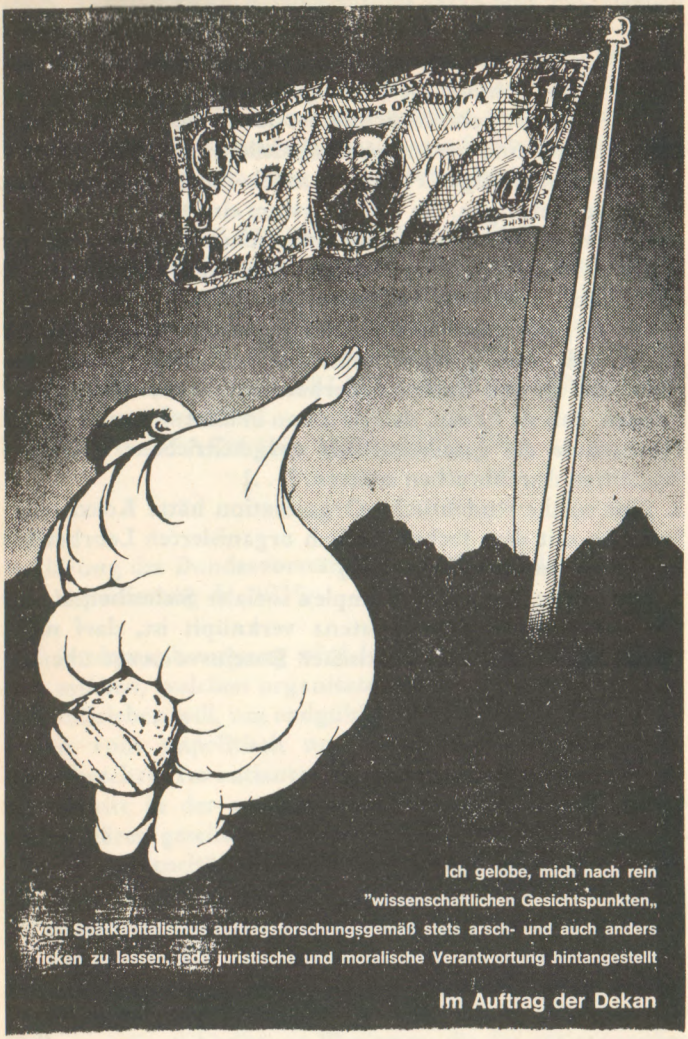
Der Versuch, in Frankfurt Athener Verhältnisse zu schaffen wird scheitern.
DER STEIN, DEN SIE HOCHGEWUCHTET HABEN, FÄLLT AUF IHRE EIGENEN FÜSSE. DIE REAKTIONÄRE ALLER LÄNDER SIND SOLCHE TOREN!
Das Rektorat hat uns dazu aufgefordert, massenhaft Widerstand zu leisten. Von einer Universitäts- und Kultusbürokratie, die auf die Selbstorganisation der Studenten mit Polizeigewalt und Justizapparat antwortet, haben wir nichts mehr zu erwarten.
DER AKTIVE STREIK WIRD FORTGESETZT!
Heute Abend wird Schütte mit uns über die weitere Organisation unseres Streiks in der ganzen Universität diskutieren. Zur Vorbereitung dieses Teach-In und zur Organisation des Streiks überall in der Universität treffen wir uns um 14 Uhr im INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFTEN (Rüegg-Seminar).
SCHÜTTE »TEACH-IN«, Hörsaal 6, 17 Uhr

[12]
Erklärung der Bundesvorstände des SDS und des VDS
Die Liquidierung des VDS

Die Studentenbewegung wird im Wintersemester entscheiden müssen, welchen organisatorischen Schritt sie tatsächlich vollziehen will, um endgültig die bürgerliche Rollendefinition vom unpolitisch und fachbezogen Lernenden zu durchbrechen. Im antiautoritären Bewußtsein sollte sich dieser Schritt in der spontanen Aktion, dem Durchbrechen reaktionärer gesellschaftlicher Zwänge vollziehen. Im Akt dieser Spontaneität sollte alles auf einmal geleistet werden: die Konstituierung als freies politisches Individuum gegen die spätkapitalistischen Bürokratien, Lernprozesse in bezug auf das analytische Durchschauen gesellschaftlicher Zwänge, Entwicklung von Kollektivität und Solidarität im gemeinsamen Kampf. [. . .]
Will man die plebiszitären Illusionen, die das antiautoritäre Bedürfnis nach Spontaneität und Solidarität produziert hat

– als hätten alle Beteiligten in gleicher Weise an solchen Lernprozessen teilgehabt – aufklären, so stellen sich für die nächste Zeit eine Reihe strategischer Aufgaben:
[. . .]
Wenn der SDS tatsächlich mit der Liquidierung der Institution vds vornehmlich die Beseitigung eines Bewußtseins betreiben will, das gekennzeichnet ist durch die Trennung von studentischer und gesamtgesellschaftlicher Politik einerseits und der gleichzeitigen Fixierung an die repräsentativen Studentenvertretungen, die einem System eingeordnet sind, das das genaue Abbild des parlamentarischen Apparates ist, so ergibt sich die Frage, in welcher Weise sich Politik an der Hochschule zukünftig vollziehen soll. [. . .]
1. Die Organisation des Kampfes gegen die technokratische Universität muß geeignet sein, den Individuen klarzumachen, daß sie den Kampf außerhalb der Universität führen müssen, daß sie lernen, daß sie schon in diesem Kampf an der Hochschule die gesellschaftlich vorgeschriebene Rolle des Studenten durchbrechen müssen. [. . .]
2. Eine solche studentische Organisation hätte Koexistenzkriterien mit dem technokratisch organisierten Lehrbetrieb im Kampf zu vermitteln. [. . .]
3. Das heißt: der ganze Komplex sozialer Sicherheiten, der mit der studentischen Existenz verknüpft ist, darf nicht unpolitisiert der technokratischen Daseinsvorsorge überlassen werden. [. . .]

[13]


Ich gelobe, mich nach rein
"wissenschaftlichen Gesichtspunkten„
vom Spätkapitalismus auftragsforschungsgemäß stets arsch- und auch anders
ficken zu lassen, jede juristische und moralische Verantwortung hintangestellt
Im Auftrag der Dekan

»VIETNAM IST DAS SPANIEN UNSERER GENERATION«
DER INTERNATIONALISMUS DER STUDENTENBEWEGUNG
DER 2. JUNI 1967

Mein Bruder war ein Flieger
Eines Tages bekam er eine Kart
Er hat seine Kiste eingepackt
Und südwärts ging die Fahrt.

Tieferschüttert erhielten wir die traurige Nachricht, daß mein lieber Sohn, Gatte und Bruder

Franz Gerhard Prediger

geb. 21. 10. 1938

am 30. Juni 1966 in Vietnam gefallen ist.

68 Mannheim Untermühlaustr. 23	Traudel Prediger, geb. Lepold, Gattin
8000 München 55 Einhornallee 15/I	Amalie Prediger, Mutter Rosi, Rudi, Klausi, Geschwister
8042 Schleißheim Gartenstraße 12 c	Mathilde Kerschl, geb. Prediger Schwester, mit Familie

Beerdigung: Freitag, den 15. Juli 1966, um 11.30 Uhr in Mannheim, Hauptfriedhof.

Der Raum, den mein Bruder eroberte
Liegt im Guadaramamassiv
Er ist lang einen Meter achtzig
Und einen Meter fünfzig tief.

Brecht und SZ

Ein entscheidendes Moment der studentischen Protestbewegung war seit ihren Anfängen das Engagement für die unterdrückt und abhängig gehaltenen Völker der Dritten Welt. Zunächst konnten die Hoffnungen auf eigene Emanzipation noch ungebrochen mit Befreiungskämpfen in fernen Ländern in den Zusammenhang eines gemeinsamen globalen Kampfes gegen Repression, Ausbeutung, Entfremdung gebracht werden. Die Revolte gegen Spießermentalität und autoritären Ordnungsstaat richtete sich zugleich auch gegen die Kreuzzugsideologie der »Freien Welt«, in deren Namen Terror-Regime und Diktaturen in zahlreichen Ländern der Erde als Bollwerke gegen den Weltkommunismus legitimiert und unterstützt wurden. Große Teile der während der fünfziger und sechziger Jahre in bundesrepublikanischen Schulen sozialisierten Jugend konnten in den Vereinigten Staaten von Amerika nicht mehr die demokratische Vorbildnation und befreundete Schutzmacht erkennen, nachdem Streitkräfte dieses Landes mit einem Ausrottungsfeldzug ein kleines asiatisches Land zu »befrieden« suchten.
Der vehemente Protest gegen Verletzungen von Menschenrechten richtete sich allerdings schon zu Beginn der Studentenbewegung auch gegen Staaten des östlichen Lagers [Dok. 23, 24]. Die sozialistischen Paradiese (wie China, Nordkorea, Vietnam, Albanien) sollten erst später entdeckt werden. Eine »Parteilichkeit«, die das Verschweigen und Verharmlosen undemokratischer Zustände in den jeweilig favorisierten sozialistischen Musterländern beinhaltete, existierte nur für einflußlose Kleinstsekten, die für die Entwicklung der antiautoritären Schüler-, Lehrlings- und Studentenbewegung bedeutungslos waren.
Zur ersten großen internationalistischen Demonstration kommt es, als der kongolesische Ministerpräsident Moise Tschombé die Bundesrepublik besucht. Deutsche und afrikanische Studenten werfen in München am 12. Dezember 1964 während einer Audienz Tschombés bei Kardinal Döpfner Rauch- und Stinkbomben [Dok. 1]. In Berlin durchbrechen wenige Tage später, am 18. Dezember 1964, etwa 1000 Personen, als Moise Tschombé vom Regierenden Bürgermeister der Stadt empfangen wird, die Polizeiabsperrungen und dringen in die »Bannmeile« des Schöneberger Rathauses ein. Bei der Abfahrt wird

das Auto des kongolesischen Ministerpräsidenten mit Eiern und Tomaten beworfen.
Über den Bürgerkrieg im Kongo, in dem Moise Tschombé mit belgischer und amerikanischer Unterstützung an die Macht gebracht und sein Vorgänger Partrice Lumumba ermordet wurde, handelt der Film des italienischen Regisseurs Gualtiero Jacopetti »Afrika Addio«, dessen Uraufführung am 2. August 1966 in West-Berlin von Mitgliedern des SDS, der »sozialistischen Jugend – Die Falken« und des »afrikanischen Studentenbundes« gestört wird. Nachdem über 1000 deutsche und afrikanische Studenten gegen die »Verherrlichung des Kolonialismus und Rassismus« durch diesen Film demonstriert haben und mehrere Vorführungen wegen Störungen abgebrochen werden mußten, wird der Film schließlich am 5. August 1966 aus dem Programm genommen [Dok. 2.].
Der konkrete moralische Einsatz für unterdrückt und im Elend lebende Völker und Bevölkerungsgruppen wurde für die Studenten- und Protestbewegung zu einem ideellen Kontinuum, das trotz der Schwäche und des illusionären Charakters vieler ihrer Vorhaben, trotz vieler konkreter Enttäuschungen und Ernüchterungen, die engagierten Studentinnen und Studenten in ihrer Überzeugung bestärkte, für eine bessere und gerechtere Welt zu arbeiten. Als in den siebziger Jahren die Diktaturen in Griechenland, Portugal und Spanien stürzen, als Vietnam, Laos, Kambodscha, Angola, Mozambique, Guinea-Bissao, Nicaragua ihre Revolutions- und Befreiungskämpfe beenden, als die Dritte Welt die Metropolen in anhaltende ökonomische und politische Schwierigkeiten zu drängen beginnt, als der Schah des Iran, dessen pompöser Staatsbesuch in West-Berlin das Leben eines Studenten kostete, aus eben den Gründen aus seinem Land gejagt wird, die die Ursachen der studentischen Empörung gegen seinen Staatsbesuch 1967 gewesen waren, als sich vieles von dem historisch bestätigt, wovon die Bundesbürger und viele ihrer gewählten Vertreter Ende der sechziger Jahre so wenig hatten hören wollen, gibt es die Oppositionsbewegung schon längst nicht mehr, die hier ihre historischen Verdienste hätte reklamieren können.
Die Beunruhigung über den Einsatz amerikanischer Truppen in Vietnam, die in den USA selbst bereits 1964 und 1965 in großen

Anti-Kriegs-Demonstrationen manifest geworden war, führt Mitte der sechziger Jahre auch in der Bundesrepublik zu ersten Protestaktionen [Dok. 3, 4, 5].

Gegen die amerikanische Kriegsführung in Vietnam formiert sich 1966 eine Protestbewegung an den Universitäten der Bundesrepublik und West-Berlins, die durch Demonstrationen und Aktionen die öffentliche Diskussion zunehmend beeinflußt. Das Engagement gegen die amerikanische Vietnampolitik wird zu einem verbindenden Element der internationalen Studentenbewegung. Ausdruck dieser Tatsache ist die Gründung eines »westeuropäischen Studentenkomitees für den Frieden in Vietnam«, am 27. Februar 1966. Bis zum zweiten Zusammentreffen, am 23. Mai 1966, treten diesem Komitee 26 Studentenorganisationen aus allen westeuropäischen Ländern – mit Ausnahme Spaniens und Portugals – bei. In seiner Gründungserklärung fordert das »westeuropäische Studentenkomitee für den Frieden in Vietnam«:

»1. Abzug aller ausländischen Truppen aus Vietnam.
2. Sofortiger Zusammentritt einer Friedenskonferenz aller direkt oder indirekt beteiligten Mächte einschließlich der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams.
3. Selbstbestimmungsrecht des vietnamesischen Volkes in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten und freie Wahlen entsprechend dem Genfer Abkommen.«

Das Komitee ruft in seiner Erklärung »die Studenten Westeuropas auf, sich dieser Stellungnahme und der Bewegung für den Frieden in Vietnam anzuschließen, die von den amerikanischen Universitäten ausgegangen ist.«

Am 1. Dezember 1965 veröffentlichen alle Berliner Tageszeitungen einen gemeinsamen Aufruf, in dem angekündigt wird, daß jeder amerikanischen Familie, »die um einen in Vietnam gefallenen Mann oder Vater, Sohn oder Bruder trauern« müsse, eine »Nachbildung der Freiheitsglocke mit einer besonderen Widmung« übersandt werden soll, »um damit die Verbundenheit Berlins mit der amerikanischen Nation zum Ausdruck zu bringen«. Die Bevölkerung wird aufgefordert, durch Geldspenden zur Realisierung dieses Vorhabens beizutragen.

Vom 2.–6. Dezember verteilen Mitglieder der »Sozialistischen Jugend – Die Falken«, des SDS und einige in Berlin lebende

Schriftsteller in der Innenstadt ein »Extra-Flugblatt« des »Neuss Deutschland – Organ des Zentralkomitees der Satirischen Einheitspartei Deutschlands«[1] zu dem Aufruf der Berliner Tageszeitungen [Dok. 6].

In der Nacht vom 3. zum 4. Februar 1966 werden in sieben Berliner Bezirken und auf dem Gelände der Freien Universität Berlin Plakate gegen den Vietnamkrieg geklebt. Initiatoren dieser Aktion sind Rudi Dutschke, Bernd Rabehl, Jürgen Horlemann, Peter Gäng und andere Mitglieder des Berliner SDS. Die »Plakataktion« entsprach dem Konzept, »den Verband durch im SDS nicht diskutierte direkte Aktionen vor vollendete Tatsachen zu stellen« [Dok.5]. 5 Mitglieder des SDS werden bei der Plakataktion festgenommen. Innerhalb des Verbandes kommt es über die »Plakataktion« zu einer kontroversen Diskussion, in deren Verlauf der Ausschluß der an der »Plakataktion« Beteiligten gefordert und mehrheitlich abgelehnt wird. Die an der Vorbereitung einer Vietnamdemonstration für den 5. Februar beteiligten linken Studentenverbände, AC, SHB, LSD und HSU sehen in der »Plakataktion« eine Gefährdung des Konsensus, unter dem diese Demonstration stattfinden soll. Der Berliner Landesvorstand des SDS distanziert sich daraufhin von der »Plakataktion« und erklärt sich für diese als nicht verantwortlich. An der Demonstration nehmen über 2500 Personen teil.[2]

Am 22. Mai 1966 findet in Frankfurt am Main ein vom SDS organisierter Kongreß »Vietnam – Analyse eines Exempels« statt. Der Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB) hat sich, nach anfänglicher Zusage, auf Druck des SPD-Vorstandes von den Vorbereitungen des Kongresses zurückgezogen. Das Hauptreferat hält Prof. Dr. Herbert Marcuse. Marcuses Beitrag endet mit den Sätzen:

> »Man fragt immer noch, ob die Universität etwas mit Politik zu tun haben soll, ob Politik an der Universität gemacht werden soll. Gewiß, wir haben politische Wissenschaft in der Universität, aber die soll so wenig wie möglich mit Politik zu tun haben. Aber sicher hat Ethik einen legitimen Platz in der Universität, und eine der Sachen, die ich jedenfalls gelernt habe und die viele meiner Freunde, Sozialisten, Marxisten, gelernt haben, ist, daß Moral und Ethik nicht

bloßer Überbau und nicht bloße Ideologie sind. Es gibt eben in der Geschichte so etwas wie Schuld, und es gibt keine Notwendigkeit, weder strategisch, noch technisch, noch national, die rechtfertigen könnte, was in Vietnam geschieht: das Abschlachten der Zivilbevölkerung, von Frauen und Kindern, die systematische Vernichtung von Nahrungsmitteln, Massenbombardierungen eines der ärmsten und wehrlosesten Länder der Welt – das ist Schuld und dagegen müssen wir protestieren, selbst wenn wir glauben, daß es hoffnungslos ist, einfach um als Mensch überleben zu können und vielleicht für andere doch noch ein menschenwürdiges Dasein möglich zu machen, vielleicht auch nur, weil dadurch der Schrecken und das Grauen abgekürzt werden könnten, und das ist heute schon unendlich viel.«

Zum Abschluß des Frankfurter Kongresses demonstrieren mehr als 2000 Studentinnen und Studenten gegen die amerikanische Vietnam-Politik.

[1]

WAS HAT DER MÖRDER TSCHOMBÉ BEI UNS ZU SUCHEN?

Die verzerrten Informationen über die Ereignisse im Kongo und der Besuch Tschombés in München zwingen dazu, einige Punkte richtigzustellen. 80% der kongolesischen Wirtschaft befinden sich in Händen belgischer, englischer und amerikanischer Kapitalisten. Deren Regierungen waren auch für die angeblich humanitäre Befreiungsaktion, auf die wir alle hereinfallen sollten, verantwortlich. Aus der relativen Untätigkeit des Ostblocks kann man den Schluß ziehen, daß er an einer wirklichen Befreiung des Kongo nicht ernsthaft interessiert ist. Tschombé ging es nicht um die friedliche Befreiung von Geiseln, was durch Verhandlungen möglich war, sondern um die gewaltsame Einnahme der Stadt Stanleyville, was das Leben der Gefangenen erst in Gefahr brachte. Um die Rebellen besser verteufeln zu können, wäre es ihm sogar lieber gewesen, wenn sie alle 1000 Gefangenen

umgebracht hätten und nicht nur 97. Werden dagegen bei der Einnahme von Stanleyville innerhalb weniger Stunden mehrere Hundert Aufständische abgeknallt oder werden Hunderttausend Schwarze in Angola von den NATO-Truppen Portugals ausgerottet, gilt dieses als abendländische Befriedungsaktion. Zum Schutz westlicher Konzerninteressen hat Tschombé belgische Panzer, amerikanische Flugzeuge, deutsche SS-Leute, südafrikanische Rassisten und französische OAS-Terroristen eingekauft.

Der exclusive Rhein-Ruhr-Club, der seinerzeit Hitler finanzierte und kürzlich Hoggan hofierte, entblödet sich nicht, den Mörder Lumumbas zu einem Vortrag einzuladen, denselben Tschombé, von dem unsere Presse noch vor zwei Jahren berichtete, daß er seine Katanga-Gendarmerie zum Kannibalismus aufforderte. Selbst im Vatikan, der an der Union Minière beteiligt ist, hatte diese Marionette kapitalistischer Unterdrückung Privataudienz. Indem die Bundesrepublik den Verbrecher Tschombé einlud, zeigte sie sich als ein Glied in der weltweiten Kette der Unterdrückung. Wir haben für unsere Regierungen schon oft die Kastanien aus dem Feuer holen müssen. Wir weigern uns, bei der Ausbeutung und Unterdrückung anderer Völker, mitzumachen. Hier wie dort stehen dieselben Interessen auf dem Spiel und zweifellos würde man sich auch bei uns der gleichen Mittel bedienen, wenn sich jemand gegen die Ausbeutung des Menschen auflehnen würde.

Die Unterdrücker des kongolesischen Volkes sind auch unsere Unterdrücker!

AKTION FÜR INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

[2]

WIEDERAUFFÜHRUNG IM DELPHI
KANT- ECKE FASANENSTRASSE, HEUTE 20.30
AFRIKANISCHE UND DEUTSCHE KOMMILITONEN!

Abgesehen davon, daß der Film »AFRIKA ADDIO« von Jacopetti in England verboten ist; abgesehen davon, der Faschist Jacopetti sich in einem Prozeß in Rom zu verantworten hat – wegen Aufforderung zum Mord zugunsten seiner ›liebenswürdigen Kamera‹, bekam AFRIKA ADDIO in der Bundesrepublik (und das 21 Jahre nach dem angeblichen Ende des 3. Reiches) das Prädikat »wertvoll«. [. . .]
Uns soll nicht der Italiener Jacopetti – als Individuum – interessieren. Es wäre auch leichtsinnig zu behaupten, Jacopetti sei geisteskrank. Nein, Jacopetti ist genau so wenig geisteskrank wie Hitler, Goebbels oder wie sie alle hießen und heißen, es waren und sind. Jacopetti vertritt eine politische Überzeugung, eine Weltanschauung: das ist für uns wichtig. Blutrausch, Grausamkeit, Mord, Leichen, das sind die Motive, die die Kamera des italienischen Regisseurs befriedigen. – Es liegt auf der Hand, daß Jacopetti vor etwa 25 Jahren eine ausgezeichnete Funktion in den Ghettos von Warschau, Maidanek, Theresienstadt, ja im Konzentrationslager Auschwitz mit großem Verdienst für die »Humanität« hätte erfüllen können.
Die »Untermenschen« Afrikas hätten das einmalige Glück gehabt, durch Kolonisierung des Kontinents, das heißt, seine Ausplünderung zu erfahren, was Kultur ist. Jacopettis Denkvermögen scheint aber nicht so weit zu reichen, um zu begreifen, daß das, was für die Kolonialisten Weiteraufbau ihrer eigenen Kultur heißt, für die Afrikaner Entmenschlichung, Vergewaltigung kultureller Werte, Erniedrigung bedeutet. [. . .]
Wie selbstverständlich werden Neger als zur Kultur unfähige »Untermenschen« gezeigt.
AFRIKA ADDIO hat sich als Ziel gesetzt, den Europäern zu zeigen, daß Neger nur die Sprache der Brutalität verstehen . . . AFRIKA ADDIO rechtfertigt jede sogenannte humani-

täre Aktion von weißen Söldnern. Denn nur die Rückkehr der weißen Herrschaft vermöge es, Kultur nach Afrika wieder einzuführen.
Die Berliner Zuschauer fordert AFRIKA ADDIO auf, die durch den Film wachwerdende Gewalt auf die Studenten, Praktikanten, Soldaten, ja auf alle in Berlin weilenden Menschen schwarzer Hautfarbe zu entladen. Ja, AFRIKA ADDIO fordert zu Menschenschlächterei auf.
Auch die Europäer sollten endlich begreifen: Jacopettis gibt es zu Tausenden. Gegen AFRIKA ADDIO demonstrieren bedeutet, gegen eine Weltanschauung zu demonstrieren. Passiv bleiben gegenüber AFRIKA ADDIO heißt mitschuldig sein an der Ermordung von 6 Millionen Juden, an der Massenerschießung von kongolesischen, vietnamesischen Frauen und Kindern, um nur diese Beispiele zu nennen. [. . .]
Seien Sie sich im klaren: Jede Form von ›im Prinzip dagegen sein‹ ist steril, passiv, ja mitschuldig.
Verhindern wir gemeinsam, daß BLUTRAUSCH, SADISMUS, GRAUSAMKEIT, VERGASUNG zu höchst »humanitären« Kategorien erhoben werden.
(– Stellungnahme eines Afrikaners zu dem Film: AFRIKA ADDIO –)
Wiederaufführung Delphi heute 20.30
Kant- Ecke Fasanenstraße
Schwiedrzik; 1. Fachschaftssprecher Soziologie

[3]

ZUM VORTRAG von H.H. Ph.Dien, Bischof der Diözese Hue (Südvietnam) am 6.11.65 in München.

AUF EIN WORT, Ew. EXZELLENZ !

"Du sollst nicht töten" (Dek 5)

Sie predigen hier !
Edle US-boys und Katholikenführer verteidigen die Freiheit gegen die Vietcong-Untermenschen., behaupten viele Christen.

Tatsache ist, wie auch bei uns niemand bestreitet:

SEIT JAHRZEHNTEN KÄMPFEN DIE VIETNAMESEN GEGEN FREMDE BESATZUNGSMÄCHTE: JAPANER, FRANZOSEN, AMERIKANER !

Mit amerikanischen Hilfsgeldern werden seit Jahren Diktaturen an der Macht gehalten, die das Volk in unvorstellbarer Armut leben lassen und die zugesicherten freien Wahlen verweigern.
Zur Abschreckung werden in Saigon öffentliche Hinrichtungen veranstaltet, Verdächtige gefoltert und ermordet, Dörfer bombardiert und Frauen und Kinder dabei verbrannt.
Der Regierungschef Südvietnams, Nguyen Cao Ky bezeichnet H I T L E R als sein einziges VORBILD-

"Wir brauchen vier oder fünf Hitler in Vietnam", erklärte er in einem Interview mit der Londoner Zeitung "Sunday Mirror"

Führer der Katholiken in Vietnam gehören zu den Hauptverantwortlichen für die katastrophale Lage in Südvietnam. Unter falschen Versprechungen wurden 1954 die Katholiken in den Süden gelockt, in der Hoffnung, sie als Sturmtrupp gegen die demokratische und antikolonialistische Bevölkerung einsetzen zu können.
DA SICH DER KATHOLIZISMUS VON DER GRAUSAMEN NGO DINH-DIEM CLIQUE vertreten ließ, hat er HAß geerntet. DIEM, der Geheimdienstchef NHU und der ERZBISCHOF von HUE, Thue, wurden bald
" die Henker von Vietnam " genannt.

Trotz US-Übermacht behaupten sich die Vietcong im ganzen Lande. Wie sogar Präsident Johnson zugibt, werden sie von der Bevölkerung unterstützt. Den Regierungstruppen bleibt daher nur die Möglichkeit, mit großem technischen Aufwand das Volk zu terrorisieren.

AUF EIN WORT, Ew. EXZELLENZ !
" Du sollst nicht töten!"(Dek 5)

"GEWERKSCHAFTLICHER ARBEITSKREIS DER STUDENTEN"- MÜNCHEN (GAST)
verantwortlich: Hermann Gilbhard, 8 München 15, Schwanthalerstraße 64 Eigendruck im Selbstverlag
den 5.11.65

[4]

ERKLÄRUNG ÜBER DEN KRIEG IN VIETNAM

Bundeskanzler Erhard hat der amerikanischen Regierung wiederholt versichert, das deutsche Volk stehe hinter der Vietnam-Politik der USA. In den Vereinigten Staaten selbst wächst der Widerstand gegen diese Politik. Immer mehr Amerikaner zweifeln an den Erklärungen, mit denen die Regierung der USA ihre Intervention in Vietnam zu rechtfertigen sucht.

Falsche Benennung des Konflikts
Die amerikanische Regierung bezeichnet den Krieg in Vietnam als einen Konflikt zwischen beiden Teilen des Landes, entstanden durch eine Aggression des Nordens gegen den Süden. In Vietnam habe der Kommunismus die freie Welt angegriffen.
Die amerikanische Regierung behauptet, der Krieg verteidige die Freiheit des südvietnamesischen Volkes gegen eine kleine Minderheit ausländischer oder vom Ausland gesteuerter Partisanen. Die Vietkong seien der verlängerte Arm Nordvietnams und damit Chinas.
Die amerikanische Regierung erklärt, die Bombardierung Nordvietnams solle dem Expansionsstreben Chinas Einhalt gebieten. Der Krieg diene der Erhaltung des Weltfriedens.

Richtige Benennung des Konflikts
Tatsächlich ist der Krieg in Südvietnam ein Bürgerkrieg, der bis zum Eingreifen der Vereinigten Staaten fast ausschließlich ein Kampf zwischen südvietnamesischen Revolutionären und der Regierung in Saigon war. Die USA haben das Genfer Abkommen von 1954, das freie Wahlen innerhalb von zwei Jahren vorsah, bewußt negiert und die Regierung Diem und deren Nachfolger gegen den Willen der Bevölkerung an der Macht gehalten.
Nach amerikanischen Schätzungen stehen über drei Viertel der Bevölkerung auf seiten der Aufständischen. Selbst heute, nach Ausdehnung des Krieges über beide Teile des Landes,

wird die Unterstützung der Vietkong durch Nordvietnam auf höchstens 25 Prozent geschätzt. Die Saigoner Regierung kann sich nur noch in den Städten und unter direktem Schutz der amerikanischen Truppen behaupten. Der Konflikt entwickelt sich immer mehr zu einem Krieg der USA gegen das vietnamesische Volk. Dabei geht es nach Angaben führender amerikanischer Militärs nicht nur um die Vernichtung der Vietkong, sondern gleichzeitig um die Erprobung neuer Waffen und Techniken zur Niederschlagung von Volksaufständen in anderen Teilen der Welt.

Die Vietkong sind eine nationale und soziale Befreiungsbewegung Südvietnams, die vor allem von der Landbevölkerung und der städtischen Intelligenz getragen wird. Sie sind politisch organisiert in einer »Nationalen Befreiungsfront«, in der es neben den (in der Führung) dominierenden Kommunisten auch starke bürgerliche und nationale Gruppierungen gibt. Erst die Tatsache, daß die USA mit der ganzen Übermacht ihres technischen Potentials in den Krieg eingegriffen und ihn auf Nordvietnam ausgedehnt haben, droht die Vietnamesen unter den traditionell gefürchteten Einfluß Chinas zu zwingen. Die amerikanische Intervention erhöht die Gefahr eines großen Krieges in Asien, der leicht zu einem dritten Weltkrieg führen kann. Zugleich werden hier die Grundlagen für einen Rassenkonflikt gelegt, dessen Auswirkungen noch gar nicht abzusehen sind.

Die bisherige Bilanz des Krieges

- Eine halbe Million Menschenleben hat der zweite Vietnamkrieg nach vorsichtigen Schätzungen bereits gefordert.
- 160 000 Zivilisten sind allein zwischen 1961 und 1964 umgekommen.
- Folterungen und Gefangenenmord sind seit Jahren an der Tagesordnung.
- Tausende von Siedlungen wurden vernichtet, ihre Einwohner getötet oder in sogenannte Wehrdörfer deportiert, die nichts anderes als Konzentrationslager sind.
- Napalmbomben, Giftchemikalien und neuartige Vernichtungswaffen treffen in wachsendem Ausmaße die Zivilbevölkerung.

- Durch diese moderne Strategie der Verbrannten Erde droht sich hier der Tatbestand des Völkermords zu erfüllen.

Frieden und Selbstbestimmung für Vietnam
Angesichts dieser Tatsachen distanzieren wir uns von der moralischen und finanziellen Unterstützung des Vietnamkrieges durch die Bundesregierung. Wir begrüßen die Forderungen Frankreichs und der blockfreien Länder nach Einstellung der Luftangriffe und Regelung des Konflikts auf der Basis der Genfer Vereinbarungen.
Wir schließen uns den 5000 amerikanischen Professoren und Dozenten an, die für sofortige Beendigung des Krieges und für die Neutralisierung ganz Vietnams eintreten.
Wir solidarisieren uns mit der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung, deren Sprecher, Nobelpreisträger Martin Luther King, zu Demonstrationen für den Frieden in Vietnam aufgerufen hat.
Wir appellieren an alle Demokraten in der Bundesrepublik, diese Erklärung und ihre politischen Forderungen zu unterstützen und in die Öffentlichkeit zu tragen.

Unterzeichner
Inge Aicher-Scholl, Prof. Otl Aicher, Carl Amery, Günther Anders, Ingeborg Bachmann, Prof. Ernst Bloch, Walter Boehlich, Heinrich Böll, Prof. Tobias Brocher, Peter O. Chotjewitz, Heinz von Cramer, Hans Magnus Enzensberger, Hubert Fichte, Erich Fried, Prof. Helmut Gollwitzer, Prof. Karl-Heinz Haag, Prof. Jürgen Habermas, Prof. Heinz-Joachim Heydorn, Wolfgang Hildesheimer, Kurt Hirsch, Gerd Hirschauer, Rolf Hochhuth, Prof. Walter Jens, Uwe Johnson, Robert Jungk, Erich Kästner, Ernst Kreuder, Eckart Kroneberg, Horst Krüger, Prof. Michael Landmann, Hartmut Lange, Lutz Lehmann, Reinhard Lettau, Christoph Meckel, Prof. C. Wolfgang Müller, Robert Neumann, Wolfgang Neuss, Hans Erich Nossack, Hermann P. Piwitt, Harry Pross, Fritz J. Raddatz, Stefan Reisner, Georges Reymond, Prof. Hans Rauschenberg, Klaus Roehler, Peter Rühmkorf, Paul Schallück, Ernst Schnabel, Wolfdietrich Schnurre, Ger-

hard Schoenberner, Prof. Heinz-Horst Schrey, Gösta von Uexküll, Siegfried Unseld, Prof. Horst Vogel, Klaus Wagenbach, Martin Walser, Johannes Weidenheim, Prof. Wilhelm Weischedel, Günther Weisenborn, Peter Weiss, Wolfgang Weyrauch

Außerdem unterzeichneten über hundertdreißig Wissenschaftler, Dozenten und Assistenten der Universitäten Berlin, Frankfurt, Freiburg, Gießen, Göttingen, Marburg und München

[5]

Erhard und die Bonner Parteien unterstützen

MORD

Mord durch Napalmbomben! Mord durch Giftgas! Mord durch Atombomben! Die US-Aggression in Vietnam verstößt nicht gegen die Interessen des demokratischen Systems: Wer es wagt, sich aufzulehnen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, wird von den Herrschenden mit Brutalität niedergemacht.

Die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas kämpfen gegen Hunger, Tod und Entmenschlichung. Die ehemaligen Sklaven wollen Menschen werden. Kuba, Kongo, Vietnam – die Antwort der Kapitalisten ist Krieg. Mit Waffengewalt wird die alte Herrschaft aufrechterhalten. Mit Kriegswirtschaft wird die Konjunktur gesichert. Ost und West arrangieren sich immer wieder auf Kosten der wirtschaftlich unterentwickelten Länder. Jetzt bleibt den Unterdrückten nur noch der Griff zur Waffe. Für sie heißt Zukunft:

REVOLUTION!

Wir sollen den Herrschenden beim Völkermord helfen. Deshalb beschwören sie das Gespenst der gelben Gefahr. Wie lange noch lassen wir es zu, daß in unserem Namen gemordet wird?

AMIS RAUS AUS VIETNAM – Internationale Befreiungsfront

[6]

Barzel lobt Grass - Wehner lobt Strauß - Wir haben die große Ko-operation

NEUSS DEUTSCHLAND
ORGAN DES ZENTRALKOMITEES DER SATIRISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Extra-Blatt

TAGESZEITUNGSLESER! BELOGENE!

Unter dem verbrauchten Gebimmel der Berliner Freiheitsglocke herden sich die Westberliner Tageszeitungen zu einem zynischen Anzeigenvormarsch. Sie organisieren ein METAPHYSISCHES WEIHNACHTSGEDENKEN für die Hinterbliebenen der amerikanischen Toten des amerikanischen Krieges in Vietnam.

Wir organisieren ein HUMANISTISCHES WEIHNACHTSGEDENKEN für die Arbeiter der Porzellan-Manufaktur, die aus den Geldspenden der Westberliner Bevölkerung Porzellanbimmeln für trauernde Amerikaner anfertigen sollen.

NEUSS DEUTSCHLAND ergänzt den Aufruf der Westberliner Tageszeitungen:

Wir bitten um Spenden für die Hinterbliebenen der amerikanischen Soldaten, die im Kampf gegen Hitler-Deutschland gefallen sind.

In Europa wurden amerikanische Soldaten im Feldzug gegen Hitler getötet.
In Vietnam kämpfen amerikanische Soldaten mit dem südvietnamesischen General Ky.
Sein größtes Vorbild: Adolf Hitler

[7]

Eine Mutter, ein Kind und Napalm

Herausgeber: Club Ça ira, Berlin 31, Münstersche Str. 4, Dezember 1966
Verantwortlich für den Inhalt: Prof. Dr. C. Wolfgang Müller, Gunther Soukup

✷ Was ist Napalm?

Napalm ist ein leicht entzündbares, gelantineartiges Benzin. Wenn es einmal die menschliche Haut berührt hat, kann man es nicht wieder entfernen.

Was bewirkt Napalm?

Eine Bombe (450 kg Napalm) verursacht ein Feuer im Umkreis von 75 m. In diesem Umkreis werden alle Menschen verbrannt. Am Rande des Feuers ersticken sie, weil das Napalm mit solcher Hitze verbrennt, daß der Luft aller Sauerstoff entzogen wird.

Wie wird Napalm verwendet?

"Unsere Flugzeuge fliegen bis zu 450 Einsätzen am Tag gegen die ländlichen Gebiete Süd-Vietnams. Der Abwurf von Napalm terrorisiert die Bauern in den durch die Vietcong besetzten Gebieten so, daß sie in die von den Amerikanern besetzten Gebiete ausweichen" (Washington Post vom 13. März 1965).

✷ Dieses Flugblatt wurde in diesem Sommer vom "United Committee Against The War" in Berkeley, Calif. verteilt. Wir drucken eine deutsche Fassung dieses Flugblattes, um unseren amerikanischen Freunden in ihrem politischen Kampf zu helfen.

"Die Verluste unter der Zivilbevölkerung sind hoch. Napalm ist die populärste Bombe in Vietnam. Sie ist billig, und sie ist tödlich."
(San Francisco Chronicle vom 9. Februar 1966).
Die Luftwaffe bezieht im Augenblick etwa 11 000 to Napalm monatlich.

Wer stellt Napalm her?

Die DOW CHEMICAL COMPANY produziert Napalm im Rahmen eines 3,5-Millionen-Dollar-Vertrages mit der amerikanischen Luftwaffe. Außerdem liefert DOW anderen Napalm-Produzenten die Chemikalie Polysterene, welche das Benzin haftfähig macht. Infolge der Nachfrage, die durch den Vietnam-Krieg entstanden ist, hat DOW den Preis füe Polysterene erhöht. Massenmord ist ein gutes Geschäft. DOW stellt aber auch Papierhandtücher und Papierküchentücher her. Es produziert Ofenreinigungsmittel, Ungeziefermittel, Unkrautvertilgungsmittel und pharmazeutische Präparate. Seit einiger Zeit versucht DOW auch den deutschen Markt zu erschließen. Es annonciert ganzseitig im SPIEGEL für den Ölentferner Chlorothene NU (14. 11. 1966, S. 30) und für ein Latex als Bindemittel für Anstrichfarben (31. 10. 1966, S. 28).

Was können Sie gegen Napalm tun?

1. Kaufen Sie keine Produkte der DOW CHEMICAL COMPANY.
2. Trennen Sie den folgenden Abschnitt ab und schicken Sie ihn an die deutsche Vertretung von DOW.

An die DOW CHEMICAL GMBH, 6 Frankfurt am Main, Bethmannstraße 50 - 54

Sehr geehrte Herren!
Ich bin gegen Napalm. Ich bin gegen Napalm, weil man mit Napalm Menschen töten und verwunden kann. Glücklicherweise werde ich niemals in die Verlegenheit kommen, Napalm zu kaufen. Aber ich werde auch gern auf die zahlreichen anderen Produkte Ihrer Firma (Latex, Chlorothene u. a.) verzichten Und ich werde alle meine Freunde und Bekannten auffordern, sich ebenso zu verhalten.

Datum Unterschrift

Am 6. April 1967 besucht der Vizepräsident der Vereinigten Staaten von Amerika Hubert Horatio Humphrey West-Berlin. Am 5. April 1967 nehmen Beamte der Abteilung I der Berliner Polizei 11 Studenten, überwiegend Mitglieder der Kommune I, fest. Ihnen wird vorgeworfen, »unter verschwörerischen Umständen zusammengekommen« zu sein, »hierbei Anschläge gegen das Leben und die Gesundheit des amerikanischen Vizepräsidenten Humphrey mittels Bomben, mit unbekannten Chemikalien gefüllten Plastikbeuteln oder mit anderen gefährlichen Tatwerkzeugen wie Steinen usw. geplant« zu haben. Es stellt sich heraus, daß es sich bei den während der Durchsuchung der Kommune I gefundenen Gegenständen um Rauchkerzen, Plastikbeutel mit Farbstoff, Pudding und Mehl gehandelt hat. Nach 36 Stunden werden die 11 »Pudding-Attentäter« wieder aus der Haft entlassen.
Die Berliner Presse erscheint am 6. April mit Schlagzeilen wie: »Geplant – Berlin: Bombenanschlag auf US-Vizepräsident« (Bild), »Attentat auf Humphrey von Kripo vereitelt – FU-Studenten fertigen Bomben mit Sprengstoff aus Peking« (Berliner Morgenpost), »Maos Botschaft in Ost-Berlin liefert die Bomben gegen Vizepräsident Humphrey« (Der Abend). Während des Empfangs von Vizepräsident Humphrey am 6. April im Charlottenburger Schloß demonstrieren ca. 2000 Personen vor dem Schloß gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam. Es kommt zu Auseinandersetzungen zwischen Anti-Humphrey und Pro-Humphrey-Demonstranten des RCDS sowie der politischen Polizei in Zivil, die zum erstenmal sogenannte »Greifertrupps« zur Festnahme einzelner Demonstranten einsetzt. Humphrey wird bei seiner Ankunft und Abfahrt mit Eiern und Mehltüten beworfen [Dok. 8, 9].

[8]

Empfang für HUMPHREY

Am Donnerstag besucht der Vizepräsident der Vereinigten Staaten Hubert H. Humphrey Berlin.
Der AStA der FU Berlin ist der Meinung, daß man den Repräsentanten der Macht, die die Freiheit Berlins in Vietnam und anderen Ländern so eindrucksvoll und wirksam verteidigt, die gebührenden Ovationen darbringen sollte.

Am Donnerstag, dem 6.April 1967, um 20 h, gibt der Senat von Berlin Vizepräsident Humphrey in der Eichengalerie im Schloß Charlottenburg einen Empfang: Bekunden auch Sie Ihr Vertrauen und bereiten Sie Herrn H.H.H. ebenfalls einen herzlichen Empfang vor dem Schloß Charlottenburg.

Donnerstag, 6.April, 20 h

Schloß Charlottenburg

8.30 h Nachrichten RIAS I 5.4.67, übermittelt UPI .. Humphrey versicherte gestern vor Abgeordneten des britischen Unterhauses, USA werde Europa und Lateinamerika notfalls ebenso helfen, wie den Ländern Südostasiens.

Berlin 33, den 5.4.1967
Freie Universität Berlin
Studentenvertretung
Allgemeiner Studentenausschuß

[9]
BERLINER!

Wer es vorher noch nicht ahnte, weiß es jetzt:
In Westberlin stimmt etwas nicht.

Da plant eine kleine gefährliche Minderheit von Studenten einen Anschlag nicht nur auf Leben sondern auch auf Gesundheit des US-Vizepräsidenten Humphrey, der sich dankenswerterweise bereit erklärt hat, uns einmal wieder Mut zuzusprechen.

Die Bomben stammen noch nicht einmal aus Moskau oder Pankow sondern bezeichnenderweise aus Peking. Noch ist nicht geklärt, ob es sich nicht vielleicht um eine tragbare Atombombe handelt.

Und die Berliner Polizei durch hervorragende Arbeit mit modernstem Gerät von Anfang an dicht auf den Fersen der Attentäter. Mit überraschenden Haussuchungen. Mit Warnungen an die Berliner vor Blumensträußen und Studenten. Mit 10 000 Polizisten im Einsatz.

Was tut sie?

Sie fängt die Attentäter und läßt sie nach 36 Stunden Haft unbehelligt wieder frei.

Und das, obwohl Lee Harvey Oswald (Gott habe ihn selig) wegen desselben Delikts in einem US-Gefängnis starb.

Wo bleibt denn da die Gerechtigkeit? Auf welcher Seite steht eigentlich die Polizei?

Auch die Presse hat uns im Stich gelassen. Wo ist die Bombe? Gestern noch fanden wir sie in allen Zeitungen; heute verschweigt sie die Presse.
Hat der Verleger Axel Springer den Attentätern bereits Berlin ausgeliefert?

Humphrey hat uns wieder verlassen. Wir aber müssen bleiben. Die Front halten.

Die Köpfe voller neuer Pläne, die Taschen voll Granaten (und Mehl) sind die Attentäter wieder unter uns.

Wer schützt uns?

Können wir uns selbst schützen?

Es gibt nur eine Möglichkeit:

Wir sind sicher nur dort, wo die Polizei ist:

Vielleicht wenigstens an den Wochenenden auf dem Kurfürstendamm.

Wir müssen den Attentätern die Stirn bieten!

Ulrich Ströhle
Uwe Bergmann
Henning Kuhlmann
Reinhard Lettau

[10] Vietnam 1967

Rede bei der Vietnam-Demonstration in Westberlin am 21. 10. 1967 von Prof. D. Helmut Gollwitzer[3)]

»Um die sterbenden Vietnamesen sitzen heute die Völker der Welt als Zuschauer, wie einst in der römischen Arena das Publikum um die sterbenden Gladiatoren«, – so sagte kürzlich ein kritischer Beobachter unserer Demonstrationen. Jawohl, auch wir gehören zu diesem Publikum, ob wir nun gleichgültig, beifällig oder protestierend diesem Morden und Sterben zuschauen. Wir sind ohnmächtig, es zu verhindern, wir sind aber nicht ohnmächtig zu jeder Bewegung. Wir

können wenigstens dagegen schreien, und wir können Geld geben, um den Leidenden ein wenig zu helfen. Keiner von uns tut so viel, wie er in dieser Richtung tun könnte, und die Veranstaltungen dieser Woche haben auch den Zweck, uns zu mobilisieren, daß wir mehr tun von dem, was wir tun können, als wir bisher getan haben.

Diese Demonstration hat außerdem den Zweck, uns einzufügen in die Demonstration von Hunderttausenden, die heute in Washington und anderen Städten der USA stattfindet, und sie zu unterstützen. Dies zu tun, haben unsere amerikanischen Freunde alle Gleichdenkenden in aller Welt für den heutigen Tag gebeten, und wir sind froh, inmitten unserer lähmenden Ohnmacht wenigstens auf diese Weise zu ihrem Kampf beitragen zu können. [. . .]

Die gegen ihre Regierung protestierenden Amerikaner sehen mit Schrecken, wie ihr Staat im Augenblick der erreichten Weltherrschaft der »Arroganz der Macht« Fulbright verfällt, und zum größten Exporteur von Gewalt wird; sie sehen ihn tyrannische Regierungen überall in der Welt stützen und einsetzen und mit Waffen zur Unterdrükkung der eigenen Völker ausrüsten. [. . .]

Sie sind amerikanische Patrioten; es ist ihnen unerträglich als Amerikaner zum Gegenstand des Hasses und der Verachtung für die anderen Völker zu werden. Sie kämpfen für die Ehre und die Freiheit ihres eigenen Volkes; denn sie haben Abraham Lincolns Wort im Ohr: »Ein Volk, das andere Völker versklavt kann selber nicht frei sein«. [. . .]

Man kann nicht Demokrat – ob Christdemokrat oder Sozialdemokrat – sein, ohne gegen die amerikanische Vietnampolitik und ihren imperialistischen Ursprung aufzustehen. Darum fragen wir unsere Parlamentarier, die sich doch alle Demokraten nennen, warum nicht sie selbst diese Demonstration veranstalten, statt dies der außerparlamentarischen Opposition zu überlassen! Man kann nicht Christ sein und zu dem Morden in Vietnam schweigen. Darum stehen die Kirchen und die besten Christen in den USA in der vordersten Linie der Anti-Vietnam-Opposition und mit ihnen Kirchen und Christen in aller Welt. Darum fragen wir die Kirchen und Christen in Deutschland, wie lange sie zum

großen Teil noch meinen, christliche Kirche und gleichzeitig stumme Hunde sein zu können.

Unter den Tausenden, die hier stehen, sind 90% unter dreißig Jahre alt. Dieses Faktum müßte die Politiker alarmieren. Sie sollen wissen: Der Aufruhr der jungen Generation geht nicht gegen die Demokratie, sondern für die Demokratie. Es ist ihre Zukunft als freie Menschen in einem freiheitlichen Rechtsstaat, die – so fürchten sie – wieder einmal von der älteren Generation verspielt wird. Es ist ihre Zukunft als Angehörige der weißen Völker, gegen die der Haß der farbigen Völker durch den amerikanischen Krieg gegen ein bettelarmes gelbhäutiges Bauernvolk geschürt wird. Es ist die künftige Welthungerkatastrophe, gegen die das Nötige nicht rechtzeitig getan wird, weil die weißen Regierungen mit Rüstung und Kolonialkrieg beschäftigt sind. Es ist die Blindheit der älteren Generation, der wieder einmal die Zukunft der Jungen zum Opfer gebracht wird, – mit dem einen Unterschied zu 1933, daß diesmal die Jungen nicht den Wahnsinn begeistert mitmachen, sondern gegen die Blindheit und die Torheit aufstehen. In Washington und überall in den USA wird heute demonstriert, damit sich dort etwas ändert. Wir unterstützen das, und wollen damit zugleich erreichen, daß sich hier bei uns viel ändert. In einem Studentenprozeß im Sommer 1967 in Berlin fragte der Richter einen Angeklagten: »Meinen Sie denn, daß sich in Vietnam etwas ändert, wenn Sie hier demonstrieren?« Die Antwort lautete: »Nein, aber hier!«.

Am 27. Mai 1967 trifft der Schah des Iran mit seiner Frau, Farah Diba, zu einem Staatsbesuch in der Bundesrepublik Deutschland ein. Studenten- und Jugendorganisationen haben gemeinsam mit der Konföderation Iranischer Studenten (CISNU) in den Tagen vor der Ankunft des Schah durch Flugblätter und Teach-ins auf die elenden Lebensbedingungen breiter Teile der iranischen Bevölkerung, auf politischen Terror und Folter durch das Schah-Regime aufmerksam gemacht (Dok. 11–12). Umfangreiche Sicherungsvorkehrungen werden entlang der Besuchsroute des Schah getroffen. In Bayern wird für 107 persische Studenten eine

»Zwangsevakuierung« verfügt. Ihnen wird vom bayrischen Innenministerium auferlegt, München und die Regierungsbezirke Oberbayern und Mittelfranken für die Dauer des Schahbesuchs zu verlassen, da ihre »Anwesenheit zur Gefährdung des Schah« führen könne.

Bereits am 27. Mai kommt es in Bonn zu Auseinandersetzungen zwischen demonstrierenden deutschen und persischen Studenten und der Polizei. 61 Studenten werden festgenommen. Am 31. Mai geht in München die Bereitschaftspolizei unter Einsatz von Schlagstöcken gegen Studenten vor, die die Wagenkolonne des Schah zu blockieren versuchen und in Sprechchören »Mörder, Mörder« rufen. Bei der Ankunft des Schah in Berlin demonstrieren am Vormittag des 2. Juni ca. 1000 Personen vor dem Schöneberger Rathaus. Schahfreundliche Perser, die von Polizeibeamten die Erlaubnis erhielten sich vor den Absperrgittern mit Pro-Schah-Transparenten aufzustellen, prügeln mit Holzlatten auf die Demonstranten ein, nachdem der Schah das Schöneberger Rathaus betreten hat. Mehrere dieser »Prügelperser« beschäftigen 1971 als Mitglieder eines vom persischen Geheimdienst SAVAK unterstützten Rauschgiftrings erneut die Berliner Polizei.

Am Abend des 2. Juni wird der 26jährige Student der Freien Universität Benno Ohnesorg, während der Schah mit der Berliner Prominenz in der Deutschen Oper den Klängen der Zauberflöte lauscht, von dem Polizeiobermeister Karl-Heinz Kurras durch einen Kopfschuß getötet. Der Tod Benno Ohnesorgs ist nicht nur das die Revolte an den bundesrepublikanischen Universitäten auslösende Ereignis, er markiert auch den folgenreichen Bruch zwischen großen Teilen der Jugend und der etablierten Gesellschaft. Tausende junger Menschen mußten in den Tagen nach dem 2. Juni erleben, wie ihren demokratischen Forderungen nach Aufklärung der Vorfälle vor der Deutschen Oper Berlin mit Lügen, Hetze und Verdrehungen begegnet wurde.

Berlins Regierender Bürgermeister Heinrich Albertz gibt am 3. Juni um 1.00 Uhr eine Erklärung ab, in der er die demonstrierenden Studenten für den Tod Benno Ohnesorgs verantwortlich macht. Albertz billigt ausdrücklich das Vorgehen der Polizei und behauptet, er habe sich »durch eigenen Augenschein davon

überzeugt, daß sich die Polizei bis an die Grenzen des Zumutbaren zurückgehalten hat«. Wenige Monate später tritt Heinrich Albertz – wie vor ihm schon Berlins Polizeipräsident Erich Duensing und Innensenator Wolfgang Büsch – zurück und äußert Bedauern über seine Rolle in den Auseinandersetzungen mit der studentischen Opposition.
Unter der Überschrift »das ist Terror« heißt es am 3. Juni in der Springer-Zeitung BZ: »Wer Anstand und Sitte provoziert, muß sich damit abfinden, von den Anständigen zur Ordnung gerufen zu werden«, und: »Wer Terror produziert, muß Härte in Kauf nehmen.«
Gegen fast die gesamte Berliner Presse und die politisch Verantwortlichen der Stadt organisieren Hunderte von Studentinnen und Studenten eine Aufklärungskampagne in den Berliner Stadtteilen. Ein studentischer Ausschuß für Öffentlichkeitsarbeit produziert gemeinsam mit Studentenverbänden und Studentenvertretungen täglich Flugblätter, in denen über den neuesten Stand der Erkenntnisse eines studentischen Ermittlungsausschusses berichtet wird, der die Todesumstände von Benno Ohnesorg und die Auseinandersetzungen während des Schahbesuchs untersucht [Dok. 13–16]. Tagelang diskutieren Studentinnen und Studenten in den Straßen Berlins mit der Bevölkerung. Eine gleichartige Mobilisierung studentischer Aufklärungskomitees findet auch an zahlreichen Universitäten im Bundesgebiet statt. Die Außerparlamentarische Opposition wird zur Massenbewegung.
Über 10 000 Studentinnen und Studenten aus dem Bundesgebiet und Westberlin versammeln sich am 9. Juni 1967 am Grab von Benno Ohnesorg in Hannover[4]. Im Anschluß an das Begräbnis findet ein Kongreß mit über 7000 Teilnehmern statt. Vertreter von Studentenorganisationen, Gewerkschaftler und Professoren diskutieren über die Perspektiven der studentischen Protestbewegung. Gegen Ende des Kongresses fällt in einem Diskussionsbeitrag von Jürgen Habermas erstmals bezüglich der Studentenbewegung der Begriff »linker Faschismus«. Habermas in seiner Antwort auf Rudi Dutschke: »jedenfalls glaube ich Gründe zu haben, diese Terminologie vorzuschlagen (. . .) Ich hätte gerne geklärt, ob er [Dutschke] nun willentlich die manifeste Gewalt herausfordert nach dem kalkulierten Mechanismus, der in diese

Gewalt eingebaut ist, und zwar so, daß er das Risiko von Menschenverletzungen, um mich vorsichtig auszudrücken, absichtlich einschließt oder nicht.«
Die studentische Protestbewegung war zu diesem Zeitpunkt in ihrem Selbstbewußtsein bereits längst über jene Funktionsbestimmung hinausgelangt, die Habermas in seinem Diskussionsbeitrag ihr zuweisen wollte; nämlich als Kontrollorgan in Sachen Demokratie dort zu wirken, wo Staat und Gesellschaft Demokratie mißachten oder noch nicht verwirklicht haben. Die Studentenbewegung sah sich in ihrer Mehrheit nach dem Tod von Benno Ohnesorg vor die Konsequenz einer grundlegenden Veränderung der persönlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse gestellt. Alles sollte ganz anders werden.
Der SDS verteilte auf dem Kongreß in Hannover und in den folgenden Tagen an den Universitäten der Bundesrepublik und Westberlins in einer Auflage von 100 000 eine Erklärung »Niederlage oder Erfolg der Protestaktion« [Dok. 19].

[11] Praktizierter Notstands-Staatsbesuch

SDS SDS

Wir regen uns noch gar sehr über die nicht vollständig verabschiedeten Notstandsgesetze auf, wollen aber nicht begreifen, daß in der tatsächlichen Praxis des Bundesrepublikanischen Alltags die staatliche Gewaltmaschine sie schon längst angewendet werden!

Die Vollversammlung der geistigen Impotenz, der Herrschenden der »freien Welt«, die Trauerfeierlichkeiten für K. A., mobilisierte einen »Schutzapparat« gigantischen Ausmaßes:

CIA-Bullen mit kaum versteckten Maschinenpistolen (im Dom etc.), illegale Hausdurchsuchungen, Terrorisierung politischer Minderheiten, Mobilisierung der vorhandenen Polizeireserven, Einsatz von Hubschraubern, stundenlange Wartezeiten für die Autofahrer u. a. m. sollen uns zeigen, wie

wenig es sich lohne, gegen Notstandsgesetze zu unternehmen, wie wenig Chancen für den Widerstand gegeben sind, wie herrlich wir geschützt sind.

Die Anwesenheit des Schah in der BRD und West-Berlin bringt eine Reproduktion des Einsatzes der Gewaltmaschinerie auf erweiterter Stufenleiter. Das ging sogar der BZ zu weit, die sich nicht scheute, am 29. Mai von der Nostandsübung der Polizei zu sprechen, sich mehr Händeschütteln für den Schah und seine gebärfreudige Farah wünschte.

Der Schah kann sicher sein, noch sind die entstehenden Kampforganisationen der verelendeten persischen Bauern nicht stark genug; das Attentat ist Beginn der sozialen Revolution, des unmittelbaren Kampfes gegen die Herrschaft.

Aber wir sind schon lange nicht mehr sicher, von Monat zu Monat wird die Lage unsicherer. Die »Große Koalition« brachte die große Furcht um den Arbeitsplatz für 100 000e. Durch Konzessionen wie Erhöhung des Arbeitslosengeldes, durch Schillersche Reime über die kommende Konjunktur, durch systematisch gelenkte Krisenpsychose, durch circensisch inszenierte Schauspiele wie Staatsbesuche, sogar durch Trauerfeierlichkeiten, werden die Massen bei der Stange gehalten.

Die Notstandsübung in den Tagen des Schahbesuchs ist eine Fortsetzung dieser Praktiken.

Begreifen wir endlich die Situation: Die schon abgeschaffte Demokratie besteht als l e e r e Form weiter. Wir allein füllen sie mit Inhalt, wenn wir die Notstands-Spielregeln der Herrschenden bewußt durchbrechen, die akademische Würde verlieren und r e a l demokratisches Niveau gewinnen.

Freitag 12 Uhr s. t. Rathaus Schöneberg. 19.30 Uhr Oper!

[12]

MORD

Gesucht wird

Schah Mohamed Reza Pahlawi wegen **Mord und Folterungen** an dem Journalisten Karimpour Schirazi, an dem Außenminister Hossein Fatemi, an dem Justizminister Lotfi nach vorherigem Ausreißen der Augen, an einundsiebzig oppositionellen Offizieren, an Hunderten von Kommunisten, an ziviler Bevölkerung und Studenten.

Weiter ist er schuldig

aufrecht erhalten zu haben das Analphabetentum von 80 % der Bevölkerung, nicht verhindert zu haben, daß jedes zweite Kind stirbt, dafür gesorgt zu haben, daß er selbst 400 Millionen Dollar jährlich kassiert und seine Untertanen bei nur 70 Dollar hungern, in Besitz genommen zu haben 2176 Siedlungen mit 300 000 Untertanen, gestohlen zu haben Millionen Tonnen von Öl, bestochen zu haben, betrogen zu haben, erpreßt zu haben, sein Volk in Elend und Dummheit gehalten zu haben.

Beschreibung des Täters:

ca. 1,70 m groß, ovale Gesichtsform, trägt Panzerweste unter dem Hemd, darüber Orden.
Besondere Kennzeichen: Kaiserkrone, goldenes Telefon, 5000 Mann Leibwache, ißt ausschließlich aus silbernem Geschirr, reist in Begleitung eines Giftprüfers.

Er wurde zuletzt gesehen in Begleitung des Bundespräsidenten **Heinrich Lübke.** Wir weisen darauf hin, daß Personen, die dem Täter Asyl gewähren, sich der Beihilfe zu den genannten Verbrechen schuldig machen.

Wir bitten die Bevölkerung, alle Aktionen, die zur Unschädlichmachung des Täters führen, tatkräftig zu unterstützen.

[13]

SHB BERLIN SHB BERLIN SHB BERLIN SHB BERLIN
SHB BERLIN SHB BERLIN

STUDENT ERSCHLAGEN!

Gestern abend erschlugen Berliner Polizisten den Studenten der FU, Benno Ohnesorg, 26 Jahre alt. Er befand sich unter den deutschen und persischen Demonstranten, die sich gegen den Besuch des Schahs von Persien empörten. Der Repräsentant unserer Stadt, der Regierende Bürgermeister Heinrich Albertz, rechtfertigte am Samstagmorgen in einer Presseerklärung das brutale Vorgehen der Berliner Polizei. Er versuchte, den Totschlag an Benno Ohnesorg den Demonstranten anzulasten.

Tatsache ist:
Die Vorfälle vor der Deutschen Oper haben gezeigt, daß sich entgegen der Darstellung des Regierenden Bürgermeisters die Polizei schwere Zusammenstöße provozierte. Polizeikommandos stürzten Demonstranten von einem Bauzaun. Dann zerrten sie einzelne über die Absperrungen und schlugen sie vor den Augen der übrigen zusammen. Die Polizisten weigerten sich, die Karten mit ihren Dienstnummern auszuhändigen.
Erst nach diesen Zusammenstößen wurden die Demonstranten aufgefordert, die Bismarckstraße und die angrenzende Krumme Straße zu räumen. Zugleich wurden Wasserwerfer eingesetzt. Versprengte Studenten und Jugendliche wurden von Stoßtrupps in Zivil und Uniform in Hauseingänge und Hinterhöfe abgedrängt und auf brutalste Weise niedergeknüppelt. Bei einer dieser Aktionen wurde Benno Ohnesorg tödlich verletzt.
Die Demonstranten sammelten sich noch einmal auf dem Kurfürstendamm. Dort versuchte die Polizei, die Bevölkerung gegen die Demonstranten zu mobilisieren. Die Polizei verbreitete über Lautsprecher die Falschmeldung, ein Polizist sei von Demonstranten erstochen worden.

Soweit nur einige Tatsachen über die Polizeiaktion am Abend des 2. Juni.

Wir stellen fest:
Die Polizeiaktion zielte darauf ab, einzelne Demonstranten zur Abschreckung zusammenzuschlagen. Als die Prügelei begann, ging es nicht darum, den Schah zu schützen – er war bereits in der Oper.
Es ist unwahr, daß Demonstranten die Polizei mit Steinwürfen angegriffen haben. Vielmehr mußten sie sich gegen wahllos prügelnde Polizeiketten regelrecht verteidigen. Solche paramilitärischen Aktionen der Polizei sind aber gegen Würfe von Tomaten und Eiern, die den Schah wegen der großen Entfernung gar nicht treffen konnten, in keiner Weise angemessen.
Es ist unwahr, daß Benno Ohnesorg ein »Rädelsführer« war. Er hatte zum erstenmal an einer Protestdemonstration teilgenommen.

Soweit ist es gekommen!
Der Repräsentant unserer Stadt, ein Sozialdemokrat, empfängt mit Riesenaufwand einen Diktator, dem Folterung und Mord an Hunderten von Politikern, Journalisten, Studenten und Arbeitern nachgewiesen wurde. Ihr Verbrechen war: Einsatz für Freiheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit. Berliner Polizisten erschlugen den Studenten Benno Ohnesorg. Sein Verbrechen war: Demonstration gegen diesen Diktator. Der Regierende Bürgermeister, ein Sozialdemokrat, feiert die Unterdrückung in Persien, verurteilt die Demonstration und rechtfertigt einen Totschlag.
Heinrich Albertz hat sich nicht nur als Politiker als unfähig erwiesen und disqualifiziert, er hat auch als Mensch völlig versagt, als er offensichtlich in Unkenntnis der Tatsachen eine unglaublich zynische Erklärung abgab.
Der Sozialdemokratische Hochschulbund fordert den Rücktritt derjenigen, die für die Polizeischlägerei politisch verantwortlich zu machen sind.

SOZIALDEMOKRATISCHER HOCHSCHULBUND
1 Berlin 65, Müllerstr. 163

[14]

Empfehlungen des Ausschusses für Öffentlichkeitsarbeit zur Diskussion mit der Bevölkerung

1. Wer wird angesprochen:
Sprechen Sie nicht wahllos Passanten an, sondern Leute, von denen Sie annehmen können, daß sie Meinungen weitertragen und Einfluß auf ihre Mitmenschen haben. Eure völlig ungezielte Streuung versandet wirkungslos.
Lassen Sie keine zu großen Gruppen entstehen, in denen Sie nicht mehr diskutieren, sondern als Volksredner agieren. Zu große Gruppen oder festgefahrene Diskussionen sollten Sie rechtzeitig verlassen.

2. Gesprächsführung:
Schockieren Sie den Partner nicht gleich mit dem Hinweis, daß Sie besser informiert seien. Wer sein Gegenüber als unwissend disqualifiziert, braucht mit keiner Verständigung mehr zu rechnen.
Jeder betrachtet zunächst seinen Informationsausschnitt als den besten und völlig ausreichenden.
Hinweis auf schlechte Informiertheit erzeugt Angst, d. h. Aggression gegen Sie. Suchen Sie daher zunächst (wenn auch banale) Gemeinsamkeiten, oder stellen Sie Fragen, auf die zustimmende Antworten erfolgen müssen.
Bringen Sie Ihre Argumente möglichst in Form von Bestätigungen, so daß Ihr Gesprächspartner glaubt, er selbst hätte sie vorgebracht (z. B. Sie haben wie ich die Zeitung gelesen. Deshalb können wir miteinander darüber sprechen . . .).
Hinweis auf unmittelbare Bedrohung durch Notstand, Polizei-Staat, Faschismus etc. ist nur sinnvoll, wenn bereits kritisches Bewußtsein vorhanden ist.
Denen, die als einzige Alternative zu unserem System den Kommunismus sehen, muß gezeigt werden, daß es andere Systeme als Kapitalismus und Kommunismus gibt.
Stellen Sie sich auf drei verschiedene Gruppen von Gesprächspartnern ein:

a) Die außenstehenden Zuhörer, die sich nicht engagieren wollen: diese können durch gezielte Fragen herangeholt werden.
b) Die emotional Reagierenden: mit diesem ruhig diskutieren, nicht ironisch und polemisch auf Beschimpfungen antworten.
c) Die Diskussionsbereiten: mit diesen soll hauptsächlich diskutiert werden.

Reden Sie nicht über alles, sondern möglichst nur über einzelne markante Themen (z. B. die Vorgänge am Freitag, deren Hintergründe und Konsequenzen), über die Sie wirklich informiert sind.

Wenn Sie zu stereotype Wiederholungen des gleichen Arguments, oder eine besonders starke Einengung der Wortwahl bemerken (»Sättigung«), lassen Sie die Diskussion auslaufen.

Rechnen Sie mit folgenden Fragen und Behauptungen:
Warum demonstriert Ihr überhaupt?
Warum werft Ihr mit Tomaten, Eiern und Steinen?
Wer gegen Anstand und Sitte verstößt, sollte bestraft werden.
Demonstrationen gefährden die Demokratie.
Man darf nicht die Führer des Volkes angreifen, sonst gibt es Anarchie.
Man darf keinen Gast der BRD beleidigen.
Wir wissen, wohin solche Demonstrationen führen; vor 1933 war es genauso.
Warum demonstriert Ihr nicht für Israel?
Die Amerikaner schützen unsere Freiheit, deshalb dürfen wir ihnen nicht mit Demonstrationen in den Rücken fallen.
Gerade wir Deutschen müssen ruhig sein und dürfen uns nicht anmaßen, die Verhältnisse in anderen Staaten zu kritisieren.
Warum wurde nicht gegen die Mauer protestiert?
Durch Demonstrationen arbeitet Ihr dem Osten in die Hand.
Ihr seit ja vom Osten unterwandert.
Die Unruhen, die Ihr auslöst, können den Kommunisten Gelegenheit zum Eingreifen geben.
Warum beklagt Ihr Euch? Ihr dürft doch demonstrieren, im Osten darf man das nicht.

Ihr laßt Euch von einer radikalen Minderheit verführen.
Warum maßt Ihr Studenten Euch das Recht an, mehr zu wissen als wir?
Wer gibt Euch das Recht, Euch als Hüter der Demokratie aufzuspielen?
Sie sind vielleicht vernünftig, aber die Studenten sonst . . .
Ihr studiert vom Geld des Steuerzahlers, dafür können wir verlangen, daß Ihr Ruhe haltet.
Ihr braucht nicht aufzuklären, wir können uns selbst informieren.
Wir sind politisch mündig, wir haben Berlin aufgebaut, als Ihr noch Kinder wart!
Die Berliner Presse ist besser informiert über die Berliner Vorgänge als die westdeutsche und ausländische, weil sie in Berlin ist.
Die Polizei besteht auch nur aus normalen Menschen; wenn sie angegriffen werden, wehren sie sich.
Wir brauchen Notstandsgesetze
- damit wir nicht von den Alliierten abhängig sind
- damit wir vorbereitet sind, wenn es mal losgeht
- jeder Staat hat solche Gesetze.

[15] FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Studentenvertretung
Allgemeiner Studentenausschuß

Berlinerinnen und Berliner!

Sie kennen uns durch die Berliner Presse, die weitgehend Axel Springer gehört und Sie nach unserer Meinung einseitig informiert. Sie sagt, wir sind nur Randalierer und Krakeeler, die sich auf Ihre Kosten und mit Ihrem Geld auf die Straße begeben, anstatt zu studieren.

Wir wissen, daß wir ein Privileg Ihnen gegenüber haben, weil wir studieren dürfen. Wir wissen auch, daß wir Ihnen gegenüber Verpflichtungen haben.

Wir fühlen uns aber nicht verpflichtet, einem Militärdiktator wie dem Schah von Persien zuzujubeln, der sein Volk in Hunger und Analphabetentum hält!

Sie haben genug Sorgen!
Deshalb sind wir dagegen, daß von Ihrem Geld die Diktatur in Persien finanziert wird.

Diese Gelder könnten Ihren gefährdeten Arbeitsplatz sichern. Sie könnten West-Berlin aus der Wirtschaftskrise helfen.

Was aber tun die Vertreter, die Sie gewählt haben?

Millionen Mark werden dem Schah in die Taschen gestopft, weitere Millionen werden rausgeworfen für den prunkhaften Staatsbesuch, für riesigen Polizeieinsatz, für entstehenden Arbeitsausfall.

Wer provoziert hier Straßenkämpfe?

Glauben Sie wirklich, daß wehrlose Studentinnen und Studenten ein Blutbad anrichten können? Ein Student wurde erschossen.

Warum wurde von Polizei und Presse die Falschmeldung herausgegeben, das Opfer Benno Ohnesorg sei durch Schädelbasisbruch gestorben? Warum wurde verschwiegen, daß er durch einen Pistolenschuß getötet wurde?

Warum nähten die Moabiter Mediziner den Schußkanal zu? Um bei der gerichtsmedizinischen Untersuchung einen Schädelbasisbruch vorzutäuschen?

Ulbrichts Bürokratenregime erschießt Menschen an der Mauer. Unterdrückt jetzt Albertz mit Hilfe der Polizei die ernsthafte politische Opposition gegen seine Politik durch Mord?

Die Zukunft West-Berlins kann weder durch ein stalinistisches Ulbricht-Regime noch durch Polizeiterror in West-Berlin gesichert werden.

Lassen Sie sich nicht weiter gegen die Studenten aufbringen!

Demokratie heißt für uns nicht Friedhofsruhe, sondern ein Leben ohne die Willkür der Presse, Bürokratie und Polizei

gez. Bernhard Wilhelmer
2. Vorsitzender des AStA der FU

[16]

AN DIE BERLINER ARBEITER! MAN WILL SIE VERSCHAUKELN!

Wie Sie wissen, befindet sich die Berliner Wirtschaft in einer Dauerkrise.
Tausende von Arbeitsplätzen werden nur noch aus politischen Gründen erhalten, um der Berliner Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen.
Tausende von Arbeitern können also jederzeit auf die Straße gesetzt werden.
Was blüht Ihnen, wenn Sie auf die Straße gehen müssen, um wie die Ruhrkumpel für sichere Arbeitsplätze zu demonstrieren?
Die Polizei übt seit langem die Zerschlagung aller Demonstrationen. Die Studenten sind für die Polizei nur ein kleiner Fisch, ein Versuchsobjekt für größere Aufgaben.

DER ERSCHOSSENE BENNO OHNESORG WAR DAS ERSTE OPFER!

Mit Arbeitern wird man noch brutaler verfahren, weil man vor ihnen mehr Angst hat. Geben Sie der Polizei eine deutliche Warnung, damit in absehbarer Zeit in Berlin nicht auch Arbeiter erschossen werden. Denken Sie immer daran, daß der Schah bereits dreihundert Millionen »Entwicklungshilfe« erhalten hat, die auch Sie mit erwirtschaftet haben. Wo sind die geblieben? Das Land hungert noch immer! Tausende persischer Arbeiter sitzen in Zuchthäusern.
Wieviel zukunftssichere Arbeitsplätze hätte man für dreihundert Millionen Mark z. B. in West-Berlin schaffen können?
Wir wollten Sie bitten, sich unseren Märschen anzuschließen, die wir aus Trauer veranstalten wollten. Aber selbst die Trauer ist uns verboten worden.
Verantwortlich:
Allgemeiner Studentenausschuß
der Freien Universität Berlin
1000 Berlin 33, Garystraße 20
gez. Bernhard Wilhelmer

[17]

Am Montag in den frühen Morgenstunden verteilten Studenten vor Berliner Betrieben einen Aufruf des ALLGEMEINEN STUDENTEN-AUSSCHUSSES (AStA) – Berlin, mit dem in unverantwortlicher Weise die Arbeiterschaft Berlins gegen die Polizei aufgehetzt wird.

Die Unverantwortlichkeit des AStA ist besonders darin zu sehen, daß er die Berliner Arbeiterschaft unter Anspielung auf die Berliner Wirtschaftssituation zu Demonstrationen auf die Straße locken will, obwohl die Wirtschaftslage Berlins in keinem Zusammenhang mit den Ereignissen steht.

Der Berliner DGB-Vorsitzende Walter Sickert wandte sich am Montagvormittag gegen die Verleumdung des AStA, der Berliner Polizei die Schuld für den Tod des Studenten Benno Ohnesorg zu geben. Die Schuld für das Todesopfer und für die Verletzten liegt nur bei den Personen, die die Demonstration in Szene gesetzt haben.

Der Berliner DGB-Vorsitzende bittet die Berliner Gewerkschafter, sich nicht vor den Karren einer anarchistischen studentischen Minderheit spannen zu lassen. Wenn die Berliner Verhältnisse es erfordern, wird der Vorstand des DGB Berlin in wohlüberlegter Weise Aktionen beschließen und der Arbeitnehmerschaft zur Durchführung empfehlen.

Walter Sickert erwartet vom Berliner Senat, daß er schnellstens alle erforderlichen Maßnahmen trifft, um Sicherheit und Ordnung in dieser Stadt zu garantieren.

DGB Berlin, Pressestelle
Stefan Hoyzer
Berlin, den 5. 6. 1967

[18]

Rede von Knut Nevermann auf der Trauerkundgebung der FU am 8. Juni

Wir trauern um unseren Kommilitonen Benno Ohnesorg. Wenn wir ihm heute die letzte Ehre erweisen wollen, wenn wir versuchen wollen, ihm und seinem Tod gerecht zu werden, müssen wir nach der Wahrheit fragen.

Wir können den Tod Benno Ohnesorgs nicht beklagen wie einen Schicksalsschlag, der nicht durch menschliches Handeln verschuldet wurde. Benno Ohnesorg wurde erschossen.

Das Problem dieser Stunde ist deshalb unsere innere Erfahrung, daß unsere tiefe menschliche Anteilnahme uns nicht richtungslos betroffen und traurig macht. Die Erschütterung über den Tod findet ihre Richtung in der Empörung über die Tat. Wir können uns nicht der Erkenntnis entziehen, daß menschliche Anteilnahme nicht unabhängig von gesellschaftlichem Zusammenleben gedacht werden kann, daß innere Betroffenheit fernab der politischen Wirklichkeit nicht möglich ist.

Wir haben erfahren, daß die Sphäre des Privaten unlöslich verflochten ist mit der Sphäre des Öffentlichen, des Politischen. Dadurch ist in unserem Bewußtsein Trauer um den Tod zugleich Anklage der Tat, menschliche Betroffenheit ein Politikum. Menschliche und also politische Betroffenheit über den Tod kann aber in der heutigen Zeit nicht dadurch eine Richtung erhalten, daß wir in überschnellen Gedankengängen und aufgrund verkürzter Analysen in unsere Handlungsformen und -inhalte das Motiv des Talionsgedankens, der Vergeltung, einfließen lassen. Diejenigen, die in unserem Bewußtsein unmittelbar den Grund gesetzt haben für unsere Trauer, die Beamten der Polizei, sind nicht weniger alleingelassen als wir, sind mehr als wir in Abhängigkeit und Unmündigkeit befangen. Unsere Trauer kann unsere Gedanken nur dahin wenden, daß wir verstehen, was geschehen ist und was geschehen sollte.

Benno Ohnesorg war einer von uns, war Student der Freien Universität. Studentischer Bürger dieser Universität zu sein, erweckt seit langem in der Öffentlichkeit Mißtrauen wenn

nicht offene Ablehnung. Die Unruhe, die von den Studenten dieser Stadt ausgeht, ist dem Gemeinwesen, dessen Mitglieder auch die Studenten sind, unbequem und lästig geworden. Die Fragen, die Studenten stellen, die Kritik, die sie an den Verhältnissen des Gemeinwesens üben, die Versuche, Stellung zu nehmen, zu handeln und zu wirken, sind Teil des politischen Geschehens in unserer Stadt.

Es ist keine kleine Zahl, die die Auseinandersetzung führt. Es sind in den letzten Jahren immer mehr geworden, die die Verflochtenheit von Universität und Gesellschaft, von individuellem und politischem Leben erkannt haben. Benno Ohnesorg war einer von den Kommilitonen, die interessiert an den Versammlungen und Diskussionen der Studentenschaft in der Universität anteilnahmen. Er gehört keiner politischen Hochschulgruppe an. Er nahm an den Versammlungen der Studentenschaft teil, ohne in die öffentlichen Diskussionen einzugreifen. Wie hunderte seiner Kommilitonen beobachtete er, hörte zu und bildete sich eine eigene Meinung.

Mit dem Bemühen, Kritik am Vorhandenen und Entwürfe der Veränderungen zu erarbeiten, zu diskutieren und der Öffentlichkeit zu unterbreiten, ist die Studentenschaft weitgehend allein gelassen worden. Die Antworten, auch die Antworten der Mehrheit unserer Lehrer, auf diese studentischen Versuche waren nicht nur Indifferenz, Desinteresse und Ausweichen; sie waren auch Vorurteil, Verketzerung, Gewalt und deren Billigung.

Unsere Klagen und kritischen Handlungen, die Vergeltung verwerfen, richten sich nicht an jene Mitglieder unseres Gemeinwesens, die selbst in Abhängigkeit und Unmündigkeit gehalten werden. Sie richten sich gegen jene, die die Abhängigkeiten verlängern, die Unmündigkeit bestimmen und ihre Mittel nur hierzu gebrauchen.

Wir haben die fast zufällige Chance, durch unser Bewußtsein, das wir in weniger Abhängigkeit und größerer Nähe zur Rationalität bilden können, diesen kritischen Beitrag zum Leben unserer Stadt zu leisten. Auch Demonstrationen, an denen wir Studenten uns beteiligen, müssen, ob man die zum Ausdruck gebrachte Meinung teilt oder nicht, als Meinungsäußerung der Abhängigen betrachtet werden, die sich kaum

anders an der öffentlichen Willensbildung der Gesellschaft beteiligen können.
Diese Beteiligung an der Meinungsbildung muß solange unantastbar sein, wie ein Staat die Freiheit der Meinung und Information als Grundrecht gewährleistet und sein Zustand als Demokratie bezeichnet werden kann.
Von diesem Recht auf Demonstration machte auch unser Kommilitone Benno Ohnesorg Gebrauch. Abgesehen von der bildungspolitischen Kundgebung vom 1. Juli 1965 hatte er vorher nie an einer Demonstration teilgenommen. Er befürchtete vielmehr stets, daß durch Drohung oder Gewalt der rationale Anlaß an Glaubwürdigkeit verlieren könnte. Benno Ohnesorg war ein Student, der sich bemühte, die wissenschaftliche Betätigung in seinem Fach mit einer verantwortungsbewußten politischen Orientierung zu verbinden. Deshalb war er ein guter Student. Fleiß und Erfolg wurden ihm in seinem Studium bestätigt; der Teilnahme am politischen Leben wich er nicht aus. Aufgrund der unmittelbar vorausgegangenen Beschäftigung mit den sozialen und politischen Zuständen in Persien entschloß er sich, seine Meinung und seinen Protest zu manifestieren. Er nahm an der Demonstration vor dem Rathaus Schöneberg und vor der Deutschen Oper teil. Wie viele von uns. In dem Bewußtsein, wie viele von uns, sich gegen Unrecht und für Menschlichkeit zu engagieren.
Er wurde getötet als einer von uns, die wir unsere Meinung äußern wollten. Es hätte jeden anderen von uns treffen können. Wir trauern um unseren Kommilitonen Benno Ohnesorg.
Wir stellen mit Erschütterung und Erbitterung fest, daß unsere Stadt durch diesen Tod eines Kommilitonen nicht aufgerüttelt wurde, sondern im Gegenteil die Angriffe auf die Studenten verschärfte.
Wir trauern um den Toten und beklagen den Zustand unseres Gemeinwesens. [. . .]
Benno Ohnesorg wollen wir nicht vergessen.

[19] NIEDERLAGE ODER ERFOLG DER PROTESTAKTION

ERKLÄRUNG DES SDS

DIE EREIGNISSE IN BERLIN HABEN ZUGLEICH MACHT UND OHNMACHT DER OPPOSITIONELLEN STUDENTENBEWEGUNG IN DER BUNDESREPUBLIK UND WESTBERLIN DEMONSTRIERT. SIE HABEN DIE OHNMACHT DER STUDENTEN GEZEIGT, WENN DIESEN DIE ORGANISIERTE GEWALT DES SYSTEMS GEGENÜBERTRITT. DIE POLITISCHE KRAFT DER STUDENTEN ENTSTAND UND FESTIGTE SICH ERST IN DER FORMULIERUNG DES PROTESTES GEGEN DAS AGGRESSIVE VORGEHEN DER BERLINER BEHÖRDEN.
DER PROTEST MUSS JEDOCH SO LANGE ERFOLGLOS BLEIBEN, ALS ES DEN POLITISCH ENGAGIERTEN STUDENTEN NICHT GELINGT, IN DER REFLEXION DER BEDINGUNGEN IHRER NIEDERLAGEN MIT IHRER KRITIK ÜBER DEN HOCHSCHULBEREICH HINAUSZUWEISEN.
DIESEM ZWECK SOLL DER VORLIEGENDE DISKUSSIONSBEITRAG DES SOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN STUDENTENBUNDES DIENEN.

I. DIE AUSEINANDERSETZUNGEN ZWISCHEN DEN STUDENTEN EINERSEITS UND DER UNIVERSITÄTS- UND STADTBÜROKRATIE WESTBERLINS ANDERERSEITS, SIND DAS ERGEBNIS DER VERSCHÄRFUNG DER STRUKTURELLEN KRISE DER UNIVERSITÄT, DER VERFESTIGUNG AUTORITÄRER POLITISCHER MACHTPOSITIONEN IN DER BRD UND WESTBERLIN UND INTERNATIONALER ERSCHÜTTERUNGEN.

Die Universitäten werden immer mehr zu Betrieben, die eine möglichst große Zahl wissenschaftlicher Funktionäre für die höhere Technokratie der spätkapitalistischen Leistungsgesellschaft auszustoßen haben. Dabei werden die Studien redu-

ziert auf das bloße Ansammeln von Fakten. Den Studenten wird jede Möglichkeit genommen, auf die Organisation ihres Arbeitsprozesses an der Hochschule Einfluß zu nehmen. Die Vertretung der Studenten in den verschiedenen Gremien der Freien Universität, die als Modell einer demokratischen Universität verstanden wurde, macht den Studenten in jedem Konfliktfall ihre Ohnmacht erneut und besonders deutlich. In der intellektuellen Ausbildung der Studenten, in ihrer Arbeitsweise und in ihrer Orientierung auf die formalen Prinzipien der politischen Demokratie und der Humanität liegen die ideellen Voraussetzungen dafür, daß ein beachtlicher Teil der Studenten permanent in Opposition gerät zu Erscheinungen wie dem Krieg der USA in Vietnam, dem Konflikt in Nahost, den Notstandsgesetzen in der BRD, der Unterstützung faschistischer Systeme durch die BRD etc. Ihr politisches Engagement bringt die Studenten in dem Maße in radikalen Widerspruch zur herrschenden Gesellschaftsordnung, in dem in dieser die Stimme der Kritik schwächer wird. Damit werden sie politisch und psychologisch zum Objekt von Aggressionen breiter Bevölkerungsgruppen. Dies wird dadurch noch erleichtert, daß Studenten wegen der äußeren Form des Studiums und ihrer späteren Stellung ohnehin als Privilegierte gelten, zumal intellektuelle Leistung und Ausbildung traditionell nicht als Arbeit verstanden werden.
Dieser latente sozialpsychologische Konflikt zwischen Bevölkerung und Studenten wurde durch die besonderen politischen Verhältnisse in Berlin verschärft und aktualisiert. [. . .] Brutal haben sich in Berlin nicht nur die Polizisten, aggressiv nicht nur jene Bürger verhalten, die verletzten Demonstranten jede Hilfeleistung verweigerten. Brutal und unmenschlich haben sich auch die verantwortlichen Politiker und Amtsträger verhalten, die am Schreibtisch noch einmal das Exempel vollzogen, das ihre Exekutivorgane gegen die oppositionellen Studenten statuierten, nachdem sie und ihre Presse schon jahrelang die wachsende Studentenopposition bekämpft und ihre Bewegungsfreiheit mit allen Mitteln beschränkt hatte. In Berlin ist tausendfach der Ruf erschollen: wenn die Studenten nicht ruhig sein wollen, dann werft sie über die Mauer. Sie sind zu den »Juden« des Antikommunismus gemacht worden.

II. DER AUF DIE STUDENTEN AUSGEÜBTE POLIZEILICHE UND PSYCHOLOGISCHE DRUCK DROHT ALLEN SOZIALEN UND POLITISCHEN GRUPPEN, DIE SICH NICHT WIDERSPRUCHSLOS DEN LEISTUNGSANSPRÜCHEN UND POLITISCHEN ZWÄNGEN DES KAPITALISTISCHEN SYSTEMS FÜGEN.

Das postfaschistische System in der BRD ist zu einem präfaschistischen geworden. [. . .]

Die Vorfälle in Berlin sind ein Exempel, wie eine mit Notstandsgesetzen ausgerüstete Staatsgewalt, dann sogar völlig legal, der Verschärfung der politischen und sozialen Konflikte begegnen könnte.

III. DIE PROTESTE DER STUDENTEN BLEIBEN OHNMÄCHTIG, SOWEIT ES IHNEN NICHT GELINGT, SICH GESAMTGESELLSCHAFTLICH RÜCKHALT ZU VERSCHAFFEN UND DER KAPITALISTISCHEN OLIGARCHIE IN ÖKONOMIE, ÖFFENTLICHKEIT UND STAATSAPPARAT SELBST MACHTPOSITIONEN STREITIG ZU MACHEN.

[. . .]

IV. DER SDS FORDERT DIE STUDENTEN ZUR SOLIDARITÄT MIT ALLEN AUF, DIE GEGEN DIE WIRTSCHAFTLICHEN, POLITISCHEN UND PSYCHOLOGISCHEN UNTERDRÜCKUNGS- UND AUSBEUTUNGSFORMEN DES KAPITALISMUS PROTESTIEREN UND KÄMPFEN.

[. . .]

Die studentische Opposition muß jedes Moment politischer und sozialer Widersprüche der gesamten Kraft ihrer Kritik unterwerfen, sie muß mithelfen, den Opfern der Repressionen ihre Lage zu erklären, und so auf die Befreiung des Bewußtseins hinwirken.

Die Brutalität der Herrschenden und der Verlauf der Protestaktion zeigen, daß nur präzise, wissenschaftlich belegte Aufklärung und systematische, auf Dauer gestellte politische Aktionen, die Kraft zu schaffen vermögen, die schließlich undemokratische und unmenschliche Herrschafts- und Besitzverhältnisse überwinden könnte. [. . .]

[20]

Kommandeur der berliner Polizei

Ss-Werner

1942

Einsatz leiter in Russland

Massenhinrichtungen

Einsatz leiter in Berlin

1967

Ermordung Ohnesorg's

Werner, Hans-Ulrich

vor 1945: August 1944 Erster Stabsoffizier beim SS- und Polizeiführer Oberitalien Mitte; verantwortlich für die Ausarbeitung der Operationen der Gendarmerie- und Polizeikommandos gegen die Zivilbevölkerung
nach 1945: Polizeioberrat; Stellvertretender Leiter des Polizeiinstituts Hiltrup; jetzt Kommandeur der Westberliner Schutzpolizei

Am 17. und 18. Februar 1968 tagt in der Technischen Universität Berlin der Internationale Vietnamkongreß, an den Delegationen aus der Bundesrepublik und dem westeuropäischen Ausland teilnehmen. In seiner Eröffnungsrede fordert der Bundesvorsitzende des SDS, Karl-Dietrich Wolff, ein gemeinsames Vorgehen der auf westeuropäischer Ebene gegen den »imperialistischen Krieg der USA« arbeitenden Gruppen.

In seinem (vom Berliner SDS vordiskutierten) Referat »Die geschichtlichen Bedingungen für den internationalen Emanzipationskampf« sagt Rudi Dutschke:

»In Vietnam werden auch wir tagtäglich zerschlagen, und das ist nicht ein Bild und ist keine Phrase. Wenn in Vietnam der US-Imperialismus überzeugend nachweisen kann, daß er befähigt ist, den revolutionären Volkskrieg erfolgreich zu zerschlagen, so beginnt erneut eine lange Periode autoritärer Weltherrschaft von Washington bis Wladiwostok. Wir haben eine historisch offene Möglichkeit. Es hängt primär von unserem Willen ab, wie diese Periode der Geschichte enden wird. ›Wenn sich dem Viet-Cong nicht ein amerikanischer, europäischer und asiatischer Cong zugesellt, wird die vietnamesische Revolution ebenso scheitern wie andere zuvor. Ein hierarchischer Funktionärsstaat wird die Früchte ernten, die er nicht gesät hat‹ (Partisan Nr. 1, Vietnam, die Dritte Welt und der Selbstbetrug der Linken, Berlin 1967). [. . .] Die wirkliche revolutionäre Solidarität mit der vietnamesischen Revolution besteht in der aktuellen Schwächung und prozessualen Umwälzung der Zentren des Imperialismus. Unsere bisherige Ineffektivität und Resignation lag mit in der Theorie. Die Revolutionierung der Revolutionäre ist so die entscheidende Voraussetzung für die Revolutionierung der Massen. Es lebe die Weltrevolution und die daraus entstehende freie Gesellschaft freier Individuen!«

Am 18. Februar findet die, vom Berliner Senat zunächst verbotene und am 17. Februar vom Verwaltungsgericht erlaubte, Abschlußdemonstration des Internationalen Vietnamkongresses statt, an der mehr als 15 000 Personen teilnehmen.

In den Tagen nach der Vietnamdemonstration entfaltet die Berliner Presse eine konzentrierte Diffamierungskampagne gegen die Außerparlamentarische Opposition. Am 21. Februar

1968 veröffentlichen alle Berliner Tageszeitungen einen Aufruf des Berliner Senats, des Abgeordnetenhauses, der im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien, des Berliner DGB und des Ringes Politischer Jugend zu einer Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus, die unter dem Motto steht: »Unsere Stadt steht für Freiheit und Frieden.«
Die etwa 80 000 Teilnehmer dieser Kundgebung führen Transparente mit sich, die Aufschriften tragen wie »Freiheit für die Zone«, »Gegen Krieg wo auch immer«, »Dutschke raus aus Westberlin«, »Tausche 10 Studenten gegen einen kleinen Flüchtling«, »Dutschke, Kunzelmann über die Mauer«, »Teufel in den Zoo«, »Für ein Verbot des SDS« usw.
Gegen Ende der Kundgebung kommt es zu schweren Zwischenfällen, als Kundgebungsteilnehmer jüngere Leute, die sich kritisch äußern, jagen und verprügeln. Ein Mann, den die Menge irrtümlich für Rudi Dutschke hält, wird unter Rufen wie »Lyncht ihn«, »hängt ihn auf« verfolgt und kann nur unter dem Schutz von etwa 100 Polizisten in Sicherheit gebracht werden.

[21]

Aufruf zur Internationalen Vietnamkonferenz Westberlin 17./18. Februar 1968

Der Kampf des vietnamesischen Volkes und die Globalstrategie des Imperialismus

Der Kampf des vietnamesischen Volkes ist grundlegend für die internationale Arbeiterbewegung. Eine entscheidende Konfrontation findet zwischen der internationalen Revolution und Gegenrevolution statt.

Verzweifelt versucht der Imperialismus zu beweisen, daß er in der Lage ist, jede revolutionäre Bewegung zu vernichten. Unterstützt wird er hierbei von seinen eigenen internationalen Organisationen, wie z. B. der aggressiven NATO.

Der Sieg des vietnamesischen Volkes wäre ein epochaler Beweis für die Unüberwindbarkeit des revolutionären Volkskrieges und des Sozialismus in der ganzen Welt. Die Aufgabe eines jeden Revolutionärs ist es, nicht um einen Kompromißfrieden mit dem Imperialismus auf Kosten der vietnamesi-

schen Revolution zu bitten, sondern auf der Grundlage des FNL-Programms mit aller Kraft für den Sieg der vietnamesischen Revolution zu arbeiten.

Der Imperialismus zielt darauf ab, mit seinen Aggressionen in Vietnam, Lateinamerika, Griechenland usw. die internationale Konstellation der Kräfte zu seinen Gunsten zu verändern. Er versucht, der Entwicklung der Weltrevolution ein Ende zu machen und die Errungenschaften der Arbeiterbewegung in Gefahr zu bringen. Die Aufgabe der revolutionären Jugendbewegung in der ganzen Welt ist es, den Imperialismus in seinen jeweils verschiedenen Erscheinungsformen, so auch den westdeutschen Imperialismus, an jedem Ort und mit allen Mitteln anzugreifen, um die internationale Konterrevolution zu schwächen. Kriterium dieses Kampfes muß das jeweils spezifische Bewußtsein der Massen in den verschiedenen Ländern sein.

Die amerikanische Aggression gegen Vietnam betrifft direkt die europäische Arbeiterklasse in ihrem Kampf für den Sozialismus. Deshalb darf Westeuropa nicht eine ruhige Zone für den Imperialismus werden, sondern muß von einem entschlossenen antikapitalistischen und antiimperialistischen Kampf bestimmt werden. Die europäische Arbeiterbewegung und die sozialistische Avantgarde der Jugend haben heute entscheidende Aufgaben, die eine internationale Bedeutung tragen.

Die aktuellen Ziele des Kampfes sind:

der Kampf gegen das atlantische Bündnis und die NATO;
die Intensivierung des Klassenkampfes, der sich vor allen Formen der Integration der Arbeiterbewegung hüten und sich das Problem der Eroberung der Macht stellen muß;
die Bekämpfung der sozialdemokratischen Ideologie, die dem Imperialismus in die Hände arbeitet und die Arbeiterbewegung gleichzuschalten beabsichtigt.

Alle Organisationen, die sich entschlossen haben, gegen den Imperialismus zu kämpfen, müssen eine Einheitsfront aufbauen, um den endgültigen Sieg der vietnamesischen

Revolution zu erreichen, müssen jeder sektiererischen Politik, die in letzter Konsequenz dem Imperialismus hilft, entschieden entgegentreten.

Deshalb hat sich der Sozialistische Deutsche Studentenbund entschlossen, am 17./18. Februar 1968 in Westberlin ein internationales Treffen und eine Demonstration zu organisieren. Er ruft alle Jugendorganisationen, die bereit sind, gegen den US-Imperialismus zu kämpfen, auf, an dem Treffen und an der Demonstration teilzunehmen.

3. Januar 1968

Sozialistischer Deutscher Studentenbund

[22] AN DIE TÜBINGER BÜRGER!

Sie hatten es eilig, Sie waren müde von der Arbeit, und wir, die Studenten, haben Sie eine halbe Stunde lang gewaltsam aufgehalten. Sie wollten Ihren Weg gehen, und wir sollten den unseren gehen. Aber in diese Gleichgültigkeit haben wir Ärger gebracht, den Sie für überflüssig halten. Jedoch eben diese Gleichgültigkeit ist es auch, die es einer Gruppe von Mächtigen erlaubt, einen solchen Krieg zu führen wie den in Vietnam. Sie meinten, dagegen könne man nichts machen. Sicher, wir können nicht mit einem Schlag verhindern, daß eine verbündete Nation, die USA, einen grauenhaften, ungerechten Krieg in Vietnam führen.

Verteidigt man in einem mörderischen Krieg, der ein ganzes Volk auszulöschen droht, die Freiheit?

Sie arbeiten den ganzen Tag, und wenn Sie nach Hause kommen, sind Sie zu müde, um noch viel und lange über Vietnam lesen zu können. Und ist es verwunderlich, daß Zeitungen, die im Privatbesitz weniger reicher Leute sind, verschweigen, daß andere reiche Konzernherren auch in der Bundesrepublik Chemikalien und Waffenteile für den Vietnamkrieg der USA herstellen? Die Konzernherren verdienen gut und verdecken gegenseitig ihre Geschäftemachereien. Gerade weil wir Studenten Zeit haben und weil wir wissen, daß wir auch auf Ihre Kosten leben, sind wir verpflichtet, Ihnen auch solche Dinge mitzuteilen, die kein Chef gerne

mitteilt. Die gleichen Herren haben schon einmal die Wahrheit ihrer Geschäfte wegen verschwiegen und uns in einen schmutzigen Krieg gestürzt.

DAS WOLLEN WIR VERHINDERN – DESHALB GEHT UNS VIETNAM AN!

Demokratie, Freiheit, Neutralität und friedliche Vereinigung ist nicht nur unser Ziel. Der Vietcong will das gleiche in seinem Land verwirklichen. Alles das wurde ihm einmal, 1954, versprochen. Aber die USA haben es verhindert und haben die Lüge von der kommunistischen Aggression und ihren Terror verbreitet. Wir wollen uns nicht belügen lassen, nicht schon wieder!

Wir Studenten wollten, daß Sie ärgerlich werden, als wir Sie behinderten, – ärgerlich allerdings nicht gegen uns, sondern gegen den Terror einer kleinen Gruppe von Mächtigen, den sie ihrer Geschäfte wegen über die Welt verbreiten. Wir wollten, daß Sie aufhorchen: den Anlaß Ihres Ärgers haben wir, aber den Grund Ihres Ärgers lieferten die Kriegsmacher; gegen diese sollten wir alle unseren Ärger und gemeinsamen Widerstand richten. Um dies klarzustellen, mußten wir erst die Gleichgültigkeit zwischen uns und Ihnen beseitigen.

Vergessen Sie Ihren Ärger nicht! Aber wenden Sie ihn nicht gegen uns, sondern gegen die Kriegsmacher, gegen die wir demonstrierten. Geben Sie nicht denen alle 4 Jahre Ihr Vertrauen, die gemeinsame Sache mit den Mächtigen der USA machen!

Wir wissen, daß der Vietcong für Demokratie, Freiheit und Selbstbestimmung kämpft, und wir wollen Ihnen das sagen, damit wir nicht selbst unser Recht auf Demokratie, Freiheit und Selbstbestimmung vergessen. Wir haben Ihre Ruhe gestört, weil sie in Gefahr ist, Ihnen überhaupt genommen zu werden! Deshalb:

ALLER WIDERSTAND GEGEN DIE MÄCHTIGEN UND KRIEGSMACHER!

SDS Tübingen
Verteilt am 9. Januar 1968

VIETNAM-KRIEG u. MÜNCHNER UNIVERSITÄT
– zwei Dinge, die nichts miteinander zu tun haben?
Erstmals seit den grauenhaften Giftgasangriffen des 1. Weltkrieges werden seit einigen Jahren wieder chem. (und erstmals auch biologische) Kampfstoffe im Krieg verwendet. Obwohl seit der Genfer Konvention von 1925 (der allerdings die USA wohlweislich nicht beigetreten sind) weltweit geächtet, werden in Vietnam von den USA seit 1961 Entlaubung und Erntevernichtungsmittel im größten Umfang eingesetzt – (Newsweek 27. 1. 61, New York Times 22. 1. 62). Laut den Erklärungen des Pentagons selbst (Science vom 20. 1. 67) hat sich die Aktion über mehr als 200 000 ha Urwald und über mehr als 60 000 ha bebaute Landstrecke erstreckt. Diese Pflanzenvernichtungsmittel entblättern und zerstören nicht nur die Kulturen, sondern rufen auch sehr ernsthafte Störungen bei Mensch und Tier hervor. Nach Meinung des amerikanischen Biologen Edsall von der Harvard Universität (Brief an Generalmajor Michael Davison, 1. 3. 66), sind die Wirkungen dieser Produkte bei Kindern, alten Leuten und Kranken viel stärker. Allein zwischen dem 13. Juni und 23. Juli 1964 wurden mehrere Dörfer Kambodschas in Grenznähe mit den »Entlaubungsmitteln« behandelt. Erfolg:
71 Tote – vor allem Kinder.
(Frankfurter Rundschau vom 23. 5. 1969)
Darüber hinaus werden seit Ende 1964 in Südvietnam giftige Kampfgase vom Typ CM und DM verwendet (CM = Chloracetophenon, DM = Diphenylaminochloroarsin, tödliche Konzentration von 30 mg pro m^3). Ob die Amerikaner biologische Kampfmittel einsetzen, läßt sich nicht mit letzter Sicherheit beweisen. Allerdings hat laut Frankfurter Rundschau vom 23. 5. 69 eine Firma in New England, die »Travelers Research Corporation« von Hartford (Connecticut), einen Vertrag mit dem Pentagon abgeschlossen, um die Verbreitung der Beulenpest in Südvietnam auf dem Luftwege zu ermöglichen. Der Vertrag sieht vor: die Massenproduktion von Mikroben der Beulenpest und der Tularämie. Unabhängig hiervon schreibt Robin Clarke in seinem Buch »Stumme

Waffen«: Vor kurzem ist die Pest auch in Vietnam aufgetreten. Zwischen dem 1. Jan. und dem 5. Aug. 1966 wurden 2002 Fälle gemeldet, von denen 116 tödlich verliefen. Ende 1966 gab es in 22 der 29 nördlich von Saigon gelegenen Provinzen Pestanfälle, während fünf Jahre vorher nur eine einzige Provinz betroffen war. Mehr als die Hälfte der für 1966 gemeldeten Pesttoten in der Welt entfällt auf Vietnam. Selbst Wissenschaftler zögern nicht, die Anwendung solcher Waffen zu empfehlen. So schreibt zum Beispiel Dr. Richard L. Kenyon, Direktor der Publikationsabteilung der American News vom 16. 8. 65: »Ohne uns hier auf die Polemik über die Wünschbarkeit einer aktiven Teilnahme der Vereinigten Staaten am Vietnamkrieg einzulassen, ist es dennoch angebracht, eine systematischere Verwendung von Chemikalien und bakteriologischen Mitteln im Guerillakrieg, der gegenwärtig in diesem Land stattfindet, zu befürworten.« Die amerikanische Regierung gibt für die Forschung zur Vorbereitung des chemischen und bakteriologischen Krieges jährlich mehr als 300 Millionen Dollars aus. [. . .]
Das Verteidigungsministerium der BRD (NATO-Partner der USA) gibt 1969 mehr als 1 Milliarde Mark für wissenschaftliche Forschung aus. Wohin fließt dieses Geld? Beispielsweise in die Kassen der Frauenhofergesellschaft. Und was geschieht dort damit? Der bis 1968 bei der Frauenhofergesellschaft beschäftigte und dann in die DDR übergesiedelte Mikrobiologe Dr. Ehrenfried Petras erklärte dazu: »Ich hatte den Auftrag, auf dem Gebiet mikrobiologischer Aerosole zu arbeiten und zugleich auf dem Gebiet der C-Kriegsführung, die ja in engem Zusammenhang mit der bakteriologischen Kriegsführung steht. Es wurde u. a. mit VX-Stoffen gearbeitet. Wir haben gesehen, wie Tiere, die nur einen Tropfen dieser Substanz auf die Haut appliziert bekamen, sofort tot umgefallen sind. Noch giftiger sind die Botulinus-Toxine, mit denen ich arbeiten sollte (Anm.: 5 g Botulinus-Toxin genügen zur tödlichen Vergiftung von 50 Millionen Menschen). In der BRD arbeiten außer dem Grafschafter Institut noch eine ganze Reihe weiterer Stellen an der ABC-Waffenforschung – Auftraggeber ist für alle das Bundesverteidigungsministerium.« Über dieselbe Frauenhofergesellschaft, in der leider

auch Professoren aus unserer Universität an leitender Stelle tätig waren oder sind (u. a. Maucher, Geographie, Schwab, Physikalische Chemie, Stieve, innere Medizin, Ulrich, spezielle Pathologie, Zenker, Chirurgie, Neumaier, Geologie, Balke, Chemiewirtschaft, gleichzeitig Präsident des Arbeitgeberverbandes), wird ein großer Teil der Forschungsaufträge an die Hochschulen vermittelt.
WIR KÖNNEN ABER NICHT ZULASSEN, DASS UNSERE UNIVERSITÄT DIE INTERESSEN DES US-KAPITALS UND DER US-KRIEGSVERBRECHER UNTERSTÜTZT. Wir müssen die verborgenen Finanzierungsquellen u. geheimen Aufträge aufdecken. STUDENTEN und ASSISTENTEN, die Ihr in den Instituten der naturwissenschaftlichen und medizinischen Fakultäten arbeitet, was wißt Ihr davon? Helft uns dabei unser Material zu vermehren, unterstützt unseren Kampf gegen die Verwendung unserer Arbeitskraft für die Kriegsführung der US-Kriegsverbrecher.
Kontaktadresse, AStA der Universität München, Leopoldstr. 15, Pol. Referat.
Verantwortlich: Basisgruppe Kriegsforschung
und Technologie
Alfred Schrempf, 8 München 23,
Leopoldstr. 15

[24]
Offener Brief an den Präsidenten
der Akademie der Wissenschaften

An den Präsidenten der Akademie der Wissenschaften, Herrn
Prof. Dr. Werner Hartke
X Berlin, Unter den Linden/DDR

Frankfurt am Main, den 22. 3. 66

Sehr geehrter Herr Präsident!
Ihr Schreiben an die Mitglieder der Deutschen Akademie der Wissenschaften, in dem Sie sich mit Herrn Professor Dr. Robert Havemann auseinandersetzen, veranlaßt uns, mit

einigen Fragen und einer Stellungnahme in dieser Sache an Sie heranzutreten.

Wir haben nach dem 11. Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu dem Vorgehen gegen einige sozialistische Wissenschaftler und Künstler, mit denen uns seit ihrem Auftreten in der Bundesrepublik freundschaftliche-politische Beziehungen verbinden, nicht öffentlich Stellung genommen. In Ihrem Schreiben an die Mitglieder der Akademie, das uns erst durch den Abdruck in der »Zeit« vom 18. 3. 66 bekannt wurde, führen Sie unter anderem auch gegen Professor Havemann an, er habe versucht, für Einladungen des SDS zu Vorträgen in der Bundesrepublik Ihre Zustimmung und damit die Reisegenehmigung des Ministeriums des Innern zu erhalten. Ja, Sie sprechen sogar von den einladenden Organisationen, also auch von uns, als von »Feinden der DDR«. Damit haben Sie nun diesen offenen Brief herausgefordert.

Gemeinsam mit den anderen progressiven Kräften in der Bundesrepublik hat der SDS seit langem, unter sehr schwierigen Bedingungen, eine Politik der Entspannung und des Ausgleichs zwischen der Bundesrepublik und der DDR betrieben und gefördert und immer wieder die Anerkennung der DDR gefordert. Wir haben unmißverständlich sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR erklärt, daß wir die tatsächlich sozialistischen Ansätze in der DDR begrüßen, obgleich wir entscheidende Schritte zur sozialistischen Demokratie nicht nur für möglich, sondern auch für dringend notwendig halten.

Wir fragen Sie nun: sind wir deshalb Feinde der DDR?

Es ist nicht unsere Sache, uns in die inneren Angelegenheiten der DDR einzumischen. Die sozialistische Demokratie kann nicht von außen, sondern nur durch die praktische, kritische Diskussion und Auseinandersetzung innerhalb der DDR erreicht werden.

Wir können aber selbst beurteilen, welche Wirkung das Auftreten lebendiger sozialistischer Intellektueller der DDR in der Bundesrepublik hat. Es sind nicht wenige Angehörige Ihrer Akademie und des wissenschaftlichen und literarischen Lebens der DDR, die wir in den letzten Jahren zu Vorträgen

und als Diskussionspartner eingeladen haben, und das hat nicht wenig zum Abbau des Antikommunismus beigetragen. Oft waren wir mit den Positionen nicht einverstanden, die von unseren Gästen vertreten wurden. So sind wir auch mit einigen der Auffassungen durchaus nicht einverstanden, wie Sie Professor Havemann z. B. in dem von Ihnen erwähnten Artikel im »Spiegel« geäußert hat. (. . .)
Das hindert uns aber durchaus nicht daran, gerade in ihm einen Wissenschaftler zu sehen, für den die marxistische Theorie eine lebendige, revolutionäre Wissenschaft ist, mit dessen Anschauungen zu diskutieren sich jedenfalls lohnt. Wahrscheinlich wäre ein großer Teil unserer Mitglieder mit den einzelnen philosophischen Thesen Herrn Havemanns keineswegs einverstanden. Deshalb wollen wir ja gerade mit ihm diskutieren. (. . .)
Mittlerweile ist aber kulminierend im »Fall Havemann« die Art und Weise, wie einige sozialistische Künstler und Intellektuelle gegenwärtig in der DDR behandelt werden, zu einer schweren Behinderung unserer politischen Arbeit in der Bundesrepublik geworden. In einer Phase, in der wir in einem besonders harten Kampf gegen die sich verstärkenden autoritären und restaurativen Kräfte in der Bundesrepublik stehen, in der wir gegen die mit den Notstandsgesetzen beabsichtigten Kriegsvorbereitungen kämpfen, bedeutet es direkt eine Schwächung unserer Position, wenn man sozialistischen Wissenschaftlern auf Grund politischer Differenzen die materielle Existenz nimmt und ohne die Möglichkeit offener Diskussion und Gegenrede aus der Akademie ausschließt.
Wir bitten Sie daher, Herrn Professor Havemann ausreichend Gelegenheit zu geben, sich zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen zu äußern und keine Maßnahmen zu treffen, denen nicht eine so vorbereitete, sachliche Diskussion vorangegangen ist.
In der Hoffnung auf Ihre Antwort verbleiben wir

mit vorzüglicher Hochachtung
Helmut Schauer
(Bundesvorsitzender)

[25]

AN DIE ZENTRALKOMITEES DER PARTEIEN DER INTERVENIERENDEN STAATEN:

Der Einmarsch der Truppen von 5 Staaten des Warschauer Pakts in die Sozialistische Tschechoslowakische Republik zeigt mit erdrückender Offenheit, wie diese Staaten den proletarischen Internationalismus verstehen. Weder der Vernichtungskrieg der US-amerikanischen Imperialisten gegen die revolutionäre Bewegung in Südvietnam, noch die Terrorangriffe der US-Luftwaffe gegen das sozialistische Nordvietnam haben es vermocht, die Streitkräfte des Warschauer Pakts in Marsch zu setzen oder auch nur eine Interventionsdrohung hervorzurufen.

Dagegen haben fadenscheinige Gründe gereicht, um in die CSSR einzumarschieren. Nicht einmal nach den offiziellen Erklärungen der intervenierenden Staaten drohte ein Rechts-Putsch in der CSSR, der allein ein militärisches Vorgehen gerechtfertigt hätte.

Nach dem Bruch mit dem stalinistischen Novotny-Regime ist die Enwicklung in der CSSR mit ihren bürgerlichen Erscheinungsformen nur als Reaktion auf die bürokratische Erstarrung in allen gesellschaftlichen Bereichen wie auch in der Partei selbst, zu begreifen. (. . .)

Mit der Intervention haben die fünf intervenierenden Staaten, gestützt auf die mögliche Gefahr eines friedlichen Rückfalls in den Kapitalismus, alle Chancen für eine wirklich kommunistische Entwicklung abgeschnitten.

Die militärische Intervention hat den Kräften des proletarischen Internationalismus erneut gezeigt, wie notwendig ihr Kampf gegen jede Form bürokratischer Herrschaft in den verschiedenen Gesellschaftssystemen ist.

ES LEBE DIE SOZIALISTISCHE WELTREVOLUTION!!!

Berlin, 2. Aug. 68

AStA FU AStA TU
AStA KIHO SHB
RC SDS
DIE FALKEN

14.00 Uhr Teach-in AUDIMAX TU

17.00 UHR Demonstration von der TU zur Tschechischen Militärmission über Olivaer Platz

Berliner Ausgabe **81. Jahrgang**

CHRISTLICH-DEMOKRATISCHER

BEOBACHTER

Nr.5 | **Parteitagsmeldungen für die Reichshauptstadt** | 4.11.1968

DIE CDU

UND DAS TOTSICHERE GESCHÄFT

Von allen Geschäften ist das mit dem Tod das beste. Das Geschäft mit dem Tod ist das Geschäft mit Waffen. Waffen sind kompliziert und teuer. Wenn es einen Krieg gibt, werden nicht nur Soldaten, Frauen und Kinder zerschossen und verbrannt sondern auch Panzer, Flugzeuge, Kanonen. Das ist sehr wichtig für Geschäftsleute. Für die zerschossenen und verbrannten Menschen interessieren sie sich nicht. An denen können sie nichts verdienen. Aber wichtig ist es, daß Waffen zerstört werden. Denn die müssen ersetzt werden, und das bedeutet ein neues Geschäft. Zum Glück gibt es immer wieder Kriege, an denen man gut verdienen kann. Zum Beispiel in Vietnam, am Suezkanal, in Biafra...

Doch selbst ohne Krieg ist das Geschäft mit Waffen totsicher. Denn spätestens nach zehn Jahren sind moderne Waffen so veraltet, daß sie durch neue ersetzt werden müssen. Wieder ein gutes Geschäft!

Das weiß auch die Bundesregierung. Denn ständig muß sie neue Waffen kaufen. Muß die veralteten gegen moderne auswechseln. Muß die neuesten Phantom-Düsenjäger kaufen. Oder für die über 90 abgestürzten Starfighter neue Starfighter einkaufen. Die alten Waffen werden weiter verschachert. Denn diese Waffen sind noch gut genug, daß damit portugiesische Soldaten die Neger in Angola umbringen, daß Inder und Pakistani damit aufeinander schießen...

Die CDU hat ihren Teil daran!

Zum Beispiel in Griechenland.

Anfang vorigen Jahres gab es in Griechenland einen Militärputsch. Eine Gruppe von Generälen errichtete ein faschistisches Regime. Die demokratischen Politiker wurden vertrieben, Tausende von Menschen verschwanden im KZ, wurden gefoltert, umgebracht. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

Das ist eine sehr peinliche Angelegenheit. Peinlich deswegen, weil Griechenland zur NATO gehört. Das Verteidigungsbündnis der NATO, so wird gesagt, diene dazu, die Freiheit der westlichen Welt zu verteidigen. Aber in Griechenland gibt es keine Freiheit. Auch nicht in Portugal, Spanien...

Peinlich, sehr peinlich!

Deswegen wurde bald CDU-Blumenfeld nach Griechenland geschickt. Der kam zurück und erzählte, daß die Machthaber in Athen keine Faschisten seien sondern Männer "mit ehrlichen, patriotischen Absichten". Und die Gefangenen in den Konzentrationslagern seien alles "hartgesottene Kommunisten", und sie sähen gut ernährt aus.

Das brachte man groß in allen Zeitungen, um die Deutschen und alle Welt zu beruhigen. "Seht ihr," erklärte uns die CDU scheinheilig, "in Griechenland ist es nicht so schlimm. Und weil die Generäle gegen die Kommunisten sind, müssen wir sie doch unterstützen." Darum wurde gleich Militärmaterial (sogenanntes leichtes Gerät, also Maschinengewehre usw.) nach Griechenland geliefert.

Aber die Generäle sind nicht nur gegen Kommunisten. Sie sind gegen alle aufrechten Griechen, die Freiheit und Gerechtigkeit in ihrem Land wollen. Gegen das ganze grie-

chische Volk, das sie mit allen Mitteln unterdrücken! Auch mit den Waffen, die den Generälen von der Bundesrepublik geliefert werden. Maschinengewehre sind ja sehr nützlich, einen Volksaufstand niederzuschlagen.

Doch erst nach Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen kam man mit dem Militärregime wieder richtig ins Geschäft. Die Bundesmarine lieferte fünf Schnellboote an Griechenland. Die sind wichtig in einem Land, das so viele Inseln und Fischerboote hat.

Dann setzte die CDU ihre Abgeordneten Marx und Wörner in Marsch. Sie machten beruhigende Sprüche, als sie zurückkamen: Freundschaftliche Zusammenarbeit mit der griechischen Regierung! Nur kein Druck oder Boykott! Man dürfe den Handel doch nicht schädigen!

Der Einsatz der CDU für die Diktatoren war bewundernswert. CDU-Kopf forderte im Bundestag, Griechenland im Rahmen der NATO weiter mit Waffen zu versorgen. Die CDU-Abgeordneten Toussaint, Stecker und Huys ließen sich mit ihren Frauen nach Griechenland einladen. Man dürfe, erklärten sie danach, nicht alle Sympathie für die griechische Regierung der NPD überlassen. Das Wichtigste sei ein "stabiles" Griechenland. Hauptsache, die griechische Regierung unterstütze die deutsche Wiedervereinigung. Egal, was das für eine Regierung sei.

Das gute Geschäft ließ nicht lange auf sich warten. Deutschland baute vier große U-Boote für Griechenland. Deutschland darf aber keine großen U-Boote bauen. Aber der Bau von U-Bootteilen ist nicht verboten. Also U-Boote in Scheiben! So einfach ist das! Und die CDU machte sich stark für dieses schlitzohrige Geschäft.

Die englische Regierung dagegen nahm kein Blatt vor den Mund. Sie nannte die Vorgänge in Griechenland, was sie sind: Bestialitäten! Da waren die Generäle in Athen sauer und entzogen der englischen Wirtschaft ihre Aufträge. Aber die deutschen Unternehmer wurden für ihre brave CDU belohnt. Sie bekamen schöne Aufträge. Der deutsche Botschafter hatte den Generälen ja auch gesagt: "Die deutsche Industrie ist in der Lage und bereit, allen Wünschen Athens zu entsprechen."

So wird das Geschäft nicht behindert, am wenigsten das dickste Geschäft, das Geschäft mit Waffen. Dabei ist es egal, ob sich diese Waffen gegen ein Volk richten. Mit dem Volk ist es sowieso eine unsichere Sache. Denn einem Volk könnte es plötzlich einfallen, alle Großverdiener, Geschäftemacher und Ausbeuter zum Teufel zu jagen. Ein Volk will keine Waffen, es will Wohnungen, Krankenhäuser, Kindergärten, Schulen...

Die Geschäftemacher und ihre Partei, die CDU haben mit dem Volk nichts Gutes im Sinn. Und wenn ein Volk plötzlich einen eigenen Willen zeigt, bekommt das Volk eins aufs Dach.

Dazu die CDU-Notstandsgesetze!

Dazu CDU-Waffen nach Griechenland!

Dazu CDU-Waffen überallhin!

ÜBERALLHIN,
wo Krieg ist,
wo Generäle ein Volk unterdrücken,
wo Armeen die Menschen ausrotten!

Auch nach Portugal!
60 Düsenjäger gegen die Neger in den portugiesischen Kolonien!

Auch nach Pakistan!
90 Düsenjäger gegen Indien! Wegen des guten Aussehens auf dem Umweg über Persien. Und Panzerabwehrraketen!

Auch nach Indien!
28 Düsenflugzeuge gegen Pakistan! Wegen des guten Aussehens auf dem Umweg über Italien. Zum Ausgleich und zur Verlängerung des Krieges!

Auch nach Persien!
Für die kaiserliche Waffenkammer Handwaffen und Maschine zu ihrer Herstellung (Wert 45 Millionen Mark) zur wirkungsvollen Unterdrückung des persischen Volkes!

Auch nach Venezuela!
74 Düsenjäger für die Generäle und Ölbosse, damit die aufsässigen Indios nicht zu aufsässig werden!

Auch nach Vietnam!
Automatische Waffen und Munition (Wert 50 Millionen Mark) und viele Tausend Bomben zur Befriedung Vietnams durch Ausrottung aller Vietnamesen!

Auch nach...nach...

DIE CDU IST EINE GEFAHR FÜR DIE MENSCHHEIT! SIE SOLL SICH AUFLÖSEN, BEVOR DIE UNO ETWAS GEGEN SIE UNTERNIMMT. ODER DIE BEDROHTEN MENSCHEN SELBST!

==========

Heute! 10^{00}: Feierliche Eröffnung des Reichsparteitages der CDU in der Kongreßhalle.
20^{00}: Teach-in im TU-Audimax zum CDU-Parteitag.

==========

ad-hoc-Gruppe CDU, B 15, Wielandstr,27

»BLUTIGE GEWALT HAT DIE STUDENTEN GETROFFEN« DAS ATTENTAT AUF RUDI DUTSCHKE

Frage: Sagen Sie, Rudi Dutschke, fühlen Sie sich eigentlich bedroht?
Dutschke: Na, die Bedrohung ist nicht in der Stadt, die liegt international. Aber ich fühle mich persönlich überhaupt nicht bedroht. [. . .]
Frage: Ja, und haben Sie nicht manchmal Angst, daß Ihnen einer übern Kopf schlägt?
Dutschke: Nicht Angst. Das kann passieren, aber Freunde passen mit auf. Normalerweise fahre ich nicht allein 'rum. Es kann natürlich irgend 'n Neurotiker oder Wahnsinniger mal 'ne Kurzschlußhandlung durchführen.[1)]

Die schon lange andauernde allgemeine Pogromhetze gegen APO-Anhänger (insbesondere gegen Studenten) verschärft und personalisiert sich während des Internationalen Vietnam-Kongresses in Berlin auf Rudi Dutschke (siehe S. 113).
Am 11. April, Gründonnerstag 1968, gibt Rudi Dutschke dem Chefredakteur des »Stern tv« ein Interview.
Wenige Stunden darauf schießt der 23jährige Hilfsarbeiter Josef Bachmann mit einem Trommelrevolver dreimal auf Rudi Dutschke. Passanten legen den lebensgefährlich Verletzten auf eine Bank. Der Attentäter flüchtet in einen nahegelegenen Neubau und wird in einem Feuergefecht mit der Polizei selbst schwer verletzt. Wenig später verteilt der SDS ein Flugblatt [Dok. 1].
Am Abend treffen sich etwa 2500 Anhänger der APO im Auditorium Maximum der Technischen Universität. Sprecher verschiedenster Gruppen sehen in der Hetze des Springer-Konzerns und der Politik des Senats die wesentlichen Ursachen für den Mordanschlag. Mit großer Mehrheit wird beschlossen, zum Springer-Hochhaus zu ziehen. Dort rufen die Demonstranten in Sprechchören »Rudi Dutschke« und »Springer Mörder!«, Steine fliegen ins Glasportal. Die Auseinandersetzungen zwischen Protestierenden und Polizei weitet sich aus zur Straßenschlacht. Auslieferungsfahrzeuge des Springer-Konzerns werden umgekippt und angezündet.
Zur gleichen Zeit wird Rudi Dutschke im Westend-Krankenhaus operiert – nach fünf Stunden sind zwei Geschosse aus Kopf und Hals entfernt.
Vertreter aller Parteien und Repräsentanten des öffentlichen Lebens sprechen in Telegrammen an Gretchen Dutschke ihr Bedauern und Entsetzen über den Anschlag aus und wünschen ihrem Mann baldige Genesung.
Am nächsten Tag, Karfreitag, kommt es zu weiteren Demonstrationen, Aktionen und Auseinandersetzungen in West-Berlin. Unter den Strahlen von Wasserwerfern verliest Dr. Ekkehart Krippendorff, ehemaliger FU-Assistent, vor dem Schöneberger Rathaus vier Forderungen an Senat und Abgeordnetenhaus, die am Nachmittag von allen Gruppen der APO beschlossen worden waren [Dok. 2].
Am Abend, nach einer Veranstaltung in der Technischen Uni-

versität, fahren die 2000 Teilnehmer nach Kreuzberg, um durch Blockade der Zufahrtstraßen zum Springer-Hochhaus die Auslieferung der Zeitungen zu verhindern. Barrikaden werden errichtet. Mit Schlagstöcken räumt die Polizei das ganze Gebiet. Das Ziel der Demonstranten wird nicht erreicht: Nur ein Auslieferungsfahrzeug kann gestoppt und der Inhalt auf der Straße verstreut werden.

Auch in zahlreichen bundesdeutschen Städten versuchen Demonstranten, die Auslieferung von Springer-Zeitungen zu blokkieren. In Hamburg, Essen, Köln, Frankfurt, Eßlingen und München kommt es dabei zu schweren Auseinandersetzungen. In vielen weiteren Städten der Bundesrepublik und den Metropolen Westeuropas gibt es Proteste gegen den Anschlag auf Rudi Dutschke.

Am 13. April folgen weitere Flugblattaktionen [Dok. 3, 4], Erklärungen von Professoren, Schriftstellern und anderen Personen des öffentlichen Lebens werden abgegeben. Adorno, Böll u. a., auch Golo Mann, stellen fest, daß »zum zweitenmal innerhalb eines Jahres blutige Gewalt die Studenten getroffen« habe.

> »So isoliert die Hintergründe des Mordanschlags (. . .) auch scheinen mögen, sie enthüllen den Zustand unserer Gesellschaft. Angst und mangelnde Bereitschaft, die Argumente der studentischen Opposition ernst zu nehmen, haben ein Klima geschaffen, in dem die gezielte Diffamierung einer Minderheit zur Gewalttätigkeit gegen sie aufreizen muß.«

Sie fordern, »endlich in die öffentliche Diskussion über den Springer-Konzern, (. . .) seine Praktiken der publizistischen Manipulation einzutreten« und sprechen sich für gewaltfreie Aktionen aus.

Auch Bundeskanzler Kiesinger (CDU) verurteilt, in der »Tagesschau« des 1. Deutschen Fernsehens, den Anschlag, warnt aber vor allem vor (weiterer) *studentischer* Gewalt.

Rudi Dutschke ist inzwischen außer Lebensgefahr. Die gewaltsamen Zusammenstöße zwischen Demonstranten und Polizisten dauern in einigen Städten der BRD an. Am Ostermontag gibt es in München dabei Schwerverletzte. Zwei von ihnen, der Pressefotograf Klaus Frings und der Student Rüdiger Schreck, sterben zwei Tage später.

In der APO der Bundesrepublik, besonders aber in West-Berlin, wird nun erneut, konkreter als in den Jahren vorher, über Gewalt und Gegengewalt diskutiert und gestritten [Dok. 5–6]. (Siehe auch unter »Justizkampagne«, S. 177 ff. und »Brüche«, S. 197 ff.)
Josef Bachmann entschuldigt sich Ende 1968, nachdem Rudi Dutschke ihm – aus dem Ausland – ins Gefängnis geschrieben hat, für seine Tat. 1970 begeht er Selbstmord. Rudi Dutschke töten die Kugeln von Ostern 68 am Heiligen Abend 1979 doch noch.

[1]

SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS

FREUNDE UND GENOSSEN!

Heute nachmittag wurde der Genosse Rudi Dutschke durch den Anschlag eines aufgehetzten Jugendlichen mit drei Pistolenschüssen lebensgefährlich verletzt. Die Schüsse trafen Gehirn, Brust und Hals.
Ungeachtet der Frage, ob Rudi das Opfer einer politischen Verschwörung wurde: Man kann jetzt schon sagen, daß dieses Verbrechen nur die Konsequenz der systematischen Hetze ist, welche Springerkonzern und Senat in zunehmendem Maße gegen die demokratischen Kräfte in dieser Stadt betrieben haben.
Wir rufen die außerparlamentarische Opposition auf, heute abend um 20.00 Uhr in das Auditorium Maximum der Technischen Universität zu kommen.

Morgen um 15.00 Uhr Demonstration am Lehniner Platz!
HEUTE ABEND 20.00 Uhr AUDI-MAX T.U.

SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS

[2] Ausgehend davon,
daß der Mordanschlag auf Rudi Dutschke nicht die Wahnsinnstat eines einzelnen ist,
daß die Springerpresse mit ihrer systematischen Hetze gegen die linke Opposition erst das Klima geschaffen hat, in dem ein einzelner diese Tat planen und durchführen konnte,
daß die übrigen Tageszeitungen Westberlins, die Rundfunk- und Fernsehanstalten durch ihre Falschmeldungen nicht nur über die außerparlamentarische Bewegung und deren Ziele, sondern auch über andere politische Probleme die Hetzkampagnen der Springerpresse möglich gemacht haben,
daß der Westberliner Senat, das Abgeordnetenhaus, die Westberliner Partei- und Gewerkschaftsspitzen durch ihre Lügen die Wirtschaftsmisere dieser Stadt zu verschleiern suchen und sich zu Handlangern der Manipulationszentren machen,
fordern wir:
1. Rücktritt des Senats und Bildung eines neuen Senats, der mit uns zusammen erste Schritte unternimmt, in Westberlin demokratische Verhältnisse zu schaffen.
2. Unverzügliche Enteignung Springers und Schaffung eines Rates aus Arbeitern, Angestellten, Studenten und Schülern, der Pläne dafür ausarbeitet, wie die Produktionsmittel dieses Konzerns in den Dienst einer demokratischen Öffentlichkeit gestellt werden können.
3. Dieser Rat hat ebenfalls Pläne zur Demokratisierung der Rundfunkanstalten zu erarbeiten. Für den RIAS fordern wir die sofortige Ablösung der amerikanischen Kontrolle durch ein gewähltes und jederzeit abwählbares Kontrollorgan; in den SFB sind sofort Vertreter der außerparlamentarischen Opposition in die Aufsichtsgremien hineinzuwählen. (. . .)
4. Für die Zeit bis zum 1. Mai fordern wir täglich eine Stunde Sendezeit, um mit der arbeitenden Bevölkerung dieser Stadt über die wirtschaftliche und politische Lage Westberlins und Möglichkeiten ihrer Veränderung diskutieren zu können. Damit soll gewährleistet werden, daß die Bevölkerung entscheiden kann, ob ihre Teilnahme in der sogenannten Freiheitskundgebung auf dem Platz der Republik oder an einer sozialistischen Maidemonstration ihren wahren Interessen entspricht. Westberlin, den 12. April 1968

Mordanschlag auf Rudi Dutschke.
Springer hat mitgeschossen. Der Senat hat mitgeschossen.
Und die Theater haben mitgeschossen.
Begreift! Ihr bestimmt nicht über die Theater, die Kinos, die Museen.
Nicht Ihr, sondern die Bosse. (. . .)
Warum geht Ihr in die Theater, in die Kinos, in die Museen?
Weil Ihr die Befehlsempfänger seid, die diese Bosse aus Euch gemacht haben!
Begreift! Unsere Kulturstätten gehören nicht uns!
Was soll uns das Geschwätz von der Freiheit in der Kunst?
8 Stunden täglich behandeln sie uns als Arbeitstiere, die Profit für sie machen.
8 Stunden täglich lassen sie uns arbeiten in Betrieben, die nicht uns gehören.
8 Stunden täglich schaffen wir die Werte, die sie sich aneignen.
Und abends torkeln wir zusammen mit unseren Chefs ins Reich der Freiheit. Abends lassen sie uns als Menschen auferstehen, damit sie uns am nächsten Morgen wieder als Arbeitstiere behandeln können. (. . .)
Und Ihr sitzt immer noch hier und klatscht Beifall. Und Ihr laßt Euch morgen wieder von Springer aufhetzen gegen die, die endlich gegen diese Bosse revoltieren. Und Ihr macht Euch morgen, wenn Ihr seine Zeitungen lest anstatt sie zu zerreißen, wieder zu Mittätern Josef Bachmanns, dem Attentäter Rudi Dutschkes.
Steht auf und wehrt Euch endlich gegen Polizeiterror und Springerhetze!
Heute nachmittag in der Meinekestraße lieferte die Polizei den oppositionellen Studenten eine Kesselschlacht. Während die Polizei Tanzmusik aufspielte, wurden 500 Demonstranten verhaftet. Wenn Ihr Euch nicht wehrt gegen die Kesseltreiber, gehört Ihr selbst zu den Kesseltreibern!
Kommt raus aus den Theatern! Kommt mit uns auf die Straßen! Helft uns den Kessel sprengen, in dem wir alle sitzen!

[4][2]

Schütz:

"GEGEN DIE FÜHRUNG DIESER STADT WIRD MIT GEWALT VORGEGANGEN."

Wer übt hier Gewalt aus?

Wurde Kurras von Ohnesorg erschossen?

Hat Dutschke auf einen politischen Gegner geschossen?

Gibt es studentische Greiftrupps?

Werden Berliner Bürger von Demonstranten verprügelt?

Wir setzen uns gegen die brutalen Methoden der Polizei zur Wehr, notfalls auch mit Gewalt.

Wir wollen keine Straßenschlachten, aber die Polizei knüppelt rücksichtslos.

Wir wollen keine Wasserwerfer auf dem Ku-Damm, aber die Polizei benutzt legale Demonstrationen als Übung für den Notstandsfall.

Gewalt geht von der Führung dieser Stadt aus - nicht von uns.

Aktionskomitee der Schüler, Studenten und Arbeiter in der TU

[5] GEWALT
19. April 1968

Die Diskussionen der letzten Tage über die Aktionen der außerparlamentarischen Opposition – als deren Teile sich die AStA der TU und der FU verstehen – drehen sich in der Hauptsache um die Frage: Ist Gewaltanwendung unter Umständen legitim?
Bevor diese Frage beantwortet wird, muß erst einmal klargestellt werden, daß die außerparlamentarische Opposition unter Gewalt immer nur Gewalt gegen Sachen versteht. Gewalt gegen Personen lehnen wir ab, das heißt, wir werden gegen Personen nur im Falle von direkter Notwehr bzw. Nothilfe nach der legalistischen Definition Gewalt anwenden.
Die Gewalt gegen Sachen, seit den Osterfeiertagen von uns als Mittel angewandt und bejaht, ist das Ergebnis eines Erkenntnisvorganges, der diesen Weg als einzig möglichen zur Artikulation offen läßt.
Die außerparlamentarische Opposition versucht seit langer Zeit, in diesem Staat eine Möglichkeit zu gewinnen, ihre Vorstellungen von Ideen zu artikulieren. Seit ihrem Bestehen wird ihr diese Möglichkeit vorenthalten. Wir haben erkannt, daß die Artikulation einer Meinung in diesem System einen technischen Apparat benötigt, der nur von durch Besitz von Kapital Privilegierten beschafft und unterhalten werden kann. Wir haben erkannt, daß diese Demokratie nur dann funktionieren könnte, wenn diejenigen, die das Kapital in Händen haben, aus allen gesellschaftlichen Gruppen kämen. Da dies per definitionem in einem kapitalistischen System nicht möglich ist, ergibt sich, daß dieses System nur Meinungsäußerungen derer zuläßt, die seine Nutznießer sind, und daß die lohnabhängigen Massen benachteiligt und manipuliert werden.
Exponent und Träger dieser Manipulation ist bei uns in der Hauptsache der Springer-Konzern. Die Interessen dieses Konzerns sind identisch mit den Interessen der Herrschenden – eine Tatsache, für die in den vergangenen Tagen der Beweis geliefert wurde: Regierende und Springer-Konzern zeigten sich plötzlich offen als geschlossener Block, der nicht bereit

war, auch nur Teile unserer Forderungen zu diskutieren. Springer und Bonn kritisieren den »zu weichen« Polizeieinsatz, ihr einziger Beitrag zu dieser politischen Auseinandersetzung um politische Forderungen ist der Einsatz von Knüppel und Wasserwerfer.
Wir behaupten seit langem: Die Willensbildung in diesem Staat funktioniert nicht demokratisch, sondern autoritär. Die Wurzeln dieses Staates, die wir angreifen, zeigen sich dort, wo unser einziges übriggebliebenes Aktionsfeld ist: Auf den Straßen, wo wir aus Autos gezerrt und zusammengeschlagen werden, in den Polizeigefängnissen, wo wir mißhandelt werden, vor den Gerichten, die das Kampfmittel der Herrschenden geblieben sind. Diese Wurzeln bloßzulegen, der Bevölkerung zu zeigen, was geschehen wird, wenn die Lohnabhängigen Mitbestimmung in den Betrieben fordern und Arbeiter um ihren Arbeitsplatz kämpfen müssen: Das ist der Sinn unserer Aktionen.
Wir sind uns darüber im klaren, daß die gegen uns gebrauchte Gewalt stärker ist als wir. Wir wissen, daß brennende Auslieferungswagen und eingeworfene Fensterscheiben bei Springer nicht verhindern können, daß diese Zeitungen weiter verbreitet werden.

Unsere Gewalt gegen Sachen, die die Mittel von Springers Hetze und die Mittel der Polizei sind, ist Gegengewalt gegen die Unterdrückung, der alle ausgesetzt sind, und die sich gegen uns auf der Straße nur manifestiert. Die Unterdrükkung selbst findet statt in den Redaktionen und Kanzleien und betrifft nicht nur uns.

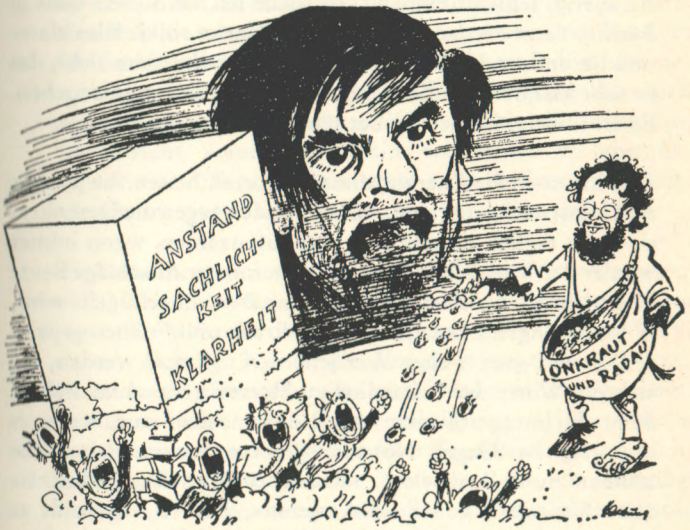
AStA TU
AStA FU
AStA Kirchliche Hochschule

[6]

Nr. 15 Donnerstag, den 2o.5.196
Unkostenbeitrag: o,2o DM

MANCHE ARBEITER SAGEN:
WENN DIE STUDENTEN NICHT MIT STEINEN WERFEN WÜRDEN KÖNNTE MAN SICH MIT IHNEN VERBÜNDEN.
UND DIE STUDENTEN:
WENN SICH DIE ARBEITER MIT UNS VERBÜNDEN BRAUCHEN WIR NICHT MEHR MIT STEINEN ZU WERFEN.

»DIE DIKTATUR DER MANIPULATEURE MUSS GEBROCHEN WERDEN« DIE ANTI-SPRINGER-KAMPAGNE[1)]



Die Teufelssaat entwickelt sich Zeichnung: Hartung

Seit Beginn der politischen (teils provokativen) Artikulation von Studenten, deren Höhepunkte in Berlin etwa durch die Tschombè-Demonstration, Pudding-»Attentat« auf Humphrey, Proteste gegen Vietnamkrieg und Notstandsgesetze zu markieren sind, war das Verlagshaus Axel Cäsar Springer auf der Seite der Mächtigen und hetzte, meist voller Häme und Haß, gegen eine Minderheit, die sich selbst als aufgeklärt, nichtmanipuliert begriff und andere aufklären wollte, notfalls mit Aktionen. Neben den verkrusteten Strukturen in (Ordinarien-)Universität und Politik war so das Springersche Meinungsmonopol zu einem wichtigen, solidarisierenden Objekt-Subjekt studentischer Kritik geworden. Zur Vorgeschichte der auf der XXII. Delegiertenkonferenz des SDS geplanten Anti-Springer-Kampagne gehört eine Rede des Schriftstellers Reinhard Lettau, der in den USA lebt(e). Auf einer Vietnam-Veranstaltung in der Freien Universität am 19. April 67 attackiert er die Polizeihörigkeit und Servilität der Berliner Presse.

»Man hat mich gebeten, ein paar Worte zur Information der Öffentlichkeit durch die Berliner Presse zu sagen. Dies ist schwierig, selbst für einen Gast (denn ich bin nur ein Gast in Berlin), denn der frische Blick eines Gastes soll ja alles klarer und besonders deutlich zeigen. Was man aber hier sieht, das ist sehr klar und deutlich, es hat sich längst herumgesprochen. Es ist traurig, immer wieder dasselbe sagen zu müssen.

(. . .)

Wer hat noch die Energie, diese Unkorrektheiten, die ja mehr als Unkorrektheiten sind, – diese Sünden gegen die Demokratie noch täglich zu erinnern und aufzuzählen, wenn immer wieder der Verstoß von gestern durch neue Anschläge heute übertroffen, durch neue Obszönitäten überflügelt wird. Wenn in öligen Leitartikeln Demokratie und Freiheit gepriesen, zwei Seiten weiter aber jene verunglimpft werden, die sich die Worte der Leitartikel zu Herzen genommen haben. Seine Meinung soll man sagen dürfen, aber nur, wenn es opportun ist. Gegen Notstandsgesetze demonstrieren: das können nur »Krakeeler«, »Radaubrüder«, »Radikalinskis« sein. Sie sollen lieber »diskutieren«, das sei, so heißt es neuerdings immer, »besserer Stil«. Nun, wir haben diskutiert, wir haben jahrelang versucht, mit den Befürwortern der

Notstandsgesetze, des Krieges in Vietnam und der Springerschen Pressemonopole zu diskutieren. Was passierte? Die Herren kamen nicht.

[. . .]

Unsere Alternativen sind also: Diskutieren, wie man es uns empfiehlt. Dann hört allerdings niemand unsere Argumente. Oder: Provozieren, Demonstrieren. Dann schreit hysterisch Rektor Lieber, wir praktizieren »direkte Demokratie«. Mit den Rezepten des Polizeipräsidenten, des Rektors und der Westberliner Presse hätte man allerdings nie die Tuilerien erstürmt und man hätte in Boston den englischen Tee nicht in den Hafen geworfen. Mit den Lieber-Duensing-Springer-Rezepten[2] wären wir heute noch in der Steinzeit.

Der Witz, den die Herren nicht einsehen wollen, ist eben dieser: wir sind etwas anspruchsvoller geworden, das hat sich leider nicht vermeiden lassen, wir wollen etwas mehr als Demokratie nur in Leitartikeln, weil wir allerdings gelegentlich auch etwas mehr lesen als diese Leitartikel, wir lesen von faschistischer Diktatur in Portugal, von faschistischer Diktatur in Spanien, in fast ganz Südamerika, in Persien, – bitte, verzeihen Sie mir, falls ich hier einige auslasse –, wir lesen von dem barbarischen Vorgehen der Amerikaner in Vietnam, und es ist zu viel von uns verlangt, alle diese Dinge zu übersehen, nur weil es in einem andern Teil der Welt auch nicht zum Besten steht. Verantwortlich sind wir da, wo wir leben und wo wir eine Chance haben, etwas zu verändern, Ansprüche müssen wir zuerst dort stellen, wo wir selbst sind.

[. . .]

Die Dokumentation des AStA und der Bericht von Rechtsanwalt Mahler, den Sie eben gehört haben, hat denjenigen von Ihnen, die während des Besuches von HHH[3] nicht in Berlin waren, Aufschluß über die Vorgänge gegeben. Ich kann diesen beiden Darstellungen kaum Neues hinzufügen, bitte Sie nur zu bedenken, daß diese teils ignorante, teils zynische Berichterstattung der Westberliner Tageszeitungen, d. h. der Springer-Zeitungen und der Zeitungen, die ich freiwillige Springer-Zeitungen nenne, also aller andern, täglich stattfindet und lediglich anläßlich einer Demonstration uns besonders auffällt und dann besonders grotesk und unverantwort-

lich wird. Ich habe vor einiger Zeit eine Analyse dieser Zeitungen[4] versucht und bin zu einem Resultat gekommen, das sich kurz und bündig in dem Titel ausdrücken läßt, den ich der Analyse gegeben habe: »Journalismus als Menschenjagd«. In den Artikeln, die ich untersucht habe, wird fast durchweg versucht, die eigene Meinung des Verfassers als eine feststehende, allgemeine Meinung zu etablieren. In den Artikeln wird die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland mißachtet. Es drückt sich in ihnen, milde gesagt, ein gestörtes Verhältnis zur Demokratie und zum Rechtsstaat aus. Die Frage, ob die dort spürbare antidemokratische Haltung bewußt verschlüsselt ist, aus Opportunismus oder aus Feigheit, oder ob sie unbewußt zum Ausdruck kommt, könnte nur durch persönliche Gespräche mit Artikelschreibern, oder notfalls durch einen Psychoanalytiker beantwortet werden. Festzuhalten ist aber der Verdacht, daß wir es bei den Artikelschreibern mit unreflektierten Antidemokraten zu tun haben, mit Menschen, die eine historisch nachweisbare deutsche Neigung in die heutige Zeit hinübergerettet oder von vornherein in sich vorgefunden haben: die Neigung, Schwächere zu hassen, weil sie schwächer sind, Minoritäten zu verabscheuen, ob sie nun, wie früher, Zigeuner oder Juden, oder wie heute, Fremdarbeiter, Kommunisten, Vorbestrafte, Gammler oder Studenten sind. Es ist unter diesen Umständen verständlich, daß der SDS zu seinen Pressekonferenzen Springerlinge nicht mehr einlädt. [. . .]
Verzeihen Sie, wenn ich das Resultat meiner Berliner Presseanalyse dadurch mitteile, daß ich hier jetzt die Berliner Zeitungen zerreiße.«[5]

Daß Lettau daraufhin (und wegen seiner Haltung zum Vietnam-Krieg) ausgewiesen werden sollte, sagt einiges über das psychologische und politische Klima dieser Jahre in West-Berlin und der Bundesrepublik: Wenn nötig mit juristischer und Polizei-Gewalt war man treuer Verbündeter der militärischen Gewalt der USA in Vietnam und anderswo – kalter Krieg und heißer Krieg.

Nach den Ereignissen des 2. Juni 1967 (Erschießung des Studenten Benno Ohnesorg) verschärft Springer seinen verlogenen Schlagzeilen-Feldzug gegen die APO. Es kommt zu einem

Briefwechsel zwischen »BILD« und SDS, den der SDS per Flugblatt veröffentlicht [Dok. 1].
Auf der 22. Delegiertenkonferenz verabschiedete der SDS dann eine »Resolution zum Kampf gegen Manipulation und für die Demokratisierung der Öffentlichkeit«, die konkrete Schritte, ein Aktionsprogramm für eine Anti-Springer-Kampagne enthält [Dok. 2].
Zum geplanten Hearing (es sollte vom 9.–11. Februar 68 in der FU stattfinden) und zum Springer-Tribunal kommt es dann allerdings nicht. Teils scheitern die Pläne an Konzeptionsdifferenzen der beteiligten politischen Gruppen[6], teils wurden sie durch dramatische Praxis vor und nach dem Attentat auf Rudi Dutschke überholt (siehe unter »Das Attentat«).

[1]

BILD SCHREIBT AN DEN SDS

Berlin, 26. Juni 1967
133/LH/No

Sehr geehrte Herren!
Während der gegenwärtigen aktuellen Auseinandersetzung haben Studentensprecher mehrfach beklagt, keine eigene Plattform zu haben.
Wir möchten diesen Vorwurf entkräften und auch Ihrer Organisation die Möglichkeit einer öffentlichen Stellungnahme geben. Dürfen wir Ihnen vorschlagen: Ihre Haltung in 30 bis 40 Schreibmaschinenzeilen darzustellen und an

BILD-Berlin
– Politik –

zu schicken.

Hochachtungsvoll
BILD-ZEITUNG
Berliner Redaktion

gez. Lutz Horst **BITTE WENDEN!**

»WER TERROR PRODUZIERT, MUSS HÄRTE IN KAUF NEHMEN!« (BZ vom 3. 6. 67)[7]

Seit langem putscht die Springerpresse die Berliner gegen die Studenten auf. Diese VERFOLGENDE UNSCHULD hat den Polizeiterror vom 2. Juni systematisch vorbereitet, in Kommentaren gerechtfertigt und seine Verschärfung gefordert. BILD forderte auf, den Grips der Studenten durch Knüppelhiebe auf den Kopf zu lockern. Die Härte für die Betroffenen nimmt die Springerpresse in Kauf, sie macht damit ihr Geschäft.

Den Opfern des von ihm provozierten Terrors stellt der Konzern 40 BILD-Zeilen zur Verfügung. »Wir möchten diesen Vorwurf entkräften«, begründet die Redaktion ihr Angebot. Das ist deutlich genug. Wer in BILD schreibt und hilft Vorwürfe gegen die Springerpresse entkräften, lügt mit. Wir weigern uns, der terroristischen Meinungsmaschine zu einem demokratischen Anstrich zu verhelfen.
»Wer Terror produziert, muß Härte in Kauf nehmen!« (BZ, 3. 6. 67)
WIR FORDERN DIE ENTEIGNUNG DES SPRINGER-KONZERNS!!!

Am DIENSTAG, dem 11. Juli 67, begeht das Springerhochhaus einen TAG DER OFFENEN TÜR. Wir werden mit unentkräfteten Vorwürfen das Haus an der Kochstraße begehen und in einer öffentlichen Stellungnahme unsere Haltung gegenüber der Springerpresse darstellen.

[2]
Die 22. DK des SDS beschließt folgendes Aktionsprogramm:
1. Der SDS wird gemeinsam mit allen Kräften der anti-autoritären und antikapitalistischen Opposition eine lang andauernde Kampagne zur Entlarvung und Zerschlagung des Springer-Konzerns führen.

2. Diese Kampagne wird das Grundrecht auf Freiheit der Information und Meinungsäußerung demonstrativ über das private Interesse des Springer-Konzerns stellen. Sie wird den realdemokratischen Widerstand gegen das Manipulationswesen organisieren.
3. Im Rahmen dieser Kampagne wird der SDS in den Zentren des Springer-Konzerns in West-Berlin und der BRD eine koordinierte Aktion zur Durchbrechung der Manipulation und zur demonstrativen Verhinderung der Auslieferung unternehmen.
4. Zur Vorbereitung wird der Bundesvorstand eine zentrale Aktionskonferenz gemeinsam mit anderen oppositionellen Organisationen einberufen.
5. Der SDS wirkt auf die Bildung einer praktisch-kritischen Öffentlichkeit hin. Er fordert deshalb:
   a) Offenlegung aller Besitzverhältnisse und Verflechtungen wirtschaftlicher und politischer Art im gesamten Pressewesen.
   b) Wissenschaftliche Analyse und allgemeine Aufklärung über die systematische Vernichtung gesellschaftlichen Reichtums durch Konsumterror, geplanten Verschleiß und Aufbau unproduktiver funktionaler Anpassungsindustrien.
   c) Untersuchung der arbeitsrechtlichen, wirtschaftlichen und politischen Lage der Journalisten im Hinblick auf ihre geistige und publizistische Unabhängigkeit.
6. Der SDS ruft alle kritischen Journalisten auf, in ihren Publikationen zur Aufdeckung und Zersetzung autoritärer Publizistik ständige Pressekritiken einzurichten und dadurch verzerrende und unwahre Berichterstattung zu entlarven. Darüber hinaus fordert er alle antiautoritären Publizisten zur Mitarbeit an demokratischen Urzeitungen auf, die in dieser Kampagne eine unmittelbare demokratische Öffentlichkeit artikulieren werden.

ES KOMMT DARAUF AN, EINE AUFKLÄRENDE GEGENÖFFENTLICHKEIT ZU SCHAFFEN. DIE DIKTATUR DER MANIPULATEURE MUSS GEBROCHEN WERDEN.

Als Willy Brandt, der frühere Regierende Bürgermeister, im Oktober 67 Berlin besucht, fragt die Kommune I »unsern Willy«, warum Fritz Teufel noch immer nicht aus dem Knast und Axel Springer noch immer nicht drin sei [Dok. 3].

Am Abend des 1. Februar 1968 treffen sich 1500 Personen im Audimax der Technischen Universität in Berlin: das »Springer-Tribunal« soll vorbereitet werden. U. a. wird ein Film über die Herstellung von Molotow-Cocktails gezeigt. Die Versammlung verabschiedet ein Ultimatum an den Verleger Axel C. Springer: Innerhalb von 14 Tagen soll er selbst die Enteignung einleiten, ansonsten habe er mit direkten Aktionen gegen seinen Konzern zu rechnen.

In der Nacht auf den 2. Februar werden in einigen Berliner Bezirken die Scheiben von sechs Springer-Filialen mit Steinen eingeworfen. Ein Teil der Steine ist in »Enteignet Springer«-Flugblätter eingewickelt.

Am Morgen verbreitet das Verlagshaus Springer eine Erklärung, in der es heißt:

> »Die sich aus solchen Gewalttaten ergebenden Gefahren für die demokratische Gesellschaft und Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik sind offensichtlich. Wir erinnern an die zahlreichen Übergriffe der Nationalsozialisten, die fast auf den Tag genau vor 35 Jahren die Macht in Deutschland übernahmen.«

Die APO weist diesen infamen Vergleich zurück, aber auch in ihren eigenen Reihen sind diese Aktionen umstritten [Dok. 4].

Militanz und Gewalt steigern sich nach dem Attentat vom 11. April auf Rudi Dutschke (siehe Gewaltdiskussion im Kapitel »Attentat«, S. 132). Am 12. April 1968 fordert die APO u. a. die sofortige Enteignung des Springer-Konzerns. Zwei Tage später verabschiedet der Bundesvorstand des SDS eine Grundsatzerklärung zu einer Enteignungs-Kampagne [Dok. 5, 6].

[3]

UNSER WILLY

ist wieder einmal in unserem Berlin.
Er ist dicker geworden.
Hier wurde er groß - zu dem was er heute ist, einer der mächtigsten Männer unseres Staates.
Als er noch in Berlin war, da sah's hier anders aus:
Da waren alle nett zueinander und die Kohlen waren billiger.
Das Wetter war schöner.
Es gab keine Kommunen und ihm wäre das mit Ohnesorg bestimmt nicht passiert.
Auch der Fritz wäre natürlich schon lange wieder frei - das gäb's nicht bei Willy!
Vielleicht weiß er gar nichts davon!
Vielleicht müßte man es ihm mal beibringen!
Der Führer soll ja auch nicht alles gewußt haben.
Er ist ein honoriger Mann. Das sieht man schon daran, wie er seine Söhne erzogen hat. Die berechtigen doch zu den schönsten Hoffnungen.
Da merkt man, daß einen die Parteimaschinerie nicht unbedingt verschleißen muß, daß man auch da Mensch bleiben kann. Daß man vielleicht doch etwas in der Partei machen kann.
Wie der Willy über die Kindereien der Berliner Genossen hinweggeht, das macht ihm so leicht keiner nach! Und gleich den richtigen Mann, den Schütz, gefunden!
Da wird einem die Autorität doch einmal einleuchtend, nicht so penetrant wie bei anderen Leuten, denen auch ein Willy leider gelegentlich seinen Tribut zahlen muß. Aber das ist immer so im Leben, da kann er nichts dafür.
Überhaupt, er hat sowas Faustisches: grübelnd zerfurcht, nach Worten ringend und sie dann mit seiner unnachahmlichen ewig heiseren Stimme hervorpressend.
Er hat eben zwei Seelen, wie das jeder rechte Vater hat.
Er soll ja auch nicht mehr so viel trinken !
Lübke ist halt so blöd, wie er amtlich schaut - Willy bestimmt nicht!
Ein Hauch jener Atmosphäre des "Seid nett zueinander" ist auch heute anwesend:
Axel Springer traut sich in die Höhle seines Löwen, in die FU.
Er gehört auch zu unseren Gästen, - und viele andere bekannte Leute.
Seid nur so nett zu unseren Gästen, wie sie es verdienen!
Die Parole gilt:

HAUT DEM SPRINGER AUF
DIE FINGER !
SEID NETT ZU WILLY !
TEUFEL RAUS - SPRINGER REIN!

KOMMUNE I (6. 10. 67)

[4]

MÖRDER [redacted]?[redacted]

JULIUS STREICHER

hetzte in seiner Zeitung „Der Stürmer" zum Judenmord. Er wurde dafür zum Tode verurteilt.

AXEL C. SPRINGER

hetzt zum Studentenmord. Er wurde bisher nicht verurteilt und hetzt und hetzt und hetzt....

[5] Grundsatzerklärung des SDS zur Kampagne für die Enteignung des Springer-Konzerns

Der Mordanschlag auf Rudi Dutschke ist ebensowenig bloß die Tat eines einzelnen wie die Erschießung Benno Ohnesorgs. Beide sind Opfer einer systematischen Hetzkampagne des Springer-Konzerns im Verein mit der Staatsgewalt. In Westberlin und Westdeutschland wurde konsequente Opposition zum kriminellen Delikt und selbstbewußte Minoritäten wurden für vogelfrei erklärt. »Ihr müßt diese Typen sehen. Ihr müßt ihnen genau ins Gesicht sehen.« Klaus Schütz, Regierender Bürgermeister von Berlin – »Berliner Witz des Tages: ›Laßt Bauarbeiter ruhig schaffen, kein Geld für langbehaarte Affen‹«, Bild-Zeitung, 22. 2. 68: Die Methoden des Antisemitismus werden gegen neue Minderheiten angewandt; und mit gigantischem Betrug macht man aus den Opfern die neuen Faschisten.

In dieser Situation hat sich unser Angriff auf den Springer-Konzern konzentriert. Durch seine Macht sind große Teile der deutschen Presse zu bloßen Staatsorganen geworden und umgekehrt die Herrschaftsfunktionäre des Staates, der Parlamente und Parteien zu Hörigen Springers.

Die demokratische Öffentlichkeit ist zerstört. Pressefreiheit wie Informations- und Meinungsfreiheit ist heute das Exklusivrecht weniger privater Großverleger, ihre Meinung zu verkaufen. Die Organisation der Presse als privates Profitunternehmen und ihre überwiegende Finanzierung durch die Industrie- und Verbrauchswerbung stellen die Kommunikationsmittel in den Dienst der Manipulation. Die Unterwerfung der Journalisten unter die publizistischen Direktiven der Verleger und autoritärer Verwaltungskörperschaften bei unzureichender arbeitsrechtlicher Sicherung mindert ihre Kritikfähigkeit und führt zu einer ständigen Selbstzensur. Die Schichten der Gesellschaft werden spezifisch und systematisch in ihrem falschen Bewußtsein gehalten. Die politische Publizistik veröffentlicht die Ereignisse, ohne selbst noch Öffentlichkeit herzustellen. Politische Sachverhalte werden personalisiert und auf ihre äußeren Vorgänge reduziert – drastisch sichtbar beim Mordanschlag auf Dutschke. Unter dem

Schein der Objektivität werden Nachrichten beliebig gemacht, unterdrückt, vereinzelt und verzerrt. [. . .]
Wer die herrschende Ordnung gegen unsere Kampagnen verteidigen will, muß nach den wirklichen Gewaltverhältnissen in dieser Ordnung fragen. Die tabuierten politischen Mittel haben offensichtlich nicht ausgereicht, um Springers Macht zu verhindern oder gar nachträglich einzuschränken. Im Gegenteil haben sie selber diese unterstützt und sich mit ihr eng verbündet. Es ist höhnische Heuchelei, wenn wir jetzt zur Rückkehr zu den etablierten Institutionen und Regeln aufgefordert werden. Wir erklären, daß es keine Ruhe geben wird, bis geeignete Maßnahmen zur Enteignung des Springer-Konzerns eingeleitet sind. Sie ist Vorbedingung einer demokratischen Öffentlichkeit.
Diese demokratische Öffentlichkeit wäre nach folgenden Grundsätzen zu erkämpfen:
1. Befreiung der Presse vom Meinungsmonopol und vom Profitinteresse durch ihre Entflechtung und Überführung in öffentliches Eigentum und demokratische Kontrolle.
2. Abschaffung der Konsumpropaganda und ihr Ersatz durch sachgerechte Verbraucherinformation.
3. Unabhängigkeit der Presse, des Rundfunks und Fernsehens von der öffentlichen Gewalt und die Garantie ihrer Kritikfähigkeit gegenüber deren Instanzen.
4. Sicherung der Journalisten gegen wirtschaftliche und politische Pressionen. Demokratische Selbstbestimmung der Redaktionen.
5. Materielle und juristische Verankerung des Rechts für jede politisch, sozial oder kulturell relevante und demokratische Gruppe, in der ihr angemessenen Weise, unabhängig von wirtschaftlicher Beschränkung, ihre Forderungen zu artikulieren und ihre Auffassungen zu publizieren.
14. 4. 1968 SDS-Bundesvorstand

1968 DM 1000 01939

100%

Anleihe der Antispringer-kampagne

1000 DM

Schatzanweisung über tausend Deutsche Mark

Der Springerkonzern schuldet dem Inhaber dieser Anleihe 1000 DM. Die Zinsen werden von den Inhabern selbst bestimmt und können durch gemeinsame Aktionen gegen das Springerhochhaus in Berlin und alle Zweigstellen des Springerkonzerns Tag und Nacht eingelöst werden. Die ersten Verzinsungsaktionen finden noch in diesem Jahr statt. Alle Anleihen der Antispringerkampagne sind ungedeckt und werden revolutionär getilgt. Der Tag der Enteignung gilt als Tag der Einlösung. Eine vorzeitige Kündigung ist ausgeschlossen. Die Inhaber der Anleihe verpflichten sich, das gesamte Springerkapital zum Kampf gegen das Bonner Bildleserparlament und seine Minister zu verwenden. Der Anspruch auf das Kapital erlischt, wenn die Enteignung Springers nicht sofort nach dem Eintritt ihrer Möglichkeit durchgeführt wird.

Zögert nicht! Die Vernichtung des Springerkonzerns hat schon begonnen Weder die internationale Konterrevolution noch ihre Läufer und Springer können gerettet werden.

Brecht die Macht der Manipulateure!

Worauf wartet ihr? Feinfühligkeit gegenüber dem Feind bedeutet Brutalität gegenüber der Revolution.

Enteignet Springer!

Springertribunal: Berlin

Abgabepreis 2.00 DM

Verkaufserlös dient der Vorbereitung des Tribunals

Spenden an Berliner Bank Konto 41 92281

Langeweile
Ihrem Baby den Kopf
BERLINER MORGENPOST
Bonn: Auch
WELT am SONNTAG
ARTHELLE SONNTAGSZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Niederlage für Nürnberg
Duisburg gewinnt mit 2:0
HÖR ZU
Rowdys
kicker
Hannover: 1968 Cajko
Merkel kommt
Offene Worte
Tochter e
ihre Mu
DIE WELT
Hamburger Abendblatt
twen
BERLINER MORGENPC

»DIE DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND IST AM ENDE«
DER KAMPF GEGEN DIE NOTSTANDSGESETZE

Wer jetzt nicht aufpaßt..

Am 30. Oktober 1966 findet in Frankfurt/Main der Kongreß »Notstand der Demokratie« statt. Über 5000 Studenten, Wissenschaftler und Gewerkschaftsmitglieder diskutieren auf diesem, von der IG Metall finanzierten, Kongreß über die von der SPD und CDU geplanten Notstandsgesetze. Der Kongreß »Notstand der Demokratie« ist der erste Höhepunkt, der von Studentenorganisationen und Teilen der Gewerkschaft geführten Kampagne gegen die Notstandsgesetzgebung. Auf der Schlußkundgebung spricht Prof. Dr. Ernst Bloch [Dok. 1]. Bis zum Frühjahr 1968 wird die Anti-Notstandskampagne zur größten außerparlamentarischen Massenbewegung in der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik [Dok. 2–5]. Am 11. Mai 1968 beteiligen sich über 50 000 Personen an dem Sternmarsch »Treibt Bonn den Notstand aus«. In den folgenden Wochen kommt es in vielen Industriebetrieben aus Protest gegen die geplanten Notstandsgesetze zu zeitweisen Arbeitsniederlegungen, in 32 Universitäten treten Studentinnen und Studenten in Vorlesungsstreik, in Berlin, Frankfurt, Göttingen und Bochum werden Institute von Studenten besetzt [Dok. 6]. Als der Deutsche Bundestag am 30. Mai die Notstandsgesetzgebung beschließt, ist der überwiegende Teil der jungen Generation gegen diese Gesetze eingestellt. Hunderttausende junger Bürger gehen gegenüber dem Staat und den politischen Parteien auf kritische Distanz. Hans-Jürgen Krahl (SDS)[1] beginnt am 27. Mai 1967 seinen Beitrag auf einer gemeinsamen Kundgebung des DGB Hessen, des SDS, des Kuratoriums »Notstand der Demokratie« und der »Kampagne für Demokratie und Abrüstung« auf dem Frankfurter Römerberg vor 12 000 Demonstranten mit dem Ausruf: »Die Demokratie in Deutschland ist am Ende« [Dok. 7].

[1]

Kongreß Notstand der Demokratie
Professor Ernst Bloch

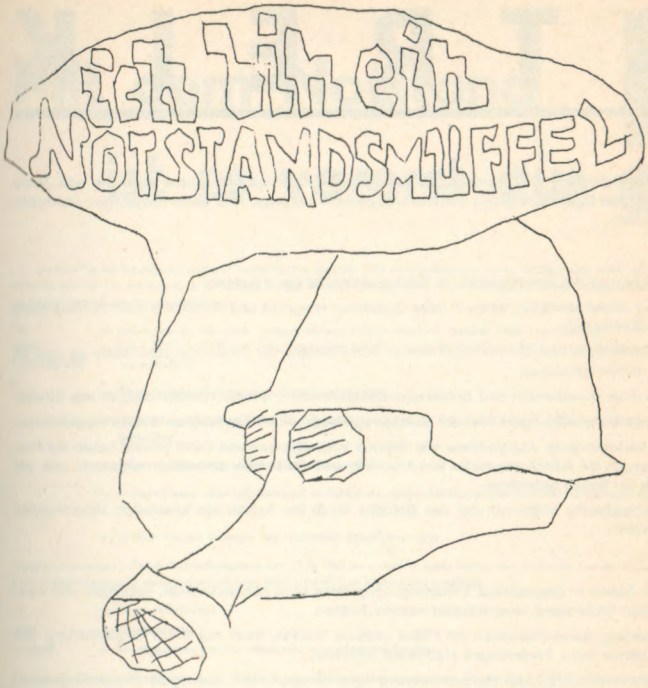
Kundgebungsrede gegen die Notstandsgesetze
1. Wir kommen zusammen, um den Anfängen zu wehren.
2. Diese kennen wir bereits aus den ersten Sätzen der Notver-

ordnung; die weiteren sollen uns erst später bleich machen.
3. Absicht und Tenor der Sache sind so klar wie unheimlich, auch wenn, ja gerade wenn die Ausführungsbestimmungen, die ergänzenden, noch geheime Reichssache sind. Hier kann auch Wehner nicht beruhigen, nicht abwarten und den bisher üblichen Tee trinken lassen. Die Zeit ist nicht danach, daß sie uns so viel Zeit läßt.
4. Dagegen scheint und droht es, als würde schon zu vieles dem Wurm und seinem Loch in der Weimarer Republik ähnlich. Der Art. 48, den der Demokrat Hugo Preuss damals, halb naiv, halb taktisch, in die Verfassung einfügte: wird er post festum Notstand feiern? Er wollte doch gleichfalls die bürgerliche Demokratie den Worten nach im Notfall schützen, und sie wurde an den Paragraphen, der sie im Notstand gerade aufhob, juristisch aufgehängt, bis die Nazis sie wirklich aufgehängt haben. Um der Notzeit willen, die ja von der wirklich dirigierenden Macht im Staat so rasch ausgerufen werden kann, wie es ihrem Interesse entspricht, und so bunkergemäß, daß selbst unserem Bonner Parlament Hören und Sehen vergeht. Die subjektiven öffentlichen Rechte, Meinungsfreiheit, Koalitionsrecht, Streikrecht und so fort, können dann, das geht leicht in Deutschland, eliminiert werden; ein Notstand ist immer bei der Hand, sobald ihm nichts fehlt als ausgerufen zu werden. [. . .]
5. Eine andere warnende Ähnlichkeit mit der gehabten Weimarer Demokratie und ihrem diktatorischen Ende drängt sich gleichfalls auf. Nämlich die Geringfügigkeit der Achtung, worin (mit Recht) die vorhandene Regierung, doch auch das Parlament, ja die Einrichtung des Parlaments selber jetzt steht. Das kann gewiß günstiger Boden für eine endlich linke, zeitgemäße Auswechslung von Regierung und ebensolcher Parlamentsmehrheit sein; wir alle hier hoffen das. Doch sollte über ein bisheriges, überwiegend unorientiert gehaltenes Konsumvolk wirkliche Wirtschaftskrise kommen, ein immanenter Notstand als der durch die diversen kalten Kriege und ihre Zündung erzeugte: dann steht vermutlich nicht nur die bisherige Opposition (die so lange keine war) ante portas. Sondern daneben lebt immer noch oder immer wieder oder auch neufrisiert ein schärfer Erinnerndes im Kleinbürgertum.

Sucht sich Memoiren auch ohne, gar mit dem symptomatischen, dem skandalösen Spandau-Verdienstorden mit Stern. Und wie wohltuend unterscheidet sich für jede NPD das sichere Millionengeschäft einer anderen Illustrierten, mittels der Lebensgeschichte Emma Sonnemann-Görings, vom überhaupt nicht vorhandenen Interesse an der Todesgeschichte der Rosa Luxemburg. Die wirkliche Macht könnte schließlich merken, daß mit Neu-Faschistischem im Bund noch solidere Geschäfte zu machen wären; der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch, sang Brecht. Und da nicht einmal sicher ist, daß selbst das große C bisheriger Ordnungsparteien vor so etwas behüten kann, so mag auch eine noch so vorsorgliche Aufhebung bürgerlicher Grundrechte uns nicht beruhigen, uns vielmehr entsetzen, mit Erinnerung und Ahnung zugleich. Mit Erinnerung daran, daß hierzulande noch kein Ausnahmegesetz gegen radikales Recht gerichtet war, immer nur gegen Links, gegen die Seite, wo in Deutschland ohnehin das Herz nicht oft geschlagen hat. Und je diskreditierter parlamentarische Demokratie in bürgerlicher Gesellschaft, desto leichter kann deren Selbstausschaltung in das Land führen, es wenigstens berühren lassen, woraus noch kein Demokrat zurückkam, lebend, unbeschädigt. Worin von einem Ermächtigungsgesetz wirklich ein ausgedehnter Gebrauch gemacht worden ist und nicht nur die Schornsteine der Industrie geraucht haben. (. . .)

6. Die Spuren also schrecken, wir wollen uns von ihnen endlich aufschrecken lassen. Hegel sagte einmal: das einzige, was aus der Geschichte gelernt werden könne, sei, daß man nie etwas aus ihr gelernt hat; soll das auch jetzt so bleiben? Darum Schluß mit dem bereits mehr als durchsichtigen Notstandsplan: er ist selber der sichtbarste Notstand geworden, sein Anlaß ist an den Haaren herbeigezogen, seine Begründung lauter Nebel machende Ideologie. Wir Wissenschaftler, die den Aufruf gegen den Skandal unterschrieben haben, rufen mit dem einsichtigen überwiegenden Teil der Gewerkschaften zum Protest auf, ehe es zu spät ist. Die alten Herren mit ihrem Artikel 48 haben bereits die Vergangenheit verspielt, die neuen Herren mit ihrem Notstandsunrecht sollen nicht unsere Zukunft verspielen.

[2]



Mir ist es egal
wenn meine Post geöffnet wird

Mir ist es egal
wenn mein Auto beschlagnahmt wird

Mir ist es egal
wenn ich zwangsverpflichtet werde

Mir ist es egal
wenn im Frieden Panzer gegen mich eingesetzt werden

Aber mir ist es nicht egal, wenn ich in meiner Ruhe gestört werde.

Wollen Sie auch ein NOTSTANDSMUFFEL sein ?
(AStA PH)

[3]

STREIK

Appelle, Petitionen, Diskussionen, parlamentarische Hearings haben über mehr als acht Jahre die Form der Opposition gegen die Notstandsgesetze bestimmt. Acht Jahre mühseliger, sachlicher Diskussion.

Inzwischen ist die Sperrminorität im Bundestag weiter als je entfernt.

Teil der Gewerkschaften haben in ihrer Opposition resigniert und leisten nur noch bürokratische Pflichtübungen ab.

Das Machtkartell der Großen Koalition ist entschlossen, die Diktaturgesetze, koste es was es wolle, durchzupeitschen.

Schon üben Bundeswehr- und Bundesgrenzschutzeinheiten wieder das Zerschlagen von Streiks.

Die angebliche „Streikgarantie" der Bundesregierung soll alle politischen Streiks illegalisieren.

Sozialdemokratische Abgeordnete wie Schmitt-Vockenhausen und Carlo Schmid haben die Proteste gegen die Notstandsgesetze von Arbeitern und Studenten als antidemokratisch und als „Druck der Straße bezeichnet.

Die schleichende Militarisierung der Betriebe durch den Aufbau von Werkschutz-Privattruppen geht weiter.

Einmal haben in Deutschland Ermächtigungsgesetze ohne nennenswerten, sofortigen und massenhaften Widerstand verabschiedet werden können.

Bevölkerung, deren Interessen mit Füßen getreten werden, kann nur durch Organisierung des Widerstands ihren Forderungen Nachdruck verleihen.

Deshalb rufen wir auf, zur Herausforderung durch die geplante 2. Lesung der Notstandsgesetze, am 15. Mai an allen Universitäten und Schulen mit einem Generalstreik zu antworten.

Wir begrüßen, daß Kollegen in verschiedenen Betrieben am 15. Mai Warnstreiks durchführen.

SDS

Heute im Anschluß an die Kundgebung der Kuratoriums „Notstand der Demokratie" Teach-in „Organisierung des Widerstandes im autoritären Staat" mit Beiträgen u. a. von Jürgen Seifert, Klaus Meschkat, Johannes Agnoli.

Postscheckkonto Ffm. 31607; Dresdner Bank Konto Nr. 282Str. 5, SDS-Bundesvorstand;
Verantwortlich: K. D. Wolff, 6 Frankfurt .a M., Wilh.-Hauff-427 Druck: Alfred W. Dunker, Ffm.

Mit dem Notstand ist es vorerst aus !

. . . dachten Sie, als Sie erfuhren, daß der Bundestag die geplante **Notstandsverfassung** vor den Wahlen nicht mehr hat verabschieden können. Zur Beruhigung ist jedoch kein Anlaß! Denn in Wirklichkeit hat der Bundestag schon vor Wochen sieben sog. „einfache" Notstandsgesetze beschlossen:

SIE SIND VERPFLICHTET

— **auf eigene Kosten einen Lebensmittel- und Wasservorrat für vierzehn Tage anzuschaffen,**

— **einen Batterieempfänger, einen Löschwasserbehälter, einen Steinmeißel und Ihr eigenes Bergungstuch (!) anzuschaffen,**

— **Verdunkelungsrollos an jedem Fenster anzubringen,**

— **als Hauseigentümer zusätzlich Einstellspritze, Fangleine mit Tragbeutel, Fäustel, Klapphackspaten u. a. anzuschaffen,**

— **Keller, Dachboden und Gänge zu „entrümpeln",**

— **in Ihrem Hause einen Luftschutzwart zu bestimmen, dessen Anordnungen Sie sich hernach widerspruchslos zu fügen haben,**

— **in Ihrer Freizeit praktisch und theoretisch Luftschutz zu üben.**

Diese Bestimmungen trifft das **Selbstschutzgesetz** vom 30. 6. 1965. Sie gelten für **jeden** Bürger vom 16. bis 65. (Frauen: 55.) Lebensjahr. Ausgenommen sind allein Arbeitsunfähige, Mütter mit kleinen Kindern und Geistliche.

ES GIBT WIEDER

— **Lebensmittelkarten,**

— **Bezugsscheine,**

— **Beschlagnahme privater Fahrzeuge zu militärischen Zwecken.**

Diese und weitergehende Bestimmungen treffen die sog. **Sicherstellungsgesetze** vom 24. und 25. 6. 1965: das Wassersicherstellungsgesetz, das Verkehrssicherstellungsgesetz, das Ernährungssicherstellungsgesetz und das Wirtschaftssicherstellungsgesetz.

SIE WERDEN EINGEZOGEN

— **zu den kasernierten Einheiten eines Zivilschutzkorps, auch wenn Sie bisher vom Wehrdienst zurückgestellt waren oder zu den sog. „weißen Jahrgängen" gehören.**

Diese Bestimmung trifft das **Gesetz über das Zivilschutzkorps** vom 24. 6. 1965. Es sieht vor, binnen 8—12 Jahren im gesamten Bundesgebiet 200 000 Mann zur überregionalen Bekämpfung von Gefahren und Schäden des Krieges sowie zur Bewältigung „sonstiger" Katastrophen zusammenzufassen und auszubilden. Für das Zivilschutzkorps besteht Dienst p f l i c h t. Über die Möglichkeit einer Verweigerung ist nichts bekannt. Juristisch sollen die Angehörigen des Zivilschutzkorps auch in normalen Zeiten dem Militär gleichgestellt werden.

SIE DÜRFEN WIEDER

— **Luftschutzkeller bauen.**

Diese Bestimmung trifft das **Schutzbaugesetz** vom 30. 6. 1965, das Hausbesitzer verpflichtet, vom 1. 7. 1966 an in jeden Neubau Luftschutzräume gegen Trümmer, radioaktiven Niederschlag, Brand und chemisch-biologische Kampfstoffe einzubauen.

Es wird uns gesagt, wir müßten Vorsorge für Notzeiten treffen (Zivilschutzfibel, u. ä.). In der offiziellen Werbung für die Notstandsgesetze wird immer wieder auf die Möglichkeit von Naturkatastrophen hingewiesen: „Stellen Sie sich ein Erdbeben in Berlin vor. Da muß doch etwas getan werden!" (William Borm, Landesvors. der FDP in Berlin)

GLAUBEN SIE, daß man mit Verdunkelung Überschwemmungen eindämmen, mit Luftschutzwarten Lawinenunglücken begegnen will?

Für weniger unpolitische Gemüter haben denn auch die Verantwortlichen einen zutreffenderen Grund bereit: den Atomkriegsschrecken.

GLAUBEN SIE, daß Sie als Angehöriger des Zivilschutzkorps mit Einstellspritze und Fangleine atomarem Beschuß wirkungsvoll entgegentreten können?

Mit dem Versprechen von Ordnung und geregeltem Ablauf jeder erdenklichen Katastrophe spricht die Regierung das natürliche Sicherheitsbedürfnis des Bundesbürgers an. Die Verantwortlichen sind durch Sachverständigengutachten (z. B. Weizsäcker) darüber informiert, daß die vorgesehenen Maßnahmen im Kriegsfall sinn- und zwecklos sind. Dennoch halten sie daran fest, der Bevölkerung eine nukleare Auseinandersetzung mit dem Versprechen einer geringen Überlebenschance als möglich und vor allem als steuerbar darzustellen. Statt eine Politik zu betreiben, die das ganze Volk **vor dem** Atomkrieg bewahrt, stellt man sich ein auf die Rettung einiger Hundert **im** Atomkriege. Der systematischen psychologischen und praktischen Gewöhnung des gesamten deutschen Volkes an einen neuen Krieg dienen auch die erlassenen und die geplanten Notstandsgesetze, ob man dies wahr haben will oder nicht. Den innigen Zusammenhang dieses Gesetzeswerkes mit der militärischen Planung hat Verteidigungsminister Hassel in seiner Bonner Parlamentsrede deutlich gemacht:

„WIR, DIE BUNDESWEHR, MUSSEN ERWARTEN, DASS DAS PARLAMENT DIE RECHTLICHEN INSTRUMENTE SCHAFFT, DIE UNS IN DIE LAGE VERSETZEN, UNSEREN MILITÄRISCHEN AUFTRAG ZU ERFÜLLEN!"

Es ist jedem einsichtig, daß die Bestimmungen der Notstandsgesetze nicht auf eine Verteidigung der BRD gegen einen äußeren Angriff abgestellt sein können. Einem atomaren Angriff begegnet man nicht mit Lebensmittelkarten, Fäusteln und gefüllten Badewannen. Warnzeiten von wenigen Minuten machen die Einberufung eines Zivilschutzkorps, die Beschlagnahme von Fahrzeugen, selbst das Aufsuchen von Luftschutzräumen und Bunkern illusionär. Sinnvoll sind die getroffenen Bestimmungen dagegen sehr wohl, wenn man sie im Rahmen der Vorbereitung und Planung eines Krieges betrachtet. Hier ist Organisation, ist die Erfassung der Bevölkerung vonnöten. „Beschleunigte Herstellung der Verteidigungsbereitschaft" nennt die offizielle Sprache das.

DIESE Notstandsgesetze sind bereits erlassen. Sie wurden gebilligt von dem Bundestag, den Sie vor vier Jahren gewählt haben.

ANDERE, einschneidende, stehen Ihnen bevor (Einschränkung der Pressefreiheit, Einschränkung des Post- und Fernmeldegeheimnisses, Aufenthaltsregelung, Erkennungsmarken für Kinder, Zivildienstverpflichtung). Auch die Notstandsverfassung ist nicht aufgehoben, sondern lediglich aufgeschoben. Über diese Gesetze entscheidet der nächste Bundestag, entscheiden die Kandidaten, welche Sie am 19. Sept. dieses Jahres wählen werden. Bei der grundsätzlichen Einigkeit der im Bundestag vertretenen Fraktionen ist eine Verhinderung dieser Gesetze durch eine der Parteien nicht zu erwarten, wenn nicht Sie Ihre Chance wahrnehmen, auf die Kandidaten Ihrer Wahl persönlich Einfluß zu nehmen. Befragen Sie Ihren Kandidaten oder legen Sie ihm Ihre Bedenken schriftlich dar! Nehmen Sie die Gelegenheit wahr, mit Ihrem Kandidaten auf den Wahlveranstaltungen zu diskutieren! Verpflichten Sie Ihren Kandidaten zum

NEIN zu den Notstandsgesetzen!

GAST - Gewerkschaftlicher Arbeitskreis d. Studenten, München

SDS Sozialistischer Deutscher Studentenbund, München

IDK Internationale der Kriegsdienstgegner e.V., München

Verantwortlich: Christoph Koch, München 19, Waisenhausstr. 28
Druck: Mayer, München, Fallstraße 42

[5]

Antwort an den Deutschen Bundestag

Der Deutsche Bundestag wurde gestern, wie schon früher gegen oppositionelle Initiativen, auch gegen unseren Sternmarsch mobilisiert.

Die autoritären Disziplinierungsappelle der Großen Koalition und ihrer parlamentarischen Anhänger müssen uns jedoch in unserem Widerstand bestätigen. Dieser Bundestag akzeptiert – ohne auch nur näher hinzusehen – Zwangsarbeitsverhältnisse, den Einsatz der Bundeswehr gegen Bundesbürger, seine eigene Ausschaltung durch NATO-Beschlüsse, die Aufhebung von Grundrechten und die Aushöhlung des Streikrechts. Es ist eine schamlose Täuschung der Öffentlichkeit, diesen Anschlag auf das demokratische Grundgesetz als „Vorsorge für Zeiten der Not" und „Sicherung des Rechtsstaates" zu bezeichnen.

Die Notstandsbefürworter haben gestern im Bundestag wieder einmal der Öffentlichkeit weiszumachen versucht, wir seien gutwillige Verführte und verdeckte Kommunisten.

Sie haben offenbar die Verfassungsschutzberichte des Bundesinnenministers zu Aufklärungsmaterial über die demokratische Bewegung gegen die Notstandsgesetze aufgewertet, statt sich selbst ein Urteil zu bilden. Wir fordern die Abgeordneten auf, zu unserer Demonstration zu kommen, sich pflichtgemäß selbst zu informieren und unsere Argumente zu studieren.

Dann werden sie sehen, wie groß und vielfältig die Unruhe ist, die ihre Notstandspolitik hervorgerufen hat. Dann werden sie sehen, ob die Demonstranten selbstbewußte politische Menschen oder der verführte Haufen einiger Verschwörer sind.

Diese „Volksvertreter" sind dabei, in den Disziplinierungskampagnen für die Große Koalition ihre Legitimation vollends verheizen zu lassen. Sie helfen mit, die neu erwachten demokratischen Regungen außerhalb des Parlaments zu dem inneren Feind zu stempeln, der ausgeschaltet werden soll. Sie haben Angst, wenn aus einer willigen Wählermasse, die sich nicht um Politik kümmert, massenhaft kritische Bürger aktiv werden.

Diese Bundestagssitzung war keine Antwort auf unsere politischen Forderungen. Eine vernünftige Antwort kann nur lauten:

Absetzung der Notstandsgesetze von der Tagesordnung.

Dieser Bundestag ist über die beabsichtigten Verfassungsänderungen noch nicht einmal informiert. Er hat schon deshalb kein Recht, mit ihnen das Grundgesetz zu ändern.

Kuratorium NOTSTAND DER DEMOKRATIE, Verantwortlich: Helmut Schauer, 6 Frankfurt/M., Wilhelm-Leuschner-Straße 87

[6]

AM 29. MAI IST DIE DRITTE LESUNG DER NOTSTANDSGESETZE WIR BESETZEN AM 27. MAI DAS GERMANISCHE SEMINAR[2])

Das Parlament wird sich am 29. Mai zum dritten Male die Notstandsgesetze widerstandslos vorlesen lassen. Der Notstand der Demokratie wird durch die Notstandsgesetze zum gesetzlichen Zustand erhoben. Die Notstandsgesetze stellen jede substantielle Kritik vor die Waffen der Bundeswehr. Sie garantieren den Instrumenten der Herrschaft »Objektschutz« und schaffen die legale Basis für den Klassenkampf von oben. Jeder Versuch einer vernünftigen Änderung der Gesellschaft wird als Naturkatastrophe bekämpft, fundamentale Opposition als kriminelle Handlung verfolgt. Die Notstandsgesetze sind die realen Perspektiven unserer gesellschaftlichen Entwicklung. Mit der dritten Lesung ist das protestierende Einwirken auf das Parlament verabschiedet.
Daß die Transformation der Demokratie in den Notstandsstaat sich in schamloser Hast vollzieht, ist nicht nur Folge des Zynismus der Herrschenden, sondern auch Folge der Angst vor der außerparlamentarischen Opposition. Aus Angst, daß die Massen der Lohnabhängigen über kurz oder lang die Machtfrage stellen, wirft die herrschende Gewalt den liberalen Schleier ab und präsentiert ihre Bereitschaft zur nackten Unterdrückung als Gesetz.

ES GIBT NUR EINE PRAKTISCHE ANTWORT AUF DIE FASCHISIERUNG DER GESELLSCHAFT: DIE ORGANISATION DES WIDERSTANDES.

Aber: Widerstand heißt mehr als: Aktion und Widerstandshandlung gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze. Widerstand bedeutet eine qualitative Veränderung unserer politischen Praxis.
Widerstand heißt mehr als: Umfunktionierung von Vorlesungen, mehr als Notstandsdiskussionen in den Seminaren. Aus einem befristeten oder unbefristeten Verzicht auf die Wissenschaft ergibt sich noch keine praktische Alternative.

Eine Flucht aus der Wissenschaft verändert nicht die Wissenschaft selbst. Notstandsdiskussionen in den Seminarräumen aus dem aktuellen Anlaß der Faschisierung unserer Gesellschaft kompensieren lediglich die methodische Entpolitisierung, der sich unsere Wissenschaft verpflichtet hat. [. . .]
Wir müssen unsere politischen Interessen im Studium selbst wahrnehmen. Wir stehen nicht vor der Alternative Widerstand oder Wissenschaft, sondern vor der Notwendigkeit, die Wissenschaft als kontinuierlichen Widerstand gegen die Notstandsgesellschaft zu organisieren. [. . .]

WIR BESETZEN AM 27. MAI 1968 DAS GERMANISCHE SEMINAR AUF UNBEFRISTETE ZEIT . . .

Dabei wissen wir nicht, daß die Notwendigkeit des Widerstandes noch nicht den Widerstand macht. Wir wissen vielmehr, daß die Resignation gegenüber der Politik für uns eine reale Gefahr ist. Sofern wir überhaupt eine politische Erfahrung mit dem Fach Germanistik gemacht haben, dann diese: daß es die politische Resignation produziert.
Die Germanistik ist eine Wissenschaft, die in die Notstandsgesellschaft paßt.
Sie lehrt das Interesse an der Literatur als Desinteresse an der Gesellschaft. Sie unterwirft uns der sinnlosen Prozedur, die Interpretation von Literatur und das Herstellen von Literatur über Literatur als unendliche Aufgabe zu betreiben.
Die Germanstik erwartet von uns, eine längst abgedankte bürgerliche Kultur fortgesetzt in der Innerlichkeit unserer Individualität zu reproduzieren. Sie wird uns auch im Notstandsstaat lehren, aus der realen Zerstörung individueller Existenzen ihren imaginären Reichtum zu beziehen. Der gegenwärtige Zustand der Germanistik nimmt die Rolle der Wissenschaft im Notstandsstaat vorweg: nicht nur Verzicht zu leisten auf die Frage nach dem gesellschaftlichen Sinn und der Wirksamkeit wissenschaftlicher Praxis, sondern die Praxis so einzurichten, daß diese Frage gar nicht erst aufkommt.
[. . .]
Die Organisation des Widerstandes gegen den Notstandsstaat muß die organisierte Unvernunft zerstören. Wir müssen die

Verfügung über die Produktionsmittel erlangen, um endlich über uns selbst verfügen zu können.
WIR BESETZEN AM 27. MAI 1968 DAS GERMANISCHE SEMINAR AUF UNBEFRISTETE ZEIT

Solange sich die Studenten zum Einverständnis mit der Sinnlosigkeit ihrer Arbeit bequemen, solange wird Melancholie und Zynismus zum Betriebsklima gehören. Es gilt, dieses Problem aus dem Raum persönlicher Verzweiflung in die kollektive Solidarität zu überführen. [. . .]
Fragen, die in der Germanistik immer nur individuell gestellt und in der Regel mit Fluchtreaktionen beantwortet wurden, werden mit der Besetzung kollektiv gestellt:

Was passiert gegenwärtig mit unserer Arbeitskraft?
Was können wir mit unserer Arbeitskraft anfangen?
Wie stellen wir uns sinnvolle Arbeit vor?
Wie können Forschung und emanzipatorische Arbeit vermittelt werden?

Das bedeutet nichts weniger als die Antizipation einer neuen Wissenschaft im Medium der Solidarität. Glück wird in Bibliotheksräumen vorstellbar, die uns bisher terrorisiert haben.

Es ist klar, daß die Transformation der Germanistik in eine aufklärerische Produktivkraft nicht Werk der Germanistik sein kann. Die Besetzung bedeutet daher auch produktive Rückgängigmachung der Arbeitsteilung der Disziplinen; Aufhebung der bürokratischen Kompetenzenverteilung der Fakultäten, mit der sich jede Einzelwissenschaft in die Unverantwortlichkeit salviert.

Unsere Arbeit während der Besetzung wird sein:
DIE AUFGABEN DER GERMANISTIK IM WIDERSTAND GEGEN DEN NOTSTANDSSTAAT ZU DEFINIEREN!

Ad hoc-Gruppe Notstand der Germanistik

[7] Römerbergrede[3]

Die Demokratie in Deutschland ist am Ende; die Notstandsgesetze stehen vor ihrer endgültigen Verabschiedung. Trotz der massenhaften Proteste aus den Reihen der Arbeiter, Studenten und Schüler, trotz der massiven Demonstrationen der APO in den letzten Jahren sind dieser Staat und seine Bundestagsabgeordneten entschlossen, unsere letzten spärlichen demokratischen Rechtsansprüche in diesem Land auszulöschen. Gegen alle diejenigen – Arbeiter oder Studenten –, die es künftig wagen werden, ihre Interessen selbst zu vertreten, werden Zwang und Terror das legale Gesetz des Handelns der Staatsgewalt bestimmen. Angesichts dieser Drohung hat sich in den Betrieben, an den Universitäten und Schulen seit dem Tag der Zweiten Lesung vor mehr als einer Woche eine erste Streikwelle manifestiert, die den Widerstandswillen der Bevölkerung demonstrierte.

Für uns ergeben sich daraus die Fragen: Welchen politischen Zweck muß dieser Widerstand verfolgen, wenn die Notstandsgesetze doch schon eine nahezu beschlossene Sache sind? Welchen Erfolg können unsere Streiks und Demonstrationen der letzten Zeit aufweisen, und wie können sie wirkungsvoll fortgesetzt werden? Um diese Fragen angemessen beantworten zu können, müssen wir wissen, welche Fehler in der Notstandsopposition der letzten Jahre begangen wurden.

Zu Beginn dieser Opposition hat man die Frage der Notstandsgesetze nur nach ihrer verfassungsrechtlichen Seite behandelt. Um sie zu verhindern, wurde lediglich mit den SPD-Abgeordneten und Gewerkschaftsfunktionären verhandelt. Aufklärungsarbeit in der Öffentlichkeit war wenig wirksam. Der eigentliche Fehler bestand darin, daß dadurch die Problematik der Notstandsgesetzgebung aus der wirklichen Entwicklung der bundesrepublikanischen Gesellschaft herausgelöst wurde. Vor allem die Gewerkschaften reagierten, als sei die Substanz der Demokratie in Westdeutschland unversehrt, und sie wollten nicht sehen, daß der Prozeß der inneren Zersetzung demokratischer Rechte längst begonnen hatte. [. . .]

Was aber tun die Gewerkschaftsspitzen auf Bundesebene, um

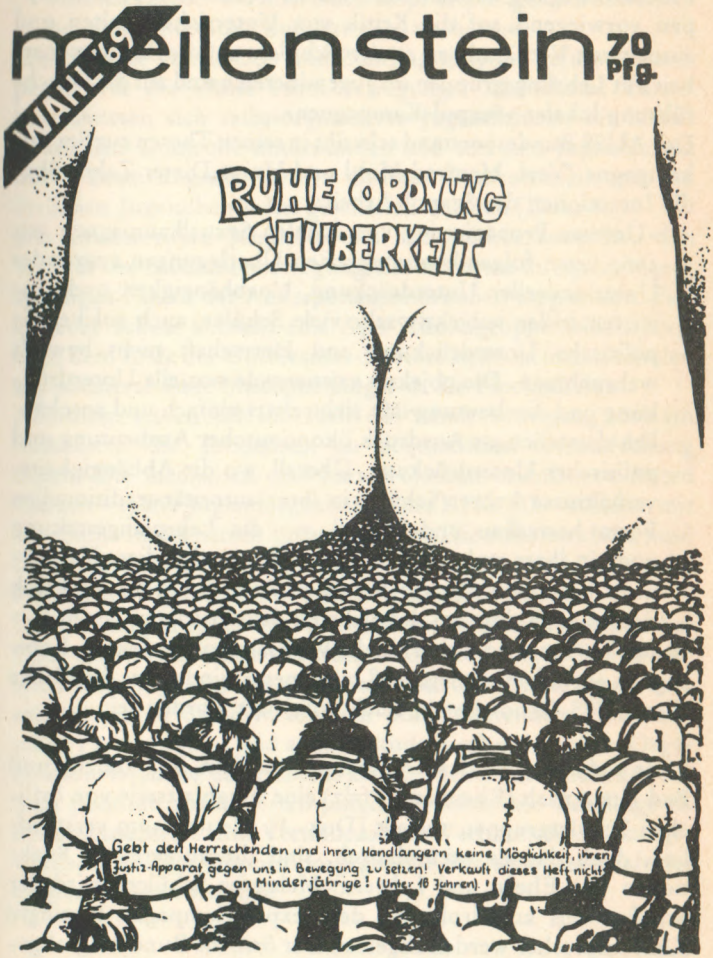
unseren Kampf zu unterstützen? Der DGB-Bundesvorstand erklärte, wenn die Notstandsgesetze in Zweidrittelmehrheit verabschiedet seien, so sei das ein legaler Gesetzesakt, und man habe sich an die neuen Bedingungen zu halten. Will der DGB nicht begreifen, daß die sozialen Ansprüche der Arbeiter von der Notstandsdiktatur weggefegt werden! [. . .]

Die heimliche Kabinettspolitik der Gewerkschaften in den Vorräumen des Bundestags ist gescheitert, denn man kann nicht ernsthaft ohne die Massen für Demokratie kämpfen. Eine soziale Demokratie lebt nur durch die aufgeklärte Selbsttätigkeit der mündigen Massen.

Daraus haben die Studentenbewegung und die außerparlamentarische Opposition die politische Konsequenz gezogen: auf die Bürokratien der Parteien und der Gewerkschaften können wir uns nicht verlassen, wenn wir nicht selbst anfangen zu handeln. Erst die oft herausfordernden Demonstrationen der Studenten haben viele Themen, welche die Herrschenden lieber verschwiegen hätten, zur öffentlichen Diskussion gestellt; so den Krieg in Vietnam, und mit der Unterstützung oppositioneller Kräfte immer wieder das Thema Notstand; in Demonstrationen, die oft blutig zerschlagen wurden. Unsere Aufklärungs- und Machtmittel sind geradezu lächerlich gering, gemessen an den gewaltigen Funk- und Fernseheinrichtungen, sowie den mächtigen Staats- und Parteiverwaltungen. Aber mit den Mitteln des Flugblatts, der ständigen Diskussion und unseren Demonstrationen haben wir erreicht, daß immer mehr Menschen lernten, wie notwendig es ist, für seine Interessen selbst und aktiv einzutreten. [. . .]

Mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze steht die Uhr auf fünf Minuten vor 12. Entweder wir beginnen jetzt mit der Organisierung des Widerstandes und mit dem Kampf für eine soziale Demokratie – oder wir kommen nie dazu. Die Losung für die nächsten Tage kann nur sein: Politischer Streik! Nur eine Welle von Streiks ermöglicht schließlich den Generalstreik. Politischer Streik am Dienstag, politischer Streik am Mittwoch, politischer Streik in den Betrieben, an der Universität und in den Schulen. Es lebe die praktische Solidarität der Arbeiter, Studenten und Schüler!

»SCHÜLER ALLER KLASSEN VEREINIGT EUCH«
DIE SCHÜLER- UND LEHRLINGSBEWEGUNG



Nachdem im Umkreis des SDS bereits einzelne unabhängige Schülergruppen (USG) entstanden sind, wird am 18. Juni 1967 auf dem »Kongreß unabhängiger und sozialistischer Schüler« in Frankfurt am Main das »Aktionszentrum Unabhängiger und Sozialistischer Schüler (AUSS)« gegründet [Dok. 1]. Neben der Teilnahme an den allgemeinen Kampagnen und Aktivitäten der Protestbewegung konzentriert sich die Arbeit der AUSS-Gruppen vorwiegend auf die Kritik von Unterrichtsinhalten und autoritären Verhältnissen an den Schulen, auf die Zusammenarbeit mit Lehrlingsgruppen im Jugendbereich und auf die Durchführung lokaler »Sexpol-Kampagnen«.
Der AUSS Bundesvorstand schreibt in seinen Thesen zur Sexualkampagne (Verf. Manfred Mohl und Horst-Dieter Zahn) über die Intentionen der Sexpol-Arbeit:

> »Unserer Propagierung von lokalen Sexualkampagnen seit 1967 lagen folgende strategischen Überlegungen zugrunde: Unter sexueller Unterdrückung, Unabhängigkeit und Unwissen leiden subjektiv sehr viele Schüler, auch solche, die politische Unterdrückung und Herrschaft nicht bewußt wahrnehmen. Die objektiv existierende sexuelle Unterdrükkung und Ausbeutung läßt sich relativ einfach und anschaulich darstellen als Ausdruck ökonomischer Ausbeutung und politischer Unterdrückung. Überall, wo die Abhängigkeitsverhältnisse Lehrer/Schüler in ihrer autoritär-traditionellen Form herrschen und überall, wo die Lehrplangestaltung noch in ihrer reaktionären Form gilt, werden diese Verhältnisse besonders für die sexuellen Bereiche gelten und sich darum auch dort am deutlichsten demonstrieren lassen.«

In den Thesen wird weiterhin die Wirksamkeit der Sexpol-Kampagnen auch damit belegt, daß mit ihnen »mindestens die Hälfte aller AUSS-Genossen« in Euch politisiert worden sei.

Ende 1969 wird an den Gymnasien von Kirn, Sobernheim und Bad Kreuznach (Rheinland-Pfalz) eine Flugblattserie von örtlichen Schülergruppen verteilt [Dok. 3]. Heute kaum verständlich, doch damals exemplarisch, sind die aufgeregten Reaktionen von Eltern und Lehrern: Mehreren Schülern wird der Schulverweis angedroht, an der Sexpol-Kampagne beteiligte Klassensprecher werden abgelöst. Der örtliche Bundestagsabge-

ordnete, Wilhelm Dröscher (SPD), dessen Tochter ebenfalls von Sanktionsmaßnahmen der Schulleitung betroffen ist, wendet sich an die Schulleitung:

»Wir warnen davor, daß ein Lehrerkollegium glaubt, sich gegen den Geist der Zeit stellen zu müssen, und mit konservativen Methoden den Aufstand der Jugend unterdrücken zu können glaubt. Wo man einen Kopf abschlagen wird, werden bei dieser Methode hundert nachwachsen.«

Eine weitere vom AUSS und Lehrlingsgruppen geführte Kampagne war die »Rote-Turm-Bewegung«. Als »Roter Turm« bezeichneten sich selbstorganisierte Jugendhäuser, die keiner staatlichen Kontrolle unterstanden und von den Jugendlichen durch Besetzungsaktionen in direkter Konfrontation mit den örtlichen Jugendbehörden geschaffen wurden [Dok. 4, 5].

Die antiautoritäre Schülerrevolte holt in kürzester Zeit den Vorlauf der Studentenbewegung ein und wird zu einem eigenständigen Faktor der Außerparlamentarischen Opposition. Fast an jeder Schule entsteht eine Apo-Schülergruppe. Noch Jahre nach dem Ende der Universitäts-Revolte strömen in den Schulen anpolitisierte linke Studienanfänger in die Hochschulen.

Allerdings setzen sich innerhalb der Schülerbewegung auch am schnellsten die Tendenzen zu dogmatischer Vereinfachung durch. Die maoistisch und hart proletkult-orientierten Roten Garden – später Jugendorganisation der KPD/ML – erhalten mit aus China importierten Losungen wie »Die Arbeiterklasse muß bei allem die Führung innehaben – Jeder Lehrer ein Jahr in die Produktion« gerade unter Schülern enormen Zulauf.

Die Lehrlingsgruppen der APO-Zeit waren meist kurzlebig. Am Ende der Revolte fanden sie schnell Eingliederung in die gewerkschaftliche Jugendarbeit oder mauserten sich zu beliebten Vorzeigeprojekten der diversen sich konstituierenden »proletarischen Parteiansätze« und anderer studentisch dominierter Organisationsversuche der Arbeiterklasse. Heute sind viele der damals politisch sozialisierten jungen Arbeiter und Lehrlinge als linke Betriebsräte und Vertrauensleute Vertreter einer innergewerkschaftlichen Opposition gegen die Sozialpartnerschaft der Gewerkschaftsvorstände.

[1]

Es gibt Schüler, die machen jetzt nicht mehr mit!

Die Schüler der Bundesrepublik sind eine unverhältnismäßig rechtlose und unterdrückte Gruppe. Sie sind abhängig von demokratisch nicht kontrollierten Instanzen:

- von einer Schule mit überholter Autoritätsstruktur und
- von einem Elternhaus, das alle »erzieherischen« Mittel in der Hand hat.

Die Schule in der Bundesrepublik ist doch undemokratischer in ihren Inhalten als die bundesrepublikanische Gesellschaft im Durchschnitt.

An der Schule gelten noch immer die Gesetze aus vordemokratischen Zeiten. Die Ausbildungsinhalte unserer Schulen dienen in erster Linie der Anpassung der Schüler an ein formal pluralistisches, inhaltlich aber undemokratisches und inhumanes Gesellschaftssystem.

Wir fordern:
Eine demokratische Schule
in einer demokratischen Gesellschaft

SMV und Schülerzeitung sind heute die »demokratischen« Feigenblätter einer undemokratischen Schule in einer formal demokratischen Gesellschaft. Sie sind bis heute Instrumente zur Verschleierung der autoritären Struktur der Schule geblieben. Alle Versuche, sie zu wirksamen Organen demokratischer Kontrolle zu machen, sind gescheitert.

[. . .]

Wir fordern:
Einführung demokratischer Kontrollorgane an der Schule

Es wird endlich offen sichtbar, daß die stets beredete Schulreform und die stets beschworene Ausbildungsplanung endgültig vertagt werden sollen. Immer häufiger und immer drastischer wird in der letzten Zeit in den Bildungssektor zuungunsten von Lehrern und Schüler eingegriffen. Jetzt soll die

Finanzmisere der Länder und die Finanzkrise des Bundes auf dem Rücken von Lehrern und Schülern ausgetragen werden. Schulreform und Ausbildungsplanung werden ersetzt durch die individuelle Anstrengung aufopferungsvoller Lehrer oder durch die autoritäre Disziplinierung der Schüler.
Die Ursachen dieser Zustände müssen von den Schülern begriffen, die Kritik an diesen Zuständen von den Schülern selbst geführt werden. Es genügt nicht mehr, daß sie von ohnmächtigen Kultusministern in Feieransprachen beredet werden, daß sie von soziologischen Instituten analysiert, von den zensierten Institutionen der SMV vertagt und im publizistischen Garten der Schülerzeitung formuliert werden:

Darum fordern wir:
Verwirklichung des Rechtes
auf politische Organisierung der Schüler an der Schule selbst

Darum haben wir uns zum
AKTIONSZENTRUM UNABHÄNGIGER
UND SOZIALISTISCHER SCHÜLER (AUSS)
zusammengeschlossen (bislang Gruppen in ca. 20 Städten).

Wir werden unsere Kritik vortragen und unsere Forderungen begründen auf dem ersten
Kongreß unabhängiger und sozialistischer Schüler
am 18. Juni 1967 in Frankfurt am Main.

[2][1)]

KOOP
KOOPERATIVE

ANTIAUTORITÄRE WOCHENZEITUNG - FRANKFURT AM MAIN - 3o. MÄRZ 1969 - PREIS DM 0,80

BANDITEN ORGANISIERT EUCH!

Anstatt mit Reformen und politischen Argumenten reagieren die herrschende Clique und ihre Handlanger auf Forderungen der Studenten , Arbeiter und Lehrlinge bundeseinheitlich mit Disziplinierungsmaßnahmen.
In der ersten Woche des neuen Semesters sollen sechs Studenten von der Universität Frankfurt ausgeschlossen werden. Ihnen wird vorgeworfen, " die Ordnung des akademischen Lebens gestört zu haben", was bedeutet, daß sie eine Diskussion über eine Verordnung des Kultusministeriums forderten, durch die die Lehrerausbildung erheblich verschlechtert wurde, und daß sie verlangten, die Zulassungsbeschränkungen zur Universität aufzuheben. Genau diejenigen also, die die Klassenuniversität bekämpfen, trifft der Justizterror am härtesten, ihre materielle Existenz wird zerstört.

Parallelen zu diesen "Disziplinierungsmaßnahmen" findet man überall in der Gesellschaft. Lehrlingen, die an den Notstandsdemonstrationen teilnahmen, wurde gekündigt, Schüler werden wegen ihrer politischen Aktivitäten von der Schule verwiesen. Wer es noch nicht begriffen hatte, muß jetzt erkennen, daß man nicht nur gegen die Studenten - "diese Banditen" - (Rüegg in einem Fernsehinterview) mit allen Mitteln vorgehen wird - ganz offen zur "Rechtshilfe" greift - sondern gegen alle oppositionellen Kräfte der Gesellschaft.
Die Verfahren, die jetzt an der Frankfurter Universität laufen, stützen sich auf ein Gesetz aus dem Jahre 1879 (das u. a. Paragraphen wie unsittlicher Lebenswandel, Erregung öffentlichen Ärgernisses wegen Trunkenheit und Verletzung des Anstandes enthält). Dieses Gesetz - natürlich bezieht sich die Anklage noch auf Nebenparagraphen wie Störung des Wissenschaftsbetriebes - soll jetzt als Legitimation dafür herhalten, Studenten, die sich nicht zu Funktionären der Herrschenden ausbilden lassen wollen, sondern an der Universität für die Interessen der lohnabhängigen Massen eintreten, aus der Universität zu feuern.
Denn immer noch sind es noch sieben Prozent Arbeiterkinder, die zu einem Studium kommen, immer noch können in aller Ruhe Rüstungsaufträge bei Chemikern und Soziologen durchgeführt werden, immer noch sind die Profite der Industriebonzen durch die Ausbildung von gewinnbringenden Fachidioten gesichert.

Unterstützt den Kampf der Studenten gegen die Relegationsversuche der Professoren. Er ist gleichbedeutend mit dem Kampf, die Universität den Massen zu öffnen.

[3]

SEXPOL-INFO 3

Kritik der spießbürgerlichen Moral und der Kolle-Lust[2)]

Neben denen, die sich in ihren sexuellen Träumen nicht stören lassen wollen und beabsichtigen, uns wegen »Sauereien« anzuzeigen, und jenen Lehrern, die sich an stilistischen Mängeln unserer Flugblätter festbissen, um von der wirklichen Problematik abzulenken, wurde unsere Sexpol-Kampagne auch von Schülern kritisiert, die meinten, der innere Zusammenhang sei nicht klar genug, oder man wisse schon alles durch Kolle. Wir akzeptieren diese Kritik teilweise, aber:

Es geht uns hier weder um die Verbreitung von »Sauereien« – (die findet man in der bürgerlichen Presse und in gutbürgerlichen Bücherschränken zur Genüge) – noch um Stilfragen, sondern es geht hier um Politik, das heißt: um die Fähigkeit, seine Interessen zu erkennen und zu vertreten. Wenn auch einige Lehrer, wie z. B. der Pädagoge Dr. Vogt aus Sobernheim, glauben, »Sexualität habe nichts mit Politik zu tun«, so erkennt man doch an den nervösen Reaktionen anderer Lehrer und vieler Eltern, daß diese fürchten, die Schüler könnten ihre Interessen erkennen, das heißt: sexualpolitisch denken und handeln.

Zu dem Vorwurf, wir würden nur aufbrühen, was Kolle längst gesagt habe, muß man erwidern, daß Kolle nur profitträchtige, rein mechanische Scheinfreiheit liefert, die den Geschlechtsakt zur Turnübung degradiert. Wir bemühen uns, erst da anzufangen, wo Kolle aufhört, denn wir sind der Meinung, daß sexuelle Aufklärung und die Anti-Baby-Pille nur technische Mindestvoraussetzungen einer freien Sexualität sind. Wir formulieren unsere Kritik an der unmenschlichen Sexualmoral dieser Gesellschaft im Zusammenhang mit unserer Kritik an der bestehenden Gesellschaftsordnung – und genau das tut Kolle bewußt nicht!

Immer noch ist es so, daß einer wirklichen sexuellen Emanzipation der Menschen handfeste Interessen unserer Gesellschaftsordnung und der durch die Mächtigen, entgegenstehen. Eine weise Erkenntnis des Altertums sagt: »Ein

gesunder Geist in einem gesunden (Unter-)Leib.« Gerade an der Gesundheit des Unterleibes sollen wir aber nach der herrschenden Moral nicht denken. Warum? Weil der durch den »gesunden Leib« entstehende »gesunde Geist« freier, unbelasteter und kritischer wäre.

Um die unfreien und damit auch die unkritischen Individuen herzustellen, die diese – auf an sich überflüssige Herrschaft aufgebaute – Gesellschaft braucht, schafft sie eine künstliche Unterteilung der menschlichen Sexualität in »reine« (in Wirklichkeit oft perverse) und »schmutzige, sinnliche« Moral. Diese Gesellschaft und ihre Moral hält die Menschen mit Hilfe künstlich erzeugter Sexualangst gehemmt und unfrei und verändert so sexuelle Energien in Ehrgeizlertum und Leistungsstreben, was wiederum den Mächtigen in der Gesellschaft zugute kommt. Wenn die Sexualität lange genug teils unterdrückt, teils umgeleitet, teils an die Kette gelegt worden ist und der so behandelte Mensch anpassungsfreudig und gehorsam geworden ist, dann nimmt die Gesellschaft ihn schließlich in den Produktionsprozeß des »Großen Ganzen« auf – als strebsames, pünktliches und funktionswilliges Rädchen, belastet mit einem (für die Gesellschaft) »gesunden« Mangel an Selbstbewußtsein und jeder Art von Manipulation zugänglich.

Der Weg dorthin führt über zahlreiche Sexualkrüppel. Die Opfer dieser Vergewaltigung sind wir mehr oder weniger alle. (Auch die Verfasser natürlich, wie einige Lehrer mitdenkenderweise erkannten). Denn wer in einer lustfeindlichen Gesellschaft ohne Neurosen ist, hat Seltenheitswert.

Zwar werden Eltern, Lehrer und Schüler nur selten zugeben, daß sie unter Schuldgefühlen leiden wegen Onanie, Impotenzangst, Pornolust, homosexuellen und sadistischen Neigungen, weil sie nicht einsehen können, daß gerade diese Verhaltensweisen, die von der herrschenden Moral dieser Gesellschaft streng verurteilt werden, gerade durch diese Moral erst hervorgerufen werden.

Kaum einer wird Auskunft geben, warum er so leistungsbetont arbeitet, Sport treibt, Briefmarken sammelt, warum er so gerne dreckige Witze hört und mit wirklichen und erfunde-

nen Sexualerlebnissen protzt. Aber auch Eigenschaften wie krankhaftes Leistungsstreben, Aggressivität, Nervosität, Brutalität, übertriebene Genauigkeit und Pünktlichkeit, übersteigertes Pflicht- und Ehrgefühl sind durch sexuelle Unterdrückung zu erklären. Daß die oben aufgeführten charakterlichen Eigenschaften sowie ihre konsequente Weiterentwicklung zum Hitlerfaschismus geführt haben, ist allgemein bekannt.

Am meisten leiden unter diesem Mechanismus diejenigen Menschen, die ihm schon am längsten unterworfen sind, also die Erwachsenen. Hier interessieren uns besonders die Lehrer und Eltern. Sie sorgen automatisch und meist völlig unbewußt dafür, daß die Unterdrückung erhalten bleibt, denn die verdrängte Sexualität wird ersetzt durch Leistungs- und Ordnungsvorstellungen, die auf die Jugendlichen übertragen werden. Die durch sexuelle Frustration bedingte ungeheure Aggressivität zeigt sich dann vielfach in völlig sinnlosen Forderungen nach Sauberkeit, Ordnung, Respekt, deren Nichtbefolgung durch die Kinder unbewußt begrüßt wird, weil sie Anlaß zur Strafe bietet. Wohl kaum ein Vater ist sich bewußt, daß er sich sexuell abreagiert, wenn er seine Kinder (z. B. Töchter) durch Schläge straft.

Wir stehen vor dem Problem, daß ein sexuell unterdrücktes Menschenwesen, wie besessen seine eigene Knechtschaft verteidigt, indem es sich hinter einer lustfeindlichen Sittlichkeit und einer unmenschlichen Moral verschanzt und seinen Trieben durch das Türchen der Doppelmoral nachgeht.

Tatsache ist, daß die Prostitution fast nur von anständigen Familienvätern lebt, daß Pornoliteratur gerade in den Nachttischen züchtiger Ehefrauen zu finden ist, daß gerade die anständigen Frauen durch das Gerede über Orgien anderer die eigene Triebhaftigkeit befriedigen, daß gerade die »männlichen« Männer, die eine Frau nur als Jungfrau akzeptieren, aus Potenzangst danach trachten, möglichst viele Mädchen »umzulegen« (Bürgerjargon), um sich so ihre Männlichkeit zu beweisen.
Das ganze nennt sich sauber und ist zum Kotzen!
Wer als Jugendlicher sieht, wie trostlos eine Sexualität ist, die sich in der Verrichtung von Notdurft und weiblichen Abor-

ten (Prostitution), im männlichen »Nehmen« und im weiblichen »Über-sich-Ergehenlassen« in abwegigen Gelüsten und schwülstigen Träumen, in abgestumpften ehelichen Bahnen und gierig-hastigem Verkehr im trauten Heim erschöpft, eine Sexualität, die bestimmt ist durch Angst und Schuldgefühle, sowie die ständige Unterdrückung weiblicher Lust und ununterbrochener Erniedrigung der Frau, einer Sexualität, die auf dem Privateigentum an Menschen beruht, sich in ständigem Existenzkampf mit krankhaftem Ehrgeiz, Pünktlichkeit und Sauberkeit befindet, einer Sexualität, die im Zuge der sexuellen Ausbeutung (Werbung) nur scheinbar freier wird und durch Oswald Kolle nur sehr mager mit Rücken- und Hocklage bei rotem Licht, Filme und frustrierendem Gruppensex bereichert, besser gesagt, erleichtert wird, der sollte sich fragen, ob das wirklich seine Interessen sind, oder ob es nicht eine menschenwürdigere Form von Sexualität geben könnte, in einer Gesellschaft, die so frei ist, daß sie sich lustbetonte, freie, unabhängige, kritische Individuen leisten kann.

Projektgruppe
SEXUALITÄT UND
POLITIK

[4]

SEX-POL-NORD GEGEN BÜROKASTRATEN

SEX-POL: Das war eine internationale Bewegung in den 30er Jahren, die ausging von der Organisationsfrage der Arbeiterparteien und der linken Jugendgruppen. SEX-POL stellte innerhalb der politischen Arbeit gefährliche Verkrampfungen sexueller Art fest und sah eine direkte Folge dieses Verdrängungs-Systems im Faschismus. SEX-POL kämpfte für freien Geschlechtsverkehr und seine technischen Voraussetzungen: Räume und Verhütungsmittel. –
Reichen diese Ziele heute noch aus? Und reichte der Kampf um sie aus in den 30er Jahren und heute? Nein! Wenn wir heute nur um die Pille kämpfen, so wäre das eine halbe Sache.

Man kann sich nicht die Füße waschen wollen und die Socken anbehalten.
SEX-POL heute umfaßt mehr. Damals wirkte schon das bloße Aussprechen verschwiegener Bedürfnisse aufklärend. Heute wird gesagt und gezeigt auf Teufelkommraus, aber nichts können wir selber machen, wenns hoch kommt onanieren. Senat und westdeutsche Sexualbürokratie betreiben Angst-Pädagogik und Tripper-Logik und nennen das Ganze befriedigt »Aufklärung«. Insgeheim sind sie froh über die Jasmin- und Twen-Presse. Von der wollen sie lernen, wie man's sagt. Von uns können sie lernen, wie man's macht. Und wir müssen lernen, daß man macht, was man sagt.

Deshalb:

SCHÜLER ALLER KLASSEN,

VEREINIGT EUCH!

- Lassen wir uns nicht von Ärschen, die sich selber kaum hochkriegen, ins Bett dreinreden!
- Verjagen wir die Bürokastraten wo wir sie treffen.

DEMONSTRATION
zum Rathaus Reinickendorf

[5]

AUSS SDS ROTER TURM AUSS SDS ROTER TURM

Aufruf zur Gründung des antiautoritären Jugendheims ROTER TURM

Schülerinnen und Schüler aller Klassen!
Kommt heute, Freitag, den 28. März 1969 – am 98. Jahrestag der Pariser Kommune – massenhaft in den ROTEN TURM (ehemals Basler-Tor-Turm) und gründet zusammen mit AUSS, SDS und dem Initiativausschuß Roter Turm das erste antiautoritäre Jugendheim in Karlsruhe.

Wir haben es satt, in den städtischen Jugendheimen länger um Räume und Arbeitsmöglichkeiten zu betteln, uns von reaktionären Heimleitern Moralpredigten halten und um 22 Uhr in der Arbeit stören zu lassen.

Wir haben es satt, uns den Initiationsriten des reaktionären Stadtjugendausschusses Karlsruhe zu unterwerfen, die für kritische Jugendorganisationen erdacht wurden, um zu verhindern, daß sie Gelder aus den millionenbestückten staatlichen Jugendplänen erhalten.

Wir haben es satt, uns von Parteien, Kirchen, Schulen, Unis, SMVs, AStAs etc. abhängig machen zu müssen, um die Arbeitsmittel zu erhalten, die wir dringend benötigen.

Wir haben es satt, uns mit bürgerlichen Eltern um das Recht zu streiten, unsere Post selbst zu öffnen, unsere Lektüre, Filme, Platten etc. selbst auszuwählen, über unsere Freizeit selbst zu bestimmen.

Wir haben es satt, uns wegen unserer erotischen Beziehungen permanent terrorisieren zu lassen.

Wir haben es satt, daß kritische Schüler in konzertierten Aktionen zwischen Direktoren, Eltern, Jugendpflegern und Polizei fertiggemacht und für ihre Kritik mit schlechten Noten, erniedrigenden Verhören und Schulverweisen bestraft werden.

Wir haben es satt, uns einen sinnlosen Lehrstoff aufoktroyieren zu lassen und unsere Zeit mit staatlich verordneter Beschäftigungstherapie zu verschwenden.

Wir haben die repressive Behandlung durch Jugendbehörden, Elternhaus und Schule endgültig satt. Deshalb gründen wir heute am 98. Jahrestag der Pariser Kommune das antiautoritäre Jugendheim ROTER TURM, das allen Jugendlichen im Kampf für ihre praktische Emanzipation zur Verfügung steht. Dort werden wir der beschissenen staatlichen »Jugendpflege« (schon dieses Wort ist blanker Hohn!) eine konkrete Alternative entgegensetzen.

Ein antiautoritäres Jugendheim ist ein Ort, an dem wir permanent arbeiten können, ohne von Hausmeistern abhängig und von autoritären Scheißern überwacht zu werden.

Ein antiautoritäres Jugendheim enthält neben den Arbeitsräumen eigene Wohnräume, in denen Genossen, die zu Hause rausfliegen, übernachten und wohnen und in dem wir zu Tagungen anreisende Genossen jederzeit unterbringen können.

Ein antiautoritäres Jugendheim soll über alle Arbeitsmittel verfügen, die wir für eine emanzipative Praxis benötigen, also Abzugsmaschinen, Telefon, Strom, Schreibmaschinen, Tonbandgeräte und Plattenspieler, feste Adresse, eigenes Konto, Bibliothek, Musikzimmer, Bar, Küche, Bad, Toiletten etc.

AUSS SDS ROTER TURM AUSS SDS ROTER TURM AUSS SDS ROTER TURM AUSS

Aufruf an alle Lehrlinge!

WER kennt nicht die vergiftete Atmosphäre im Betrieb ?

WER kennt es nicht: die Antreiberei der Arbeiter untereinander - die Brüllerei die Unnachgiebigkeit gegenüber Untergebenen - gegenüber Lehrlingen - das Radfahren - das "nach dem Munde reden".

WER weiß nicht , daß es gefährlich ist gegen seine Vorgesetzten zu reden , weil es diesen schon nach kurzer Zeit hinterbracht worden ist.

WER kennt nicht die schönen Sätze:"Das ist halt' so", oder " das hat es schon immer gegeben."

Lehrlinge! Wer von Euch weiß nicht,daß man in den Arbeiterfamilien noch immer jede Mark umdrehen muß, um die Wuchermieten zu bezahlen, um die Familie durchzubringen, um Konsumartikel zweiter Art, die immer schneller auseinanderfallen, anzuschaffen.

Warum vergeßt ihr, daß man es immer noch mit Kapitalisten zu tun hat, die gerade etwas mehr abfallen lassen, als man für die nackte Existenz braucht.

Diese Leute, die Unternehmer, Manager,Aktionäre, haben ein reibungsloses System der Manipulations- und Druckausübung entwickelt, das wirklich modern genannt werden muß.Sie beherrschen die Industrie und damit den Staat!

Der BDI (Bund deutscher Industrie),der Dachverband der Großindustriellen, drückte über seine Handlanger in den Parteien 1968 die Notstandsgesetze durch. Sie sollen gegen die Arbeiterschaft auch in Kriesenzeiten Ausbeutung und Profit mit allen, selbst militärischen Mitteln, aufrechterhalten.

Diese Leute, die Kapitalisten, setzten Begriffe wie: "Betriebsgemeinschaft ", "Mitarbeiterschaft", "Betriebsfrieden" "Sozialpartnerschaft", "Betriebsklima" und ähnliches an die Stelle früherer brutaler Parolen.

Man soll sich nies vorkommen , wenn man aufmuckt!

Dabei haben gerade die Lehrlinge genug Grund, endlich einmal aufzumucken,denn die "Ausbildung" der Lehrlinge bedeutet noch immer A u s b e u t u n g !!

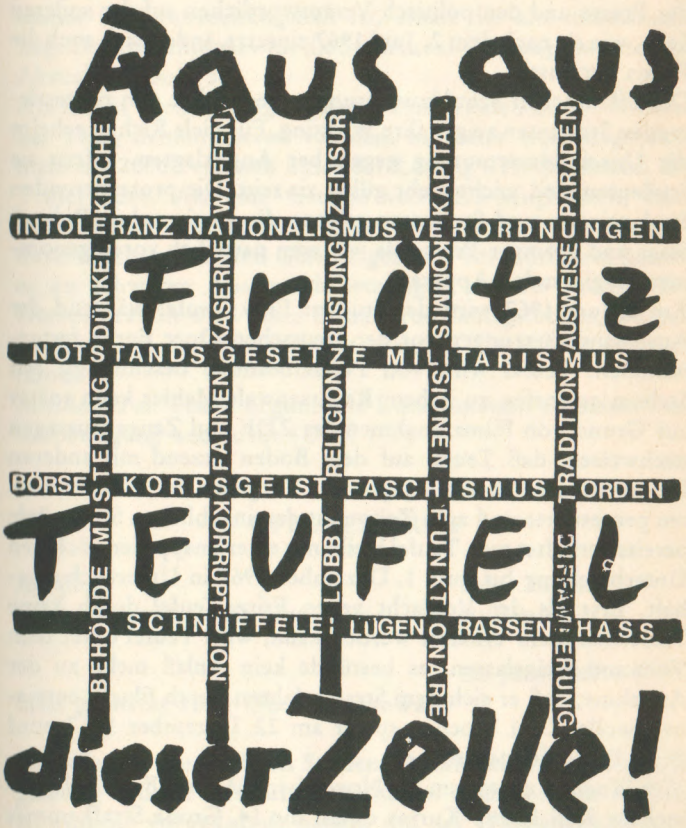
In der Praxis sieht das folgendermaßen aus:

Da der Lehrling im ersten Lehrjahr noch nicht den gewünschten Profit abwirft, wird er für Nebenarbeiten, für die in krassen Fällen evtl.noch eine zusätzliche Hilfskraft benötigt würde, wie z.B. Werkstatt saubermachen,Botengänge erledigen,Kaffee kochen, Bierholen und ähnliches mehr. eingesetzt. Nebenbei lernt er dann noch typische Berufsfertigungen.

Nach einem Jahr kann er unter Umständen voll ausgebildet sein (dabei ist diese Ausbildung zwangsläufig gegenwartsbezogen und nur begrenzt für die spätere Arbeit geeignet.

Es besteht aber auch meistens kaum Interesse an gut ausgebildeten Arbeitern , da die Arbeitsprozesse hochspezialisiert sind und eher ein gründliches Einarbeiten als eine Lehre voraussetzen.

Im zweiten und dritten Lehrjahr verschärft sicht die Lage hinsichtlich der "Ausbeutung" für den Lehrling noch mehr, da dieser, nunmehr oft voll im Arbeitsprozess stehend, gegenüber den weitaus teureren Gesellen und Facharbeitern mit der ihm zukommenden "Ausbildungsbeihilfe" eine nur zu billige Arbeitskraft für den Unternehmer darstellt.


Raus aus
Fritz
TEUFEL
dieser Zelle!
KIRCHE
WAFFEN
ZENSUR
KAPITAL
PARADEN
INTOLERANZ
NATIONALISMUS
VERORDNUNGEN
DÜNKEL
KASERNE
RÜSTUNG
KOMMIS
AUSWEISE
NOTSTANDS GESETZE
MILITARISMUS
MUSTERUNG
FAHNEN
RELIGION
SIONEN
TRADITION
BÖRSE
KORPSGEIST
FASCHISMUS
ORDEN
BEHÖRDE
KORRUPTION
LOBBY
FUNKTIONÄRE
VERDUMMUNG
SCHNÜFFELEI
LÜGEN
RASSEN
HASS

Bis zu den Ereignissen am 2. Juni 1967 in West-Berlin reagierten die Justizorgane eher zurückhaltend auf die studentische Protestbewegung. Die am 26. Januar 1967 von der Berliner Polizei beschlagnahmte Mitgliederkartei des SDS wird am 31. Januar in versiegeltem Zustand auf Anordnung des zuständigen Amtsrichters ungeöffnet zurückgegeben. Die am 5. April 1967 unter großem öffentlichem Aufwand festgenommenen »Pudding-Attentäter« sind schon am 7. April wieder auf freiem Fuß, da der zuständige Haftrichter den Antrag der Polizei auf Erlassung von Haftbefehlen abgelehnt hat. Mit der harten Konfrontation zwischen Studentenbewegung auf der einen Seite und großen Teilen der Presse und den politisch Verantwortlichen auf der anderen Seite, wie sie nach dem 2. Juni 1967 einsetzt, ändert sich auch die Praxis der Justiz.

Die öffentlichen Schuldzuweisungen gegenüber den protestierenden Studenten zeigen ihre Wirkung. Für viele Richter scheint die Unschuldsvermutung gegenüber Angeklagten, sofern sie Studenten sind, nicht mehr gültig zu sein. Die protestierenden Studentinnen und Studenten erleben die Justiz neben Polizei, Staat und Springer-Presse als weiteren parteilich voreingenommen reagierenden Apparat.

Am 2. Juni 1967 wird der Student Fritz Teufel während der Auseinandersetzungen vor der Deutschen Oper Berlin festgenommen. Teufel wird von Polizeibeamten beschuldigt, mit Steinen geworfen zu haben. Rechtsanwalt Mahler kann später auf Grund von Filmaufnahmen des ZDF und Zeugenaussagen nachweisen, daß Teufel auf dem Boden sitzend mit anderen Demonstranten friedlich gegen das Vorgehen der Polizeibeamten protestierte und zum Zeitpunkt der angeblichen Steinwürfe bereits verhaftet war. Teufel bleibt mit einer knapp vierwöchigen Unterbrechung bis zum 1. Dezember 1967 in Untersuchungshaft. Erst als der Verdacht gegen Fritz Teufel durch keine Tatsachen mehr erhärtet werden kann, wird Teufel unter dem Vorwand freigelassen, es bestünde kein Anlaß mehr zu der Annahme, daß er sich dem Strafverfahren durch Flucht entziehen wolle. Drei Wochen später am 22. Dezember 1967 wird Fritz Teufel freigesprochen.

Vier Wochen zuvor, am 21. November 1967 war Kriminalobermeister Karl-Heinz Kurras durch die 14. Große Strafkammer

des Berliner Landgerichts von dem Verdacht der fahrlässigen Tötung des Studenten Benno Ohnesorg freigesprochen. Das Gericht stellte fest, es gebe »keine Anhaltspunkte für eine vorsätzliche Tötung oder eine beabsichtigte Körperverletzung durch einen gezielten Schuß«. In der Urteilsbegründung räumt der Vorsitzende Richter, Landgerichtsdirektor Geus, ein, dieses Urteil habe »auch das Gericht nicht befriedigt«: »Kurras weiß mehr, als er sagt, und er macht den Eindruck, als wenn er in vielen Dingen die Unwahrheit gesagt hat«.
Mit dem Freispruch von Polizeiobermeister Kurras zu einem Zeitpunkt, als Fritz Teufel unter zweifelhaften Vorwänden noch immer in Untersuchungshaft ist, erhält der alte marxistische Begriff »Klassenjustiz« für die Studentenbewegung unmittelbare Aktualität [Dok. 5].
Am ersten Verhandlungstag gegen Fritz Teufel, am 27. November 1967, demonstrieren vor dem Moabiter Gerichtsgebäude mehr als 2000 Personen unter der Losung »Treibt Moabit den Teufel aus«. Als eine Gruppe von SDS-Mitgliedern, Rudi Dutschke an ihrer Spitze, versucht, eine Polizeiabsperrung zu durchbrechen und zum Gerichtsgebäude vorzudringen, kommt es zu schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei. Die Demonstration wird unter Einsatz von Schlagstöcken, Wasserwerfern und berittenen Beamten durch die Polizei aufgelöst [Dok. 8].
Mit dem Fall Teufel beginnt die Konfrontation zwischen Protestbewegung und Justiz [Dok. 1–7].

[1] OFFENER BRIEF

An den
Oberstaatsanwalt Kuntze

Peter Bracht
stud. phil.

10. Juni 1967

Sehr geehrter Herr Oberstaatsanwalt!

Wir alle (die anständigen Studenten nämlich) haben uns sehr gefreut, daß Sie diese ungewaschenen Radaubrüder von der Kommune vorgeknöpft haben, um der Öffentlichkeit (und

wahrscheinlich Ihnen selbst) zu beweisen, daß unsere Gesellschaft immer noch keine formierte ist.
Gefahr erkannt – Gefahr gebannt. Großen Dank also, daß Sie den Mut hatten, eine Anklageschrift zu verfassen, aus der ein solch gesunder Humor spricht, daß der der Kommune-Pamphlete daneben zum schwarzen wird. Unsere Anerkennung, mit welch unbürokratischer Geschwindigkeit Sie diesen Beweis Ihrer geistigen Potenz in Szene setzten.
Leider, leider ist Ihnen aber nun ein kleiner Kunstfehler unterlaufen, indem Sie diese gefühllosen Rowdies zum Psychiater schicken wollen. Dagegen müssen wir scharf protestieren! Besteht doch jetzt wieder die Gefahr, daß diese Subjekte, als unzurechnungsfähig erklärt, von unserer »im Namen des Volkes« milde handelnden Justiz einen Gratisaufenthalt (auf unsere Kosten) in einem dieser fortschrittlichen Heime für geistig Minderbemittelte vermittelt bekommen.
Das aber darf nicht passieren!
Das müssen Sie – gerade Sie! – zu verhindern suchen.
»Rübe ab!« wäre wohl das, was diese Kommunisten verdient hätten – aber als aufgeklärte Studenten können wir das ja heute nicht mehr fordern. Zudem brauchen wir diese Rädelsführer dringend an der Universität – verurteilt als Erreger der studentischen Pest. Wenn sie nämlich, die in ihrer Dekadenz das deutsche Volkstum besudeln, in einem Idiotenheim verschwinden, können sie uns nicht mehr als Alibi dienen. – Bis jetzt nämlich haben wir die Bevölkerung glauben machen können, es gäbe nur diese Minderheit der radikalen Kommune. Wenn Sie uns diese Provos nehmen, könnte zutage kommen, daß es noch viel mehr Kommunisten an dieser Universität gibt. Diese Schmach müssen Sie den Berlinern, vor allem aber uns – den hart und fleißig arbeitenden Studenten – ersparen! – Deshalb: Machen Sie sich noch einen schönen Prozeß – und dann geben Sie diesen Teufel in Menschengestalt wieder frei!

gez. Peter Bracht

[2]

Erklärung der am Hungerstreik zur Freilassung Fritz Teufels Beteiligten (21. Juni 1967)

Seit 18 Tagen sitzt Fritz Teufel in Untersuchungshaft. Die Aussage zweier Polizeibeamter, er habe möglicherweise einen Stein geworfen, hat dem Staatsanwalt als Haftgrund genügt. Der durch Fotos belegte Landfriedensbruch von mit Totschlägern bewaffneten Jubelpersern hat keine derartigen Konsequenzen gehabt.
Unser Kommilitone Fritz Teufel ist gestern abend in den Hungerstreik getreten, um gegen seine Inhaftierung zu protestieren. Wir haben uns ihm angeschlossen und üben damit Solidarität mit einem, der uns als abschreckendes Beispiel vorgeführt werden soll. Wir begeben uns selbst in eine haftähnliche Situation und machen der Exekutive damit deutlich, daß sie nicht auf Zeit, auf Trägheit und Vergessen der studentischen Opposition rechnen kann.
Mit dem Hungerstreik haben wir eine Form gewählt, die es uns ermöglicht, unseren Protest zu artikulieren, ohne daß die staatlichen Instanzen Gelegenheit finden, diesen Protest durch Polizeimaßnahmen aufzulösen. In der Geschichte des politischen Widerstandes hat der Hungerstreik eine gute Tradition. Wir sind illusionslos genug, die Ohnmacht dieses Protests zu sehen. Wir führen ihn dennoch durch, weil wir begriffen haben, daß Zynismus und Resignation in den Reihen auch der bewußten Teile der studentischen Opposition entstehen könnten, wenn sogar diese elementare Form menschlicher Solidarisierung mit unserem inhaftierten Kommilitonen unterbliebe. Wir haben uns an die Kirche gewandt, weil wir hofften, sie würde sich ähnlich wie in Spanien und Südamerika mit denen solidarisieren, die gegen Hunger, Elend und die verschiedensten Formen der Unterdrückung kämpfen. Die Empfehlung der Regional-Kirchenleitung und die Entscheidung des Gemeindekirchenrates deuten darauf hin, daß die praktisch politisch engagierten Christen innerhalb der konservativen Grundstruktur der Kirche ebenso eine Minderheit bilden wie wir.

Die Inhaftierung von Fritz Teufel zeigt, was jedem politisch nicht Angepaßten in dieser Gesellschaft droht. Wir fordern alle Studenten auf, sich mit unserem Protest zu solidarisieren und sich dem Hungerstreik anzuschließen.
Die solidarische Aktion für unseren Kommilitonen Fritz Teufel ist nicht zu trennen von den politischen Forderungen, welche die Studentenschaft in den letzten Wochen erhoben hat:

1. Abschaffung der politischen Polizei, welche die antiautoritäre Opposition bespitzelt.
2. Ablösung der Polizeiführung
3. Nummern an den Polizeiuniformen
4. Rücktritt von Albertz und Büsch[1] als den Hauptverantwortlichen
5. Rücktritt von Sickert[2], der als Vorsitzender des Abgeordnetenhauses Minoritätenhetze betrieb.
6. Enteignung des Springer-Konzerns.

WIR HUNGERN NICHT STUMM!

Wir haben uns vielmehr ein Programm gesetzt (der politischen Diskussion) über weitere passive Demonstrationsarten und über die Organisationformen der außerparlamentarischen, demokratischen Opposition zu diskutieren.
Wir werden unter anderem folgende Veranstaltungen durchführen:

1. Diskussion: Konsequenzen des Hannover-Kongresses mit Dr. v. Brentano und Oskar Negt
2. Wolfgang Neuss trägt sein neuestes Programm vor.
3. Reichskabarett, Reinhardt Lettau
4. Diskussion über weitere politische Protestformen
5. Diskussion über Möglichkeiten der Gegenuniversität

Alle Veranstaltungen für Hungernde.

Studenten, die sich am Hungerstreik beteiligen wollen, melden sich bitte im ESG-Heim Gelfertstraße 45. Es sind Decken und Luftmatratzen mitzubringen.
SOLIDARITÄT MIT FRITZ TEUFEL!

»Hiermit gebe ich zu,
(1) nicht nur, daß ich ein Element bin, ein radikales, das, wenn es sein muß, mit Pudding und Quark schmeißt, die Rentner um den Schlaf bringt und die Springerpresse zittern macht;
(2) nicht nur, daß ich einer von denen bin, die durch ihren blinden Aktivismus den SDS fast vorzeitig um seine Förderungswürdigkeit gebracht hätten, sein reflektiertes Theorie-Praxis-Verhältnis durcheinanderbrachten und dadurch zu einer objektiven Gefahr für den historischen Prozeß wurden;
(3) sondern auch, was noch schlimmer ist, daß ich am Abend des 2. Juni demonstrierend vor der Oper mich aufhielt, wozu gar kein Grund bestand, denn der Schah ist erstens ein sehr gebildeter Mörder, der fünf Sprachen, laut Quick, fließend spricht, was ihm der Däumling vom Sauerland erstmal nachmachen sollte, weshalb das ganze Gerede vom Analphabetismus in Persien gegenstandslos wird, weil nämlich die Bildung dort anders verteilt ist als bei uns; und zweitens, was geht uns Persien an, sollen wir doch froh sein, daß wir hier leben, wo nur ein Student erschossen wird, wenn es in Persien tausend wären, weshalb ich es auch für verfrüht halte in Berlin von ESKALATION zu sprechen, solange Senat und Polizei noch ohne amerikanische Militärberater gegen die Studenten auskommen;
(4) was das schlimmste ist, daß ich nun, als ich schon mal da war, nicht mit Steinen warf, obwohl man von mir, der ich als Terrorist bekannt bin, solches hätte erwarten dürfen;
weshalb es nun, nachdem ich schon länger als vier Wochen inhaftiert bin, womit ich als Bartträger übrigens rechnen mußte, so außerordentlich schwierig wird, mir nachzuweisen, daß ich mit Steinen warf, [. . .];
nachdem ich
(5) noch ganz en passant in einem spektakulären Prozeß das Staatsgeheimnis von der Unfähigkeit der Justiz preisgab – Pfuideibel! – weshalb man mich mit Recht auf meinen Geisteszustand untersuchen will.
Still schäm' ich mich in meiner Zelle.
Fritz Teufel, Ausgeburt der Hölle.«

[4]

WESTEUROPÄISCHE STUDENTEN FORDERN:

FREIHEIT FÜR TEUFEL

Bereits seit dem 2. Juni sitzt Fritz Teufel in Untersuchungshaft. Grund dafür kann nach deutschem Recht nur das Vorliegen von Verdunkelungs- oder Fluchtgefahr sein. Von seiten der Staatsanwaltschaft wurde bisher lediglich Fluchtgefahr als Grund für die Aufrechterhaltung geltend gemacht. Jedermann weiß, daß sich Fritz Teufel aus Überzeugung engagiert und ihm deswegen niemals der Gedanke einer Flucht kommen kann. Sie würde die Aufgabe seiner Überzeugung bedeuten.

Der Haftbefehl stützt sich auf die Aussagen von vier Polizeibeamten, von denen einer nachweislich falsche Angaben gemacht hat und die anderen sich widersprechen. Dies wird durch Fotos und Filme bewiesen. 24 benannte Entlastungszeugen wurden bis heute nicht vom Staatsanwalt gehört.

Während Teufel in Untersuchungshaft sitzt, der Todesschütze Kurras und die Schlägertrupps der Jubelperser frei herumlaufen, wird gleichzeitig gegen die Anti-Schah-Demonstranten in West-Berlin und der Bundesrepublik einseitig ermittelt.

Was im Falle Ohnesorg mit brutaler Gewalt begangen, wird nachträglich nicht nur gerechtfertigt, sondern mit legalisierten Polizeistaat-Methoden fortgesetzt.

Wir westeuropäischen Studenten befürchten
daß hier ein Exempel statuiert werden soll gegen eine kritische Opposition,
daß auch anderswo die Justiz politisch mißbraucht wird,
daß wieder einmal in Deutschland der Abbau des Rechtsstaates beginnt.

Wir fordern:
die sofortige Freilassung Fritz Teufels,
dienstaufsichtliche Überprüfung der verantwortlichen Beamten,
den Rücktritt des für die staatsanwaltschaftlichen Maßnahmen direkt verantwortlichen Justizsenators Hoppe.

Die in Berlin versammelten Vertreter der westeuropäischen Studentenschaften:

Union Nationale des Etudiants de France (Frankreich)
Syndicale Universitaire (Schweiz)
Union Etudiante Syndicale (Belgien)
Studenten Vale Beweging (Niederlande)
Studenten Vale Beweging (Belgien)
AStA der Freien Universität Berlin
Studentenvertretung der Technischen Universität Berlin
AStA der Universität Bochum
Studentengewerkschaft Bonn
AStA der Universität Frankfurt
AStA der Universität Freiburg
AStA der Universität Göttingen
AStA der Universität Hamburg
AStA der Universität München
AStA der Universität Tübingen

[5]

ORGANISIERT DEN WIDERSTAND

Der Freispruch für Kurras demonstriert wieder die objektive Bedrohung, der die demokratische Opposition Berliner Studenten ausgesetzt ist.
Durch eine Klassenjustiz wie eh und je werden politisch gefährliche Studenten der Reihe nach abgeurteilt und kriminalisiert, während der Freispruch für Kurras jeden Berliner Polizisten und sonstigen anonymen Verfassungsschützer nur in seiner »staatstragenden« Rolle bestätigen muß. Jeder zukünftige Demonstrant für eine freiere Gesellschaft ist gezwungen, davon auszugehen, daß staatlich legitimierte Totschläger das Gesetz nicht zu fürchten brauchen. Die Herrschenden dieser Stadt bilden sich ein, den ihnen allmählich gefährlich werdenden Widerstand dadurch brechen zu können, daß sie die »Rädelsführer«, den »harten Kern« ins Gefängnis sperren, wonach wieder »Ruhe und Ordnung« in Berlin einkehren soll. Wir werden ihnen zeigen, wie schrecklich sie sich darin täuschen, wenn sie glauben, Geschichte würde von einigen »Agenten« und »Rädelsführern« »gemacht«. Vielmehr werden sie sehen, wie der Schauprozeß gegen Fritz Teufel gegen sie selbst zurückschlagen wird. Sie werden erkennen, daß ihr Versuch, den Handlungsspielraum und das Engagement der Opposition durch manifeste Gewalt Einschüchterung und Strafen einzuschränken, sich als ohnmächtig erweisen wird.
Wir werden demonstrativ zeigen, daß die Studenten überhaupt nicht daran denken, sich das Recht auf Opposition und Demonstration nehmen zu lassen, sondern solche Aktionsformen anwenden werden, die die Studenten für angemessen halten.
Wir werden nicht tatenlos zusehen, wie die Politbürokraten in Senat, Parteien und Justiz versuchen, unsere Kommilitoninnen und Kommilitonen auf kaltem Wege mundtot zu machen.
Angesichts der Fortsetzung des Terrors in dieser Stadt durch die Berliner Justiz werden die Dozenten, Assistenten und

Studenten aller Berliner Hochschulen am heutigen Montag, dem 27. November in den Streik treten, – heute, da mit unserem Kommilitonen Fritz Teufel kurzer Prozeß gemacht werden soll. Wir streiken gleichzeitig gegen das sterile akademische Ritual des Lehrbetriebs einer Universität, die sich jede »Störung« verbittet und ansonsten gerade jener Repression der Spitzenbürokraten Tag für Tag in die Hände arbeitet. Wir versammeln uns um 10.30 Uhr im Henry-Ford-Bau der FU, um über entsprechende Demonstrationsformen gegenüber dem Justizterror in dieser Stadt zu diskutieren und konkrete Aktionen gegen die Berufs-Rechts-Sprecher im Moabiter Justizpalast für den Nachmittag vorzubereiten.
SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS SDS

Am 4. November 1968 verhandelt das Ehrengericht der Berliner Anwaltskammer auf Antrag des Generalstaatsanwalts über die Verhängung eines Berufsverbots gegen Rechtsanwalt Horst Mahler. Der Berufsverbotsantrag ist mit der Beteiligung Mahlers an verschiedenen Aktionen der Außerparlamentarischen Opposition, insbesondere seiner führenden Rolle bei den Demonstrationen nach dem Attentat auf Rudi Dutschke, begründet (Vgl. S. 125 ff.). Vor dem Landgericht am Tegeler Weg kommt es während der Verhandlung zu der bisher schwersten Straßenschlacht zwischen der Westberliner APO und der Polizei. Bei dieser »Schlacht am Tegeler Weg« werden 130 Polizeibeamte und 22 Demonstranten zum Teil erheblich verletzt. Etwa 1000 Demonstranten, auf deren Seite zum erstenmal auch Rocker mitkämpfen, greifen die vorrückenden Polizeibeamten mit massivem Steinwurf an und können zum ersten und letzten Mal die Oberhand gegenüber den eingesetzten Polizeikräften behalten. Nach der »Schlacht am Tegeler Weg« beschließt der Berliner Senat die sofortige Umrüstung der Berliner Polizei für Demonstrationseinsätze. Der traditionelle Tschako wird durch mit Visier ausgestattete Spezialhelme ersetzt, die Beamten werden mit Schutzschilden und extra langen Schlagstöcken ausgerüstet. Innerhalb der Außerparlamentarischen Opposition kommt es über die Frage der Anwendung von »Gewalt gegen Menschen«

TREIBT MOABIT den TEUFEL aus!
Demonstration zu Teufels Prozeßbeginn gegen Justizwillkür und Terror!
Montag, 27.11.67 ab 14 Uhr
Vor dem Justizpalast Turmstr.

[7]

schaffen wir zwei-,dreitau-send LANDFRIEDENs-bruchprozesse!

Denn: zwei oder drei (und noch ein paar mehr) sind anscheinend zuwenig, um allen klar zu machen, was sich in der letzten Zeit abgespielt hat und weiter sich abspielen wird, wenn nicht endlich eine Öffentlichkeit moblisiert wird, die den Skandal der Berliner Justiz offenlegt. Es ist festzustellen, daß die Berliner Justiz einseitig und parteiisch "rechts" spricht. Sie hat sich zum Handlager des Senats gemacht, der seinerseits diese Un-Rechtsprechung aus Eigeninteresse deckt.

Wir haben jedes Vertrauen verloren in eine Justiz, die

* einen Polizeipräsidenten, der eindeutig des Meineids schuldig ist, unbehelligt läßt;
* einen Abgeordneten (Schmitz, CDU), der zum Landfriedensbruch auffordert, ebenfalls nicht verfolgt;
* gegen Jubelperser erst nach monatelangem Zögern eine schleppende Untersuchung einleitet;
* einen Kurras weiter "Rädelsführer jagen" läßt;
* flugblattverteilende Studenten aber zu drei Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt.

Verbale Proteste haben bisher nichts erreicht - die Berliner Presse informierte (wie gewohnt) ungenau, falsch oder gar nicht. Wir müssen deshalb endlich zu geschlossenen Aktionen finden. Unsere Solidarität mit den für uns alle exemplarisch angeklagten (oder bereits verurteilten) Kommilitoninnen und Kommilitonen muß sich - für Bürokratie und Öffentlichkeit - sichtbar manifestieren.

Widerrechtlich sitzt Fritz Teufel - mit einer kurzen Unterbrechung- seit dem 2. Juni unschuldig in Untersuchungshaft. H E U T E wird der zweite Versuch gemacht, Fritz Teufel zu verurteilen. Aus diesem Anlaß legen die Studenten aller Berliner Hochschulen die Arbeit nieder und planen die notwendigen Aktionen.
Demonstrieren auch Sie gegen eine TEUFEL-ische Justiz!!!

WAHLKURATORIUM der Phil. Fak.

Friedhelm Arnold
Martin Bellermann
Peter Bracht
Tilman Brucker
Johannes Buchrucker
Ulrike Büchner
P. Efstathiadie-Stangos
Ulrich Fischer
Hans-Joachim Funke
Annemarie Garrels
Werner Heuler
H.-J. v. Kondratowitz
Hannah Kotowski
Alex Meinken
Jutta Manschik
Sybille Plogstedt
Renate Scherer
H.-Joachim Siepmann
Mathias Sommer
Winfried Trempenau
Jürgen Treulieb
Detlef Umbach
Eberhard Wesche
Andreas Wiesand

zu einer harten Kontroverse. Im »FU-Spiegel« begründet ein Autorenkollektiv des SDS das Vorgehen der Demonstranten am Tegeler Weg:

> »Die Demonstration vor dem Landgericht hat also eine notwendige Transformation in der Art der Auseinandersetzung zwischen uns und dem Klassengegner eingeleitet, die ihre Qualität auch künftigen Aktionen verleihen wird. [. . .] Es ist wahrscheinlich jedem einsichtig, daß es analytisch gesehen nur eine adäquate Antwort auf die Klassenjustiz gibt: Zerschlagung des gesamten Justizapparates und als Voraussetzung dafür Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates.«[3)]

Mitglieder des SHB kritisieren in der gleichen Ausgabe des »FU-Spiegel« diese Position:

> »Der Haß gegen den Staat, gegen das System der Ausbeutung und Unterdrückung, wird umgesetzt in einen Haß gegen die Repräsentanten des Systems bzw. deren personale Instrumente. [. . .] Jeder reale Bezug zur gesellschaftlichen Lage ist verlorengegangen. Militanz ist zum Wert an sich geworden.«

In Heidelberg protestierten am 26. Januar 1968 etwa 150 Studenten gegen eine Veranstaltung »Ausländische Studenten singen und tanzen«. Sie fordern in Sprechchören und auf Flugblättern eine Diskussion über die Zustände in den Heimatländern der bei der Veranstaltung auftretenden Studenten. Wegen Störung dieser Veranstaltung werden 5 SDS-Mitglieder des Landfriedensbruchs, Hausfriedensbruchs, der Nötigung und Sachbeschädigung angeklagt.

Die 5 Angeklagten erscheinen zur ersten Verhandlung am 20. Dezember 1968 nicht, da sie verhindern wollen, daß ihr Prozeß in Abwesenheit der meisten Heidelberger Studenten während der Weihnachtsferien stattfindet. Daraufhin erläßt das Gericht Haftbefehl. Am 8. Januar 1969 ziehen die fünf Angeklagten in Begleitung von über 2000 Studenten zum Landgericht und fordern eine öffentliche Diskussion mit dem Gerichtspräsidenten [Dok. 9]. Auf einer vorhergehenden Diskussionsveranstaltung in der Heidelberger Universität war beschlossen worden, daß die Angeklagten sich nur im Falle einer Aufhebung des Haftbefehls dem Gericht stellen sollten. Als eine Aufhebung des Haftbefehls durch das Gericht nicht erfolgt, begeben sich die

5 Angeklagten unter dem Schutz der Demonstranten in das Gebäude des Allgemeinen Studentenausschusses. Es wird angekündigt, daß sich die Angeklagten dort so lange aufhalten werden, bis der Haftbefehl aufgehoben wird.
Am 10. Januar um 6 Uhr zertrümmern Polizeibeamte die Eingangstür des AStA-Gebäudes und verhaften die dort anwesenden 5 Angeklagten sowie 7 weitere Mitglieder des Heidelberger SDS. In den folgenden Monaten wird Heidelberg zu einem Zentrum der Auseinandersetzung zwischen studentischer Opposition und Justiz.
Am 24. Juni 1970 wird der Heidelberger SDS (die letzte nach der Auflösung des SDS-Bundesvorstandes am 21. 3. 1970 noch existierende SDS-Gruppe) durch Verfügung des baden-württembergischen Innenministers verboten.
Vorausgegangen waren diesem Verbot schwere Auseinandersetzungen zwischen Teilnehmern einer Demonstration gegen die Anwesenheit des Weltbankpräsidenten und ehemaligen US-Verteidigungsministers McNamara auf einer Tagung in Heidelberg.

Bis zum Mai 1968 sind allein in Westberlin fast 1900 Strafverfahren gegen Angehörige der Außerparlamentarischen Opposition eingeleitet. Im Zusammenhang mit den Studentenprozessen werden von vielen Allgemeinen Studentenausschüssen »Justizreferate« und »Ermittlungsausschüsse gegen die politische Justiz« eingerichtet. Aus diesen Gremien entwickeln sich später Initiativen zur Gründung von »Roten-Hilfe-Gruppen«. Spätestens seit der »Schlacht am Tegeler Weg« wird die Konfrontation mit Justizorganen und Polizei von Teilen der APO bewußt eskaliert. [Dok. 11, 12]. Die zunächst theoretisch als strategisches Ziel formulierte Losung »Zerschlagt die Klassenjustiz« wird von einzelnen Fraktionen der sich zerstreitenden Protestbewegung in den Aufruf zum bewaffneten Kampf gegen Polizei, Justiz und Senat dogmatisch verengt und uminterpretiert (Vgl. S. 201 ff.)
Am 4. Mai 1970 gibt die Bundesregierung eine Amnestie für alle Demonstrationsdelikte bekannt, die ein Strafmaß von 8 Monaten nicht überschreiten.

[8]

DIE JUSTIZ ZEIGT DIE ZÄHNE, DAMIT DIESE ENDLICH GEZOGEN WERDEN

»Die Grausamkeit ist der Charakter der Gesetze, welche die Feigheit diktiert, denn die Feigheit vermag nur energisch zu sein, indem sie grausam ist.« (Karl Marx)

Das Verhalten der Heidelberger Justiz ist exemplarisch. Es ist borniert, wie seine Zwecke eindeutig sind: Die Ausschaltung der Opposition. Je stärker diese Opposition wird, desto mehr läßt die Justiz die Maske fallen. Die Justiz hatte schon Angst vor den politischen Studenten, als es diese fast noch gar nicht gab. Sie wußte um ihre eigene schwache Position schon, als viele Studenten noch an die Unabhängigkeit der Justiz glaubten. Die Justiz ist aber nur in soweit unabhängig, als sie sich jeder demokratischen Kontrolle zu entziehen weiß. Weil sie den Herrschenden dienstbar sein will, muß sie das Licht der Öffentlichkeit scheuen. Um sich der Öffentlichkeit zu entziehen, muß die Justiz die Machenschaften ergreifen, die die Öffentlichkeit allererst auf sie aufmerksam machen.

Auf der Flucht vor der Öffentlichkeit lüften sich die Talare und enthüllen die stacheligen Beine der Lüge.

Als vor Jahr und Tag eine Gruppe politischer Studenten statt ihrer ausländischen Kommilitonen die Verhältnisse zum tanzen bringen wollten, drohte man ihr mit dem Volkszorn. Noch heute behauptet die Presse frech, die Ausländer seien gegen die politischen Studenten und ihre Aktionen (vgl. dagegen Resolution des Ausländer-teach-in). Das Gericht wußte schon damals, daß die kleine radikale Minderheit die Anlage zur Massenbewegung hat. Frühzeitig entschloß es sich, in die Weihnachtsferien zu ziehen. Über 1000 Studenten zogen einen Strich durch diese Rechnung und vereitelten die Flucht, indem sie beschlossen, den Termin des Gerichts abzulehnen und fünf Kommilitonen massenhaft und im vollen Lichte der Öffentlichkeit heute zum Gericht zu geleiten. Das Gericht, solcherart auf der Flucht ertappt, igelt sich ein. Das Gericht wird zur Festung. Am 20. Dezember 1968 waren 600 Polizisten aufgeboten, um die Richter vor der öffentlichen Kontrolle zu schützen.

Wenn die Justiz weitermacht wie bisher, werden bald 1000 Polizisten nicht mehr ausreichen.
Statt in sich zu gehen und die Begründung der Abwesenheit der Studenten zur Kenntnis zu nehmen, zogen sich die Richter ins Hinterzimmer zurück und beschlossen neue Schikanen. Der Haftbefehl wurde ausgesprochen und die U-Haft wurde verhängt, weil die Studenten »unentschuldigt« gefehlt hätten. Aber die Studenten, das versteht jeder, haben keine Ursache, sich für die Unverschämtheit der Richter bei den Richtern zu entschuldigen. Sie müssen sich vor der kritischen Öffentlichkeit rechtfertigen. Und das haben sie getan. Und sie haben beschlossen, weitere Fluchtversuche des Gerichts dadurch zu vereiteln, daß sie heute bei Kohnle erscheinen. Davor hat der aber furchtbare Angst. Die Staatsanwaltschaft scheute vor keinem Rechtsbruch zurück, um zu verhindern, daß Kohnle heute gestellt wird. So wurde denn Interpol eingeschaltet. Das Gericht selber verhielt sich entsprechend; um die fünf Angeklagten am Kommen zu verhindern, lehnte es das freie Geleit mit der Begründung ab, die Angeklagten wollten gar nicht kommen. Gegen diese Herren steht die Vernunft selber auf, und so besteht denn berechtigte Hoffnung, daß wir sie bald in Pension schicken können.
Sie haben die Macht, aber sonst auch gar nichts. Und ihre Macht nimmt in dem Maße ab, wie sie sich unverhüllt zeigen muß.
13.30 Uhr teach-in auf dem Uniplatz. Wenn es der Polizei nicht doch noch gelingt, die Angeklagten am Kommen zu hindern und sie irgendwohin wegzubringen, werden diese da sein. Wir werden sie dann dem Gericht vorführen, um anschließend in der Uni weitere Aktionen zu diskutieren. Gegen die Machenschaften der Justiz die Solidarität der Studenten. Gegen die Borniertheit der Herrschenden die allseitige praktische Kritik der Studentenbewegung.
DIE JUSTIZ VERSUCHT ZU FLIEHEN!
STELLEN WIR SIE!

13.10 Uhr teach-in auf dem Uniplatz und Demonstration zum Gericht.

[9]

ALLE SCHIMPFEN AUF DIE JUSTIZ – WIR VERÄNDERN SIE!

Wer wird täglich in Moabit verurteilt?
Es ist der kleine Mann – der Verkehrssünder, der »Verlobtenkuppler«, die Hausfrau, die sich im Selbstbedienungsladen selbst bedient hat, der, den Vertreter reingelegt haben und der die Rate nicht zahlen kann usw.

Wer sieht Moabit höchstens von außen?
Die Lebensmittelschwindler, die Mietwucherer, die Bank- und Bodenspekulanten, die Rehses, die Großindustriellen, die Millionen an Steuern hinterziehen: Alle die, die gerade den kleinen Mann ständig um seine Reichtümer betrügen, die er selbst geschaffen hat.

Wer gewinnt in Mietprozessen?
Die Hauseigentümer!

Wer gewinnt die Arbeiterprozesse?
Die Unternehmer!

Wer kommt ins Gefängnis?
Der kleine Mann!

Wie lange wollen wir es uns noch gefallen lassen, daß die Justiz dieses üble Spiel mit uns treibt? Einige von uns haben begonnen, sich gegen diesen Unterdrückungsapparat zu wehren. Sie stehen nicht allein, aber es sind noch wenige. Die Herrschenden haben erkannt, daß ihre Machtstellung durch die Solidarisierung der Unterdrückten bedroht wird. Um diese Bedrohung abzuwehren, bedienen sie sich der Justiz und lassen einzelne von uns als abschreckendes Beispiel bestrafen. Die Abschreckung und Bestrafung beginnt bereits mit der Untersuchungshaft. Die Entschlossensten oder diejenigen, die man als Rädelsführer bezeichnet, werden mit mühsam an den Haaren herbeigezogenen Gründen ohne gerichtliches Ver-

fahren für Monate oder sogar Jahre in die Haftanstalten geworfen.
Nach Meinung der Polizei sollen sie imstande gewesen sein, trotz der Anwesenheit von 8000 Polizisten die Bundesversammlung nach ihrer Beendigung zu sprengen! Da diese Gründe unhaltbar sind, muß die Bundesanstalt in Karlsruhe auf sämtliche früheren politischen Handlungen und Äußerungen der Inhaftierten zurückgreifen, um auch nur den Haftbefehl aufrechterhalten zu können.
Langhans und Kunzelmann sind aber nur 2 von weit über 50 000 Untersuchungshäftlingen, die jährlich in der Bundesrepublik und Westberlin in die Untersuchungsgefängnisse gesperrt werden. Jeder dritte von ihnen wird später freigesprochen. Wie bedenkenlos die Justiz die Untersuchungshaft handhabt, zeigt sich auch daran, daß jährlich 3000 in Untersuchungshaft Gehaltene Selbstmord begehen. Damit ist auf kaltem Wege die Todesstrafe wieder eingeführt.
In Untersuchungshaft kommt natürlich nicht derjenige, der genügend Geld hat, um sich durch Kaution freizukaufen, sondern wieder nur der kleine Mann!
Hören wir auf, uns mit denen zu solidarisieren, die uns in Abhängigkeit halten, die diesen Apparat beherrschen, die die Schwierigkeiten und Probleme, mit denen wir uns Tag für Tag herumzuschlagen haben, nicht beseitigen, sondern noch vermehren!

Werden wir uns unserer eigenen Macht bewußt!

Organisieren wir uns zu gemeinsamem Kampf!

Wir sich informieren will, wer mitarbeiten will, kann sich wenden an den Zentralen Ermittlungsausschuß Westberlin

Berlin 12, Straße des 17. Juni 135

Studentenvertretung Zi. 2137 Tel. 314 25 49

Verantwortlich: Ingrid Siepmann Uschi Obermaier

[10]

Justizkampagne?!

SOLIDARITÄT – ODER WARUM DER KARL PAWLA AUSGESCHISSEN HAT

Wenn die Richter der Klassenjustiz Scheiße im Kopf haben und mit dem Arsch denken, dann hatte Pawla zu Recht in den Gerichtssaal geschissen und richtigerweise seinen Arsch mit der Anklageschrift abgeputzt. Wenn die Richter der Klassenjustiz nur die verbrämte Exekutive eines Senats à la Schütz und Neubauer sind, dann war auch die Moabiter Seifenoper der K 1 die adäquate Schmierenkomödie.

Wenn die Justiz der kapitalistischen Länder eine Klassenjustiz ist, dann war die Justizkampagne richtig.

NUR . . . der Pawla sitzt jetzt für 10 Monate; auf den Fritz warten 8 Monate; der Reinhard Wetter saß schon fünf ab. In Berlin und in anderen deutschen Landen sind sie verknackt, die Leichen der Justizkampagne, verstecken sie sich im Ausland oder im »Untergrund«, treffen sie sich zufällig bei Mahler, oder verdrängen sie individuell verschieden, daß sie Leichen dieser ihrer Kampagne sind oder werden.

Wenn die Justizkampagne von damals heute als falsch erkannt wird, dann heißt das nicht, daß sie damals nicht richtig war, sondern, daß heute was falsch ist. [. . .]

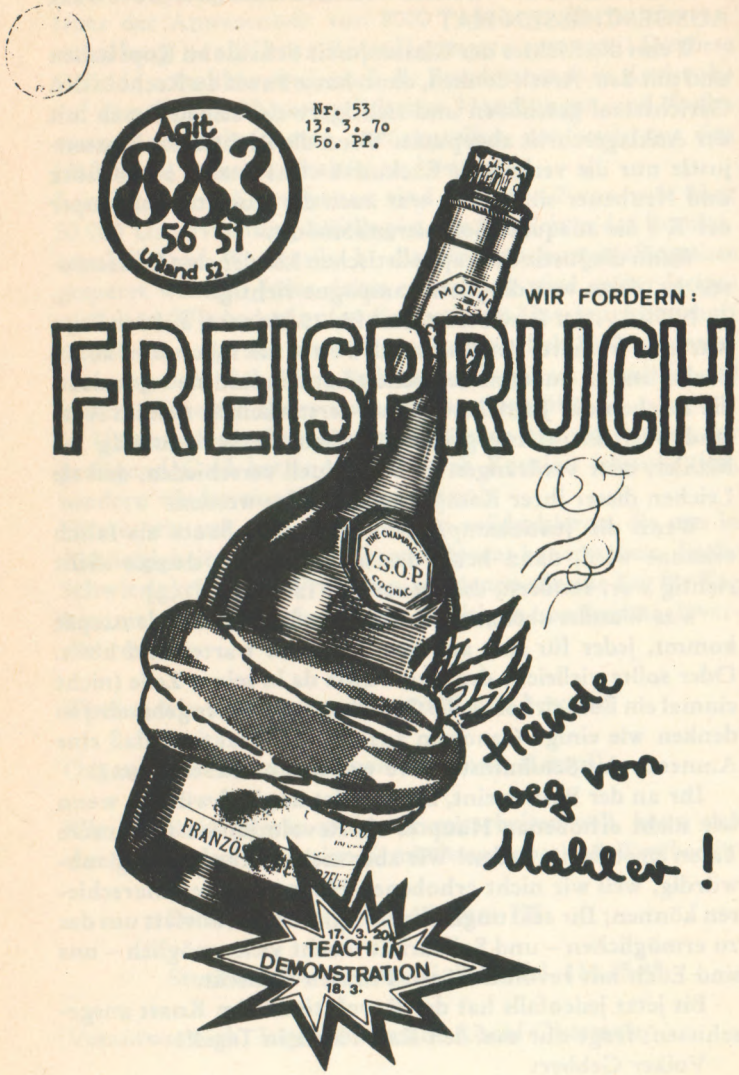
Was Wunder aber auch, daß die, für die diese Gnade zu spät kommt, jeder für sich auf eine Amnestie wartet und hofft. Oder sollte vielleicht der Karl Pawla da in seiner Zelle (nicht einmal ein Ebrach haben die Genossen zusammengebracht) so denken wie einige Genossen aus der ML-Fraktion, daß eine Amnestie das Schlimmste wäre was uns passieren kann?!

Ihr an der Basis meint, Ihr würdet unglaubwürdig, wenn wir nicht erhobenen Hauptes als Revolutionäre für unsere Taten einstehen würden! Wir aber meinen, Ihr seid unglaubwürdig, weil wir nicht erhobenen Hauptes da reinmarschieren können; Ihr seid unglaubwürdig, weil Ihr, anstatt uns das zu ermöglichen – und Solidarität macht vieles möglich – uns und Euch mit revolutionären Phrasen eindeckt.

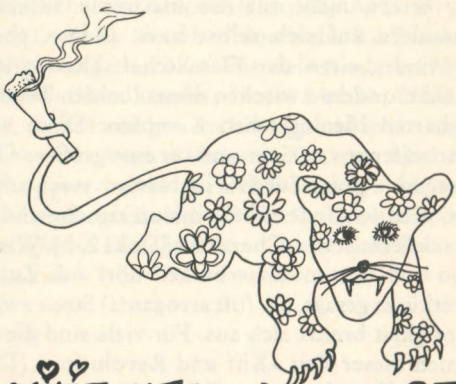
Bis jetzt jedenfalls hat der Revolutionär im Knast ausgeschissen; fragt nur mal den Karl Pawla in Tegel!!

Volker Gebbert

[11]


Agit
883
56 51
Unland 52
Nr. 53
13. 3. 70
50. Pf.
WIR FORDERN:
FREISPRUCH
MONN
V.S.O.P
FRANZÖS
Hände
weg von
Mahler!
17. 3. 20.
TEACH-IN
DEMONSTRATION
18. 3.

»WIR HABEN DAS SEICHTE APO-GESCHWÄTZ NUN SATT«
BRÜCHE: HASCHREBELLEN, MARXISTEN-LENINISTEN UND ROTE ARMEE FRAKTION



Schon ab Herbst 1968 kann man von einem rapiden Zerfallsprozeß der Außerparlamentarischen Opposition sprechen. Die Erfahrung mit staatlicher und eigener Gewalt, von relativer Ohnmacht und gesellschaftlicher Isolation macht die Widersprüche, die von Anfang an in der Bewegung waren, in der Phase gemeinsamer Aktionen aber aufgehoben, nebensächlich oder verdrängt wurden, nun manifest bzw. produziert neue Brüche, Illusionen und Entfremdungen zwischen und in den Gruppen. Nicht wenige entdecken in dieser Situation das alte revolutionäre Subjekt neu: die Arbeiterklasse. Vom Marxismus-Leninismus, insbesondere der chinesischen Variante, borgen sie sich das Konzept der Avantgarde-Partei; da »das Proletariat« in der Bundesrepublik und Westberlin offenbar noch schläft, muß es von Berufsrevolutionären geweckt und an seine historische Mission erinnert werden. Es kommt zur Gründung mehrerer Studenten-Parteien und Aufbauorganisationen, die sofort in erbitterter Konkurrenz und Fehde liegen: wer zuerst gründet – es ist die KPD/ML am 31. 12. 1968 – proklamiert sich als legitimer Führer der Arbeiterklasse; die »revisionistische« DKP war bereits im September 68 von ehemaligen KPDlern gegründet worden – auch sie undenkbar ohne die APO. Andere Teile und Gruppen der Revolte, die Berliner »umherschweifenden Haschrebellen« z. B., setzen nicht auf das klassische Subjekt der Umwälzung, sondern auf sich selbst bzw. andere, ebenfalls diskriminierte Minderheiten der Gesellschaft (Randgruppen-Konzeption). Insbesondere zwischen diesen beiden Tendenzen kommt es zu harten ideologischen Kämpfen. Diese werden allerdings immer seltener vor einer und für eine größere Öffentlichkeit ausgetragen – etwa durch Flugblätter, teach-ins oder direkte Diskussionen –, sondern bekommen zunehmend internen und damit sektiererischen Charakter [Dok. 2, 3]. Wirkliche Kommunikation und Kommunizierbarkeit hört auf. Zu dokumentieren ist, verkürzt gesagt, der (oft arrogante) Streit zwischen Eliten: Sprachlosigkeit breitet sich aus. Für viele sind die dominierenden Themen dieser Zeit »Kiff und Revolution« [Dok. 4] Haschisch und/oder Gewalt: die staatliche und die Gegengewalt, die gegen Sachen und die gegen Menschen. Noch vor dem Attentat auf Rudi Dutschke hatten in Frankfurt, am 2. und 3. April 68, zwei Kaufhäuser gebrannt. Schon am 5. April werden

Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Thorwald Proll und Horst Söhnlein als vermutliche Täter festgenommen. Im Oktober beginnt der Prozeß. Einer der Verteidiger ist Horst Mahler. Am 31. Oktober 1968 ergeht das Urteil: für alle vier drei Jahre Zuchthaus wegen vorsätzlicher menschengefährdender Brandstiftung. Im Juni 69 Haftentlassung, im Februar 70 Ablehnung eines Gnadengesuchs. Andreas Baader tritt die Reststrafe nicht an, wird im April in Berlin gefaßt und am 14. Mai 1970 gewaltsam befreit. Ein Angestellter wird schwer verletzt. Die Inkaufnahme der Verletzung oder gar des Todes unbeteiligter Dritter ist, damals, entscheidender Kritikpunkt vieler APO-Anhänger an der Aktion.

Für andere ist sie das praktische Fanal zur Koketterie mit dem individuellen Terror [Dok. 1, 2]. Die Parole »Die Rote Armee aufbauen« ist nun immer öfter zu hören und zu lesen. Am 5. Juni 1970 druckt die »883« das faktische Gründungsdokument der RAF ab. Darin wird aufgefordert, endlich auch in der Metropole BRD mit dem »bewaffneten Widerstand« zu beginnen [Dok. 6]. Wenige Wochen später wird der restlichen Linken »Das Konzept Stadtguerilla« präsentiert und erklärt, man sei nun der bewaffnete Arm derselben. Das Konzept findet neben vereinzelter Zustimmung vor allem harte Kritik durch undogmatisch-anarchistische und linkssozialistische APO-Gruppen und Individuen [Dok. 8]. Sie sehen durch die RAF einen authentischen Anarchismus denunziert. Für viele Antiautoritäre sind Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Horst Mahler, Ulrike Meinhof und andere, die inzwischen im Untergrund leben und agieren, ebenfalls autoritäre Leninisten – mit Knarren. Aber auch die meisten ML-Gruppen halten die RAF-Strategie für selbstmörderisch und politisch gefährlich [Dok. 7]. Doch die dramatische und z. T. tragische Dialektik von Gewalt und Terror ist nicht mehr aufzuhalten.

[1][1)]

Ex und hopp

In Frankfurt brannten zwei Kaufhäuser nachts, das Feuer war schön zu sehen, dem Nachtwächter wurde nicht einmal die Jacke angesengt. Aber kaum waren die Spritzen der Feuerwehr wieder trokken, machte sich der SDS in Frankfurt die Hosen naß. Man hatte vier Personen verhaftet, in deren Auto man einige Gegenstände zum Zündeln sicherstellte. Einen Benzinkanister, Streichhölzer, Teile von Gasanzündern sowie Flugblätter der APO. Das alles reichte der Frankfurter Staatsanwaltschaft, die vier der Presse als Täter vorzustellen.
Rechts hatten sich dabei Interessenverbände beim Staatsanwalt eingehakt, mit 10.000 Mark Belohnung fingernd, und rasch hing am linken Arm SDS Reiche. Mit denen dort wollte er nichts zu tun haben, den Kopf nur redet er sich heiß, Teewasser kocht er sich auf kleiner Flamme, mehr Hitze ist zuviel, mit Feuerlegern hat er nichts im Sinn. Wie befreit man sich davon, wenn der Benda das dem SDS anhängen will?
Man machts ganz einfach so wie Axel Cäsar Springer mit Bachmann. Genosse Reiche erklärt sie zu neurotischen Einzelgängern, was bei vier Leuten schon etwas schwierig scheint. Gerade in einem Augenblick, als in den Staaten ganze Städte brannten, denen er aus der Ferne recht gönnerhaft applaudierte. Doch als in seinem Kaufhaus in Frankfurt ein guter Liter Benzin unter das Kissen der Bettenabteilung geschoben wurde, die Interessenverbände an zu kreischen fingen, ein paar Etagen brannten, ging den Genossen noch immer nicht ein Licht auf, wußten sie immer noch nicht, wo es lang geht.
Acht Tage später - nach dem Attentat - brennt einiges mehr, aber die begabte Vorwegnahme in Frankfurt wird vergessen, mit der Ungeduld und dem Mut von einigen, denen es nicht mehr genügte, einen Film über Molotow Cocktails genüßlich zu begaffen, denen es nicht genügte, nur an Benzin und Petroleum zu riechen, sie werden, weil sie einen Augenblick zu früh zündeten, wie immer von der Linken isoliert, die sie am liebsten ins Asoziale oder Kriminelle abgedrängt wissen möchte, als hätte auch das, getreu bürgerlicher Überlieferung, nichts mehr mit Politik zu tun.
Wenn Springer so schlau ist, dem Bachmann keine Blumen zu schicken, sollten wir schon etwas weniger schlau sein und uns endlich mit den Brandstiftern in Frankfurt solidarisieren, um so mehr, als noch nicht einmal sicher ist, daß sie die Täter waren, doch ganz sicher, daß sie sich an vielen unserer Aktionen beteiligten. (Wie schon Genosse Lefevre sagte: Das hätte jedem von uns passieren können.)
Aber wer weiß, wenn die Genossen in Frankfurt so leicht der Staatsanwaltschaft aufsitzen, vielleicht dann auch der Werbung, die da meint, ex und hopp sei alles, was mit einer Falsche zu machen sei.
Wir meinen: ex schon und dann und dann hopp.

NOTSTANDSGESETZE SIND KEINE GESETZE, SONDERN NOTSTAND

[2][3)]

Kritik an den Leuten, die mit den Worten Mao's Mao bekämpfen

Ein Teil des antiautoritären, bzw. linkskommunistischen Lagers sucht Zuflucht aus einer ihnen scheinbar theorie- und praxislosen Politik, die sie als kleinbürgerlich-anarchistisch apostrophieren, in eine vermeintlich festgefügte »marxistisch-leninistische« Kaderpartei oder Organisation. Der Vorzug einer solchen Kaderpartei, so wird argumentiert, wäre eine größere Verbindlichkeit, was mit mehr Disziplin identifiziert wird, eine allgemeingültige revolutionäre Theorie, die an die Lehren der »Klassiker« Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-tungs anknüpft, eine proletarische, der Massenlinie folgende Strategie und eine sich daran orientierende Praxis »dem Volke dienen«.

In den Verlautbarungen dieser sich auch untereinander befehdenden ML-Gruppen kommt die Nichtbewältigung ihrer antiautoritären Vergangenheit zum Ausdruck: »Wir machen endlich Schluß mit der Psychologisiererei, den kleinbürgerlichen Putschistenaktionen, dem ziellosen Aktionismus« etc. Das Weg vom Antiautoritarismus hin zum rigiden Sozialismus sieht dann so aus: sich anpassen an die »proletarische Klasse«, was sich äußerlich in dem Abschneiden der Haare und Bärte manifestiert, »demokratischer Zentralismus«, der als hierarchischer Organisationsaufbau und dem Einführen »demokratischer« Spielregeln z. B. bei Diskussionen interpretiert wird. Die Folgen dieser Interpretation sind eine Überbetonung des Formalen gegenüber dem Inhalt, serviles Verhalten der gemeinen Mitglieder gegenüber Funktionären, niederen Funktionären gegenüber höheren, Trennung von privat und öffentlich, hybride Selbsteinschätzung, Mißachtung und Verfemung anderer revolutionärer Gruppen, der Glaube, im Besitz der allgemeingültigen Wahrheit zu sein oder durch ihre Schulung zu ihr gelangen zu können. [. . .]

Erst müssen die Ziele unseres Kampfes klar sein, bevor wir an die Inhalt-Form-Dialektik denken können. Wir wollen die Abschaffung der Herrschaft des Menschen über andere Men-

schen, wir wollen, daß die Produzierenden über die Produktion und Distribution selbst bestimmen können, wir wollen die Emanzipation der Frau gegenüber dem Mann, wir wollen die Emanzipation der Kinder gegenüber den Erwachsenen, wir wollen die Spaltung der Individuen in privat und öffentlich überwinden. »Es geht um die Förderung eines Individuums, das sich erfüllter, innerlich reicher und viel verantwortlicher fühlt.« (Che)

Dazu ist es notwendig, daß wir den Grundwiderspruch der heutigen Produktionsverhältnisse, den Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital einerseits und den Widerspruch zwischen 3. Welt und den Metropolen andererseits aufheben. Wir müssen den Kapitalismus und den Imperialismus restlos beseitigen, wir müssen die herrschende Ideologie zersetzen und vernichten, wir müssen den Staatsapparat zerschlagen, wir müssen die Bourgeoisie ins Chaos stürzen. Erst auf den Trümmern der jetzt bestehenden Ordnung werden die sich schon entwickelnden sozialistischen Keime sprießen können. Damit aber die Hoffnung der Revolutionäre auf die Befreiung nicht zum »Opium«, zum »Dämmerzustand der Phantasie« (Robert Williams) wird, müssen wir die sofortige Zerstörung des herrschenden Systems in Angriff nehmen. Dazu gehört, daß wir antizipatorisch in den Beziehungen untereinander schon Mögliches vorwegnehmen: die Kindererziehung und das Verhältnis zwischen den Geschlechtern verändern, Familienstrukturen aufheben, einen finanziellen Ausgleich schaffen, die auch unter den Linken immer noch praktizierte Kabinettspolitik (mitsamt seinen Intrigen-Spiel-Auswüchsen, Agentenfurcht etc.) aufgeben, revolutionäre Solidarität üben. Doch »die zentrale Aufgabe und die höchste Form der Revolution ist es, die Macht mit Waffengewalt zu ergreifen und die Angelegenheit durch Krieg zu erledigen« (Mao), denn »die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht« (Marx). Die Gewinnung und Mobilisierung der Massen muß mit einer physischen Verstärkung unserer Bewegung einhergehen, denn nur dem Starken werden die Massen zulaufen. [. . .]

Aufgabe der Avantgarde ist es, Konfliktsituationen sichtbar zu machen, sie nötigenfalls zu initiieren, Lösungsmöglich-

keiten aufzuzeigen und ein organisatorisches Auffangbecken zu schaffen, in dem die Individuen zu lernen haben, sich in Hinblick auf die Revolution zu organisieren. Aufgabe der Avantgarde ist es, dafür zu sorgen, daß die Massen »Mut zum Kämpfen, Mut zum Siegen haben!« (Mao)

ALLE POLITISCHE MACHT KOMMT AUS DEN GEWEHRLÄUFEN

Mitglied des umherschweifenden Rebellenhaufens der ehemaligen Wieland-Kommune

[3][4)]

ZERSCHLAGT DIE KONTERREVOLUTIONÄREN SCHWARZEN RATTENFÄNGER

[. . .]

Was soll man von Leuten halten, die vorgeben, Mao Tse-Tungs Ideen zu beschützen und gleichzeitig unsere Bewegung mit anarchistischen Aufrufen desorientieren wollen? Sie sind alle miteinander kleinbürgerliche Charaktermasken. [. . .]

Der Artikel »Kritik an den Leuten, die mit den Worten Mao's Mao bekämpfen« beinhaltet zwei grundlegende Fehler. Er beinhaltet erstens einen falschen putschistischen Praxisbegriff und zweitens die Theorie von der Revolution in einer Etappe. Beide Irrtümer hängen wesentlich zusammen. Wer die revolutionäre Gesamtbewegung des Proletariats nur als revolutionär begreift in ihrer letzten entscheidenden Phase, dem bewaffneten Krieg gegen die bürgerliche Staatsmacht, und alle anderen Maßnahmen des Proletariats und seiner revolutionären Organisation, wie etwa eine notwendige Konsolidierung der Partei, wie etwa eine nach den Weisungen Mao's betriebene Einheitsfrontpolitik mit einer revisionistischen Partei zur Erreichung spezifischer Ziele, als nicht wesentlich »für das Befähigen der Individuen zur revolutionären Militanz« ablehnt, kann sich revolutionäre Praxis nur vorstellen gemäß dem Slogan: »In der Linken den Joint, in der Rechten das Gewehr!«. [. . .]

Mao schreibt über die Mentalität umherschweifender Rebellenhaufen (Bd. 1 S. 129):
»Man ist nicht gewillt, durch mühselige Arbeit Stützpunktgebiete zu schaffen und die politische Macht der Volksmassen zu errichten, um dadurch unseren politischen Einfluß auszudehnen, sondern gedenkt, diesen nur mit den Methoden beweglicher Partisanenoperationen zu erweitern.« [. . .]
Nun, ebenso wie diese falschen Ansichten in der KPCH sowohl durch die praktische Erfahrung der Schädlichkeit der putschistischen linksradikalen Mentalität der umherschweifenden Rebellenhaufen wie durch eine ideologische Arbeit, die den gesellschaftlichen Ursprung dieser Fehler in der kleinbürgerlichen und bürgerlichen Ideologie klarstellte, beseitigt wurden, könnten wir die Umtriebe der Haschrebellen viel besser erkennen und kritisieren, wenn sie endlich Ernst machen wollten, als »Avantgarde Konfliktsituationen sichtbar zu machen, sie nötigenfalls zu initiieren . . .« Bis heute konnten die am Haschischvertrieb gut verdienenden Herren vom Berliner Untergrund nur ihre eigenen Konflikte sichtbar machen, wobei wir fragen müssen, inwieweit die spezifischen Konsumschwierigkeiten der Haschrebellen etwas mit den Interessen des Proletariats zu tun haben.
Auch die umherschweifenden Rebellen Westberlins lehnen es ab, durch mühselige Arbeit Stützpunkte zu schaffen, d. h. für uns, Kader für den Kampf in den Fabriken und Universitäten zu schulen, d. h.: die schöpferische Aneignung der Ideen von Marx, Engels, Lenin und Mao Tse-Tung voranzutreiben, zur praktischen und ideologischen Bewältigung der Probleme des Klassenkampfes.
In der Frage der Universität erweist sich die Mentalität der Rebellen letztlich als übles Kapitulantentum. Sie fragen lediglich, ob in der jetzt entstehenden Kaderarbeit an der Universität Steine und Molotowcocktails, ob physische Gewalt als Hauptwaffe gegen die bürgerliche Universität eingesetzt werden. Hier wird der falsche Praxisbegriff der schwarzen Banditen ganz deutlich. [. . .]
Klar ist, daß der lange Marsch durch die Institutionen und gegen die Institutionen des bürgerlichen Staates nur von marxistisch-leninistischen revolutionären Kadern, die sich

immer mehr mit dem Volk verschmelzen, siegreich geführt werden kann. Außerhalb der Ideen von Marx, Lenin und Mao Tse-Tung kann es keine revolutionäre Bewegung geben. [. . .]

Mao charakterisiert die umherschweifenden Rebellenhaufen weiter: »Man bringt nicht die Geduld auf, gemeinsam mit den Massen den schweren Kampf zu führen, sondern wünscht in große Städte zu kommen, um dort zu schmausen und zu zechen«. Mao bezeichnet »die Ausmerzung dieser Mentalität« als »eines der Hauptziele des ideologischen Kampfes«.

[4][5)]
HASCHISCHKAMPAGNE

oder
DIE IDEOLOGIE DER »GLÜCKLICHEN VERBRAUCHER«

Ich schreibe hier nicht gegen hasch – ich bin für hasch.
Ich schreibe hier nicht über die vermittelbarkeit der haschkampagne – das überlasse ich den traditionalisten.
Ich möchte hier einiges darlegen über den politischen stellenwert der haschkampagne:
»Genossen«, die hier in Westberlin zur zeit hasch verkaufen, nehmen ca. 4,– bis 6,– mark pro gramm. Das kilo wurde einst für 100–200 mark erworben (im ursprungsland). Die preisdifferenz erklären sie mit dem »risiko«, das sie tragen. Unternehmerideologie- und phraseologie!!

»Genossen«, die hier in Westberlin zur zeit hasch verkaufen, wissen ganz genau, daß der billige stoff mit O (Opium) versetzt ist. Sie erklären trotzdem, was an und für sich richtig wäre, daß das haschrauchen ungefährlich und nicht suchterregend sei. So handeln sie wider besseres wissen (?) und dienen folglich den belangen und prinzipien unserer beschissenen gesellschafts- und wirtschaftsform: nämlich konsumenten heranzuzüchten.

In Holland, speziell Amsterdam, gelang es der obrigkeit, die provo- und jugendrevolte zum teil niederzuschlagen: sie erlaubte das haschrauchen unter kontrolle und in staatlichen jugendclubs.

Hasch, so erklären die genossen hasch-kampagneler, führe im gegensatz zu alkohol nicht zu aggressionen. cui bono? wem nützt das?

Haben wir nicht erfahren, daß haß und aggressionen wichtige politische movens' sind? Wir brauchten nicht erst Fanon zu lesen, um festzustellen, daß haß, starker, zielgerichteter haß in politische qualität umschlagen kann, umschlägt, bzw. umschlagen muß.

Dieser haß gegen unser gesellschaftssystem, gegen seine physische und psychische ausbeutung ist ein wichtiger bestandteil unseres politischen kampfes gegen die mörderischen manipulationen und repressionen des spätkapitalismus.

Dieser haß geht flöten durch häufigen haschischgenuß. Haschraucher entfliehen auf die dauer der politischen wirklichkeit und arbeit. Selbst wenn sie argumentieren, »alles, was der feind verbiete, sei zu unterstützen«, und diesen spruch von Mao herleiten, müssen sie zugeben, daß die haschkampagne dem status quo durchaus zuträglich ist. Wenn die herrschenden in unserem staate (und nicht nur hier) etwas konsequenter und lächelnd skrupelloser wären – sie monopolisierten das hasch, machten joints, versähen sie mit der steuerbanderole und verschenkten oder verkauften sie billig an die jugend. Die folge: die außerparlamentarische opposition wäre zum großen teil im arsch. Kaputt. Die fröhlichen haschraucher trotteten jeden morgen nach genuß des staatlichen joints glückselig in unis und fabriken – der staat wäre konsolidierter denn je. (Guten tag, Großer Bruder!)

Aber noch tun die herrschenden dies nicht. Das macht: ihr unwissen über hasch und ähnliches und folglich fehlende haschlobby im bundestag.
Sehen wir uns doch um: schauen wir uns die »fröhlichen« reste der K I an – pseudoglückliche traumtänzer. Schauen wir uns um in den kneipen, in denen hasch im großen stil verbraucht wird – glückliche jahrmarktsfiguren.
Und diese sollen nicht behaupten, mit hasch besser kommunizieren zu können. Wer wie ich die teilnahmslosigkeit und apathie erlebt hat, die haschverbraucher zuweilen an den tag legen, wie sie ihren freund und ihre freundin neben sich vollgekokst vom barhocker segeln und dann stundenlang im dreck liegen lassen, der soll mir nicht kommen mit besserer kommunikation.

Der alte kampf zwischen subjektiven bedürfnissen und politisch-objektiven hat hier eine neue verkleidung bekommen.
Die glücklichen haschischverbraucher sind nicht glücklich.
Sie sind nicht glücklicher als Frau Saubermann. Auch diese gerät zuweilen durch kauf von dingen in den gleichen euphorischen zustand.
Gewiß: Frau Saubermann ist gefährlicher. Aber das spricht für sie.
Und gegen die hascher.
Die haschkonsumenten, pseudoglückliche saubermänner der psyche, vergessen eines: ihr glück ist geliehen.
Die verhältnisse, die sind nicht so.

Vision:
Ich sehe busse Westgermanischer und Amerikanischer touristen nach Westberlin kommen und nach obligatem besuch von mauer, gedächtniskirche und ku-damm die legalisierten haschclubs aufsuchen:
Langhans und Kunzelmann und hunderte anderer, malerisch gelagert, lassen sich gnädig fotografieren. Sie leben nicht schlecht dabei. Trinkgelder gibt es reichlich – für den kauf der nächsten joints.
(Und die alle waren früher mal politisch mit uns tätig . . .)

p. p. zahl

Befreit alle Gefangenen!

nestie Justiz

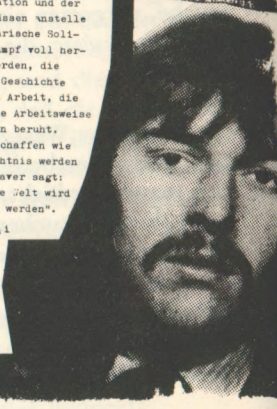
Liebe Hella !

Ich möchte Dir zum erstenmal schreiben. Sei nicht böse, daß es so lange gedauert hat, aber es hat keinen Sinn, sich nur ein Hallo zuzurufen. Ich habe hier im Knast gehört, daß Du wieder verhaftet worden bist bei den Aktionen auf dem Kudamm. Du sollst mit Steinen nach Bullen geschmissen haben. Erinnerst Du Dich noch daran als wir uns das erstmal unterhielten - es war im Zodiak und ist jetzt bald ein Jahr her. Du sagtest damals, Du könntest uns nicht verstehen, daß wir demonstrieren, uns wehren gegen diese Pigs etc. Jetzt gehst Du auch auf die Straße und mit Dir immer mehr Typen. Du wirst sehen, daß es immer mehr Arbeiter oder wie in meinem Fall ausgeflippte Arbeiter werden, die für die eigenen Interessen kämpfen.

Das Leben wie es bisher abrollt, erscheint uns sinnlos, öde, leer und unmenschlich. Wir versuchen auf irgendeine Art auszubrechen, um Gefühle des Glücks, der Zärtlichkeit und der Gemeinsamkeit zu erleben, die uns diese bürgerliche Gesellschaft verweigert. Die Aussicht, ein ganzes Leben unter diesen herrschenden Verhältnissen leben und arbeiten zu müssen, erscheint uns derart entsetzlich, daß wir uns abwenden, zum Gift greifen und vor uns hindämmern onne uns um irgendetwas noch zu kümmern. Aber bald müssen wir entdecken, daß uns das System auch dabei nicht in Ruhe läßt. RD-Bullen werden uns auf den Hals gejagt.

Und dann das Geldproblem. Diese vertierte Gesellschaft hat es geschafft, alles so einzurichten, daß jeder gezwungen ist, mitzumachen oder in der Gosse zu verrecken. Ich kann hier jeden Tag die Opfer dieser Unterdrückung sehen und begreife durch deren Lebensgeschichte die Geschichte des Kapitalismus. Solange nicht die ökonomischen Verhältnisse verändert sind, solange ist ein menschliches Leben unmöglich. Es gibt nur einen Ausweg aus unserer Situation und der heißt soziale Weltrevolution, Weltbürgerkrieg. Wir müssen anstelle der Konkurrenz und des Individualismus unsere proletarische Solidarität setzen und unsere Bedürfnisse, die sich im Kampf voll herausbilden werden, so befriedigen, daß wir Menschen werden, die ihre Geschichte in die Hand nehmen, um unsere eigene Geschichte zu machen. Anstelle der entfremdeten kapitalistischen Arbeit, die nur auf Profit aus ist, müssen wir und werden wir eine Arbeitsweise setzen, die auf der Bedürfnisbefriedigung der Menschen beruht. Kurz, es gilt, den Menschen des 21. Jahrhunderts zu schaffen wie Che sagt in seinem Vermächtnis für uns. Dieses Vermächtnis werden wir erfüllen, koste es was es wolle! Wie Eldridge Cleaver sagt: "Wir werden Menschen sein. Wir werden es sein oder die Welt wird dem Erdboden gleichgemacht bei unserem Versuch, es zu werden".

Auf bald ! Bommi



Worte können uns nicht retten!
Worte sprengen keine Ketten!
Die Tat allein macht Frei!

[6][7]

Die Rote Armee aufbauen

Genossen von 883 – es hat keinen Zweck, den falschen Leuten das Richtige erklären zu wollen. Das haben wir lange genug gemacht. Die Baader-Befreiungs-Aktion haben wir nicht den intellektuellen Schwätzern, den Hosenscheißern, den Allesbesser-Wissern zu erklären, sondern den potentiell revolutionären Teilen des Volkes. Das heißt denen, die die Tat sofort begreifen können, weil sie selbst Gefangene sind. Die auf das Geschwätz der »Linken« nichts geben können, weil es ohne Folgen und Taten geblieben ist. Die es satt haben!

Den Jugendlichen im Märkischen Viertel habt ihr die Baader-Befreiungs-Aktion zu erklären, den Mädchen im Eichenhof, in der Ollenhauer, in Heiligensee, den Jungs im Jugendhof, in der Jugendhilfsstelle, im Grünen Haus, im Kieferngrund. Den kinderreichen Familien, den Jungarbeitern und Lehrlingen, den Hauptschülern, den Familien in den Sanierungsgebieten, den Arbeiterinnen von Siemens und AEG-Telefunken, von SEL und Osram, den verheirateten Arbeiterinnen, die zu Haushalt und Kindern auch noch den Akkord schaffen müssen – verdammt!

Denen habt ihr die Aktion zu vermitteln, die für die Ausbeutung, die sie erleiden, keine Entschädigung bekommen durch Lebensstandard, Konsum, Bausparvertrag, Kleinkredite, Mittelklassewagen. Die sich den ganzen Kram nicht leisten können, die da nicht dran hängen. Die alle Zukunftsversprechen ihrer Erzieher und Lehrer und Hausverwalter und Fürsorger und Vorarbeiter und Meister und Gewerkschaftsfunktionäre und Bezirksbürgermeister als Lügen entlarvt haben und nur noch Angst vor der Polizei haben. Denen – und nicht den kleinbürgerlichen Intellektuellen – habt ihr zu sagen, daß jetzt Schluß ist, daß es jetzt los geht, daß die Befreiung Baaders nur der Anfang ist! Daß ein Ende der Bullenherrschaft abzusehen ist! Denen habt ihr zu sagen, daß wir die Rote Armee aufbauen, das ist ihre Armee. Denen habt ihr zu sagen, daß es jetzt losgeht. – Die werden nicht blöde fragen, warum gerade jetzt? Die haben die tausend Wege zu

Behörden und Ämtern schon hinter sich – den Tanz mit Prozessen –, die Wartezeiten und -zimmer, das Datum, wo es bestimmt klappt und nichts geklappt hat. Und das Gespräch mit der netten Lehrerin, die die Überweisung an die Hilfsschule dann doch nicht verhindert hat und der hilflosen Kindergärtnerin, wo auch kein Platz frei wurde. Die fragen euch nicht, warum gerade jetzt – verdammt.

Die glauben euch natürlich kein Wort, wenn ihr selbst nicht mal in der Lage seid, die Zeitung zu verteilen, bevor sie beschlagnahmt wird. Weil ihr nicht die linken Schleimscheißer zu agitieren habt, sondern die objektiv Linken, habt ihr ein Vertriebsnetz aufzubauen, an das die Schweine nicht rankommen. Quatscht nicht, das sei zu schwer. Die Baader-Befreiungs-Aktion war auch kein Deckchensticken. [. . .]

Was heißt: Die Konflikte auf die Spitze treiben? Das heißt: Sich nicht abschlachten lassen. Deshalb bauen wir die Rote Armee auf. Hinter den Eltern stehen die Lehrer, das Jugendamt, die Polizei. Hinter dem Vorarbeiter steht der Meister, das Personalbüro, der Werkschutz, die Fürsorge, die Polizei. Hinter dem Hauswart steht der Verwalter, der Hausbesitzer, der Gerichtsvollzieher, die Räumungsklage, die Polizei. Was die Schweine mit Zensuren, Entlassungen, Kündigungen, mit Kuckuck und Schlagstock schaffen, schaffen sie damit. Klar, daß sie zur Dienstpistole greifen, zu Tränengas, Handgranaten und MPs, klar, daß sie die Mittel eskalieren, wenn sie anders nicht weiterkommen. Klar, daß die GIs in Vietnam auf Guerilla-Taktik umgeschult wurden, die Green-Berretts auf Folterkurs gebracht. Na und? Klar, daß der Strafvollzug für Politische verschärft wird. Ihr habt klarzumachen, daß das sozialdemokratischer Dreck ist, zu behaupten, der Imperialismus samt allen Neubauers und Westmorelands, Bonn, Senat, Landesjugendamt und Bezirksämtern, der ganze Schweinkram ließe sich unterwandern, nasführen, überrumpeln, einschüchtern, kampflos abschaffen. Macht das klar, daß die Revolution kein Osterspaziergang sein wird. Daß die Schweine die Mittel natürlich so weit eskalieren werden, wie sie können, aber auch nicht weiter. Um die Konflikte auf die Spitze treiben zu können, bauen wir die Rote Armee auf.

Ohne gleichzeitig die Rote Armee aufzubauen, verkommt

jeder Konflikt, jede politische Arbeit im Betrieb und im Wedding und im Märkischen Viertel und in der Plötze und im Gerichtssaal zu Reformismus, d. h.: Ihr setzt nur bessere Disziplinierungsmittel durch, bessere Einschüchterungsmethoden, bessere Ausbeutungsmethoden. Das macht das Volk nur kaputt, das macht nicht kaputt, was das Volk kaputt macht! Ohne die Rote Armee aufzubauen, können die Schweine alles machen, können die Schweine weitermachen: Einsperren, Entlassen, Pfänden, Kinder stehlen, Einschüchtern, Schießen, Herrschen. Die Konflikte auf die Spitze treiben heißt: Daß die nicht mehr können, was die wollen, sondern machen müssen, was wir wollen.

Denen habt ihrs klar zu machen, die von der Ausbeutung der Dritten Welt, vom persischen Öl, Boliviens Bananen, Südafrikas Gold – nichts abkriegen, die keinen Grund haben, sich mit den Ausbeutern zu identifizieren. Die können das kapieren, daß das, was hier jetzt losgeht, in Vietnam, Palästina, Guatemala, in Oakland und Watts, in Kuba und China, in Angola und New York schon losgegangen ist. Die kapieren das, wenn ihr es ihnen erklärt, daß die Baader-Befreiungs-Aktion keine vereinzelte Aktion ist, nie war, nur die erste dieser Art in der BRD ist. Verdammt.

Sitzt nicht auf dem hausdurchsuchten Sofa herum und zählt eure Lieben, wie kleinkarierte Krämerseelen. Baut den richtigen Verteilerapparat auf, laßt die Hosenscheißer liegen, die Rotkohlfresser, die Sozialarbeiter, die sich doch nur anbiedern, dies Lumpenpack. Kriegt raus, wo die Heime sind und die kinderreichen Familien und das Subproletariat und die proletarischen Frauen, die nur darauf warten, den Richtigen in die Fresse zu schlagen. Die werden die Führung übernehmen. Und laßt euch nicht schnappen und lernt von denen, wie man sich nicht schnappen läßt – die verstehen mehr davon als ihr.

Die Klassenkämpfe entfalten. Das Proletariat organisieren. Mit dem bewaffneten Widerstand beginnen!

DIE ROTE ARMEE AUFBAUEN!

[7][8)]

Die Hetzjagd auf die »Baaderbande« soll die Kommunisten treffen!

Seit Wochen verüben in der BRD und Westberlin die Regierungsstellen und die bürgerliche Presse einen systematischen und sich steigernden Terror gegen eine Gruppe von Genossen, die aufgrund nicht bewiesener Beschuldigungen zu einer Bande erklärt und erbarmungslos gejagt worden sind. Die einzig bekannte Tatsache, auf die sich die Hetzjagd dabei stützt, ist die Befreiung von Andreas Baader im letzten Jahr. Alle übrigen Beschuldigungen, die erhoben worden sind, vom Bankraub bis zum Autodiebstahl, bedürfen des Beweises.

Die Herrschenden müssen eine solche Hetzjagd veranstalten, um sich die Legitimation zu verschaffen, auf die gesamte sich in der Arbeiterklasse formierende revolutionäre Bewegung einzuschlagen!

Es gilt festzustellen: nicht die angeblichen Aktionen, die die Genossen durchgeführt haben sollen, bringen den Staatsapparat ins Wanken. Jedermann weiß heute, daß individualistische Aktionen, wie sie hier begangen worden sein sollen, die Herrschaft des Kapitals nicht entscheidend gefährden können. Tatsache ist es vielmehr, daß sich die objektiven Schwierigkeiten des Systems in einer Weise verschärft haben, daß der bürgerliche Staat den radikalistischen Buhmann braucht, um von diesen Schwierigkeiten abzulenken. Wir halten es daher nicht für richtig, an dieser Stelle und anläßlich der Menschenjagd der Regierung über vermeintliche anarchistische Aktionen einzelner Genossen oder Gruppen zu diskutieren [. . .]

[8][9] ROTE ARMEE FRAKTION: LENINISTEN MIT KNARREN

Eines der Kennzeichen der Erstarrung und Isolierung der ehemals antiautoritären Bewegung in eine Vielzahl von dogmatischen und sich selbst genügenden SEKTEN war und ist der radikale Abbruch jeglicher und solidarischer Diskussion im Rahmen der gesamten linken Bewegung.
In dem Maße, wie Diskussionen über andere Gruppen lediglich in ihrer Funktion als Hervorhebung der eigenen Wichtigkeit, als Denunziation einer Abweichung vom eigenen, sorgsam gehüteten, einzig richtigen revolutionären Weg nur noch benutzt wurden, entlarvten sich die diversen politischen Sekten als schlichte Geschäfts- und Werbeagenturen in Sachen RICHTIGER LINIE! [. . .]

Traditionelle Organisationen

Hervorragendes Merkmal solcher Organisationen war, daß sie zugleich Kampforganisationen waren und Momente des sozialen Zusammenlebens, wie es in der neuen, zu erkämpfenden Gesellschaft entwickelt wird, enthielten. Gerade diesen DOPPELCHARAKTER DER KLASSENKAMPFORGANISATIONEN haben die sozialdemokratischen und bolschewistischen Parteiorganisationen nie verwirklichen können, weil sie lediglich eine schlechte Kopie der zu zerschlagenden kapitalistischen Organisationsstruktur waren (und heute sind!). Für sie soll nicht die kämpfende Klasse stark werden, sondern die Organisation.
Hält man diese Lehre aus der Geschichte der Arbeiterbewegung für richtig, hat man also erkannt, daß die DIALEKTIK VON KAMPF UND ORGANISATION die bornierte Mechanik der Parteiaufbauer praktisch immer wieder widerlegt hat, dann entlarven sich die heutigen PROBLEME der leninistischen Parteianhänger als Scheinprobleme. Die aussichtslosen Versuche, die ORGANISATION DES PROLETARIATS AUFBAUEN zu wollen, sind lediglich Anzeichen dafür, wie wenig solche Parteiaufbauer IM PROLETARIAT verwurzelt sind, wie wenig sie ihre praktischen Anstrengungen auf die

wirklichen Bedürfnisse und Interessen, auf die tatsächlichen Bewegungen des Proletariats richten.
Sie können es auch nicht, auch wenn sie es wollten! Denn ihr mechanistisches Organisationsverständnis, ihre Fixierung auf die bolschewistische Form der Avantgardeorganisation und der dadurch bedingten Kampfformen verstellt ihnen ja die Möglichkeit, die verschiedenen Ausdrucksformen der heutigen Klassenkämpfe zu erkennen und zu verarbeiten. [. . .]

Was hat das nun alles mit der RAF zu tun?

Nun, in ihrer Broschüre DIE LÜCKEN DER REVOLUTIONÄREN THEORIE SCHLIESSEN – DIE ROTE ARMEE AUFBAUEN! erweist sich die RAF als eine Ansammlung von SUPERLENINISTEN, die sich von den diversen Parteileninisten nur dadurch unterscheiden, daß sie statt Parteibücher Knarren in den Händen halten.
LENINISTEN MIT KNARREN, NICHTS WEITER!
Ansonsten wiederholen sie mit simpler Naivität all die Phrasen, mit denen die heutigen Leninisten zum Ausdruck bringen, daß sie von gestern sind. Daß sie von der heutigen Wirklichkeit, den verschiedenen Formen und Inhalten der Auseinandersetzungen in allen gesellschaftlichen Bereichen Gar NICHTS, von der Geschichte der Arbeiterbewegung jedoch nur die parteidogmatischen Entstellungen begriffen haben.
ALLE DOGMATISCHEN FEHLER, DIE BEI DEN NEOLENINISTEN SO HOCH IM KURS STEHEN, WÄRMT DIE RAF-BROSCHÜRE AUF, LEDIGLICH IN KURZFASSUNG: PARTEI-LENINISMUS IM SCHNELLVERFAHREN. [. . .]
Mit dem im Titel der Broschüre auf den Begriff gebrachten Anspruch, DIE LÜCKEN DER REVOLUTIONÄREN THEORIE SCHLIESSEN – DIE ROTE ARMEE AUFBAUEN!, entlarvt sich die Broschüre als das, was sie tatsächlich bloß sein kann: ein eklektizistischer Versuch, eine begonnene Praxis im nachhinein. THEORETISCH (und das heißt hier lediglich unter Benutzung ausgewählter Zitate alter Klassiker!) zu legitimieren.

Die RAF-Broschüre hat es also nicht geleistet, das Konzept RAF aus den tatsächlichen Bedingungen der heutigen Gesellschaft, aus den Kräfteverhältnissen und den Beziehungen der Klassen und Schichten untereinander etc. und aus der daraus absehbaren Bewegung heraus abzuleiten, sondern sie versucht lediglich, die bisher gemachte Praxis THEORETISCH zu rechtfertigen, ihr einen Platz in der revolutionären Ahnengalerie zu sichern. THEORIE VERKOMMT BEI DER RAF, WIE BEI ALLEN HEUTIGEN LENINISTEN, ZUR BLOSSEN RECHTFERTIGUNGSIDEOLOGIE. Als Opfer und Teil des dogmatischen Sumpfes, in dem die Linke Bewegung inzwischen gelandet ist, konnte auch sie keinen Schritt tun, ohne ihn mit Marx-, Lenin- und Maozitaten zu rechtfertigen.

Theorie – Praxis

Diesem typisch leninistischen mechanischen Theorie-Praxis-Verständnis, typisch für die Leninisten mit und ohne Knarre, entsprechen konsequenterweise all die Dogmen, die die heutigen und künftigen FÜHRER & FUNKTIONÄRE der Avantgardesekten den in ihren Dunstkreis geratenen Leuten permanent vorbeten, um sich selbst, also die NOTWENDIGKEIT VON FÜHRERN & funktionären, zu rechtfertigen. [. . .]

Gegen den Leninismus

Wir bekämpfen politische den Leninismus in allen seine Spielarten, weil wir in ihm ein entscheidendes Hindernis für die Entfaltung einer AKTIVEN, PHANTASIEVOLLEN BEWEGUNG sehen, die sich dadurch auszeichnet, daß in allen GESELLSCHAFTLICHEN BEREICHEN die unmittelbar Betroffenen beginnen, ihre eigenen Interessen und Bedürfnisse kämpferisch durchzusetzen.
Die Leninisten der RAF und die Leninisten der Studentenparteien ignorieren die Ansätze einer solchen Bewegung, oder sie nutzen sie in ihrem Parteiinteresse aus (Mieten, Schulen, Betriebe, Uni usw.). Ohne sich auf solche konkreten Praxisansätze einer selbständigen Bewegung zu stützen, diese zu

verstärken oder eingreifend zu verändern, machen sie nach ihren eingefahrenen Denkrastern POLITIK. [. . .]

Avantgarde

[. . .]
Che sagt, wir sollen Haß in Energie umsetzen. Das bedeutet, daß wir eine Vorstellung davon haben, unter welchen Bedingungen, wofür und wogegen wir unsere Energie einsetzen. Außerdem wird klar, daß wir nur organisiert unsere Energie einsetzen sollen.
Was heißt für uns heute jedoch organisieren?
Hier muß uns klar sein, daß es nicht unsere Aufgabe sein kann, DIE Organisation des Klassenkampfes zu gründen. Organisationsspielereien, riesige Fahnen, die mit der wachsenden Einflußlosigkeit der Organisationen immer größer und röter werden, überlassen wir den Organisationsfetischisten. [. . .]
Allen diesen »Organisationstheorien« setzen wir eine Konfliktstrategie entgegen, oder – anders ausgedrückt – das Prinzip der SELBSTORGANISATION als radikale Negation jeglicher sozialdemokratischer und bolschewistischer Organisationsspielerei.
SELBSTORGANISATION heißt für uns, daß wir das revolutionäre Moment des Klassenkampfes in der JEDER WIRKLICHEN AKTION DES PROLETARIATS von Anfang an und in ALLEN IHREN ERSCHEINUNGSFORMEN eigentümlichen GEGENSÄTZLICHKEIT GEGENÜBER DER BOURGEOISIE, IHREM STAAT UND ALLEN BÜRGERLICHEN VERHÄLTNISSEN und in dem aus dieser Gegensätzlichkeit der Aktion entstehenden und durch sie bestimmten SELBSTÄNDIGEN KLASSENBEWUSSTSEIN und KAMPFORGANISATIONEN sehen.

Strategisch gesehen ist die Einnahme einer Mahlzeit kein Problem: Wir können sie ohne weiteres bewältigen. Aber konkret gesehen, schlucken wir einen Happen nach dem anderen. Man kann nicht ein ganzes Festessen auf einmal verschlingen. Das heißt eben: eins nach dem anderen erledigen.

Mao 1957 in Moskau

So vielschichtig und bunt die Wurzeln der APO – und sie selbst –, so mannigfach (trotz aller Illusionen, abstrakten Utopien und Ver-Irrungen) sind die Impulse, die sie gibt, ihre – oft späten und den heutigen Akteuren manchmal gar nicht bewußten – Wirkungen. Bei völlig unterschiedlicher Bewertung des Phänomens können sich heute Anhänger und Gegner der Revolte darauf einigen: Inhalte und Ziele sowie die oft provozierenden Formen des persönlichen und politischen Experimentierens, der Erfahrung, des Theoretisierens und Träumens sind wichtig geworden, Beispiel zuweilen, für die »große« Politik wie den »kleinen« Alltag, für viele Menschen in vielen Bereichen dieser Gesellschaft: in Schulen und Kindergärten, Bürgerinitiativen und Frauenbewegung; in Kultur, Kirchen und anderen Institutionen. So mancher »lange Marsch« durch sie wurde resigniert abgebrochen, so mancher landete noch vor dem Ausgangspunkt, so mancher war und ist nicht »subversiv«, aber hat manches verändert.

Der lange Marsch der Frauen zum Beispiel. Er beginnt, die jüngere Geschichte betrachtet, im Jahre 1968: gegen die eigenen Genossen.

Für die 23. Delegiertenkonferenz des SDS in Frankfurt (12. bis 16. September 1968) legt der »Aktionsrat zur Befreiung der Frauen« eine Resolution vor [Dok. 1], und Helke Sander aus Berlin hält, sich der »Hilflosigkeit und Arroganz« derselben bewußt, eine Rede, in der sie im Verband »jahrelang verdrängte Konflikte« benennt: Tabuisierung des sogenannten Privatlebens durch die Männer, die es ihnen erleichtere, das spezifische Ausbeutungsverhältnis, unter dem Frauen stehen, zu ignorieren – besonders, wenn sie Kinder haben. Mißachten der Wichtigkeit der Frauenproblematik in der Gesamtgesellschaft. Nichteingestehen der eigenen Schwächen und Grenzen:

> »Genossen, eure Veranstaltungen sind unerträglich. Ihr seid voll von Hemmungen, die ihr als Aggressionen gegen die Genossen auslassen müßt, die etwas Dummes sagen oder etwas, was ihr schon wißt. Die Aggressionen kommen nur teilweise aus politischen Einsichten in die Dummheit des anderen Lagers. Warum sagt ihr nicht endlich, daß ihr kaputt seid vom letzten Jahr, daß ihr nicht wißt, wie ihr den Streß länger ertragen könnt, euch in politischen Aktionen körper-

lich und geistig zu verausgaben, ohne damit einen Lustgewinn zu verbinden. Warum diskutiert ihr nicht, bevor ihr neue Kampagnen plant, darüber, wie man sie überhaupt ausführen soll? Warum kauft ihr euch denn alle den Reich? Warum sprecht ihr denn hier vom Klassenkampf und zu Hause von Orgasmusschwierigkeiten? Ist das kein Thema für den SDS?

Diese Verdrängungen wollen wir nicht mehr mitmachen.

[. . .]

Genossen, wenn ihr zu dieser Diskussion, die inhaltlich geführt werden muß, nicht bereit seid, dann müssen wir allerdings feststellen, daß der SDS nichts weiter ist als ein aufgeblasener konterrevolutionärer Hefeteig.

Die Genossinnen werden dann die Konsequenzen zu ziehen wissen.«

Nach der Rede werden die SDS-Autoritäten mit Tomaten beworfen. Für die SDS-Männer, aber auch die meisten Frauen ist das eine unerhörte Provokation, die alle lähmt. Da von einem Lernprozeß der Männer für die Frauen wenig zu spüren ist und gar noch hämische Sprüche von »Häuptlingen« bekannt werden, kommt es zu organisatorischen Konsequenzen: Frauengruppen werden gebildet. Erste Aktion: Anläßlich einer SPD-Gedenkfeier in Frankfurt (50 Jahre Frauenstimmrecht) wird ein Flugblatt verteilt [Dok. 2]. Teilnehmer – beiderlei Geschlechts – verhindern das Verlesen mit Gewalt. Zweite Aktion: Die Frauen, die sich nun »Weiberrat im SDS« nennen, formulieren ihre angestaute Enttäuschung über den nach wie vor krassen Widerspruch zwischen Theorie und Praxis bei vielen Avantgarde-Männern in einem Flugblatt [Dok. 3], das sie bei der nächsten Delegiertenkonferenz verteilen wollten.

[1][1)] RESOLUTION

1. Die Reproduktion der bürgerlichen Trennung von Privatleben und gesellschaftlichem Leben im SDS hat lange genug seine politische Arbeit gelähmt.

2. Der SDS definiert politische Aktivität einseitig, indem er die Reflexion auf Probleme der persönlichen Entfaltung (die

nicht identisch sind mit der bürgerlichen Vorstellung davon) tabuisiert.
3. Kampagnen des SDS können den Frauen zwar rational vermittelt werden, es fehlen ihnen aber die Voraussetzungen, die subjektiven Bedürfnisse der Frauen anzusprechen, deren Unterdrückung in der vom politischen Kampf ausgenommenen »Privatsphäre« unmittelbar und am stärksten erlebt wird. Doppelt frustriert sind die Frauen im SDS, wenn sie versuchen, dort politisch aktiv zu werden, das heißt, wenn sie über die Beteiligung an Demonstrationen hinauswollen, wenn sie Referate, Reden halten, Diskussionsbeiträge liefern. Das Erfolgserlebnis ist ihnen versagt, weil auf ihre Beiträge niemals Bezug genommen wird.
4. Diese Initiativen der Frauen werden als Grenzübertritte verstanden und müssen von ihnen bezahlt werden mit der Anerkennung der Regeln einer Leistungsgesellschaft, die darauf eingerichtet ist, männliche Traumata zu kompensieren. Von Reden halten über Stammtischgespräche bis hin zum belehrenden Bettgeflüster reicht die Pervertierung gesellschaftlicher Kompensationsmöglichkeiten der Männer.
5. Die klassenmäßige Aufteilung der Familie mit dem Mann als Bourgeois und der Frau als Prolet – Herr und Knecht – impliziert die objektive Funktion der Männer als Klassenfeind. Die Verleugnung des Führerprinzips im SDS ist blanker Hohn, weil jeder verheiratete oder im festen Verhältnis lebende SDSler Führer und damit gleichzeitig Ausbeuter einer Familie oder familienähnlichen Gruppe ist. Die Begriffe Klasse, Klassenfeind, Ausbeuter sind Hilfskonstruktionen, die den Frauen dazu dienen, sich auf den Begriff zu bringen, das heißt ein Maß an geschlechtsspezifischer Solidarisierung zu erreichen und erlaubt, die sinnliche Erfahrung dieser patriarchalischen Gesellschaft im politischen Kampf gegen diese zu wenden.
6. dies impliziert nicht die »Politisierung« des Privatlebens, sondern die Aufhebung der bürgerlichen Trennung von Privatleben und gesellschaftlichem Leben: es gilt, die Unterdrückung im Privatleben nicht als private zu begreifen, sondern als politisch-ökonomisch bedingte. Es gilt, Privatleben qualitativ zu verändern und diese Veränderung als politi-

sche Aktion zu verstehen. Dieser kulturrevolutionäre Akt ist ein Teil des Klassenkampfes.
7. Daraus ergibt sich, daß die Revolution als Ziel des Klassenkampfes weniger eine Frage der Machtübernahme ist, als eine Frage der Verwirklichung dessen, was sich in der bestehenden schlechten Gesellschaft antizipatorisch als Gegengesellschaft abzeichnet. Dies beinhaltet, daß der Anspruch auf Glück – jetzt abgetrennt in die Privatsphäre, aber noch nicht einmal dort befriedigt – in gesellschaftlicher Aktion eingelöst werden muß.
8. Persönliche Entfaltung muß also identisch werden mit einer Praxis, die jetzt schon mögliche Momente einer zukünftigen Gesellschaft vorwegnimmt, einer Gesellschaft, die sowohl alle Lebensverhältnisse erotisiert als auch Aggressionen produktiv macht.
9. Dieser Anspruch des SDS widerspricht seiner individuellen und offiziellen Praxis.
10. Mit diesem Anspruch kann man nur ernst machen, wenn man ihn organisatorisch wendet.
11. Für alle Frauen im SDS kommt es darauf an, diese Thesen nicht nur anzuerkennen, sondern sie auch in verbindlicher Aktivität einzulösen. Nur die Frauen sind »interessiert« genug, nur sie bieten die Gewähr, daß sich im Verband etwas ändert, daß wenigstens hier das autoritäre Vernunftprinzip der patriarchalischen Gesellschaft durchbrochen wird. Dafür ist vorläufige Isolation nötig. Das ist keine Isolation, die mit der Illusion verbunden ist, man könne sich auch unabhängig von den Männern emanzipieren, sondern der notwendige erste Schritt, seine eigenen Bedürfnisse zu artikulieren. Gegen unkritische, auf Verdrängung beruhende Widerstände werden wir Kampfmaßnahmen ergreifen. Wir lassen uns die Methoden des Kampfes nicht vorschreiben.

[2]
50 JAHRE BETRUG SIND GENUG!

Die Koalitions-SPD hat nichts mit den Vorkämpfern des Frauenwahlrechts zu tun und hat kein Recht, sich mit deren Verdiensten zu schmücken. Die formale Gleichberechtigung war nicht das Ziel der Vorkämpfer. Sie sahen sie als eine Voraussetzung der Selbstverwirklichung und Gleichberechtigung der Frauen innerhalb einer sozialistischen Gesellschaft an.
Statt dessen finden wir die SPD heute in der Umarmung der Kapitalisten (»formierte Gesellschaft, große Koalition«).
Zwar haben die Frauen seit 50 Jahren das Recht zu wählen zwischen Parteien, die sich untereinander, d. h. dem kapitalistischen Profitinteresse, immer mehr gleichen.
50 Jahre Frauenwahlrecht:
Aber obwohl die Wirtschaft ohne Frauenarbeit zusammenbrechen würde, werden sie in schlecht qualifizierten Berufen gehalten und schlechter bezahlt als die Männer.
50 Jahre Frauenwahlrecht:
Trotzdem müssen sich die Frauen alleine mit der Kindererziehung herumschlagen.
50 Jahre Frauenwahlrecht:
Aber auf den Universitäten immer noch zu Unrecht (siehe Examensergebnisse) für dümmer gehalten als die Männer und in ihren Aufstiegschancen einschneidend behindert – ganz zu schweigen von einer jenseits der Konkurrenzgesellschaft liegenden individuellen Entfaltung.
Zwar haben sie das Recht zu wählen zwischen »Keine Experimente« und »Sicherheit für Alle« – aber nicht das Recht, zu wählen zwischen Beischlafspflicht und eigenem Lustgewinn.
50 Jahre Frauenwahlrecht haben aus der Frau kaum mehr gemacht als einen Kleiderständer für – wenn sie »Glück« hat – Nerzmäntel, die doch nur dem Prestige der Männer dienen.

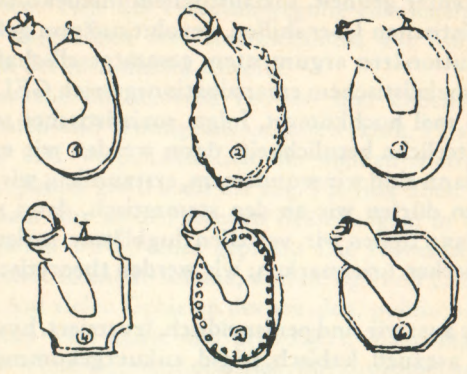
DARUM: WÄHLT POLYCOLOR!

In dem Maße, in dem die SPD heute den Kapitalismus stützt, ist sie dafür mitverantwortlich zu machen, daß sich das internationale Interesse der Frauen beschränkt auf den internationalen Star-, Reklame- und Kosmetikrummel.

[3][2)]

RECHENSCHAFTSBERICHT

des weiberrats der gruppe frankfurt



1) schauer
2) gäng
3) kunzelmann
4) krahl
5) rabehl
6) reiche
7) .....

Wir machen das maul nicht auf!
wenn wir es doch aufmachen, kommt nichts raus!
wenn wir es auflassen, wird es uns gestopft: mit kleinbürgerlichen schwänzen, sozialistischem bumszwang, sozialistischen kindern, liebe, sozialistischer geworfenheit, schwulst, sozialistischer potenter geilheit, sozialistischem intellektuellem pathos, sozialistischen lebenshilfen, revolutionärem gefummel, sexualrevolutionären argumenten, gesamtgesellschaftlichem orgasmus, sozialistischem emanzipationsgeseich GELABER!
wenn's uns mal hochkommt, folgt: sozialistisches schulterklopfen, väterliche betulichkeit; dann werden wir ernst genommen, dann sind wir wundersam, erstaunlich, wir werden gelobt, dann dürfen wir an den stammtisch, dann sind wir identisch; dann tippen wir, verteilen flugblätter, malen wandzeitungen, lecken briefmarken: wir werden theoretisch angeturnt!
kotzen wir's aus: wir sind penisneidisch, frustriert, hysterisch, verklemmt, asexuell, lesbisch, frigid, zukurzgekommen, irrational, penisneidisch, lustfeindlich, hart, viril, spitzig, zickig, wir kompensieren, wir überkompensieren, sind penisneidisch, penisneidisch, penisneidisch, penisneidisch, penisneidisch.
frauen sind anders!

BEFREIT DIE SOZIALISTISCHEN EMINENZEN VON IHREN BÜRGERLICHEN SCHWÄNZEN!

Wichtige politisch-emanzipatorische Themen und Projekte von immer mehr Frauen, nicht nur im Aktionsrat, sind Kinderläden und sexuelle Befreiung [Dok. 4, 5, 6]. Nach vielen Diskussionen kommt es zu Ladengründungen und – oft umstrittenen – antiautoritären Erziehungs-Experimenten, auch in Schulen und Freizeitheimen. Teile der Frauenbewegung entwickeln sich später ähnlich dogmatisch und eindimensional wie Individuen und Gruppen der männlichen Revolte.
Die Versuche mit anderen Protest- und Lebensformen, mit Kinderläden und Wohngemeinschaften [Dok. 7], aber auch die Militanz und Verbalradikalität der »linken Metropolen« der Bundesrepublik greifen auf die sog. Provinz über.
Doch nicht nur in den eigenen Beziehungen, in Schulen und Kindergärten wird Neues geprobt. Die Protestbewegung hat nicht zuletzt solche Resonanz, weil sie Ego und Elfenbeintürme verläßt. Auf vielen Gebieten des sozialen, politischen, kulturellen Lebens wird agiert und provoziert. Manchmal illusionär, euphorisch und interventionistisch, mit zu großen und zu eiligen Erwartungen und Hoffnungen. Aber auch die negativen Erfahrungen, Impulse und Entwürfe dieser Zeit sind wichtiges Erbe geworden.
Viele gesellschaftliche Aktivitäten und Bewegungen der 70er und, wie es scheint, auch der 80er Jahre wurzeln in Ideen und exemplarischen Anstößen der Rebellion: Das gilt für die recht erfolgreichen Proteste gegen Fahrpreiserhöhungen bei allgemeinen Verkehrsmitteln [Dok. 14]; das gilt für den zeitweisen Boykott des etablierten Kulturbetriebs und Organisierung von Alternativen – bis hin zur Raubdruckbewegung. Die Gegen-Buchmesse von 1968 in Frankfurt, die verbunden war mit Aktionen gegen Springer-Stände auf der offiziellen Messe, ist nur ein Beispiel. Es ist der Anfang dessen, was heute als Gegenmilieu, als »Zwei Kulturen«-Phänomen meist ratlos konstatiert wird [Dok. 8].
Das gilt für die Sensibilisierung in Fragen des Umweltschutzes in Politik und Alltag, für Gift- und Atomwaffen-Problematik; für das gewachsene Verständnis für gescheiterte Minderheiten und Randgruppen (Beispiel: Knastarbeit); für Gegenwehr auf dem sich brutalisierenden Wohnungsmarkt: vorübergehende Hausbesetzungen damals, Instand(be)setzungen heute [Dok. 9–13].

Nicht zu vergessen: die großen Parteien, die Gewerkschaften. Fraglos hat es die Gewerkschaftsbürokraten irritiert und beunruhigt, als am 1. Mai 1968 an einer Demonstration und Kundgebung der APO, konkurrent geplant zur Veranstaltung von DGB und Senat, 40 000 Menschen teilnahmen. Das waren nicht »nur« Studenten und Intellektuelle. Und das war ein Signal zum ohne Zweifel pragmatischen Abschied von den lahmen Mai-Feiern im Festsaal und der zahmen »Konzertierten Aktion« mit Kapital und Staat [Dok. 15–17].

Die APO hat sich konstituiert und verbreitert auch wegen der Großen Koalition [Dok. 16, 17], und sie ist zerbrochen auch wegen der kleinen. Der repressive Druck von außen und die Widersprüche, Enttäuschungen und Versteinerungen im Innern der Bewegung trieben viele Anhänger in Parteien, die wenigstens Reform und mehr Demokratie versprachen: in SPD, FDP und DKP. Das war zugleich Kalkül, Doppelstategie, eine Form des »langen Marsches durch die Institutionen«.

Viele Impulse also wurden gegeben, viele Wege gegangen. Hauptstraßen, Seitenpfade, Sackgassen, Holz- und Irrwege, Wege in den Alltag, zur Macht, nach Indien und in den Tod. Die Revolte ist Geschichte und Gegenwart, ist Traum und Trauma. Noch vor dem Tod einiger ihrer Väter, Bloch, Marcuse, Sartre, starben – oft gewaltsam – etliche ihrer Söhne – und Töchter, in den USA, in Westeuropa, in vielen Ländern der Welt. Die Revolte war ein Aufbruch, sich selbst, eine neue Welt und die Wahrheit zu suchen. Und die Wahrheit ist konkret, hat irgend jemand mal gesagt. Wo die Revolte konkret wurde, hat sie sie gefunden.

[4][3)]

Die objektiven organisatorischen Zwänge, die Isolierung der Frau in der Kleinfamilie, die Emanzipationsbestrebungen und Teilnahme am politischen Kampf verhindert und damit – besonders bei Studienabbruch – zu einer permanenten Frustration führt, haben ihre negativen Auswirkungen in der Erziehung. Die Aussichtslosigkeit, die Situation individuell zu verändern, macht das Kind, das unbewußt als Urheber derselben empfunden wird, zum Objekt der angestauten Aggressionen. Die daraus resultierenden Schuldgefühle der Eltern, ihre ambivalente und vom Kind als diffus empfundene Haltung ihm gegenüber, erzeugt Angst bei dem Kind und führt zu einer mangelhaften Identitätsbildung, die irrationale Sicherheitsbedürfnisse und Sehnsüchte schafft und es gesellschaftlich manipulierbar macht.
Der Ausweg aus der organisatorischen Misere: staatliche oder private Kindertagesstätten, ist keiner, da sie 1. oft zu teuer sind, 2. nur eine ungenügende Anzahl zur Verfügung steht (in Hessen 89 661 Kindergartenplätze für 428 919 Kinder) und diese, zum großen Teil überfüllt und personell unzureichend besetzt (z. T. 40–60 Kinder auf eine Erziehungsperson), nur ein Notersatz für die ebenfalls mangelhafte Familienfürsorge sind. Die Erziehung in den Kindergärten beschränkt sich häufig auf Überwachung und Drill, wobei die Bedürfnisse der Kinder weitgehend unberücksichtigt bleiben müssen.
Untersuchungen des Jugendamtes und des Gesundheitsamtes in Bielefeld haben ergeben, daß Schulanfänger, die einen Kindergarten besucht haben, häufiger unter nervösen Störungen leiden als Kinder, die direkt vom Elternhaus in die Schule kommen.
Wir werden nicht darauf warten, daß das System diese Probleme irgendwann auf seine Weise löst, d. h. die Technokratisierung der Produktion und der Ausbildung auf sämtliche Lebensbereiche überträgt, konkret: zu einer kollektiven Indoktrinierung der Kinder vom frühesten Alter an übergeht. Zu einem Zeitpunkt, wo die gesellschaftliche Repression ständig zunimmt, müssen wir Modelle von Gegeninstitutionen entwickeln, die die Vereinzelung der Individuen zumindest

partiell aufheben und die Unveränderbarkeit des Bestehenden praktisch in Frage stellt.
Für die Kindererziehung heißt das: Selbsttätigkeit der Eltern!
In dieser Absicht haben Berliner Linke mit den sogenannten Kinderläden Praxismodelle entwickelt, die wir beispielhaft als Anstoß für unsere Aktivitäten nehmen: sie haben in Flugblattkampagnen auf den Kindergartennotstand aufmerksam gemacht, Arbeitskreise gebildet, in die laufend die praktische Erfahrung aus der Arbeit mit den Kindern eingebracht wurde, in denen sie neue Erziehungskriterien entwickelten, sie haben leerstehende Räume, zumeist Läden, gemietet, Möbel und Spielzeug gesammelt und arbeitsteilig die Erziehungsaufgaben in dem Kinderladen übernommen.
Neben den »Vorteilen« dieser Kinderkollektive für die Eltern, die auf der Hand liegen, besteht hier die Möglichkeit, die Bedürfnisse der Kinder nicht nach denen der Eltern vorzustrukturieren, sondern ihnen im Kinderkollektiv freiere Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten, was unter anderem erleichtert wird dadurch, daß die sexuellen Triebe auf Gleichaltrige gerichtet werden, und die Elternbindungen weniger zwanghaft und fixiert eingegangen werden.
ORGANISIERT UND ERARBEITET SELBSTTÄTIG DIE ANTIAUTORITÄRE ERZIEHUNG EURER KINDER!
Projektgruppe sozialistische Kinderkollektive

[5][4)]
DIE NEUE HAUSORDNUNG (Entwurf der Kinder)

§ 1 Die Heimeltern sind nicht berechtigt, die Mädchen- und Jungenschlafräume zu betreten.
§ 2 Die Jungen und Mädchen dürfen sich zu jeder Zeit in den Schlafräumen besuchen und aufhalten. Abends allerdings mit der Einschränkung, daß dies leise geschieht. Nach 22 Uhr darf sich keiner mehr auf dem Flur aufhalten, da dann zuviel Lärm gemacht wird.
§ 3 Der Tages- und Betreuerraum wird nach jeder Tanzfête usw. sauber gemacht. Die Einteilung geht nach Zimmern.

§ 4 Bis spätestens 20 Uhr 30 müssen sich alle im Heim eingefunden haben.
§ 5 Um 22 Uhr (s. § 2) haben alle im Nachtzeug und gewaschen auf den Zimmern zu sein. Nach 23 Uhr ist Schluß! Jeder muß dann in seinem Zimmer sein.
§ 6 jeder hat das Recht, seine Meinung frei und offen zu sagen, egal, ob den Betreuern oder den Heimeltern gegenüber. Gefällt jemanden irgend etwas nicht, so wird gerne darüber diskutiert, eventuell noch geändert.
§ 7 Niemand wird gezwungen, sich an irgendwelchen Wanderungen oder Spielen zu beteiligen.
§ 8 Während der Mittagsruhe dürfen alle Kinder das Heim verlassen. Zuvor haben sie sich in ein bereitliegendes Heft einzutragen, damit ihre Aufenthaltsorte bekannt sind.
§ 9 Die Kinder sind berechtigt, den Tagesplan mitzubestimmen. Allerdings müssen die Betreuer zu Rate gezogen werden.
§ 10 Nur die Betreuer dürfen in das Geschehen innerhalb des Heimes eingreifen.
§ 11 Für den Küchendienst werden täglich 3 Leute pro Tagesraum benötigt. Diese werden am Abend eingeteilt. Keiner verläßt den jeweiligen Tagesraum, bevor der Küchendienst nicht feststeht.
§ 12 Die Einrichtungsgegenstände dürfen nicht beschädigt werden. Geschieht das trotzdem, so muß der entstandene Schaden aus eigener Tasche bezahlt werden, sofern er mutwillig verursacht wurde.
§ 13 Die Heimeltern und Betreuer dürfen nicht die Post der Kinder lesen.
§ 14 Die Kinder dürfen ohne Betreuer ins Dorf gehen, an sonstige Orte nur mit Erwachsenen, da etwas passieren könnte, für das die Aufpasser zur Verantwortung gezogen werden könnten.

[6][5)]

DER KAMPF DER FRAUENBEFREIUNGSFRONT IN DEN METROPOLEN

Stanford-Rede Eldridge Cleaver

1. Oktober 1968

Ich weiß nicht, ob das, was ich heute abend hier gesagt habe, sich für Sie gelohnt hat. Ich hoffe nur, daß ich Sie nicht völlig enttäuscht habe. Ich möchte noch etwas sagen, was jedoch nicht für die Männer in der Zuhörerschaft bestimmt ist. Diese Worte sind an die Damen gerichtet. Ich möchte den Damen sagen und sie daran erinnern, daß das hier kein Spaß ist und daß wir vor einer sehr ernsten Situation stehen. Es liegt in ihrer Macht, vielen Dingen, die geschehen, auf einen Schlag Einhalt zu gebieten. Und wir nennen das die Macht des Sex. Der Schoß einer Frau bedeutet revolutionäre Kraft. Es tut mir leid, falls ich Leute mit viktorianischen Moralauffassungen verletzt habe, aber bleiben sie noch einen Minute sitzen und sie werden die Dinge wieder nüchterner sehen. Betrachten Sie die Sache doch einmal realistisch. Ich habe gesagt, daß Sie entweder Teil der Lösung oder Teil des Problems sind. Wenn Sie Teil der Lösung sind, wie sieht das dann aus, wenn Sie mit jemandem schlafen, der Teil des Problems ist? Alles kann fortschrittlich sein und alles kann revolutionär sein. Die Liebe kann fortschrittlich sein, der Sex kann revolutionär sein.

. Kathleen Cleaver

Und Sie können auch konterrevolutionär sein, können reaktionär sein oder konservativ, wenn Sie mit der Micky Maus oder Donald Duck schlafen. Ich möchte folgendes ganz klar machen: sehen Sie sich die Kerle an, die sich Männer nennen, und sagen Sie ihnen, daß sie Teil der Lösung werden müssen oder sie brauchten nicht mehr anzurufen. Sie brauchten keine Liebesbriefe mehr zu schreiben und auch nicht mal vorbeizukommen und anzuklöpfen. Sagen Sie ihnen, sie sollten abhauen, sich eine Platte von Bob dylan anhören oder sonst etwas tun. Sagen Sie ihnen, sie sollten sich untereinander einmal darüber aussprechen und dann zurückkommen. Diese Macht haben Sie. Sie können die Männer mehr unter Druck setzen als ich mit meinen Reden. Sie können ihnen den Honig verweigern. Sie können bewirken, daß alle Männer herumlaufen und so handeln, als seien sie Lenin, Mao Tse Tung oder Jerry Rubin. Wenn Sie das nicht glauben, dann probieren Sie es doch einmal. Lassen Sie sie am steifen Arm verhungern. Und wenn die Burschen nicht spuren wollen, bin ich sicher, daß es sehr viele gibt, die gern Ihre Telefonnummer ans Schwarze Brett hängen und Ihnen zu Hilfe kommen werden, wenn es nottut. Ich danke Ihnen!

[7]

Zur Theorie und Praxis der Wohngemeinschaften

Materialsammlung der bestehenden Wohngemeinschaften mit historischer Aufarbeitung des Verhältnisses von Familienform und Gesellschaftsstruktur.

Bei der ersten Vorbesprechung für diese Projektgruppe ist uns die Notwendigkeit klar geworden, eine Bestandsaufnahme der zur Zeit in Westberlin bestehenden Kommunekonzeptionen zu machen. Dieses Ziel wollen wir erreichen durch eine möglichst viele Kommunen erfassende Umfrage.
Die ersten Fragen sollen rein technische Daten ermitteln, wie:
Größe der Wohnung
Anzahl der Personen
Grad der Sozialisierung der Finanzen
soziale Herkunft usw.
In einem späteren Stadium sollen differenziertere Fragen behandelt werden:
Stellung der Frau in der Kommune
Erziehung der Kinder
autoritäre Strukturen in der Kommune
Bevor wir diese Untersuchung beginnen, ist es notwendig, frühere Familienstrukturen an Hand der ökonomischen Bedingungen aufzuzeigen.
Weiterhin ist es notwendig, eine Kritik der bürgerlichen Familie zu leisten, als deren mögliches Gegenmodell wir die Kommune betrachten.
[...]

Für die Semesterferien fester Termin:

Freitags 20 Uhr, Bundesallee 140, II rechts, bei Lieven

[8]

"Gegen-Buchmesse" 19.-24.Sept.68 Studentenhaus Frankfurt Jügelstraße 1
Auskunft: AStA Joh.Wolfg.Göthe Uni. (Demnächst Karl-Marx-Universität)

Das zu Vermittelnde wird durch den Vermittlungsapparat bestimmt:

Wir müssen uns selbst organisieren!

Nicht Widersprüche richtig benennen, sondern Widersprüche aufbrechen lassen!

Durch Handlungen lernen!

Laßt euch nicht von den Rowohlts verschachern, Genossen!
Organisiert euch selbst!

Macht den bürgerlichen Linksgeschäftemachern ihr Geschäft kaputt!

Der Polizeiknüppel, der uns auf den Kopf schlug, ließ es bei den Verlegern bimmeln:
Schlagt da zurück!

Beschleunigt den kulturellen countdown!

Aufruf zu einer „Gegen-Buchmesse" in Frankfurt, zu Boykott und Demontage bürgerlicher Linksgeschäftemacher und Selbstorganisation des antiautoritären Lagers.

[9]

SOZIALISTISCHER 1. MAI 1968

Die Mieten steigen, Westberlin wird Weißer Kreis. Die Neubauwohnungen sind zu klein und zu teuer. Wer seine Miete nicht mehr bezahlen kann, landet im Obdachlosenasyl.
Die Löhne liegen unter dem Stand vergleichbarer Städte in Westdeutschland, Arbeitsplätze werden abgebaut, zukunftssichere Arbeitsplätze werden nicht geschaffen.
Betriebe und Forschungsstätten wandern ab.
„Berlin-Hilfe" lockt Spekulanten an.

Das alles wissen Senat, Parteien und Gewerkschaftsspitzen. Sie schweigen. Sie schweigen über die wirklichen Ursachen der Unruhe. Wer darüber redet, den stempeln sie zum Unruhestifter.

1

Wer über die Verwendung der Arbeitskraft und der natürlichen Hilfsquellen eines Volkes bestimmt, hält ungeheure Macht in den Händen. Solange diese Macht bei wenigen Unternehmern und staatlichen Funktionären liegt, werden diese Wenigen sie wirtschaftlich und politisch zu ihrem eigenen Nutzen gebrauchen. Sie haben sie gebraucht und gebrauchen sie, um fremde und ihre eigenen Völker auszurauben und niederzuhalten. Die Folgen waren und sind ungeheure Zerstörung. Sie können diese Macht so gebrauchen, solange sie sich die natürlichen Hilfsquellen und die Arbeitskraft anderer aneignen und diese anderen von der Bestimmung darüber ausschließen. Sie verhindern die Ansiedlung neuer Industrien im Ruhrgebiet und lassen sich die Schließung unrentabler Zechen vom Staat bezahlen. Sie rationalisieren, schließen und verlagern Betriebe in Westberlin ganz nach ihrem eigenen Gutdünken, bringen ihre Profite nach Westdeutschland und lassen sich ihre Investitionen in Westberlin durch Subventionen aus Steuergeldern bezahlen.

Wir fordern daher die Bestimmung der Arbeiter, Ingenieure und Wissenschaftler über die Verwendung ihrer Arbeitskraft und über die natürlichen und technischen Hilfsmittel in der Wirtschaft des eigenen Volkes und in den Beziehungen zwischen den Völkern.

2

Arbeiter, Ingenieure und Wissenschaftler haben die Produktionsmittel zu einem Stand entwickelt, auf dem sie in weit weniger als 8 Stunden pro Tag bei mindestens vollem Lohnausgleich ein nie gekanntes Maß an lebenswichtigen und langlebigen Gütern produzieren könnten. Sie müssen aber schnellverschleißende Gebrauchsgüter herstellen, für deren Reklame Riesensummen ausgegeben werden und für deren Verkauf ein Heer von Angestellten arbeiten muß. Sie alle haben als Verbraucher keine andere Wahl, als diese Waren zu kaufen. Und je öfter sie sie kaufen müssen, desto schneller fließen Löhne und Gehälter in die Taschen derer zurück, die sich für Lohn und Gehalt fremde Arbeit angeeignet haben, desto risikoloser und schneller häufen sich die Profite. Für dieses Interesse zu arbeiten und nicht für ihr eigenes, kann nicht die Sache der Arbeiter, Ingenieure und Wissenschaftler sein.

Wir fordern daher die Bestimmung der Arbeiter, Ingenieure und Wissenschaftler über das, was sie in ihren Betrieben, Büros und Labors produzieren.

3 Was erhält die Produktion aufrecht? Sind es die Anweisungen auf den Akkordzetteln, sind es Befehle der Vorgesetzten? Es ist vielmehr die lange Erfahrung der Arbeitenden selbst im Umgang mit Material und Maschine. Es ist der Austausch der Erfahrungen zwischen Werkstatt und Konstruktionsbüro. Es ist die Selbsttätigkeit der Produzenten, die gegen die Fesseln der Befehle kämpft oder sich ihnen zu entziehen sucht.

Wir fordern daher die Selbstorganisation am Arbeitsplatz, die grundlegende Demokratisierung der Betriebe und ihre Leitung durch selbstgewählte Organe der ganzen Belegschaft.

4 Schüler, Lehrlinge und Studenten sind in der Ausbildung ihrer Fähigkeit fremden Befehlen unterstellt. Ihre Arbeitskraft wird abgerichtet auf die Bedürfnisse des Kapitals und die Aufrechterhaltung seiner Herrschaft. Sie lernen, Befehlen zu gehorchen, und nicht zu fragen, was und wofür sie arbeiten. Sie werden verleumdet und geschlagen, wann immer sie sich dem Alten entziehen und ihre Zukunft selbst gestalten wollen.

Wir fordern daher Schulen, Lehrlingsausbildungsstätten und Hochschulen, in denen Schüler, Lehrlinge und Studenten zusammen für die Sicherung ihrer Zukunft arbeiten können, in denen sie lernen können, was für die Befreiung des Menschen von der Herrschaft nützlich und für ein Leben ohne Herrschaft notwendig ist!

5 Arbeiter und Angestellte müssen ihr Leben lang einen großen Teil ihres Einkommens abgeben, um in Wohnungen leben zu können, für die sie während ihres Lebens ein Mehrfaches der Bau- und Instandhaltungskosten bezahlen, ohne daß diese ihnen je gehören. Mieterhöhungen und Kündigungen sind sie hilflos ausgesetzt.

Wir fordern daher die Überführung des gesamten Wohnraums in Gemeineigentum und die Errichtung neuer Wohnungen unter der Kontrolle derer, die sie bewohnen werden.

Wir fordern und schaffen eine demokratische Öffentlichkeit. In ihr allein können diese Forderungen von allen diskutiert und in die Tat umgesetzt werden.

Wir kämpfen gegen alle Gruppen, Organisationen, Institutionen und Parteien gleich welcher Richtung, die die Menschen in Unmündigkeit und Abhängigkeit halten und sie an der Entfaltung und Verwirklichung ihrer Bedürfnisse hindern.

Wir werden weiter darüber reden:

30. April	18 Uhr	Sozialistisches Forum, Neue Welt, Hasenheide
1. Mai	10 Uhr	Demonstration vom Karl-Marx-Platz aus
	11 Uhr	Abschlußkundgebung auf dem Hohenstaufenplatz

SOZIALISTISCHES MAIKOMITEE

Verantwortlich: Dirk Müller, Berlin-Steglitz

[10]

Bürger Frankfurts

Seit Jahren ließ die Frankfurter Stadtverwaltung die Entwicklung im Westend ins Verhängnis treiben. Mit Hilfe ihrer Geldgeber und williger Architekten zerstören Bauherren durch den Bau von Bürohochhäusern den Wohncharakter unseres Stadtviertels. Dieser Trend wurde von der Frankfurter Stadtverwaltung durch „Befreiungen" vom Bebauungsplan aktiv gefördert; denn Großfirmen zahlen mehr Steuern als Mieter.

Noch vollzieht sich die skrupellose Umwandlung hauptsächlich im Frankfurter Westend, aber erste Sturmzeichen alarmieren bereits die Bewohner in anderen citynahen Stadtteilen wie Bockenheim, Sachsenhausen, Eschersheim und Nordend. Die Einwohner Frankfurts werden in öde Vorstadtsiedlungen oder weit außerhalb liegende Gemeinden vertrieben.

Die Notlage der Mieter wird von einem Teil der Hausbesitzer schamlos zur eigenen Bereicherung ausgenützt.

Auf lange Sicht können diese Mißstände hauptsächlich durch die Demokratisierung der Stadtplanung beseitigt werden.

Deshalb veranstalten wir am 3. Oktober 1970 – parallel zu einer Protestveranstaltung in Düsseldorf – eine Demonstration gegen

WOHNRAUMVERNICHTUNG

STADTBILDZERSTÖRUNG

STADTENTVÖLKERUNG

MIETWUCHER

Treffpunkt: Bockenheimer Warte (Jügelstr.) 11.20 Uhr. Von dort geht der Zug um 11.30 Uhr über Bockenheimer Landstraße, Opernplatz, Goethestraße, Goetheplatz, Salzhaus, Töngesgasse, Hasengasse, Zeil zur Hauptwache, wo um 12.30 Uhr die Schlußkundgebung stattfindet.

Bitte beteiligen auch Sie sich an dieser Aktion!

Aktionsgemeinschaft Westend, Frankfurt/Main, Oberlindau 25, Tel.: 722350
Kontonummer: Frankfurter Sparkasse von 1822 Nr. 50-375071.

[11]

Schluß mit dem Mietwucher!

DA HILFT KEIN CHRISTKIND-

Da hilft nur noch Gewalt

[12]

Soll Hessen Todeszone werden?

Die Lagerung amerikanischer Giftwaffen in der Bundesrepublik hat große Unruhe in der Bevölkerung ausgelöst. Sie übertreffen an Schrecklichkeit selbst atomare Waffen. Der Bruchteil eines Grammes dieser Massenvernichtungsmittel kann tausende von Menschen sterben lassen. In unmittelbarer Nähe unserer dicht besiedelten Wohngebiete befinden sich Depots mit Massenvernichtungsmitteln. Ein Unfall, ein Versehen kann bereits dazu führen, in Sekunden große Gebiete in tote Landstriche zu verwandeln.

Eine weitere Bedrohung von Leben und Sicherheit aller Bürger wurde kürzlich durch die Illustrierte ‚Stern' bekannt. Ein Operationsplan der US-Streitkräfte sieht den Einsatz von Kernwaffen, Krankheitserregern und chemischen Kampfstoffen auch in der Bundesrepublik vor. Sprengungen von Atomminen zwischen Main, Lahn, Fulda und Rhein sind in die Planungen skrupelloser Militärs mit einbezogen. Die Entzündung brennbarer Flüssigkeiten auf Rheir und Main sollen Flammenbarrieren schaffen.

Diesen Todesplänen gilt unser Protest!

Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wie unsere Sicherheit aufs Spiel gesetzt wird!

Kommt zum Aktionstreffen
gegen Giftwaffen
am Samstag, den 21. März 1970,
in Hanau am Main

ACHTUNG!

Dies ist eine neue Stimme, die sich von nun an kritisch mit unserem derzeitigen „Heim" beschäftigen wird. Wir hoffen einigermassen regelmässig zu erscheinen, & bitten deshalb alle, die sich dafür interessiere sich einen Titel für diese 'Knast-zeitung' auszudenken. (Vorschläge weren zur Kenntnis genommen.

Sicherheitshalber müssen wir anonym bleiben!

Die Auflage ist klein, deshalb unbedingt weitergeben!!

Geht sparsam mit Klosett-papier um, es ist auch ausgezeichnet geeignet vom Strafvollzug die Scheisse abzuwischen!!

№3/ 1968

Was ist paradox?

Wenn Glaubrechts Sohn, weil er die verständnislose, autoritäre & dumme Erziehung seines Vaters satt hat, von Zuhause abhaut, & sich bei der APO wohler fühlt.

Wir hauen natürlich nicht ab und freuen uns, dass wir nun alle als Ausgleich für den erlittenen Verlust die-

ACHTUNG!

nen können, indem wir uns geduldig von ihm weiter, wie seine „Söhne" behandeln lassen. (Siehe oben!)

MERKE

Pappi ist der Beste!
Glaubrecht weiss was Söhne wünschen!

[14]

Hannoveraner!

Die Konferenz der hannoverschen Betriebs- und Personalratsvorsitzenden im Deutschen Gewerkschaftsbund, Kreis Hannover, fordert nochmals zur Bewältigung unserer gemeinsamen Probleme

- die sofortige Zurückführung der Üstra-Fahrpreise auf den alten Stand
- Beibehaltung der bereits eingeräumten Vergünstigungen für Rentner, Lehrlinge, Schüler und Studierende

Unverzügliche Verhandlungen über

- die Übernahme der Üstra durch die Stadt Hannover
- Sozialgerechte Tarife
- Bessere Beförderungsbedingungen.

Allen Hannoveranern, die sich in so uneigennütziger solidarischer Weise für die
Aktion »Roter Punkt«
eingesetzt haben, sprechen die hannoverschen Gewerkschaften ihre Hochachtung und herzlichen Dank aus.

Der **Deutsche Gewerkschaftsbund** hält das **Recht auf freie Demonstration** auch weiterhin für ein **unveräußerliches Grundrecht** einer freiheitlichen **demokratischen Ordnung.**

DGB

Deutscher Gewerkschaftsbund
Kreis Hannover
F. Theilmann, Vorsitzender

Verantwortlich: F. Theilmann, Hannover, Josephstraße 1
Druck: Buchdruckwerkstätten Hannover GmbH, Buch- und Offsetdruck

[15]

arbeiter druck

Zeitung der Betriebsgruppe
Druckhaus Tempelhof

SONDERDRUCK

Unterschriftensammlung:

Zeugnis unserer Geschlossenheit

Kollegen, auf der letzten Betriebsversammlung hat Weitpert unsere Weihnachtsgeldforderung abgelehnt. Nicht genug damit. Er will diese außertarifliche Leistung sogar noch um mindestens 25% kürzen.
Die Vertrauensleute haben deshalb am Freitag eine Unterschriftenliste durch die Abteilungen geschickt, um unsere Forderung zu bekräftigen.
Ein Teil der Kollegen, besonders unter den Angestellten, sagt:
Man kann zufrieden sein, daß wir überhaupt Weihnachtsgeld bekommen, denn es ist ja eine "freiwillige Gratifikation" von Konsul Senator Weitpert. Außerdem gibt es in vielen anderen Betrieben noch weniger.
Kollegen, für uns alle ist das Weihnachtsgeld ein Teil des Lohns, den wir auch brauchen!
Im letzten Jahr ist durch die gestiegenen Lebenshaltungskosten unser Lohn indirekt gekürzt worden. Zur Erhaltung des Lebensstandards und als Ausgleich für das steigende Arbeitstempo ist die Erhöhung des Weihnachtsgeldes unbedingt notwendig!
Der Hinweis, daß es in anderen Betrieben noch weniger gibt als bei uns, sagt nur aus, daß die Kollegen in diesen Betrieben den Kampf um mehr Weihnachtsgeld zu verstärken haben. Aber nicht, daß wir dann auch mit weniger zufrieden sein sollen.

DIE FORDERUNG HEISST

KLIPP UND KLAR 100% !

Die Kollegen in diesen Betrieben unterstützen wir am besten dadurch, daß wir den Kampf um 100% Weihnachtsgeld fortführen. Damit setzen wir uns für die gewerkschaftliche Forderung nach einem generellen 13. Monatsgehalt ein und stärken so die Kampffront aller Kollegen für diese Forderung.

Mit dieser Unterschriftensammlung bekräftigt der größte Teil der Kollegen nicht nur unsere Forderung, sondern erteilt dem BR einen klaren Auftrag. Er hat uns ständig darüber Rechenschaft zu geben, wie sich die Verhandlungen mit Weitpert entwickeln. Im Falle einer Ablehnung unserer Forderung muß diese Entscheidung in den Abteilungen mit unseren Vertrauensleuten diskutiert werden, um über mögliche Kampfmaßnahmen zu beraten.

100 % Weihnachtsgeld!

[16]

Wenn der Student kräht dreimal auf dem Mist ändert sich die Gesellschaft oder bleibt wie sie ist

Neben einer Bundesregierung, die nicht aufhören will, die Ermordung des vietnamesischen Volkes zu unterstützen,

neben der Beseitigung demokratischer Restgehalte der Verfassung durch Notstandsgesetze,

neben der unaufhörlichen Koalition der CDU/SPD mit den Unternehmern,

neben der Interessenverschleierung und der Verketzerung von Minderheiten durch die Massenpresse,

neben dem Anspruch auf die DDR und die Ostgebiete, der nur mit Krieg realisiert werden könnte,

neben der ständigen Verschärfung der gesellschaftlichen Widersprüche und dem Anwachsen faschistischer Stimmungen und NPD-Stimmen,

ist die Verfeinerung der autoritären Universitäten zu

Ausbildungsfabriken

EINE

der Perspektiven der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik.

In einem System der Unterdrückung kann die Universität nicht ein Instrument der Befreiung werden, weil Herrschaft sich zwar institutionell manifestiert, sich aber nicht allein institutionell aufheben läßt, sondern einzig durch die Aufhebung der Bedingungen für Herrschaft, also durch die grundsätzliche Veränderung von Macht- und Besitzverhältnissen in den Bereichen der intellektuellen und materiellen Produktion.

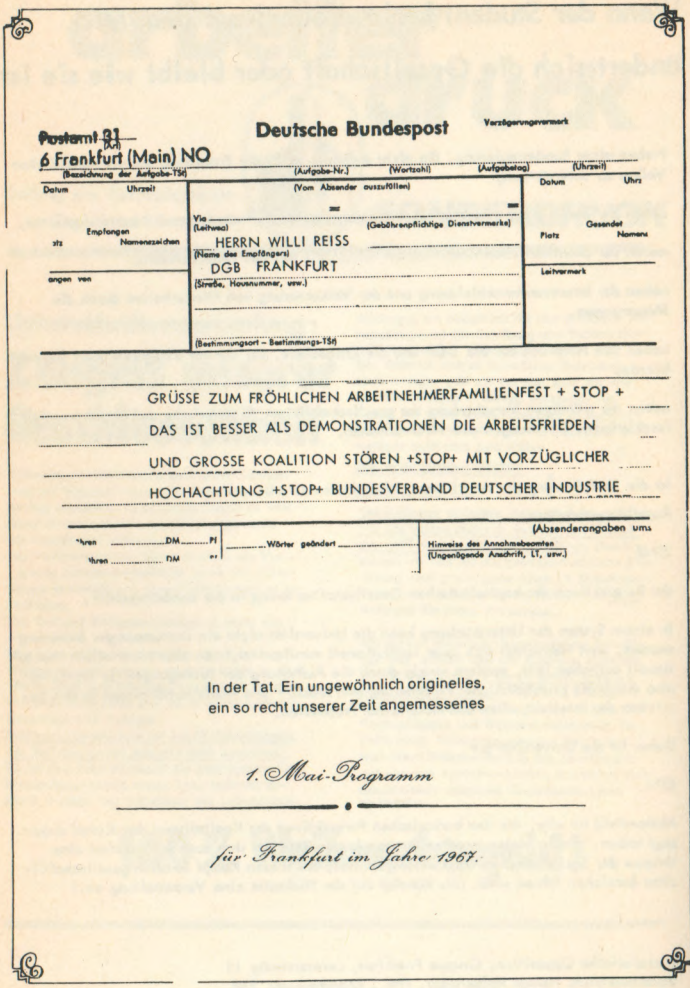
Daher ist die Universität nur

EIN

Aktionsfeld für alle, die den barbarischen Perspektiven des Kapitalismus den Kampf angesagt haben. Wie in vielen anderen Städten in der BRD hat sich auch in Frankfurt eine Gruppe der Sozialistischen Opposition gebildet, die diesen Kampf in allen gesellschaftlichen Bereichen führen wird. (Sie kündigt auf der Rückseite eine Veranstaltung an.)

Sozialistische Opposition, Gruppe Frankfurt, Lersnerstraße 13
Verantwortlich: Heiner Halberstadt, Ffm., Röderbergweg 268
Druck: HOSCH GmbH., Ffm, Kurfürstenplatz 42

[17]



Deutsche Bundespost

Postamt 81
6 Frankfurt (Main) NO

HERRN WILLI REISS
DGB FRANKFURT

GRÜSSE ZUM FRÖHLICHEN ARBEITNEHMERFAMILIENFEST + STOP +
DAS IST BESSER ALS DEMONSTRATIONEN DIE ARBEITSFRIEDEN
UND GROSSE KOALITION STÖREN +STOP+ MIT VORZÜGLICHER
HOCHACHTUNG +STOP+ BUNDESVERBAND DEUTSCHER INDUSTRIE

In der Tat. Ein ungewöhnlich originelles,
ein so recht unserer Zeit angemessenes

1. Mai-Programm

für Frankfurt im Jahre 1967.

Das große Unterhaltungsprogramm eröffnet

Rondelly-Schau

Kunstradfahren

Idee und Gesamtleitung: Der deutsche Arbeitgeberverband
(der deutschen Arbeitnehmerschaft gewidmet)

Roberto Blanco *Ivan Rebroff*

Margarita Cantero

Gesang

Im reichhaltigen Repertoire ist die zeitgemäße Fassung des
Liedes aus dem „Wildschütz" bemerkenswert:
20 Milliarden geb'n wir für Rüstung aus, geb'n wir für Rüstung aus
20 Milliarden werf'n wir zum Fenster 'raus,
werf'n wir zum Fenster 'raus.

Die zwei Hellanos

Paarreakrobatik mit Zahnakt

zeigen die rund 33000 Arbeitnehmer im Raum Frankfurt
ihre Einkommensminderung durch Kurzarbeit und durch
20prozentige Akkordkürzungen elegant und schwungvoll
meisternd.

Scarlett & Co.

Tellerjongleure

ein Bravourstück für Hausfrauen, die zukünftig trotz
Mieterhöhungen, Luftschutzausgaben und gekürzten Löhnen
herrliche Menus auf die Teller zaubern werden.

Trio Pedras

Akrobatische Spitzenleistungen

eine faszinierende SPD-Regierungsbeteiligungs-Schau
Es wird gezeigt, wie man es schafft, den Anschein,
man sei eine Arbeitnehmervertretung zu erhalten, obgleich man
tatsächlich Erfüllungsgehilfe des Kapitalismus ist.
Es wird gezeigt, wie man der CDU/CSU beim waghalsigen
Balance-Akt, an den atomaren Drücker heranzukommen,
assistiert, ohne selbst das Gleichgewicht zu verlieren.
Es wird gezeigt, wie man, auf offener Bühne,
den schmutzigen, verbrecherischen Krieg der USA gegen das
vietnamesische Volk mit gekonnten Tricks in einen
Freiheitskrieg verwandeln kann.
Das alles wird Ihnen am 1. Mai 1967 in Frankfurt/Main
für nur DM 1,– geboten.
(Die endgültige Rechnung folgt später)

Was allerdings Sozialisten sonst noch dazu zu sagen haben,
wurde bereits früher einmal treffend formuliert:
„Das Denken maßgebender sozialdemokratischer Politiker
verlief so eindeutig in den Bahnen des Imperialismus,
sie bewegten sich so selbstverständlich im Rahmen des
bürgerlichen Staates, daß sie nicht mehr zwischen bürgerlichem
und sozialistischem Staat unterschieden . . . während die
sozialdemokratischen Theoretiker unter Leugnung der Rolle
des bürgerlichen Staates als Unterdrückungsinstrument
konsequent weitergingen bis zur kampflosen Preisgabe der
Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie und teilweise
bis hin zur Anerkennung des Faschismus"

Herbert Wehner

(in der Zeitschrift „DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE"
Nr. 7 Jahrgang 39)

Herausgeber: Sozialistischer Bund, Gruppe Frankfurt · Verantwortlich: H. Halberstadt · Druck: HOSCH GmbH.

SICHER IN DIE SIEBZIGER JAHRE!

Im neuen Jahr gibt es wieder viel zu tun. Wollen auch wir das Unsere dazu beitragen!
Mit den aufrichtigsten Wünschen

Ihr REICHSKABARETT

»STUDENTEN, LAHMÄRSCHE UND KARRIEREMACHER, ALLE MAL AUFPASSEN!«

1) Aus dem Protokoll des Berliner Konzils, 10. 7. 1964; ausführlich dokumentiert und beschrieben ist die »subversive Synthese« von Schwabing und Berlin in: *Subversive Aktion, Der Sinn der Organisation ist ihr Scheitern*, Verlag Neue Kritik, Frankfurt 1976.
2) Besonderen Einfluß erreichte *Herbert Marcuse* mit seinem Buch *Der eindimensionale Mensch*, Luchterhand Verlag, Darmstadt und Neuwied 1967, 14. Aufl. 1980.
3) Die Provos, im Gegensatz zu »Halbstarken« oder Rockern, gelten als politisch bewußt revoltierende Jugendliche. Sie sind gegen jede Form von Macht, sei es kapitalistische, sei es kommunistische. Durch Leistungsverweigerung und provozierendes Äußeres (manche Gruppen wurden daher auch Gammler genannt) stellen sie alleine durch ihre Existenz eine Bedrohung der herrschenden Regeln dar. Jedem Obrigkeitsstaat erscheinen sie als Gefahr. »Eine Eroberungsarmee aus Gammlern ist nicht denkbar. Kadavergehorsam ist an Provos nicht praktizierbar.« *(Peng, Zeitung für Provos*, Heft 2).
   Die Amsterdamer Provos machen 1966, überraschend für alle Beobachter mit festen (Vor-)Urteilen, sehr konkrete, und heute hochaktuelle, Vorschläge gegen Autochaos, Luftverschmutzung und rigiden Häuserabriß.
4) Ähnlich wie die Provos sind »Fuck for peace«-Anhänger Jugendliche, die oft spektakulär, da lange Zeit ungehört und unbeachtet, gegen alle Kriege (»fuck the army«) und für die Selbstbefreiung der Menschen protestieren und agieren. Zuerst und mit der größten Wirkung in den USA; *Timothy Leary* war einer der wichtigen Propheten und Sprecher dieser Bewegung.
5) Zit. nach: Kommune 2, Oberbaum Verlag, Berlin 1969.
6) K I – Quellen zur Kommuneforschung, ohne Ort, ohne Jahr (Berlin, 1967/68), S. 6.
7) Pastor *Heinrich Albertz* (SPD) ist zu der Zeit Regierender Bürgermeister von West-Berlin,
   Erich Duensing der Polizeipräsident (beide treten im September 67 wegen der Ereignisse beim Schah-Besuch zurück).
   Hans-Joachim Lieber ist Rektor der Freien Universität.

8) Zit nach: *Extra-Dienst*, 8. 6. 1968.

9) *Martin Buchholz*, Redakteur des Extra-Dienstes, Sprachrohr der Außerparlamentarischen Opposition in West-Berlin in jenen Jahren.

10) *Jürgen Wohlrabe*, Vorsitzender der Jungen Union, der Jugendorganisation der CDU, in West-Berlin.

11) Zit nach: *linkeck* Nr. 1, 29. 2. 1968.

12) Kammergerichtsrat *Hans Joachim Rehse* war Richter am Volksgerichtshof von 1941–1945 und an zahlreichen Todesurteilen beteiligt. Durch Urteil des Berliner Schwurgerichts wurde er 1967 wegen Beihilfe zum Mord zu einer Gesamtstrafe von 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. Am 30. 4. 1968 hob der Bundesgerichthof das Urteil auf, weil Rehse nicht Gehilfe, sondern nur Täter gewesen sein könne – deshalb müßten ihm auch niedrige Beweggründe nachgewiesen werden. Am 6. 12. 1968 wurde Rehse freigesprochen.

13) *Ernst Benda*, CDU, Bundesjustizminister, heute Präsident des Bundesverfassungsgerichts.

14) *Ka De We:* Kaufhaus des Westens, renommiertester Konsumtempel Westberlins.

15) *Martin Luther King:* Führer der farbigen Bürgerrechtsbewegung in den USA; er wurde am 4. April 1968 ermordet.

16) *Agit 883*, benannt nach den ersten drei Zahlen einer Berliner Telefonnummer, war zu haben, wenn sie nicht gerade beschlagnahmt wurde, vom Februar 1969 bis Februar 1972 (Nr. 88) – Ende durch Verbot. *883* hatte bis etwa zu Nummer 20 den Charakter einer Flugschrift, die – quasi als Koordinationszentrum – pluralistisch alles abdruckte, was an Diskussionen und Basisaktivitäten an sie herangetragen wurde (ähnlich dem *BUG-Info* der 70er Jahre). Dann erschien *883* als Zeitschrift, die versuchte, unorthodoxe, linkssozialistische Positionen zu vertreten, z. B. gegen das dogmatische Schulungskonzept der ML-Bewegung (Marxisten-Leninisten; siehe Kapitel »Hochschule«, S. 41 ff., und »Brüche«, S. 197 ff.), aber auch gegen die Stimmung und Tendenz, in den Untergrund zu gehen. Ab Nummer 58 etwa war *883* von spontaneistischen Individuen und Gruppen dominiert, die später z. T. Sympathien für Gewalt und individuellen Terror auch in den Metropolen zeigten. Ab Nummer 60 arbeitet in *883* aus der ursprünglichen Redaktion niemand mehr – nach Angaben eines ursprünglichen Redakteurs.

»UNTER DEN TALAREN – DER MUFF VON 1000 JAHREN«

1) *Ekkehart Krippendorff* hatte in einem Artikel des »Spandauer Volksblattes« das Gerücht wiedergegeben, FU-Rektor Lüers habe den Philosophen Karl Jaspers gebeten, nicht anläßlich des 8. Mai (Tag der Befreiung) in der FU zu sprechen. Nachdem Krippendorff an der FU nicht weiterbeschäftigt wurde, arbeitete er als Professor an der Universität Bologna. 1979 wurde er an das John-F.-Kennedy-Institut der FU berufen.
2) *Peter Schneider* studierte an der FU Germanistik und war Mitglied des SDS. Schneider lebt heute als Schriftsteller in West-Berlin. Seine Erzählung »Lenz« (Rotbuch 104, Berlin 1973) handelt über die APO-Zeit.
3) Das Flugblatt »Organisieren wir den Ungehorsam gegen die Nazigeneration« wurde am 23. Januar 1968 anläßlich des »Afrika-Addio-Prozesses« (S. 76) in West-Berlin verteilt.
4) Flugblatt aus dem besetzten Psychologischen Institut der Universität Hamburg vom 30. 1. 69.

»VIETNAM IST DAS SPANIEN UNSERER GENERATION«

1) Benannt ist diese Flugschrift nach dem in West-Berlin lebenden Kabarettisten Wolfgang Neuss, der auch im wesentlichen ihr Verfasser ist.
2) Vgl. Fichter/Lönnendonker, »Kleine Geschichte des SDS«, Rotbuch Verlag Berlin 1977, S. 91 f.
3) Prof. D. Helmut Gollwitzer, inzwischen emeritierter Professor für evang. Theologie an der FU, war humanistischer Fürsprecher und Kritiker der Außerparlamentarischen Opposition. Gollwitzer, der stets vor Gewaltanwendung warnte, erinnerte die Befürworter der »Schlacht am Tegeler Weg« daran, daß es nur eine Gruppe gebe, für die Gewalt gegen Menschen kein Problem darstelle: die Faschisten. Von der Rechtspresse wurde Gollwitzer später als Wegbereiter und Sympathisant des Terrorismus diffamiert.
4) In Teheran ist im Mai 1980 eine Straße nach Benno Ohnesorg benannt worden. In West-Berlin verweigert im Mai 1980 ein CDU-Stadtrat (Wilmersdorf) den von Eltern, Lehrern und Schülern gewählten Namen »Rosa-Luxemburg-Schule«. Eine Benno-Ohnesorg-Straße gibt es natürlich nicht.

»BLUTIGE GEWALT HAT DIE STUDENTEN GETROFFEN«

1) Interview des *Stern-TV* mit Rudi Dutschke am 11. 4. 1968.
2) *Klaus Schütz,* Bürgermeister der Stadt Berlin, löste Heinrich Albertz nach dessen Rücktritt ab. Heute ist Klaus Schütz Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Israel.

»DIE DIKTATUR DER MANIPULATEURE MUSS GEBROCHEN WERDEN«

1) Die Karikatur stammt aus Springers Tageszeitung *Die Welt* v. 22. 12. 1977: im Hintergrund das Gesicht von Rudi Dutschke, vorn sät Fritz Teufel »Unkraut und Radau«.
2) Siehe Anm. 7 im Kapitel »Studenten, Lahmärsche . . .«
3) *Hubert Horatio Humphrey,* Vizepräsident der USA, vgl. S. 86 ff.
4) *Kursbuch 7,* Frankfurt 1966, S. 116 ff.
5) Zit, nach: *Reinhard Lettau,* Zerstreutes Hinausschaun, C. Hanser Verlag, München 1980.
6) Informativ beschrieben ist diese Periode bei *Fichter/Lönnendonker,* a. a. O., S. 115 ff.
7) *BZ = Berliner Zeitung.*

»DIE DEMOKRATIE IST AM ENDE«

1) *Hans-Jürgen Krahl* war einer der theoretischen Sprecher des SDS. Er arbeitete und lebte in Frankfurt. Krahl kam im Februar 1970 bei einem Autounfall ums Leben.
2) Flugblatt der Ad-hoc-Gruppe Notstand der Demokratie am Germanistischen Seminar der Freien Universität Berlin.
3) Zit. nach *Universität und Widerstand,* hrsg. v. Detlev Claussen und Regine Dermitzel, Frankfurt/M. 1968.

»SCHÜLER ALLER KLASSEN, VEREINIGT EUCH«

1) »Meilenstein« war die Schülerzeitung am Gymnasium der rheinland-pfälzischen Stadt Sobernheim.
2) *Oswald Kolle,* Journalist, machte seit Mitte der sechziger Jahre durch seine von Illustrierten gedruckten »Kolle-Report«-Serien von sich reden.

Kolles scheinbar freizügige Sexualaufklärung beschränkte sich weitgehend auf Anleitungen zu handwerklichen Momenten der Orgasmuserlangung.

»WENN'S DER WAHRHEITSFINDUNG DIENT«

1) Wolfgang Büsch (SPD) war Innensenator von Berlin.
2) Walter Sickert (SPD), Vorsitzender des DGB Berlin und Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin.
3) Berliner EXTRA-Dienst Nr. 18, v. 14. 7. 1967, S. 9.
4) FU-Spiegel Nr. 67, Dez. 1968.

»WIR HABEN DAS SEICHTE APO-GESCHWÄTZ NUN SATT«

1) September 1970 bis Juni 1972: Banküberfälle in Berlin; Festnahme von Mahler, Asdonk, Berberich und Schubert; Provokateur und Spitzel Ruhland wird verhaftet; Petra Schelm in Hamburg erschossen; ebenso Polizeimeister Norbert Schmidt; der Student Georg von Rauch wird in Berlin während einer Fahndung erschossen; weitere Banküberfälle und Polizeiaktionen mit Toten auf beiden Seiten: Thomas Weisbecker, Hans Eckardt; Bombenanschlag auf das Hauptquartier des 5. US-Corps in Frankfurt: amerikanischer Offizier wird getötet, »Kommando Petra Schelm« übernimmt Verantwortung; Bombenattentate auf Polizeigebäude in Augsburg und München sowie auf das Hamburger Springer-Hochhaus (17 Menschen werden verletzt, »Kommando 2. Juni« meldet sich als Urheber); Anschläge auf amerikanisches Hauptquartier in Heidelberg: drei Soldaten sterben, »Kommando 15. Juli – Rote Armee Fraktion« bekennt sich zu dem Terrorakt; Festnahme von Baader, Meins, Raspe, Ensslin, Mohnhaupt, Braun, Meinhof, Müller; in Stuttgart wird Ian MacLeod bei einer Fahndung von der Polizei erschossen: ein weiterer Unschuldiger. In den folgenden Jahren gibt es noch viele Tote.
2) Aus: *Charlie kaputt*, Nr. 1, Mai 1968.
3) Aus: *883*, 9. 10. 1969 (Auszüge).
4) Aus: *883*, 23. 10. 1969 (Auszüge).
5) Aus: *883*, 24. 7. 1969.
6) Aus: *883*, 22. 5. 1970; Bommi Baumann ging als Reifenstecher, Verhafteter, Untergetauchter, seine Gewalt Bereuender und darüber Schreibender in die Geschichte der APO ein – er lebt noch immer im Untergrund: aus Angst vor beiden Seiten.

7) Aus: *Die Baader-Meinhof-Gruppe*, hrsg. von Reinhard Rauball, Berlin/New York 1973, zuerst abgedruckt in: *883*, 5. 6. 1970.
8) Aus: *PL, Zentralorgan der Proletarischen Linken Parteiinitiative*, März 1971 (Auszug).
9) Aus: *883*, 6. 12. 1971 (Auszüge).

»FRAUEN ERHEBT EUCH UND DIE WELT ERLEBT EUCH«

1) Für die 23. ordentliche Delegiertenkonferenz des SDS vorgelegt vom Aktionsrat zur Befreiung der Frauen Berlin.
2) Auf der Rückseite des Flugblatts folgen weitere Namen von SDS-Größen.
3) Aus: *SDS-Info*, 20. 1. 1969.
4) Aus: Bericht über Berliner Kinderläden in Bayern – *RPK* Nr. 29, v. 5. 9. 1969.
5) Aus: *883*, 1. 5. 1970.
6) Im Juni 1969 erhöhen die Nahverkehrsbetriebe in Hannover die Beförderungstarife. Dagegen protestieren zunächst 300 Jugendliche mit wiederholter Blockade der Straßenbahnschienen. Zugleich wird versucht, den Nahverkehr durch eine »Rote-Punkt-Aktion« zu gewährleisten: Viele Privatauto-Fahrer demonstrieren ihre Bereitschaft, Fahrgäste mitzunehmen mit einem großen roten Punkt an der Windschutzscheibe. Selbst mit Tränengas-Einsatz und über 100 Festnahmen zwischen dem 7. und 17. Juni gelingt es der Polizei nicht, den Straßenbahnverkehr aufrechtzuerhalten. Bis zu 5000 Demonstranten tragen die Proteste: Schüler, Lehrlinge, Studenten, Gewerkschafter. Aus mehreren Betrieben kommen Solidaritätsadressen. Schließlich stimmt der Magistrat für einen Einheitstarif, der sich am früheren niedrigsten Einzelpreis orientiert. »Rote-Punkt-Aktionen« gibt es bald in der gesamten Bundesrepublik: eines der ersten Beispiele dafür, wie sich Betroffene – so heißen sie heute wohl – konkret (und auch erfolgreich) wehren können.

Ausgewählte Provokationen – Synopse zur Studenten- und Jugendrevolte 1960–1971

Allgemeinpolitische Entwicklung	Opposition, Proteste
	1960
Kolonialkrieg Frankreichs in Algerien.	*1. Februar:* Greensboro (USA). Erstes sit-in: farbige Studenten protestieren gegen Rassentrennung in Kaufhaus-Restaurants.
	9. Mai: Gründung des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB); die SPD bricht am *19. Juli* die Beziehungen zum Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) ab.
	5. November: Demonstration von arabischen und deutschen Studenten gegen den Algerienkrieg Frankreichs.
	1961
17. Januar: Ermordung Lumumbas, des Ministerpräsidenten von Kongo (unabhängig von Belgien seit *30. Juni 1960*).	
13. August: Bau der Berliner Mauer.	
	1962
Oktober: Noch immer »Ära Adenauer« – Verteidigungsminister Strauß läßt *Spiegel*-Herausgeber Rudolf Augstein wegen angeblichen Verrats von Staatsgeheimnissen verhaften (»Spiegel-Affäre«).	*April:* Ostermarsch von 50 000 Atomwaffengegnern.
	22. –26. Juni: Straßenschlachten zwischen Jugendlichen und Polizei in München-Schwabing: zwei Gitarrenspieler sollten wegen »ruhestörenden Lärms« festgenommen werden.

1963

22. November: US-Präsident John F. Kennedy wird ermordet. In Berlin ziehen 20 000 Studenten und Schüler zum Rathaus Schöneberg: Trauerreden Willy Brandts und eines AStA-Mitglieds der Freien Universität.

Oktober: Erster Fernsehauftritt der »Beatles«, die – auch wegen ihrer bescheiden langen Haare – zum Symbol des Jugendprotests gegen alle Autoritäten werden.

1964

Noch immer Kalter Krieg zwischen Ost und West.

28. Juli: Der SDS beschließt, die Oder-Neiße-Grenze und die Existenz zweier deutscher Staaten anzuerkennen (Kontakte mit der FDJ [Freie Deutsche Jugend] seit April 1964).

Heißer Krieg in Asien: Flächenbombardements der US-Luftwaffe in Vietnam. Ignorierung eines offiziellen Friedensangebots der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams.

Juni 1964: »KZ-Baumeister« Heinrich Lübke will/soll noch einmal Bundespräsident werden.

11. Juni: Demonstration gegen Lübke in Berlin. Sechs Studenten werden verhaftet.

August: Lyndon B. Johnson, Präsidentschaftsnachfolger Kennedys, befiehlt Luftangriffe auf das Gebiet der Demokratischen Republik Vietnams (Nordvietnam).

September–Dezember 1964: In der nordamerikanischen Universität Berkeley kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen Studenten und der Polizei, nachdem dem Sprecher der radikalen Schwarzen, Malcolm X, Redeverbot erteilt wurde.

9. September: Deutscher Katholikentag in Stuttgart.

Provokative Auftritte der »Subversiven Aktion« in München, Festnahmen wegen Gotteslästerung. (S. 13 f.)

12. Dezember: In München empfängt Kardinal Döpfner den kongolesischen Ministerpräsidenten Tschombé. Studenten protestieren mit Rauch- und Stinkbomben gegen den »Lumumba-Mörder« Tschombé. (S. 74)

18. Dezember: Anläßlich des Besuchs von Tschombé in Berlin durchbrechen ca. 1000 afrikanische und deutsche Studenten Polizeiabsperrungen und dringen in die Bannmeile des Schöneberger Rathauses ein. (S. 70, 76)

1965

Februar/März 1965: Schwere Bombardierungen Nordvietnams durch US-Luftwaffe und Marine.

21. April: Intervention der US-Marine in der Dominikanischen Republik.

17. März: Der Rechtsausschuß des Bundestages stellt eine Gesetzesvorlage für die Notstandsgesetze fertig.

7. Mai: Der Rektor der FU Berlin erteilt dem Journalisten Erich Kuby Hausverbot für eine vom AStA geplante Diskussionsveranstaltung, da Kuby sich verleumderisch gegen die FU geäußert habe.

19. September: Bundestagswahl für den 5. Bundestag: CDU/CSU 47,6%; SPD 39,3%; FDP 9,5%. (Bundeskanzler bleibt Ludwig Erhard)

Militante Vietnamdemonstrationen gegen US-Botschaften in Moskau und Djakarta.

24. März: Erstes »teach-in« (in der Universität Michigan, USA): 3000 Studenten und Professoren diskutieren über den Vietnamkrieg und bereiten einen Protestmarsch auf Washington vor, der am

17. April mit 25 000 Teilnehmern stattfindet.

Gegen das Hausverbot des FU-Rektors streiken die Studentinnen und Studenten des Otto-Suhr-Instituts der FU Berlin.

30. Mai: In Bonn findet der von SDS, SHB, LSD und BDIS veranstaltete Kongreß »Demokratie vor dem Notstand« mit 1200 Teilnehmern statt.

15. September: Nach einem Konzert der Rolling Stones zerstören jugendliche Zuschauer die Berliner Waldbühne und S-Bahn-Züge. Bei Auseinandersetzungen mit der Polizei gibt es Verletzte und hohen Sachschaden.

15./16. Oktober: Vietnam-Day an mehr als 30 Universitäten der USA. Über 100 000 Studentinnen und Studenten demonstrieren gegen den »schmutzigen Krieg in Vietnam«.

31. Januar: Nach 37tägiger Pause nehmen Einheiten der US-Luftwaffe und Marine die Bombardierungen »strategischer Ziele« in Nordvietnam wieder auf.

10. März: Bei der Hochzeit der niederländischen Kronprinzessin Beatrix bewerfen Provos die Staatskarosse mit Rauchbomben und Farbbeuteln.

24. März: Mit einer Stimme Mehrheit lehnt die Akademie der Wissenschaften der DDR einen Ausschlußantrag gegen Prof. Dr. Havemann ab. (S. 119)

3./4. Februar: In der Nacht werden in München und Berlin von SDS-Mitgliedern Plakate geklebt, die Bundeskanzler Erhard und die Bonner Parteien der Unterstützung des Mordes in Vietnam bezichtigen. Diese »Plakataktion« löst aufgeregte Diskussionen aus. (S. 82)

5. Februar: 2500 Studentinnen und Studenten demonstrieren in West-Berlin gegen den Vietnamkrieg. Eine Gruppe von 500 Personen setzt im Anschluß an die Demonstration die US-Flagge vor dem Amerika-Haus auf halbmast. Es werden mehrere Frischeier an das Gebäude geschleudert. Die Öffentlichkeit reagiert empört, Bürgermeister Willy Brandt entschuldigt sich beim US-Stadtkommandanten.

24. Februar: Vietnamdemonstrationen des SDS, SHB, LDS und DIS in Frankfurt und München mit je 600 Teilnehmern.

26. März: 100 000 Personen demonstrieren in New York gegen den Vietnamkrieg. In Rom 20 000.
– Die »Subversive Aktion« löst sich in ihrer bisherigen Form auf, sie nennt sich jetzt »Studiengruppe für Sozialtheorie«.

9.–14. Mai: Der 7. ordentliche Bundeskongreß des DGB lehnt die geplanten Notstandsgesetze ab.

Allgemeinpolitische Entwicklung

1. April: Das Präsidium der Akademie der Wissenschaften der DDR schließt Prof. Dr. Havemann aus der Akademie aus.

28. April: Die spanische Regierung schließt nach Protestaktionen der Studenten die Universität Barcelona.

25. Mai: In der Universität Peking hängen Studenten und Professoren eine Wandzeitung auf, in der sie den Rektor und den Parteisekretär kritisieren. Die Kulturrevolution beginnt. Mao Tse-tung unterstützt am 1. Juni diese Aktion durch eine eigene Wandzeitung.

29.–31. Mai: In Südvietnam verbrennen sich 5 buddhistische Mönche aus Protest gegen die Militärregierung selbst.

Opposition, Proteste

22. Mai: SDS-Kongreß »Vietnam – Analyse eines Exempels« in Frankfurt. Es demonstrieren 2000 Personen.

14./15. Juni: Straßenschlachten zwischen Bauarbeitern, Provos und der Polizei in Amsterdam.

18. Juni: 20 000 Gewerkschafter demonstrieren gegen den Bundesparteitag der NPD in Karlsruhe.

22. Juni: 3000 Studenten der FU Berlin protestieren mit einem »sit-in« gegen politische Disziplinierung und fordern die Demokratisierung der Universität. (S. 42)

6. Juli: 15 000 Studentinnen und Studenten demonstrieren in München gegen das geplante bayerische Hochschulgesetz.

2. August: Studenten verhindern in West-Berlin die Uraufführung des rassistischen Films »Afrika Addio«. (S. 76)

6. Oktober: In Oakland, Kalifornien, wird die Black Panther Party gegründet.

30. Oktober: Kongreß »Notstand der Demokratie« in Frankfurt mit über 5000 Teilnehmern. (S. 150)

1. Dezember: Nach dem Rücktritt von Bundeskanzler Ludwig Erhard bilden SPD und CDU die Große Koalition. Kanzler wird Kurt Georg Kiesinger (CDU).

10. und 18. Dezember: Vietnamaktionen in West-Berlin, Spaziergangdemonstrationen auf dem Kurfürstendamm, 2000 Personen demonstrieren.

1967

26. Januar: Wegen eines Flugblattes, in dem Professoren als Fachidioten bezeichnet wurden (S.20) durchsucht die Berliner Polizei die Geschäftsräume des SDS und beschlagnahmt dessen Mitgliederkartei. Die auf Intervention von Rechtsanwalt Horst Mahler versiegelte Kartei wird am 31. Januar ungeöffnet zurückgegeben.

28. Februar: Bundesinnenminister Lücke legt dem Kabinett einen neuen Entwurf der Notstandsgesetze vor.

1. Januar: Sieben Mitglieder des SDS (5 Männer und 2 Frauen) ziehen gemeinsam in eine Berliner Wohnung, um neue Formen des Zusammenlebens und politischen Arbeitens zu erproben. Sie nennen sich Kommune I. (S. 18, 21)

27. Januar ff.: Demonstrationen und Störungen an der FU Berlin wegen Beschlagnahmung der SDS-Kartei, am 28. Januar demonstrieren über 2000 Studentinnen und Studenten.

2. Februar: Im Club »ça ira« gründen ca. 100 Berliner Schüler die erste Unabhängige Schülergemeinschaft (USG). (S. 164)

22. Februar: In München protestieren Studenten gegen die Erhöhung der Straßenbahntarife.

26. März: Nach einer Demonstration der »Kampagne für Demokratie und Abrüstung« werfen ca. 150 Studenten Farbbeutel an das Amerika-Haus in Berlin. Das Ereignis wird von der Springerpresse zum »unerhörten Skandal« erklärt.

5. April: Die Berliner Polizei nimmt 11 Studenten, überwiegend Mitglieder der Kommune I, unter der Anschuldigung fest, ein Attentat auf den für den 6. April in Berlin erwarteten US-Vizepräsidenten H. Humphrey geplant zu haben. Es stellt sich heraus, daß der vermeintliche Sprengstoff Pudding und Mehl ist. (S. 86)

19. April: Konrad Adenauer stirbt. Studenten der Bonner Universität erinnern anläßlich seines Begräbnisses mit Flugblättern an seine Politik der Westorientierung und Wiederbewaffnung, sie werden festgenommen. (S. 65)

27. Mai: Schah Reza Pahlewi und seine Frau Farah Diba treffen zu einem Staatsbesuch in Deutschland ein. 400 Studenten demonstrieren bei seiner Ankunft in Bonn.

29. Mai: Auf Anordnung des Innenministeriums von Bayern werden 107 oppositionelle persische Studenten in München, Oberbayern und Mittelfranken (den Gebieten, die der Schah besucht) zwangsevakuiert.

7. April: Anläßlich des Besuches von US-Vizepräsident Humphrey in Paris kommt es zu schweren Unruhen.

19. April: Erster Polizeieinsatz an der FU Berlin gegen ein studentisches »sit-in« wegen Disziplinarmaßnahmen gegen linke Studenten. (S. 42)

30. April: In Berlin wird von ca. 200 Linksintellektuellen der »Republikanische Club« gegründet.

12. Mai: Die Kommune I wird aus dem Berliner SDS ausgeschlossen. (S. 23)

24. Mai: Die Kommune I verteilt an der FU Berlin ihre Flugblätter 6–9, darunter das Flugblatt »Wann brennen die Berliner Kaufhäuser«. (S. 25–32)

30. Mai: In München demonstrieren ca. 1500 Studenten gegen den bevorstehenden Schahbesuch.

31. Mai: Als der Schah in München eintrifft, kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen Studenten und der Polizei. Demonstranten versuchen die Fahrbahn durch einen Sitzstreik zu blockieren.

2. Juni: In Berlin wird bei einer Demonstration gegen die Anwesenheit des Schah von Persien der 26jährige FU-Student Benno Ohnesorg von dem Polizeibeamten Karl-Heinz Kurras durch einen Kopfschuß getötet. Während der Demonstration wird das Mitglied der Kommune I Fritz Teufel festgenommen. (S. 178)
– Gegen den früheren Kammergerichtsrat und Beisitzer des NS-Volksgerichtshofes Hans Joachim Rehse, der an 231 Todesurteilen mitgewirkt haben soll, beginnt in West-Berlin die Hauptverhandlung. (Vgl. 14. Dezember 1968, S. 268)

14. Juni: Das Präsidium der SPD diskutiert mit dem VDS-Vorstand die studentischen Protestaktionen nach dem 2. Juni. Willy Brandt äußert sich kritisch zur Politik des Berliner Senats.

28. Juni: 1. Lesung der Notstandsgesetze im Deutschen Bundestag.

18. Juli: Schwere Rassenunruhen fordern in Newark (New Jersey), USA, 45 Todesopfer. Die Parole »burn baby burn« wird von Rap Brown verkündet.

10. August: Der am 2. Juni festgenommene Student Fritz Teufel wird mit der Auflage, sich 2mal in der Woche auf einem Berliner Polizeirevier zu melden, aus der Haft entlassen.

3.–10. Juni: In zahlreichen Universitätsstädten kommt es zu großen Studentendemonstrationen gegen die Erschießung Benno Ohnesorgs.

9. Juni: Über 10 000 Personen nehmen in Hannover am Begräbnis von Benno Ohnesorg teil. Danach findet in der Niedersachsenhalle der von 7000 Studentinnen und Studenten besuchte Kongreß »Hochschule und Demokratie« statt.

18. Juni: In Frankfurt gründen Schülergruppen aus 26 Städten das »Aktionszentrum unabhängiger und sozialistischer Schüler« (AUSS). (S. 164)

10.–13. Juli: Vor permanent überfülltem Auditorium maximum diskutiert Prof. Herbert Marcuse mit Studenten und Professoren der FU Berlin über Utopie, Opposition und die Frage der Gewalt.

28. August: Der Berliner Polizeipräsident Erich Duensing tritt zurück.

8. September: Der Haftbefehl gegen Fritz Teufel wird wieder in Kraft gesetzt, da Teufel seiner Meldeauflage nicht nachgekommen ist. Teufel ist untergetaucht.

19. September: Der Innensenator von Berlin Wolfgang Büsch tritt zurück.

26. September: Der Regierende Bürgermeister von Berlin Heinrich Albertz erklärt seinen Rücktritt.

8. Oktober: Der ehemalige kubanische Industrieminister Dr. Enestro Ché Guevera wird, nachdem er verwundet von der bolivianischen Polizei gefangengenommen wurde, von seinen Bewachern ermordet.

23. Oktober: In New York demonstrieren 100 000 Menschen ihre Unterstützung der in Vietnam kämpfenden amerikanischen Truppen.

30. Oktober: Das Verfahren gegen die »Pudding-Attentäter« von Berlin wird eingestellt. (Vgl. 5. April 1967)

4.–8. September: 22. Delegiertenkonferenz des SDS in Frankfurt/Main. Eine Kampagne gegen den Springer-Konzern wird beschlossen und Grundsätze der Hochschulpolitik festgelegt. Fritz Teufel hat mit seinem bundesrepublikanischen Reisepaß West-Berlin verlassen und nimmt an der Konferenz teil.

15. September: Go-in ins Schöneberger Rathaus: »Teufel ins Rathaus«. Fritz Teufel wird festgenommen, als 200 Demonstranten die Debatte des Berliner Abgeordnetenhauses über »Krawalle« in Berlin stören.

18. Oktober: Aktionen auf der Frankfurter Buchmesse gegen Stände des Springer-Konzerns.

21. Oktober: Über 100 000 Personen nehmen am »Marsch auf das Pentagon« in Washington teil, um gegen den Vietnamkrieg zu protestieren.

21. Oktober: In vielen Städten der Bundesrepublik und in Westberlin demonstrieren Tausende anläßlich des »internationalen Protesttages gegen den Krieg in Vietnam«.

21. November: Kriminalobermeister Karl-Heinz Kurras wird vom Berliner Landgericht vom Vorwurf der fahrlässigen Tötung des Studenten Benno Ohnesorg freigesprochen.

27. Oktober: In Madrid stürmen Studenten die Juristische Fakultät und halten sie bis zum Abend besetzt. Nach der Räumung durch die Polizei demonstrieren in Madrid 20 000 Personen für Demokratie und Freiheit. Auch in anderen spanischen Universitäten kommt es in den folgenden Tagen zu Auseinandersetzungen.

1. November: An der FU Berlin wird von 3000 Studentinnen und Studenten die »Kritische Universität« gegründet. In Universitäten der Bundesrepublik werden ähnliche Experimente begonnen. (S. 52 f.)

9. November: Anläßlich der feierlichen Rektoratsübergabe in der Hamburger Universität enthüllen Studenten ein Transparent mit der Aufschrift: »Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren«. (S. 43)

Mitte November: An allen Universitäten wird das »Manifest der Hochschulen gegen die Notstandsgesetze« verbreitet und diskutiert. (S. 149 ff.)

27. November: Anläßlich der Eröffnung der Strafverhandlung gegen Fritz Teufel kommt es vor dem Moabiter (Berlin) Landgericht zu Auseinandersetzungen zwischen 2000 Demonstranten und der Polizei. (S. 179)

1. Dezember: Fritz Teufel wird aus der Untersuchungshaft entlassen, da keine Fluchtgefahr mehr bestehe. (S. 178)

3. Dezember: In der ARD-Sendereihe »Zu Protokoll« diskutiert Rudi Dutschke 45 Minuten mit Günter Gaus.

14. Dezember: Der SDS-Bundesvorstand protestiert bei der Bundesregierung gegen die von Innenminister Lücke angeordnete Überwachung durch den Verfassungsschutz.

22. Dezember: Fritz Teufel wird vom Vorwurf des Landfriedensbruches freigesprochen.

19. Dezember: Während einer Diskussionsveranstaltung mit dem neuen Regierenden Bürgermeister von Berlin Klaus Schütz entfalten FU-Studenten über dem Kopf von Schütz ein Plakat mit dem Text: »Solche Idioten regieren uns«.

24. Dezember: Während einer Demonstration in der Berliner »Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche« versucht Rudi Dutschke, von der Kanzel gegen den Vietnamkrieg zu sprechen. Er wird mit den anderen Demonstranten aus der Kirche gedrängt und durch einen Krückenschlag am Kopf verletzt.

1968

5. Januar: Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei wählt den bisherigen Parteivorsitzenden Antonin Novotny ab und bestimmt Alexander Dubcek zu seinem Nachfolger.

29. Januar: Diskussionsveranstaltungen mit dem Israelischen Botschafter in der Bundesrepublik, Ben Nathaan, werden in den Universitäten von Frankfurt, Hamburg und Berlin von arabischen und deutschen Studenten erheblich gestört.

3. Januar: Der SDS-Bundesvorstand kündigt für den 17. und 18. Februar einen internationalen Kongreß über Vietnam an. Er soll in Berlin stattfinden. (S. 112)

17. Januar: In Bremen kommt es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen, die gegen die Erhöhung der Fahrpreiskosten im öffentlichen Verkehr demonstrieren, und der Polizei.
Ähnliche Auseinandersetzungen folgen in Bochum, Göttingen, Oberhausen und Kiel.

30. Januar: In Süd-Vietnam beginnt die »Tet-Offensive« der Nationalen Befreiungsfront. 55 Städte werden vom »Vietcong« angegriffen, die alte Kaiserhauptstadt Hué zeitweise besetzt und ein Seitenflügel der US-Botschaft in Saigon gestürmt.

6. Februar: »Bild«-Zeitungs-Aufmacher: »Stoppt den Terror der Jung-Roten jetzt!« Neben dem Text ist ein Foto von Rudi Dutschke abgedruckt.

10. Februar: Der Deutsche Bundestag diskutiert über die jüngsten Auseinandersetzungsn zwischen Studenten und der Polizei. Alle Parteien befürworten eine entschiedeneres Eingreifen der Polizei und sprechen sich für eine Reform des deutschen Hochschulwesens aus.

11. Februar: Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Schütz, äußert auf dem Landesparteitag der SPD über linke Studenten: »Ihr müßt diese Typen sehen. Ihr müßt ihnen genau ins Gesicht sehen. Dann wißt ihr, denen geht es nur darum, unsere freiheitliche Grundordnung zu zerstören.«

12. Februar: Laut »Spiegel«-Umfrage sympathisieren 2 von 3 Jugendlichen mit den demonstrierenden Studenten.

2. Februar: Am frühen Morgen werden in mehreren Berliner Bezirken die Scheiben von Filialen des Springerkonzerns durch Steinwürfe zertrümmert.
SDS, SHB, GSG und HSU veröffentlichen einen gemeinsamen Aufruf für einen Internationalen Vietnamkongreß am 17./18. Februar 1968 in West-Berlin.

3. Februar: Auf dem Berliner Kurfürstendamm kommt es nach einer Griechenland-Demonstration zu mehrstündigen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf Demonstranten die Fahrbahnen durch Barrikaden blockieren.

4. Februar: Während eines studentischen Go-ins wird im Goldenen Buch der Universität Bonn dem Namen des Bundespräsidenten Heinrich Lübke der Zusatz »KZ-Baumeister« angefügt.

7. Februar: In Freiburg stürmen 1000 Studenten das Amtsgericht, um festgenommene Kommilitonen zu befreien.

13. Februar: Alle Anträge für die am 18. Februar geplanten Demonstration des Internationalen Vietnamkongresses werden von der Berliner Polizei nicht genehmigt.

21. Februar: Einem Aufruf der Berliner Abgeordnetenhaus-Parteien und des DGB folgend, demonstrieren ca. 80 000 Personen vor dem Schöneberger Rathaus »für Frieden und Freiheit« und gegen die studentischen Protestaktionen. Auf der Kundgebung herrscht Pogromstimmung. (S. 113)

12. März: Der Berliner SPD-Landesvorstand schließt mit sofortiger Wirkung mehrere Parteimitglieder wegen Beteiligung an der Demonstration des Vietnamkongresses aus (unter ihnen auch den heutigen Bausenator Harry Ristock).

18. März: Anläßlich der Eröffnung des SPD-Parteitages in Nürnberg demonstrieren über 2000 Personen gegen die Notstandsgesetze. Willy Brandt und Herbert Wehner werden beim Betreten der Meistersingerhalle tätlich angegriffen. Der Parteitag billigt mit knapper Mehrheit den Eintritt der SPD in die große Koalition. Der Ausschluß der Berliner SPD-Mitglieder (s. o.) wird aufgehoben.

30. März: Ludvik Svoboda wird zum Staatspräsidenten der Tschechoslowakei gewählt. Parteivorsitzender Alexander Dubcek versichert am Abend vor Studenten der Universität

10. Februar: In der Technischen Universität Berlin findet ein zunächst verbotenes Springer-Hearing von SDS und RC statt.

17./18. Februar: Internationaler Vietnamkongreß in Westberlin. An der schließlich vom Berliner Verwaltungsgericht doch noch genehmigten Demonstration nehmen über 15 000 Personen teil, darunter zahlreiche Delegationen aus dem europäischen Ausland. (S. 112)

5. März: Besetzungen von Universitäten in Italien (Genua, Palermo, Cagliari, Pavia, Neapel, Pisa, Mailand und Rom). Revolte gegen die »Kathederbarone«.

10. März: Studentenunruhen in Polen. In mehreren Städten finden unter der Losung »Freiheit, Demokratie, Verfassung« Demonstrationen gegen politische Relegationen an den Universitäten statt.

22. März: In der Universität Nanterre (bei Paris) besetzen 500 Studenten den Sitzungssaal der Professoren, um gegen die Verhaftung von zwei Mitgliedern des »Nationalen Vietnam-Komitees« zu protestieren. Die Initiatoren dieser Aktion bezeichnen sich nach diesem Datum als »Bewegung des 22. März«. Sie stellen wenige Wochen später den Kern der revoltierenden Pariser Studenten.

Prag, daß die Tage des Stalinismus und der Unfreiheit niemals wiederkehren werden.

5. April: Nach der Ermordung des schwarzen Bürgerrechtskämpfers Dr. Martin Luther King kommt es in zahlreichen Großstädten der USA zu schweren Rassenunruhen.

7. April: Hans Habe schreibt in der Berliner »Morgenpost« über die protestierenden Studenten: »Sie wollen Berlin ruinieren. Es gibt nur eine Antwort. Rettet Berlin!«

11. April: Attentat auf Rudi Dutschke.

1. Mai: 80 000 Teilnehmer auf der Mai-Kundgebung von DGB und Berliner Senat.

3. Mai: In Paris einigen sich Vertreter der Regierungen von Vietnam und den USA auf gemeinsame Friedensverhandlungen.

3. April: In den frühen Morgenstunden wird in zwei Frankfurter Kaufhäusern durch Brandsätze Feuer gelegt. Telefonisch wird die Brandstiftung gegenüber der Polizei als Protestaktion gegen den Vietnamkrieg bezeichnet.

5. April: Unter dem Verdacht der Kaufhausbrandstiftung werden in Frankfurt die 27jährige Germanistikstudentin Gudrun Ensslin, der 26jährige Student Thorwald Proll, der 24jährige Andreas Baader und der Schauspieler Horst Söhnlein festgenommen.

11.–16. April: Schwerste Unruhen in vielen deutschen Großstädten. Blockade der Springer-Auslieferung, 2 Todesopfer in München. (S. 127)

1. Mai: 40 000 Teilnehmer auf der Kundgebung der APO in West-Berlin.

3. Mai: Im Hof der Pariser Universität Sorbonne protestieren 500 Studentinnen und Studenten gegen die Schließung der Universität Nanterre und die politische Disziplinierung von Mitgliedern der »Bewegung des 22. März«. Die Polizei verhaftet ca. 400 der protestierenden Studenten. Daraufhin kommt es zu Straßenschlachten im Studentenviertel Quartier Latin. Die Pariser Mai-Revolte hat begonnen.

30. Mai: Der deutsche Bundestag beschließt mit 384 : 100 Stimmen bei 1 Enthaltung die Notstandsgesetze.

6. Juni: Der amerikanische Präsidentschaftskandidat Robert Kennedy stirbt an den Folgen eines Attentats.

26. Juni: In der Tschechoslowakei wird die Pressezensur vollständig abgeschafft.

6. Mai: Nach Schließung der Sorbonne Straßenschlacht zwischen über 10 000 Studenten und der Polizei.

11. Mai: Demonstration »Treibt Bonn den Notstand aus«. Über 50 000 demonstrieren in Bonn. Streiks und Besetzungen in den folgenden Wochen an vielen Hochschulen und Universitäten. (S. 150, 158)

13. Mai: Ein Generalstreik der französischen Gewerkschaften zur Unterstützung der Studenten. 100 000 demonstrieren in Paris.

20. Mai: Die Studentenunruhen haben in Frankreich eine Streikwelle der Arbeiter und Angestellten ausgelöst. Sechs Millionen Arbeitnehmer streiken, das sind 37,5%. Über 300 Betriebe sind von ihren Belegschaften besetzt.

28.–30. Mai: Streiks und Institutsbesetzungen gegen die Notstandsgesetze an vielen Universitäten der Bundesrepublik und Westberlins. (S. 158 ff.)

4. Juni: In der Universität Belgrad fordern Studenten in Streiks und Protestaktionen eine Demokratisierung des Bildungswesens. Tito akzeptiert am 9. November in einer Fernsehansprache die studentischen Forderungen.

15. Juni: Universitätsbesetzungen in Ankara und Istanbul, Ausnahmezustand in Montevideo nach Zusammenstößen zwischen Studenten und Polizei.

23. Juni: Schwere Studentenunruhen in Rio de Janeiro, Santo Domingo und Tokio.

21. August: Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten in der CSSR. Die Rote Armee rückt in Prag ein. Passiver Widerstand im ganzen Land. 100 000 demonstrieren in Prag.

6. August: Zwei Monate vor Eröffnung der Olympiade erreichen die Studentendemonstrationen für Demokratie ihren Höhepunkt. Das Militär beendet die Demonstrationen mit einem Massaker. Bei einer Kundgebung in Mexico-City wird wahllos in die Menge geschossen. Es gibt fast 500 Tote.

21./22. August: Demonstrationen gegen die Intervention des Warschauer Paktes in der CSSR in ganz Europa. (S. 122)

16. September: In Offenbach wird die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) gegründet.

4. September: Der 24jährige Kommunarde Karl-Heinz Pawla verrichtet in einem Westberliner Gerichtssaal seine Notdurft und benutzt die Akten des Richters als Toilettenpapier. (S. 195)

12.–16. September: SDS-Delegiertenkonferenz. Die SDS-Frauen kritisieren ihre Unterdrückung durch die SDS-Männer. (S. 219) 5 Mitglieder, die dem KP-Flügel angehören, werden ausgeschlossen, da sie während der Weltjugendfestspiele in Sofia die Zivilpolizei gegen Aktionen der Antiautoritären unterstützt hatten.

31. Oktober: Das 12. Plenum des VIII. Zentralkomitees der KP Chinas erklärt, das »bürgerliche Hauptquartier« sei »zerschmettert«. Der frühere Staatspräsident Liu Tschao-tschi wird zum erstem Mal namentlich verurteilt. Mao Tse-tung spricht vom Sieg der großen proletarischen Kulturrevolution.

1. November: Der Präsident der USA, Lyndon B. Johnson, ordnet die Einstellung der Bombenangriffe auf die Demokratische Republik Vietnam an.

5. November: Richard M. Nixon wird nach knappem Sieg über Hubert Humphrey neuer Präsident der USA. Nixon kündigt den Abzug der US-Landstreitkräfte aus Vietnam an.

20. September: 2000 Demonstranten protestieren gegen die Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels an den senegalesischen Präsidenten Senghor in Frankfurt. Es kommt zu harten Auseinandersetzungen mit der Polizei.

7. Oktober: Fritz Teufel wird zu 7 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt, da er am 15. September 1967 eine Sitzung des Berliner Abgeordnetenhauses gestört hat. Kunzelmann u. a. erhalten 5 Monate.

4. November: Anläßlich eines Ehrengerichtsverfahrens gegen APO-Rechtsanwalt Horst Mahler kommt es in Berlin zu der bisher militantesten Demonstration (Schlacht am Tegeler Weg), in deren Verlauf über 130 Polizeibeamte durch Steinwürfe verletzt werden. (S. 186 ff., 196)

7. November: Auf dem in Berlin tagenden CDU-Parteitag ohrfeigt die französische Journalistin Beate Klarsfeld Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger, um auf dessen Vergangenheit als Mitarbeiter im Nazi-Propaganda-Ministerium hinzuweisen.

20. November: Rebellion der SDS-Frauen auf der Bundesdelegiertenkonferenz des SDS in Hannover. (S. 223 f.)

11. Dezember: An den deutschen Ingenieurakademien beginnt ein Streik der Ingenieurstudenten für eine Demokratisierung und Gesamtreform des Ingenieurstudiums.

14. Dezember: 5000 Personen demonstrieren in West-Berlin gegen den Freispruch des ehemaligen Beisitzers am Volksgerichtshof Hans Joachim Rehse durch das Berliner Schwurgericht. (Vgl. 2. Juni 1967)

31. Dezember: In Hamburg wird die KPD/ML (maoistisch) gegründet.

1969

Januar: Kontroverse Diskussion in der Öffentlichkeit um Vorschläge der Bundesregierung, eine Vorbeugehaft für Personen einzuführen, die sich wiederholt bei Demonstrationen strafbar gemacht haben.

10. Januar: Polizeibeamte zertrümmern mit einer Axt die Eingangstür des Heidelberger AStA-Gebäudes und verhaften 5 SDS-Mitglieder, die an einem Prozeß wegen Landfriedensbruch und Nötigung nicht teilgenommen haben. (S. 191)

Januar: Streiks, Blockaden und Auseinandersetzungen mit der Polizei an Universitäten und Hochschulen in Heidelberg, Stuttgart, Tübingen, Erlangen, Freiburg, Marburg, Frankfurt und Berlin. Die studentischen Aktionen richten sich gegen Straf-, Ordnungs- und Relegationsverfahren. (S. 55, 61 ff., 65)

18. Januar: Nach einer Demonstration anläßlich des 50. Todestages von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht werden sämtliche Fensterscheiben des Berliner Kaufhauses »KaDeWe« eingeworfen. Der »militante Angriff auf eine Zentrale des Konsumterrors« hinterläßt 500 000 DM Sachschaden.

19. Januar: 8000 Polizisten räumen nach zweitägigen erbitterten Kämpfen die Universität Tokio, die zum Teil seit Juni 1968 besetzt gehalten wurde.

25. Januar: 100 000 Menschen nehmen in Prag an der Beisetzung des Studenten Jan Palach teil, der sich aus Protest gegen die sowjetische Intervention selbst verbrannt hatte.

27. Februar: US-Präsident Nixon besucht Berlin. 100 000 Menschen säumen die Straßen. 2000 Studenten demonstrieren gegen den Vietnamkrieg. Später Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten vor der Technischen Universität.

Ende Februar: Nixons Besuche in Rom, London und Paris werden von schweren Straßenschlachten begleitet.

3. März: Gefechte an der Grenze zwischen Sowjetunion und China (Ussuri-Konflikt).

4. März: Schwere Auseinandersetzungen in der Berliner City zwischen Demonstranten, die gegen die Bundesversammlung protestieren, und der Polizei.

5. März: Die Bundesversammlung wählt Dr. Gustav Heinemann zum neuen Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland.

5. März: Bei einer Durchsuchung der Kommune I stellt die Polizei einen Sprengkörper sicher. Dieter Kunzelmann und Rainer Langhans werden verhaftet.

14. März: Der Dutschke-Attentäter Josef Bachmann wird zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt.

18. März: Die 71. Westdeutsche Rektorenkonferenz legt Empfehlungen zur Neuordnung der Universitätsorganisation vor.

27. März: Die Bundesregierung sperrt dem Verband Deutscher Studentenschaften die jährliche Unterstützung von 800 000 DM.

14. April: 9. Parteitag der KP Chinas Die Kulturrevolution wird offiziell als beendet erklärt.

17. April: Dubcek wird als Vorsitzender der tschechoslowakischen KP abgesetzt.

1. April: Das Sozialistische Büro/Offenbach wird gegründet.

14. April: Delegiertenkonferenz des SDS in Frankfurt. Eine Diskussion über die Strategie des Verbandes ist nicht mehr möglich.

28. April: Straßenschlachten in Frankfurt zwischen Studenten, die gegen die drohende Abschiebung des persischen Studenten Ahmed Takeri protestieren, und der Polizei.

Mai: An 90 Ingenieurschulen der Bundesrepublik und West-Berlins streiken die Studenten gegen die geplanten Fachhochschulgesetze.

12. Juni: In Hannover beginnen Schüler und Studenten mit Protestaktionen gegen die Erhöhung der Fahrpreise im öffentlichen Verkehr. Sie erhalten starke Unterstützung durch die Bevölkertung der Stadt. In den folgenden Tagen erfolgt eine totale Blockade des öffentlichen Verkehrs. Mit rotem

Punkt gekennzeichnete Privatfahrzeuge übernehmen die Personenbeförderung. Die Preiserhöhungen müssen zurückgenommen werden. (S. 226, 239)

18. Juli: Der CSU-Vorsitzende Strauß äußert auf einer Kundgebung in Bamberg, APO-Leute benähmen sich »wie Tiere, für welche die Anwendung der für Menschen gemachten Gesetze nicht möglich« sei.

19. Juni: In Bayern streiken über 30 000 Studenten gegen das geplante neue Hochschulgesetz des Landes.

20. Juli: Mit dem Raumschiff Apollo 11 landen die ersten Menschen auf dem Mond.

27. Juli: Schwere Ausschreitungen in Berlin und Hannover, nachdem 11 Bundeswehrdeserteure zwangsweise in die Bundesrepublik ausgeflogen wurden. Die Auseinandersetzungen dauern bis Mitte August an.

6. August: Theodor Wiesengrund Adorno, Altmeister der kritischen Theorie« stirbt im Alter von 65 Jahren.

15. August: Britische Truppen rücken nach tagelangen Unruhen in Belfast ein.

22. August: Dieter Kunzelmann erscheint nicht vor Gericht. Er wird ab sofort polizeilich gesucht.

1. September: Auf der britischen Isle of White nehmen über 200 000 Jugendliche aus ganz Europa an einem Konzert von Bob Dylan teil.

5. September: In zahlreichen Betrieben der Stahl- und Bergbauindustrie beginnen wilde Streiks für höhere Löhne. Am 6. September streiken 17 000 Stahlarbeiter und 20 000 Bergleute, am 7. September befinden sich bereits 160 000 Stahlarbeiter im Streik. Die »Septemberstreiks« werden zum großen Hoffnungsschimmer der APO: »Die Arbeiterklasse kämpft.«

3. September: Im Alter von 79 Jahren stirbt der vietnamesische Präsident Ho Chi Minh.

28. September: Die Bundestagswahlen bringen das Ende der CDU-Ära. FDP und SPD erringen eine Mehrheit.

21. Oktober: Bundestag wählt den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt zum Bundeskanzler (sozialliberale Koalition).

4. November: In Chikago erschießt Polizei 2 führende Black-panther-Leute im Bett.

10. September: Beginn des Prozesses gegen APO-Anwalt Horst Mahler.

27. September: In Nürnberg demonstrieren über 20 000 Personen gegen die Abschlußkundgebung der NPD zur Bundestagswahl. Es kommt zu schweren Auseinandersetzungen, 60 Demonstranten und 50 Polizisten werden verletzt.

6./7. Dezember: Letzter Vereinigungsversuch der APO-Betriebs- und Basisgruppen scheitert auf Arbeitskonferenz der »Roten Presse Korrespondenz« in Berlin. Gründungsfieber bricht aus.

1970

5. Februar: Einmarsch von US-Truppen in Laos.

19. März: Erstes innerdeutsches Gipfelgespräch zwischen Brandt und Stoph in Erfurt.

7./8. Februar: Randgruppen-Konferenz in West-Berlin (230 Vertreter aus 20 Städten der BRD)

13. Februar: Hans Jürgen Krahl stirbt bei einem Autounfall.

10. März: Über 10 000 Berliner Schüler demonstrieren gegen Schulpolitik des Senats (Etatkürzungen etc.).

13. März: Gründungserklärung der KPD/AO in der RPK.

21. März: SDS-Bundesvorstand löst sich formell auf; SDS-Gruppe Heidelberg wird nach schweren Zusammenstößen mit Polizei am 24. Juni verboten.

Allgemeinpolitische Entwicklung

1./2. Mai: US-Truppen marschieren in Kambodscha ein.

4. Mai: Begrenzte Amnestie der Bundesregierung für »Demonstrationsstraftäter«.

12. 8./7. 12.: Unterzeichnung der deutsch-sowjetischen und deutsch-polnischen Verträge.

Anfang Oktober: Berliner Senat will »Rote Zellen« an den Universitäten verbieten.

Opposition, Proteste

9. Mai: Schwere Straßenschlachten in Berlin bei Kambodscha-Demonstration.

14. Mai: »Kaufhausbrandstifter« Andreas Baader wird während einer »Ausführung« aus einem Berliner Uni-Institut gewaltsam befreit.

10./11. Juli: PL/PI (Proletarische Linke/Parteiinitiative) wird gegründet.

8. Oktober: Festnahme von RAF-Mitbegründer Horst Mahler.

18./19. Dezember: Demonstrationen in vielen westeuropäischen Großstädten gegen drohende Todesurteile für baskische antifaschistische Widerstandskämpfer.

1971

8. Januar: Stadtguerilla Uruguays entführt britischen Botschafter.

13. Januar: Beginn von großen studentischen Streiks an Berliner Hochschulen gegen das Verbot von drei Seminaren am Fachbereich Germanistik

5. Februar: Im Landkreis Harburg werden 15 000 Liter Giftstoff gefunden. Danach weitere Funde auf vielen Müllkippen der BRD.

8. Februar: US-Luftwaffe greift Laos an. »Operation« dauert bis 24. März.

7. April: Nixon kündigt den Abzug weiterer 100 000 US-Soldaten aus Vietnam an.

4. Juni: Georg Lukács stirbt in Budapest.

15. Juli: Petra Schelm bei einer RAF-Fahndung erschossen (vorher schon Georg v. Rauch).

9. August: Wieder blutige Unruhen in Nordirland, Regierung ordnet Internierung verdächtiger »Terroristen« ohne Gerichtsverfahren an.

22. August: Putsch rechter Militärs in Bolivien gegen linksorientierte Regierung Torres.

13. September: Heinrich Böll wird Präsident des Internationalen PEN-Clubs.

20. Oktober: WillyBrandt erhält den Friedensnobelpreis.

22. Oktober: Polizeimeister Norbert Schmid wird in Hamburg erschossen; tatverdächtig: RAF-Angehörige (vgl. auch Kapitel »Brüche«).

3. Dezember: Offener Krieg zwischen Indien und Pakistan.

28. November: Palästinensische Guerilleros erschießen in Kairo jordanischen Ministerpräsidenten.

Dezember: Studentenunruhen in Jugoslawien wegen Duldung nationalistischer und »konterrevolutionärer Umtriebe«.

Dankende Nachbemerkung

Die Autoren danken für Hinweise, Überlassen von Material und Behinderungen bei der Arbeit vor allem sich selbst; außerdem: Jürgen Bacia, Dirk Betke, Norbert Böhnke, Humphrey Bogart, Dr. Donald Duck, Günter Erbe, Wieland Eschenhagen, Tilman Fichter, Peter Frör, Carl Hanser Verlag (S. 136 f.), Thomas Hofmann, Martin Jander, Kater Karlo, Helmi Karst, Siegward Lönnendonker, Ute Schmidt, dem Flugblatt-Suchhund Valga, Christine v. S., Peter Schmiedebach, Evi V., Klaus Wagenbach Verlag (S. 47 f.), Bernd Walter, Frank Zappa, Peter Paul Zahl (S. 205), dem Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung (ZI 6) der Freien Universität Berlin, Archivbereich »Studenten und APO«, Golda und Sepp Meir, der Firma Volvo, unseren Eltern und den gesellschaftlichen Verhältnissen.

Die Studentenbewegung, die Außerparlamentarische Opposition und die Jugendrevolte Ende der 60er Jahre rissen die Bundesrepublik in die schwersten inneren Unruhen ihrer Geschichte. Spektakuläre Aktionen gegen die etablierten Verhältnisse sollten den Blick für eine andere, bessere Gesellschaft und für neue Formen und Inhalte in Politik, Kunst und Literatur öffnen.

Dieser Band enthält eine Auswahl historisch wichtiger, literarisch interessanter, beispielhafter oder auch nur kurioser Dokumente, darunter viele sonst nicht mehr zugängliche Flugblätter, Resolutionen, Reden und Plakate. Die Beweggründe der »Apo-Generation«, ihre Ziele, Experimente, Illusionen und Irrwege werden gegenwärtig.

Stichworte: Subversive Aktion, Kommune-Experimente, Kinderläden, Anti-Notstands-, Anti-Springer-, Justiz-, Vietnam- und Dritte Welt-Kampagnen, Frauenrevolte im SDS, Schüler- und Lehrlingsbewegung, Randgruppenarbeit, Kulturrevolution, Haschrebellen, Kaufhausbrandstiftung, Hochschulstreik, Institutsbesetzungen, Berufspraxisdiskussion, 2. Juni, Osterunruhen 1968, Maoismus, Aufbauorganisationen für die »Partei des Proletariats«.

Jürgen Miermeister, geb. 1943: Studium in Erlangen und Berlin; mehrere Veröffentlichungen, u. a. Herausgeber und Mitherausgeber von Rudi Dutschkes Nachlaß (»Geschichte ist machbar«, Wagenbach 1980; »Mein langer Marsch«, Rowohlt 1980).
Jochen Staadt, geb. 1950: Studium an der FU Berlin; Promotion über DDR-Literatur, Mitherausgeber der Dokumentation zur Geschichte der Freien Universität Berlin »Hochschule im Umbruch« (1967–1969).

DM 17,80 · ISBN 3-472-61322-X